

Daniela Braun | Ulla Connor | Kristina Höfer [Hrsg.]

Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung

Multidisziplinäre Perspektiven auf gesellschaftliche Herausforderungen in europäischen Grenzregionen

Saarbrücker Beiträge zur Europaforschung

herausgegeben vom
Collegium des Clusters für Europaforschung
der Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Band 5

Die Bände 1–3 der Reihe sind bei
Alma Mater (Saarbrücken) erschienen
und über die Nomos eLibrary abrufbar.



Nomos eLibrary

Daniela Braun | Ulla Connor | Kristina Höfer [Hrsg.]

Grenzregionen als Laboratorien der Europafororschung

Multidisziplinäre Perspektiven auf
gesellschaftliche Herausforderungen
in europäischen Grenzregionen



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2025

© Die Autor:innen

Publiziert von

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-3119-1

ISBN (ePDF): 978-3-7489-5460-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748954606>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Inhaltsverzeichnis

Daniela Braun, Ulla Connor & Kristina Höfer

Einleitung

9

Historische Perspektiven auf europäische Grenzregionen

Fabian Lemmes

Grenzregionen als Laboratorien der historischen Europaforschung?

Überlegungen zur Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts

19

Philip Hahn

Grenzgänger? Grenzüberschreitende Arbeitsmobilität im deutsch-französischen Grenzraum vor dem Zeitalter der Nationalstaaten

51

Birgit Metzger

Der Grenzraum als Bedrohung oder Ressource. Aus einem Forschungsprojekt zu den Erfahrungen der Deindustrialisierung in deutsch-französisch-luxemburgischer Perspektive (1960–2020)

71

Soziale und interkulturelle Aspekte in europäischen Grenzregionen

Florian Weber & Julia Dittel

,Grenzüberschreitungen‘: theoretisch-konzeptuelle Annäherungen an Grenzregionen illustriert an Infrastrukturvorhaben in der Region SaarLorLux

95

5

Inhaltsverzeichnis

Claudia Polzin-Haumann & Christina Reissner

Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung? Einblicke
in ein europäisches Projekt, verbunden mit methodischen
Überlegungen zur vergleichenden Grenzraumforschung aus
angewandt-linguistischer Sicht

115

Ines Funk

Grenzüberschreitende Berufsausbildung und Studiengänge als
Beispiele der europäischen Integration in den deutsch-französischen
Grenzregionen

139

Carola Fricke

Vom Labor ins Feld – „gewöhnliche“ Grenzstädte in Europa als
Archetypen

157

Alexandra Schartner

Grenzüberschreitendes Placemaking. Konzeptionelle Überlegungen
am Beispiel der „Goldenens Bremm“ im deutsch-französischen
Grenzraum

173

Rechtliche und politische Chancen und Herausforderungen in europäischen Grenzregionen

Georg Wenzelburger & Stefanie Thurm

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa aus einer
Mehrebenenperspektive: Das Beispiel des Aachener Vertrags

195

Dominik Brodowski

Das Mondorfer Abkommen als „Labor“ für die polizeiliche
Zusammenarbeit in Europa?

215

Nikolaus Marsch & Alexander Kratz

Die vergessene Integration – Grenzräume als Gegenstand und
Herausforderung rechtswissenschaftlicher Forschung

235

Inhaltsverzeichnis

<i>Daniela Braun, Giuseppe Carteny, Alex Hartland, Djamila Jabra & Rosa M. Navarrete</i>	
Political parties' policy preferences on environmental issues in German border regions	251
<i>Stefan Ewert & Jochen Müller</i>	
Geographische Faktoren und Einstellungen zur EU: Grenznähe und Ländlichkeit	277
<i>Daniela Braun & Friederike Hommel</i>	
Euroskeptizismus in der deutsch-französischen Grenzregion. Eine Tageszeitungsanalyse zu den Kommunalwahlkämpfen in Saarbrücken und Forbach	291
Autor*innenverzeichnis	313

Einleitung

Daniela Braun, Ulla Connor & Kristina Höfer

Die Europäische Union (EU) ist das weltweit bekannteste Beispiel regionaler Integration. Dennoch mehren sich die Rufe nach mehr nationaler Souveränität. Die Mehrheit der britischen Wähler*innen für den Brexit ist die bisher offensichtlichste und radikalste Manifestation dieses Wunsches „to take back control“. Doch auch in anderen Ländern und Regionen gibt es Beispiele für eine ähnliche Stimmung und entsprechenden Zuspruch zu eurokritischen Parteien. Prominente Fälle sind Frankreichs *Rassemblement National* (früher *Front National*), Schwedens *Sverigedemokraterna*, Ungarns *Fidesz* sowie Italiens *Fratelli d’Italia* und *Lega*. In der Politikwissenschaft beispielsweise beschäftigen sich zahlreiche Forschungsarbeiten vor diesem Hintergrund mit den Ursachen für euroskeptische Strömungen, nationalistischen Tendenzen sowie gegenwärtigen Desintegrationsphänomenen (Basile & Mazzoleni, 2020; Braun & Carteny 2024; Braun & Reirl 2023, 2024; Conti et al., 2018; Heinisch et al., 2020; König & Wenzelburger, 2022; Vasilopoulou, 2018). Gängige Begründungen für die Zunahme euroskeptischer Tendenzen und steigende Souveränitätsansprüche sind beispielsweise die mangelnde Legitimationsgrundlage der EU-Politik, das schwindende Vertrauen in die Politik allgemein, die geringe Verbindung zwischen den politischen Eliten und der Bevölkerung oder ein fehlendes alltägliches Bewusstsein für die bisherigen Errungenschaften der Europäischen Integration.

Bislang stehen im Mittelpunkt dieser Betrachtungen EU-weite sowie ländervergleichende Studien, wohingegen Regionen unterhalb der nationalstaatlichen Ebenen seltener berücksichtigt werden (einige Ausnahmen hierfür: Mayne & Katsanidou, 2022; Nicoli & Reirl, 2020). Die wenigen bestehenden Arbeiten zeigen jedoch, dass den Regionen in Europa als lokalen Interessenvertreterinnen im Zuge des Zusammenwachsens europäischer Gesellschaften und Kulturen sowie für den (Miss-)Erfolg des politischen Projekts der Europäischen Integration eine wesentliche Bedeutung zukommt (Schakel, 2020). Überraschenderweise wurden jedoch insbesondere innereuropäische Grenzregionen tendenziell ausgeklammert (mit wenigen Ausnahmen Favell et al., 2012; Kuhn, 2012) und erlangten erst in

jüngster Zeit etwas mehr Resonanz (Nasr & Rieger, 2024; Rehm et al., 2024).

Das multidisziplinäre Feld der Grenzforschung (*Border Studies*) weist dabei schon seit längerer Zeit auf die besondere Bedeutung von Grenzregionen in Europa hin. In innereuropäischen Grenzregionen leben rund 150 Millionen Europäer*innen, d.h. ein Drittel der EU-Bevölkerung. Hinzu kommt die zunehmende Etablierung grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, die in den letzten Jahrzehnten auch von EU-Förderprogrammen wie INTERREG enorm profitierte (Ulrich & Scott, 2021, 160). Bezeichnend hierfür sind etwa die heute an allen europäischen Binnengrenzen eingerichteten Euroregionen, die entscheidende institutionelle Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperationen stellen (Klatt, 2021, 145). Eine grenzüberschreitende Vernetzung auf institutioneller, gesellschaftlicher und kultureller Ebene verdeutlicht somit in exemplarischer Weise die praktischen Dimensionen der EU-Integration und steht für die von ihr ausgehenden gesellschaftlichen Veränderungen.

In der wissenschaftlichen Literatur werden Grenzregionen immer wieder als „Laboratorien der europäischen Integration“ (Klatt, 2021, 151) in den Blick genommen und auch von Seiten der EU werden sie analog als *Living labs of European integration*¹ bezeichnet. Denn in Grenzregionen, so legen diese Begrifflichkeiten nahe, werden die europäische Idee und die Funktionsweise der EU alltäglich erfahren und mitunter auf die Probe gestellt (Hippe et al., 2022; Reitel et al., 2022; Wassenberg, 2017) – dies trat etwa in der Corona-Pandemie offen zutage (Blauberger et al., 2022; Brodowski et al., 2023; Gerst et al., 2021; Weber, 2022). Der Laborbegriff verweist dabei auf die Grenzregionen als eine Art Test- oder Experimentierfeld, in dem sich der Alltag von Grenzbewohner*innen abspielt. So schreibt exemplarisch etwa Jochen Roose:

„Bewohner von Grenzregionen leben, bezogen auf eine Transnationalisierung der Lebensführung, in einer quasi-experimentellen Situation: Anders als für Migranten bietet sich für sie die Möglichkeit, einen Aspekt der Lebensführung zu transnationalisieren (beispielsweise durch einen Arbeitsplatz im Nachbarland), ohne gleichzeitig alle übrigen Lebensbereiche ebenfalls zu transnationalisieren (etwa die Beschulung der Kinder).“ (Roose, 2018, 178)

¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0393&format=DE> [21.02.2023].

Vor diesem Hintergrund scheint es nur folgerichtig, innereuropäischen Grenzregionen eine besondere Relevanz für die Europaforschung zuzuweisen und entsprechend zu erforschen. Sind Grenzregionen deswegen jedoch auch „Laboratorien“ der Europaforschung? Dieser Frage widmet sich der vorliegende multidisziplinär zusammengesetzte Sammelband. Aus der historischen Perspektive ebenso wie unter dem Blickwinkel sozialer, politischer und rechtlicher Herausforderungen wird erörtert, wie sich in Grenzregionen Herausforderungen Europas und des Mehrebenensystems der EU offenbaren. Denn es ist davon auszugehen, dass in innereuropäischen Grenzregionen die politischen, gesellschaftlichen, rechtlichen, historischen, kulturellen und sprachlichen Bruchlinien Europas besonders sichtbar werden – wie etwa während der sogenannten Flüchtlingskrise und der Corona-Pandemie deutlich wurde, als Grenzregionen besonders durch Kontrollen oder gar Grenzschließungen beeinflusst wurden.

Doch auch unabhängig von Krisenphasen ist davon auszugehen, dass sich in Grenzregionen sowohl Europa als auch die EU auf spezifische Weise manifestieren. In diesen Regionen überschreiten gesellschaftliche Entwicklungen nicht nur nationale Grenzen, sondern entfalten sich grenzüberschreitend und verdeutlichen die Herausforderungen und Chancen der europäischen Integration. Wie die folgenden Beiträge zeigen, bieten Grenzregionen einen idealen Blickwinkel, durch den sich Europa als politisches Projekt und gesellschaftlicher Prozesse besonders gut veranschaulichen lässt. Sie gehen zurück auf die Tagung „Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung“, die das Cluster für Europaforschung der Universität des Saarlandes (CEUS) am 9. und 10. Oktober 2023 in Saarbrücken durchgeführt hat.

Zu den Beiträgen des Bandes

Die erste Sektion enthält *historische Perspektiven auf europäische Grenzregionen* und untersucht die Bedeutung von und Dynamiken in Grenzräumen in verschiedenen Epochen und historischen Konstellationen. *Fabian Lemmes* macht den Auftakt und prüft die These der Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung am Beispiel der Neueren und Neuesten Geschichte. Herausgearbeitet werden dafür die Rolle Europas für die Geschichtswissenschaft und unterschiedliche Ansätze der Disziplin zur Untersuchung von Grenzregionen. Mit Blick auf den deutsch-französischen Raum beleuchtet *Philip Hahn* in seinem Beitrag die grenzüberschreitende

Migration und Arbeitsmobilität in der Frühen Neuzeit. Dabei zeigt er auf, wie territoriale Grenzen weniger als Hindernisse wahrgenommen wurden, sondern vielmehr als Gestaltungsspielräume für die Bevölkerung fungierten. Birgit Metzger wiederum veranschaulicht die Erfahrungen und Auswirkungen der Deindustrialisierung im 20. und 21. Jahrhundert im Grenzraum zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg und stellt dar, inwieweit die spezielle Lage im Grenzraum für die von diesem Transformationsprozess Betroffenen als eine Ressource wahrgenommen wurde.

Die zweite Sektion befasst sich an ausgewählten Fallbeispielen mit *sozialen und interkulturellen Aspekten in europäischen Grenzregionen* und beleuchtet diese als Räume, in denen innovative Ansätze zur Bewältigung von gesellschaftlichen Problemfeldern insbesondere im Kontext der europäischen Integration und Kooperation entwickelt werden können. So arbeiten Florian Weber & Julia Dittel am Beispiel von Infrastrukturprojekten in der Großregion SaarLorLux aus geographischer Sicht Perspektiven sowohl für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Grenzregionen als auch konkret praxisbezogen für die grenzüberschreitende Kooperation heraus. Aus einer angewandt-linguistischen Perspektive befassen sich Claudia Polzin-Haumann & Christina Reissner mit den sprachlich-interkulturellen Dimensionen grenzregionaler Kontexte in der Großregion SaarLorLux, dem deutsch-dänischen, dem polnisch-tschechischen und dem litauischen Grenzraum und entwickeln daraus methodische Ansätze für die vergleichende Grenzraumforschung. Ines Funk widmet sich in ihrem Beitrag den Chancen und Herausforderungen grenzüberschreitender Berufs- und Hochschulbildungsbiete in den deutsch-französischen Grenzregionen und führt aus, welche Rolle die konkreten Erfahrungen und Problemlösungsstrategien für den Europäischen Integrationsprozess im Bildungsbereich spielen können. Auch Carola Fricke wirft einen Blick in den deutsch-französischen Grenzraum, wobei sie den Fokus auf Kleinstädte in Grenzlage richtet. Am Beispiel des stillstehenden Vorhabens einer grenzüberschreitenden Bahnverbindung zwischen Colmar auf der französischen und Freiburg auf der deutschen Seite, zeigt sie, wie solche „gewöhnlichen“ Grenzstädte als Experimentierfelder oder Archetypen der grenzüberschreitenden Integration zu relational konstituierten Räumen werden. Alexandra Schartner thematisiert in ihrem Beitrag das Konzept des grenzüberschreitenden *Placemaking* am Beispiel des deutsch-französischen Grenzübergangs „Goldene Bremm“ und untersucht dessen Anwendbarkeit für die Beschreibung von spezifischen Entwicklungen in Grenzräumen. Sie zeigt dabei auf, wie die Inszenierung

solcher Grenzlokalitäten zur Transformation und Sichtbarmachung von Grenzräumen beitragen können.

Die dritte und letzte Sektion richtet den Fokus auf *rechtliche und politische Chancen und Herausforderungen*, die sich in europäischen Grenzregionen und der grenzüberschreitenden Kooperation auftun. Ein Beispiel dafür ist der 2019 zwischen Deutschland und Frankreich geschlossene Aachener Vertrag, mit dem sich *Georg Wenzelburger & Stefanie Thurm* aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive befassen. In ihrem Beitrag legen sie dar, wie dieser Vertrag durch Akteur*innen aus dem deutsch-französischen Grenzraum geprägt wurde, die die Möglichkeiten und Dynamiken des Mehrebenensystems nutzten, um Grenzregionen auf die politische Agenda der beiden Länder zu setzen. Ein weiteres Beispiel ist das Mondorfer Abkommen von 1997, dem sich der Beitrag von *Dominik Brodowski* widmet. Aus einer rechtswissenschaftlichen Sicht untersucht er, inwieweit das Abkommen, das die polizeiliche Zusammenarbeit in den deutsch-französischen Grenzregionen regelt, als Prototyp für die polizeiliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene diente. Während der Einfluss auf das europäische Recht dabei gering blieb, erweisen sich die grenzüberschreitenden Regelungen für die praktische polizeiliche Zusammenarbeit dagegen als ein Laborraum. Auch *Nikolaus Marsch & Alexander Kratz* thematisieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus einer juristischen Perspektive, die durch Rechtsuntersicherheit und die Komplexität juristischer Regelungen herausgefordert und eingeschränkt wird. Der Beitrag plädiert für eine aktiver Rolle der Verfassungsrechtswissenschaft bei der Entwicklung neuer staatsrechtlicher Modelle, für die bestehende Ansätze wie das Cross-Border Facilitation Tool, Experimentierklauseln und Regulatory Sandboxes Impulse liefern könnten. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive analysieren *Daniela Braun, Giuseppe Carteny, Alex Hartland, Djamila Jabra & Rosa M. Navarrete*, inwieweit die geographische Nähe zu einer Grenze Einfluss auf die Gestaltung der Umweltpolitik von Lokalparteien in deutschen Grenzregionen hat. Dabei zeigen sie, dass lokale Parteiprogramme mit Blick auf Umwelthemen öfter den nationalen Parteilinien folgen und weniger auf grenzregionale Bedürfnisse eingehen und somit möglicherweise auch weniger an spezifische Bedürfnisse ihrer Wähler*innen angepasst sind. Ebenfalls aus einer politikwissenschaftlichen Sicht richten *Stefan Ewert & Jochen Müller* den Blick auf geographische Faktoren und die europäische Integrationspolitik in speziell ländlichen Grenzregionen. In ihrem Beitrag untersuchen sie die Einstellungen zur EU von Bewohner*innen ländlicher Grenzregionen und zeigen hierbei, dass die Kombination der Kriterien

Ländlichkeit und Grenznähe eine deutlich kritischere EU-Haltung offenbart und eine Grenznähe allein somit nicht ausschlaggebend für eine positive Einstellung zur EU ist. Abschließend untersuchen *Daniela Braun & Friederike Hommel* die Rolle von Euroskeptizismus in den Kommunalwahlkämpfen 2019 und 2020 der beiden Grenzstädte Saarbrücken und Forbach im deutsch-französischen Grenzraum. Ihre qualitative Analyse der Berichterstattung in zwei regionalen Tageszeitungen zeigt dabei, dass weder Euroskeptizismus noch spezifische grenzraumbezogene Themen im Wahlkampf ein starkes Gewicht fanden, was die geringe politische Relevanz grenzregionaler Themen offenbart.

Dank

Unser Dank gilt allen Teilnehmenden der Tagung „Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung“ für ihre Mitwirkung und Diskussionsbereitschaft sowie dem Team des Clusters für Europaforschung für die Unterstützung bei der Durchführung. Zudem danken wir den Autorinnen und Autoren für ihre Beteiligung an unserem Konferenzband. Besonders danken wir Florian Lisson, der den Publikationsprozess redaktionell sehr sorgfältig und engagiert begleitet hat.

Bibliografie

- Basile, L., & Mazzoleni, O. (2020). Sovereignist Wine in Populist Bottles? An Introduction. *European Politics and Society*, 21(2), 151–162.
- Blauberger, M., Grabbe, C., & Ripoll Servent, A. (2022). EU Free Movement of People: Fully Recovered or Suffering from Long COVID? *Journal of European Public Policy*, 30(4), 696–720.
- Braun, D. & Carteny, G. (2024). How Does Eurosceptic Party Consolidation Transform Party Competition Over European Issues? *Politische Vierteljahresschrift*. Online first: DOI:10.1007/s11615-024-00551-0
- Braun, D. & Reinl, A.-K. (2023). Arising Calls for National Sovereignty in Times of European Crises and the Political Zeitenwende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33, 499–506.
- Braun, D. & Reinl, A.-K. (2024). The Spitzenkandidaten Process in the Context of the EP Campaign: The Role of Party Competition. In M. Ceron, T. Christiansen, & D. G. Dimitrakopoulos (Hg.), *The Politicisation of the European Commission's Presidency* (S. 159–195). Palgrave Macmillan.
- Brodowski, D., Nesselhauf, J., & Weber, F. (2023). *Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee*. Springer VS.

- Conti, N., Di Mauro, D., & Memoli, V. (2018). The European Union under Threat of a Trend toward National Sovereignty. *Journal of Contemporary European Research*, 14(3), 231–252.
- Favell, A., Recchi, E., Kuhn, T., Jensen, S. J., & Klein, J. (2012). The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications Among EU and Third-Country Citizens. *State of the Art Report, EUCROSS Working Paper #1*. <https://core.ac.uk/download/pdf/35302205.pdf> [11.04.2025].
- Gerst, D., Klessmann, M., & Krämer, H. (2021). *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Nomos.
- Heinisch, R., Werner, A., & Habersack, F. (2020). Reclaiming National Sovereignty: The Case of the Conservatives and the Far Right in Austria. *European Politics and Society*, 21(2), 163–181.
- Hippe, S., Bertram, D., & Chilla, T. (2022). Convergence and Resilience in Border Regions. *European Planning Studies*, 32(1), 186–207.
- Klatt, M. (2021). Diesseits und jenseits der Grenze – das Konzept der Grenzregion. In D. Gerst, M. Klessmann & H. Krämer (Hg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 143–155). Nomos.
- König, P. D. & Wenzelburger, G. (2022). Right-wing Populist Parties and Their Appeal to Pro-redistribution Voters. *Politics*. Online first: DOI:10.1177/02633957221125450
- Kuhn, T. (2012). Europa ante Portas: Border Residence, Transnational Interaction and Euroscepticism in Germany and France. *European Union Politics*, 13(1), 94–117.
- Mayne, Q., & Katsanidou, A. (2022). Subnational Economic Conditions and the Changing Geography of Mass Euroscepticism: A Longitudinal Analysis. *European Journal of Political Research*, 62(3), 742–760.
- Nasr, M. & Rieger P. (2024). Bringing Geography Back in: Borderlands and Public Support for the European Union. *European Journal of Political Research*, 63(4), 1328–1350.
- Nicoli, F., & Reinl, A.-K. (2020). A Tale of Two Crises? A Regional-level Investigation of the Joint Effect of Economic Performance and Migration on the Voting for European Disintegration. *Comparative European Politics*, 18(3), 384–419.
- Rehm, M., Schröder, M. & Wenzelburger, G. (2024). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *Journal of Common Market Studies*. Online first: DOI:10.1111/jcms.13607
- Reitel, B., Pupier, P., & Wassenberg, B. (2022). Les politiques européennes et les villes frontalières en Europe. European policies and border cities. *Bulletin de l'Association de géographes français*, 99(1), 131–149.
- Roose, J. (2018). Grenzräume in Europa. In M. Bach & B. Höning (Hg.), *Handbuch Europasozioologie* (S. 177–181). Nomos.
- Schakel, A. H. (2020). Multi-level Governance in a „Europe with the Regions“. *The British Journal of Politics and International Relations*, 22(4), 767–775.
- Ulrich, P., & Scott, J. W. (2021). Cross-border governance in europäischer Regionalkooperation. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 156–174). Nomos.

- Vasilopoulou, S. (2018). *Far Right Parties and Euroscepticism: Patterns of Opposition.* ECPR Press.
- Wassenberg, B. (2017). Secondary Foreign Policy as a Peace-building Tool: A European Model? The Contribution of Cross-border Cooperation to Reconciliation and Stability in Europe. *Regional & Federal Studies*, 27(3), 219–237.
- Weber, F. (2022). Cross-border Cooperation in the Border Region of Germany, France, and Luxembourg in Times of Covid-19. *European Societies*, 24(3), 354–381.

Historische Perspektiven auf europäische Grenzregionen

Grenzregionen als Laboratorien der historischen Europa-forschung? Überlegungen zur Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts

Fabian Lemmes

Abstract

Der Beitrag stellt die These von Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung für die Neuere und Neueste Geschichte auf den Prüfstand. Er fragt danach, was sich an Grenzregionen besonders gut zeigen lässt und was sie daher für eine europäisch perspektivierte Geschichtswissenschaft interessant macht. Dabei soll auch ausgelotet werden, was die historische Forschung zum 19. bis 21. Jahrhundert zu einer interdisziplinären Beschäftigung mit Europa und Grenzregionen beitragen kann. Hierfür wird zunächst diskutiert, welche Rolle Europa in der Geschichtswissenschaft spielt und was historische Europaforschung überhaupt ist, anschließend werden Ansätze der historischen Forschung zu Grenzregionen herausgearbeitet. Schließlich wird gezeigt, wie beide Felder zusammengebracht werden können und welche Perspektiven sich für die weitere Forschung ergeben.

1. Einleitung

Sind Grenzregionen Laboratorien der Europaforschung, wie es der Titel dieses Bandes suggeriert? Dass dem so sei, scheint gerade in historischer Perspektive auf den ersten Blick plausibel, fanden Prozesse des transnationalen Austauschs wie auch der nationalen Abschottung, der Verflechtung wie der Entflechtung und Differenzherstellung doch in besonderem Maße in den Gegenden entlang der Staatsgrenzen statt. Von den zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa waren die Menschen an den Staatsgrenzen oft als erste und am härtesten betroffen. Umgekehrt waren sie oft privilegierte Akteur:innen ökonomischen Austauschs und interkultureller Kontakte, da Grenzen selten hermetisch geschlossen waren. Grenzüberschreitender Austausch und Transfers waren umso leichter, wenn sprachli-

che Kontinua, Interferenzen oder Mehrsprachigkeit die Kommunikation erleichterten.

Auf den zweiten Blick lassen sich aber genauso Gegenargumente finden. So wurde über Krieg und Frieden im Europa der Staaten in den Hauptstädten bzw. den politischen Zentren entschieden, nicht in den Grenzregionen. Ähnliches ließe sich über die Weichenstellungen zur institutionellen europäischen Integration seit 1945 sagen, die zu den Europäischen Gemeinschaften und letztlich zur Europäischen Union führten. Auch interkultureller Austausch in Europa musste nicht an den Staatsgrenzen stattfinden, zumal diese mit sprachlichen und kulturellen Grenzen oft gar nicht identisch waren. Muss man zum Beispiel für Fragen des intellektuellen Austauschs und Wissenstransfers nicht eher auf Universitäts-, Verlags- und Buchdruckerstädte schauen, die zumeist nicht in den Grenzregionen lagen? Und selbst wenn für das Thema Migration Grenzen und Grenzregionen naturgemäß eine wichtige Rolle spielen, war die innereuropäische Arbeitsmigration seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht vor allem auf die großen Industrieregionen gerichtet, ob in Grenznähe oder im Landesinnern gelegen, und fanden die Prozesse von Interaktion, Kulturtransfer, Abgrenzung und Hybridisierung nicht hauptsächlich dort statt?

Es geht in diesem Beitrag darum, die These von Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung für die Disziplin der Geschichtswissenschaft, genauer: die Neuere und Neueste Geschichte, auf den Prüfstand zu stellen. Warum sollten Grenzregionen Laboratorien sein? Und wenn sie es sind, in welcher Hinsicht? Die Metapher des Labors wird dabei im Sinne von ‚privilegierter Beobachtungsraum und methodischer Rahmen‘ verstanden. Entsprechend soll konkret gefragt werden: Was macht Grenzregionen zu interessanten Forschungsobjekten für eine europäisch perspektivierte Geschichtswissenschaft, was kann man an ihnen möglicherweise besonders gut zeigen? Und anders gewendet: Was hat die historische Forschung zum 19. bis 21. Jahrhundert zur übergeordneten, interdisziplinären Frage nach Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung zu bieten?

Der Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst gilt es zu klären, welche Rolle Europa in der geschichtswissenschaftlichen Forschung zum 19. bis 21. Jahrhundert spielt und was historische Europaforschung überhaupt ist. In einem zweiten Schritt werden Stand und Ansätze der historischen Forschung zu Grenzregionen eruiert. Im dritten Teil möchte ich aufzeigen, wie beide Felder – Europa- und Grenz(raum)forschung – fruchtbar zusam-

mengebracht werden können und welche Perspektiven sich dabei für die weitere Forschung ergeben.¹

2. Europäische Geschichte – Geschichte Europas – historische Europaforchung

Eine wichtige Klarstellung zu Beginn: „Europäische Geschichte“ reduziert sich weder zeitlich noch thematisch auf die Geschichte der Europäischen Union und ihrer Vorläuferinstitutionen. Auch „historische Europaforchung“ ist nicht mit der Erforschung der europäischen Integration gleichzusetzen – auch wenn politische und geschichtswissenschaftliche Konjunkturen von „Europa“ stets miteinander in Beziehung standen und die Etablierung einer historischen Europaforchung auch durch die europäische Integration nach 1945 motiviert war. Nicht nur greift die historische Europaforchung zeitlich weiter zurück – ins 19. Jahrhundert, in die Frühe Neuzeit, ins Mittelalter; auch sind ihre Gegenstände, Problemhorizonte und Fragestellungen vielfältiger, beschränken sich also nicht auf Fragen von Integration und Europäisierung, auch wenn sie diese mit umfasst.

Europäische Geschichte ist ein raumbezogener Gegenstandsbereich der Geschichtswissenschaft und damit zugleich eine historische Subdisziplin (dann als „Europäische Geschichte“ mit großem „E“). Den Begriff „historische Europaforchung“ verwende ich im Folgenden meist synonym dazu. Dennoch unterscheiden sich die beiden Ausdrücke in Bedeutungsnuancen. So impliziert „historische Europaforchung“ einen noch stärkeren Europa-bezug und eine explizite Thematisierung von Europäizität. Dagegen ist der Terminus „europäische Geschichte“ breiter und offener und kann damit auch als Oberbegriff für eine oder viele Geschichten stehen, die sich in rein geografischem Sinn „in Europa“ abspielen (siehe dazu weiter unten die Unterscheidung zwischen ‚History in Europe‘ und ‚History of Europe‘). Man kann also sagen: Jede historische Europaforchung ist (oder produziert) europäische Geschichte; aber nicht unbedingt alles, was unter dem Etikett „europäische Geschichte“ firmieren kann, ist historische Europaforchung. Dessen ungeachtet ist die Schnittmenge groß, und de facto werden die Begriffe oft austauschbar verwendet.

1 Für kritische Lektüre und Kommentare danke ich Julika Badstieber-Waldt, Birgit Metzger, Leah Rajchlin und Anja Röcke. Gewidmet ist der Beitrag meinem Freund und Kollegen Wolfgang Freund, der mir noch wenige Tage vor seinem plötzlichen und viel zu frühen Tod Hinweise zu diesem Text gab.

2.1. Normativität, europäische und Globalgeschichte

Die historische Europaforschung hat seit ihren Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg eine mehr oder weniger ausgeprägte normative Grundierung in dem Sinn, dass sie explizit oder implizit darauf zielte, die europäische Zusammenarbeit und Völkerverständigung zu fördern. Paradigmatisch steht dafür das 1950 in Mainz gegründete Institut für Europäische Geschichte (IEG). Seiner Gründung vorausgegangen waren internationale Historikergespräche, bei denen sich insbesondere die Teilnehmenden aus Deutschland und Frankreich für eine langfristige europäische Zusammenarbeit stark machten. Seine Hauptaufgaben sind heute laut Satzung

„Forschungen zu den religiösen und geistigen Traditionen Europas, ihren Wandlungen und Krisen, speziell zu den religiösen Differenzierungen, ihren Wirkungen und den Möglichkeiten ihrer Überwindung, sowie ‚europabezogene Grundlagenforschung, die geeignet ist, den Prozess des Zusammenwachsens Europas und die je individuellen geschichtlichen Wege der europäischen Staaten und Völker‘ historisch zu verstehen.“ (IEG, o. J.)

Zu dem Anliegen, Völkerverständigung und europäische Zusammenarbeit zu fördern, kam später das – sowohl außerwissenschaftlich als auch wissenschaftlich-methodisch motivierte – Eintreten gegen nationalisierte Forschung und nationalgeschichtliche Engführungen hinzu, das mit dem Aufstieg der transnationalen Geschichte seit den späten 1990er Jahren einhergeht (paradigmatisch: Patel, 2004). Damit verbunden war zunehmend der Anspruch, über eine bloße Addition von Nationalgeschichten hinauszugehen (wie sie gleichwohl in Überblicksdarstellungen zur europäischen Geschichte noch bis in die 2000er Jahre hinein durchaus üblich war). Wie das Label ‚transnationale Geschichte‘ erlebte die ‚europäische Geschichte‘ in den Nullerjahren einen Boom, der inzwischen allerdings zugunsten der Globalgeschichte abgeflaut ist.

Entsprechend muss man auch konstatieren: Europäische Geschichte ist derzeit nur bedingt en vogue. Das hat wissenschaftliche wie auch außerwissenschaftliche Gründe. Zu letzteren zählt, dass das europäische Projekt in den letzten anderthalb Jahrzehnten an politischer Strahlkraft verloren hat. Auch wenn europäische Geschichte, wie dargelegt, nicht nur Integrations- oder gar EU-Geschichte bedeutet, hatte dieser Attraktivitätsverlust doch auch Auswirkungen auf Standing und Popularität des Labels „Europäische Geschichte“. Auch scheint das Interesse an den europäischen Nach-

barländern, das insbesondere in den Nachwendejahren und im Umfeld der EU-Erweiterungen der Nullerjahre in West und Ost spürbar war, etwas nachgelassen zu haben, was mit einer gewissen Banalisierung innereuropäischer Kooperationen und grenzüberschreitender Mobilität einhergeht. Schließlich und vor allem steht die Europäische Geschichte seit Jahren und zunehmend unter dem Druck der Globalgeschichte – als Gegenstand, methodisch und als Subdisziplin. Da per Definition eurozentrisch im Gegenstandsbereich, sieht sie sich explizit oder implizit dem Vorwurf ausgesetzt, eurozentristisches Denken in Wissenschaft und Gesellschaft zu zementieren. Im Zuge postkolonialer Kritik, der Forderung nach einer Provinzialisierung Europas (Chakrabarty, 2000), zunehmender Aufmerksamkeit für außereuropäische Geschichte und globale Verflechtungen hat die Europäische Geschichte ein Legitimationsproblem. „Wer (eine) ‚europäische Geschichte‘ schreibt, läuft Gefahr, den Eurozentrismus in den Geisteswissenschaften zu verfestigen. ‚Europa‘ ist zweifellos eine problematische, normativ aufgeladene Kategorie, die zudem auf dem mentalen Horizont nur der wenigsten Zeitgenossen des 15. bis 19. Jahrhunderts auftauchte.“ So formuliert es Joachim Berger im Editorial des angesehenen Internetportals „Europäische Geschichte Online“ des Mainzer Instituts für Europäische Geschichte und plädiert seinerseits für einen „reflexiven Eurozentrismus“ (Berger, Willenberg & Landes, 2010).

Europäische Geschichte zu betreiben, hat damit nichts von seiner Begründung und Relevanz eingebüßt. Doch sollte eine zeitgemäße europäische Geschichte immer auch globalhistorisch sensibel und informiert sein,² sowohl theoretisch-methodisch (etwa über Konzepte wie Orientalismus (Said, 2009), multiple Modernen (Eisenstadt, 2000) oder Translokalität (Freitag, 2005)) als auch inhaltlich, und sie sollte den Blick für Vergleiche, Verbindungen und Wechselwirkungen mit der außereuropäischen Welt öffnen.³ Das gilt auch für das Thema Grenzregionen.

2 In diesem Sinne wäre sie dann auch immer schon eine Form von Globalgeschichte, nämlich eine „Geschichte mit globalem Horizont“ (Conrad, 2007, 10).

3 So hält es auch das bereits genannte Themenportal Europäische Geschichte, denn es behandelt auch die „vielfältigen Verbindungen zwischen Europa und der außereuropäischen Welt, insbesondere solche Kommunikations- und Transferprozesse, die Europa aus der außereuropäischen Welt aufnahm oder abwehrte“ (Berger, Willenberg & Landes, 2010).

2.2. History in Europe vs. History of Europe

Was ist europäische Geschichte überhaupt? Was macht sie europäisch? Geht eine stadtgeschichtliche Untersuchung zu Völklingen als Studie zur europäischen Geschichte durch, nur weil es sich um Stadt in Europa handelt? Und wie verhält es sich mit einer Untersuchung zum französisch-spanischen, zum deutsch-dänischen oder zum finnisch-russischen Grenzraum? Sind Studien zu tri- oder plurinationalen Grenzregionen wie dem SaarLorLux- oder dem Alpen-Adria-Raum per se Europaforschung?

Diese Fragen sind alles andere als trivial. Um einer Beantwortung näherzukommen und die Forschungslandschaft zu ordnen, ist eine Unterscheidung hilfreich, die der Mediävist Peregrine Horden und der Althistoriker Nicholas Purcell für die Geschichte des Mittelmeerraums getroffen haben und die in der Mittelme erforschung häufig zitiert wird. Die Autoren differenzieren zwischen einer „history in the Mediterranean“ und einer „history of the Mediterranean“ (Horden & Purcell, 2000; vgl. dazu auch Borutta & Lemmes, 2013). In Analogie dazu lassen sich zwei grundsätzliche Varianten europäischer Geschichte unterscheiden: Auf der einen Seite gibt es eine *History in Europe*, die zwar europäische Räume untersucht (wie auch immer man diese geografisch definieren mag), sich aber nicht für deren Europäizität oder für Europa als Ganzes interessiert. Es handelt also eher um viele einzelne „histories“, die nur mehr oder weniger zufällig in Europa stattfinden. Auf der anderen Seite gibt es eine *History of Europe*, die Aussagen über die gesamte Region zu treffen sucht.

Die historiografische Produktion zur europäischen Geschichte oszilliert im Wesentlichen zwischen diesen beiden Polen. Nun kann schon aus pragmatischen Gründen nicht jede historische Europaforschung dem Anspruch genügen, Gesamteuropa zu behandeln, weshalb man die Messlatte so hoch nicht wird hängen können. Andererseits wird man eine Lokalstudie zu Völklingen, Namur, Tampere oder Tuzla nicht ohne weiteres als „Europaforschung“ – bzw. als europäische Geschichte im engen Sinn – gelten lassen. Hierfür wird man vielmehr erwarten, dass ein zusätzliches Kriterium erfüllt ist, Europa/die Frage der Europäizität explizit adressiert wird, die Studie als Fallbeispiel für eine übergreifende europäische Fragestellung dient und/oder der lokale Fall entsprechend vergleichend oder verflechtungsgeschichtlich eingebettet wird.

In der Regel wird man erwarten, dass eine Untersuchung, die das Etikett „europäische Geschichte“ führt und die Zeit vom späten 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart behandelt, über eine Einzelfallstudie hinausgeht, in-

dem sie irgendeine grenzüberschreitende bzw. transnationale Dimension aufweist (sei es vergleichend oder transfer- oder verflechtungsgeschichtlich) und damit mindestens zwei unterschiedliche Räume, Lokalitäten, Regionen, Staaten oder Nationen einbezieht. Ihre Europäizität kann sie aber auch daraus ziehen, eine für die europäische Geschichte typische Frage an einem geeigneten Fall exemplarisch zu untersuchen oder „Europa“ als kulturelle Referenz explizit zu thematisieren. Insofern kann eine Studie zu Völklingen durchaus Europaforchung sein, je nachdem in welchen Fragekontext man sie einbettet und wie man sie methodisch angeht. Für Studien zu transnationalen Grenzräumen ist das Label per se naheliegender, aber sie verdienen es sich umso mehr, je stärker sie sich selbst in einen übergreifenden europäischen Kontext einordnen, sei es komparativ, verflechtungs- oder diskursgeschichtlich. Darüber hinaus umfasst die historische Europaforchung auch Vergleiche und Verflechtungsanalysen zwischen Europa (bzw. einzelnen europäischen Gebieten) und anderen Weltregionen.

2.3. Das Europa der historischen Europaforchung

Wie sieht das Europa der Historiker:innen aus? Blickt man auf die abundante Forschungsliteratur, so lassen sich (wie für andere *Area*-Begriffe) grundsätzlich essenzialistische (oder essenzialisierende) und konstruktivistische Konzepte voneinander unterscheiden. Wie in der Nationsforschung dominieren dabei seit geraumer Zeit die konstruktivistischen Ansätze. Entsprechend begreift die jüngere historische Forschung Europa meist weder als Container noch als fixen geografischen Raum, sondern zeichnet sich durch ein „kontextgebundenes Europa-Verständnis“ aus (Berger, Willenberg & Landes, 2010). Dies bedeutet, dass sich die Forschenden je nach Untersuchungszeitraum, Gegenstand und Fragestellung auf einen anderen „europäischen“ Raum beziehen. Damit tragen sie auch der Tatsache Rechnung, dass die Grenzen Europas – und damit das, was die Menschen zeitgenössisch als Europa verstanden – ebenso wie das Verhältnis von Zentren und Peripherien stets dynamisch und damit historisch wandelbar waren: Nicht nur im Osten, sondern auch im Süden waren die Grenzen Europas fließend (Borutta & Lemmes, 2013). Was sinnvoll als „Europa“ untersucht wird, lässt sich deshalb auch immer nur kontextabhängig entscheiden. Dies gilt im Übrigen analog für alle übrigen *Area Studies*. Auch in dieser Hinsicht ist Europa nicht exzeptionell, sondern, wie die postkoloniale Theorie anmahnt, nur eine Weltprovinz neben anderen (Chakrabarty, 2000).

2.4. Varianten und Felder der europäischen Geschichte

Historische Europaforschung (d.h. eine europäische Geschichte im engeren Sinn, die mehr ist als eine rein geografische Klammer und auch mehr als die Summe von Nationalgeschichten), kann in (mindestens) sechs Formen daherkommen, die aus jeweils unterschiedlichen historiografischen Traditionen kommen und methodisch unterschiedlich ausgerichtet sind:

1. als Studien zur Idee Europa (Foerster, 1963), zu Europaplanungen (Lipgens, 1968; 1977) und zum Europa-Begriff (vgl. zuletzt Patel, 2024);
2. als Studien zu europäischen Zusammenschlüssen, Integrationsbestrebungen (einschließlich ihrer rassistisch-imperialen Variante in Gestalt der nationalsozialistischen Neuordnung Europas) und Organisationen und deren Vorgeschichte seit dem 19. Jahrhundert;
3. über die traditionelle Ideengeschichte und die Begriffsgeschichte hinausgehend, als kultur- und diskursgeschichtliche Untersuchungen zu Europa-Vorstellungen, zu Europa als *Mental Map* und „kulturelle Referenz“ (Schmale, 2010), zum Selbstverständnis der Europäer:innen (Kaelble & Kirsch, 2008) in Abgrenzung zum Nichteuropäischen sowie, noch weniger untersucht, zur Fremdwahrnehmung Europas von außen;
4. als systematische Vergleiche innerhalb Europas, um einerseits gesellschaftliche, ökonomische, politische und kulturelle Konvergenzen und Divergenzen in Europa zu ermitteln, aber auch zwischen Europa und anderen Weltregionen, um mögliche europäische Besonderheiten zu finden (Kaelble & Kirsch, 2008) – oder gemeinhin angenommene Besonderheiten zu relativieren;
5. als Studien zu Transfers und Verflechtungen innerhalb Europas, aber auch zwischen Europa und anderen Weltregionen;
6. sowie, daran anschließend, als Studien zu transnationalen europäischen Medien- und Kommunikationsräumen, oft in Verbindung mit der Frage nach (einer) europäischen Öffentlichkeit(en) und/oder europäischen Erinnerungskultur(en).

Diese sechs Varianten lassen sich vereinfacht auf die Schlagworte Europa als Idee, Europa als Ordnung, Europa als Repräsentation, Europa als Merkmal, Europa als Praxis und Europa als Kommunikations- und Erinnerungsraum bringen. Sie sind alle als idealtypische Kategorien zu verstehen, die in der Forschungspraxis miteinander kombiniert werden und einander überlappen können (z. B. die Variante 6 mit den Varianten 3 und 5).

Zugleich markieren sie in ungefähr dieser Reihenfolge auch die Entwicklungstendenzen der Historiografie, wie sie sich zum Beispiel an der Forschung zur europäischen Integration ablesen lassen. Diese war nach ihren ideengeschichtlichen (und vielfach normativen) Anfängen in den 1970er Jahren lange die Domäne einer auf intergouvernementale Prozesse begrenzten Diplomatiegeschichte. Diese enge Perspektive hat sich seit der Jahrtausendwende deutlich erweitert: Zwar blieben viele Arbeiten national- und staatszentriert, doch wurden zunehmend auch supranationale und substaatliche Akteure in die Betrachtung einbezogen. Auch gerieten Prozesse der politischen und gesellschaftlichen Transnationalisierung und Europäisierung und, damit verbunden, sozial- und kulturgeschichtliche Fragestellungen stärker in den Blick (Dülfner & Kruke, 2009; Kaiser, 2004). Zu nennen sind hier zum einen Hartmut Kaelbles Arbeiten zu einer Gesellschaftsgeschichte Europas (z. B. Kaelble, 2007; Kaelble & Kirsch, 2008), der mit dem Begriff der „Europäisierung“ die Konvergenzen zwischen den europäischen Gesellschaften nach 1945 hervorhebt; zum anderen die jüngeren Studien zu Erinnerungskulturen, Geschichtspolitiken und – in der Regel konstruktivistisch verstandener – europäischer Identität (François et al., 2013; François & Serrier, 2019; Gensburger & Lavabre, 2012; Hudemann, 2009a; Troebst, 2010). Hinzu kommen politikwissenschaftlich inspirierte Untersuchungen, die mit dem Governance-Begriff arbeiten und nach der Entwicklung einer europäischen Innenpolitik fragen (z. B. Gehler, Kaiser & Leucht, 2009). Grenzregionen spielen in der geschichtswissenschaftlichen Integrations- oder EU-Forschung (vgl. als Synthese: Patel, 2018) bisher erstaunlicherweise kaum eine Rolle. Der Bezug erschöpft sich zumeist in eher anekdotischen Verweisen darauf, dass wichtige Protagonisten der westeuropäischen Integration nach 1945 wie Robert Schuman und Alcide de Gasperi biografisch durch die Erfahrungen in Grenzregionen geprägt waren (Yndigegn, 2020).

3. Grenzen, Grenzregionen, Grenzräume

Was hat die historische Forschung des 19. bis 21. Jahrhunderts zu Grenzen und Grenzregionen zu sagen? Mit „Grenzen“ meine ich im Folgenden vornehmlich Staatsgrenzen. Gleichwohl ist immer zu berücksichtigen, dass Grenzen grundsätzlich mehrdimensional sind: Sie können (neben der physikalisch-geografischen Dimension wie im Fall von Flüssen, Meeren, Gebirgen oder Wüsten) politisch-administrativer, rechtlicher, ökonomischer, sozialer,

sprachlicher und/oder kultureller Natur sein. Diese unterschiedlichen Dimensionen können ganz oder teilweise zusammenfallen, müssen es aber nicht. Daran zu erinnern, ist besonders in historischer Perspektive wichtig, denn erst der Nationalstaat brachte diese unterschiedlichen Grenzen seit dem 19. Jahrhundert tendenziell und allmählich zur Überlappung – ohne die angestrebte Deckungsgleichheit je überall und vollständig zu erreichen. Entsprechend war es historisch auch eher die Regel als die Ausnahme, dass *decision spaces* und *identity spaces* (zu den Konzepten: Maier, 2016) miteinander übereinstimmten (Struck, 2012).

3.1. Was ist eine Grenzregion?

Die Begriffe „Grenzraum“ und „Grenzregion“ werden in vielen Publikationen austauschbar verwendet. Gleichwohl unterscheiden sie sich durch semantische Nuancen. Zum einen impliziert „Region“ tendenziell eine stärkere Institutionalisierung und präzisere Abgrenzbarkeit und Distinktheit als der unbestimmtere Terminus „Raum“. Zum anderen lässt sich der Begriff „Grenzraum“ stärker auch in Kontexten verwenden, in denen die physisch-territoriale Dimension von Raum hinter seine metaphorisch-konstruktivistische Dimension zurücktritt. Entsprechend ist die Untersuchung von „Grenzräumen“ nicht auf „Regionen“ beschränkt, sondern auch auf andere soziale Räume (May, 2016) anwendbar. Man kann sie etwa auch zwischen Stadtvierteln, in Häfen und Flughäfen, zwischen sozialen Klassen, ethnischen Gruppen, Konfessionen und Geschlechtern suchen und erforschen.

Der Begriff „Grenzregion“ wird in der Literatur indes nicht einheitlich verwendet: Bald steht er für ein Territorium *beiderseits* einer Grenze, im Regelfall: einer Staatsgrenze, also für ein Gebiet, das sich über *zwei oder mehrere* unterschiedliche Staaten (oder andere administrative Einheiten) erstreckt, etwa SaarLorLux bzw. die Großregion, die Oberrhein-Region, das deutsch-polnisch-tschechische Dreiländereck, die Alpen-Adria-Region oder die Pyrenäen-Region zwischen Frankreich und Spanien. Bald wird er nur für einen *Teil* dieses Gebiets, nämlich die an der Grenze liegende Region jeweils *eines* Staates verwendet (das Saarland, das Elsass, Niederschlesien, Südtirol...). Was sinnvoller ist, hängt von der Beschaffenheit und Durchlässigkeit der Grenze ab – handelt es sich um *alienated, coexistent, interdependent* oder gar *integrated borderlands* (Martínez, 1994, 5–10)? – sowie von Fragestellung und Forschungssetting. Wer grenzüberschreitende,

transnationale und transfergeschichtliche Ansätze verfolgt, wird zur ersten Variante tendieren.

Sowohl die Ausdehnung von Grenzregionen als auch ihre Existenz selbst sind im Zeitverlauf dynamisch. Denn zum einen verschoben sich Staatsgrenzen durch Gebietsabtretungen, Teilungen und Neugründungen von Staaten immer wieder, zum anderen spielte die Grenzlage für unterschiedliche Teile einer Grenzregion eine größere oder kleinere Rolle, und zwar in der Regel in Abhängigkeit vom jeweiligen Abstand zur Grenze. Um dieser räumlichen und zeitlichen Dynamik gerecht zu werden, ist eine Verwendung des von Michiel Baud und Willem Van Schendel vorgeschlagenen Modells von Grenzregionen bzw. „Borderlands“ hilfreich (Baud & van Schendel, 1997). Danach ist eine Grenzregion kein fixer geografischer Raum, sondern reicht so weit, wie die Grenze das Leben der dort wohnenden Menschen ökonomisch, sozial, politisch und/oder kulturell beeinflusst. Dabei unterscheiden die Autoren, je nach Nähe zur Grenze und dem damit einhergehenden Ausmaß der Beeinflussung durch die Grenzlage, zwischen einem „Border Heartland“, einem „Intermediate Borderland“ und einem „Outer Borderland“.

Um der diachronen Dynamik Rechnung zu tragen, schlagen Baud und van Schendel außerdem ein Phasenmodell vor. Danach durchlaufen Grenzen idealtypisch einen Zyklus vom *embryonic borderland* über das *infant borderland* (unmittelbar nach der politischen Grenzziehung) und das *adolescent borderland* bis zum *declining borderland* und *defunct borderland* (mit einer *relic boundary*). Diese Typologie ist zwar nicht frei von Kritik geblieben, insbesondere an der biologistischen Lebenszyklusmetaphorik, weil diese eine (wenn auch von den Autoren ausdrücklich nicht intendierte) Zwangsläufigkeit suggeriere, mit der Grenzen all diese Stadien eines nach dem anderen zu durchlaufen hätten. Es lenkt aber die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass Grenzen ihre Qualität im Zeitverlauf ändern, dass sie geschaffen, verschoben, gestärkt, geschwächt und beseitigt werden. Selbst wenn Staatsgrenzen formal verschwinden, bleiben sie doch oft noch lange wirksamäßig im politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Feld. Die von Béatrice von Hirschhausen angeregten Forschungen zu „Phantomgrenzen“ haben dies vor allem für die historischen Grenzen in Osteuropa herausgearbeitet,⁴ etwa für die Nachwirkungen der vormaligen

4 Vgl. die seit 2015 bei Wallstein erscheinende Reihe „Phantomgrenzen im östlichen Europa“, in der bis 2024 acht Bände erschienen sind; zum Konzept konzis: Hirschhausen, 2020.

Staatengrenzen zwischen den deutschen, habsburgischen und russischen Teilungsgebieten im Polen der Zwischenkriegszeit (Müller & Struve, 2017). Das Konzept lässt sich aber auch für Westeuropa anwenden, etwa für das Nachwirken der deutsch-französischen Grenze von 1871–1918. Ein prominentes zeitgeschichtliches Beispiel wäre die bis in die Gegenwart fortwährende Bedeutung der bis 1990 bestehenden deutsch-deutschen Grenze.

3.2. Forschungsentwicklung

Forschungen zu Grenzregionen haben in der Geschichtswissenschaft eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition. Diese Tradition ist – wie auch in anderen Wissenschaften – nicht immer rühmlich, ging es doch lange Zeit gerade in Deutschland nicht zuletzt darum, nationale Gebietsansprüche auf bestimmte Regionen historisch, geografisch, kulturell oder linguistisch zu legitimieren. In Deutschland bekamen solche „Grenzland“-Forschungen einen Schub nach dem Ersten Weltkrieg und den im Versailler Vertrag festgeschriebenen Gebietsabtretungen. Oft staatlich alimentiert und revisionistisch, etablierten sie sich innerhalb der interdisziplinären völkisch-nationalistischen „Ostforschung“ und „Westforschung“ und kulminierte in den rassistisch aufgeladenen „Volkstumswissenschaften“ zur Zeit des Nationalsozialismus (vgl. etwa Fahlbusch & Haar, 2010; Freund, 2006; Haar, 2000; Schulze & Oexle, 1999). Diese Traditionen rissen auch nach 1945 nicht vollständig ab.⁵

Es gibt aber auch andere Anknüpfungspunkte aus der Zeit vor 1945. Ein wichtiges Beispiel: Konstitutiv für einen Großteil der Forschungen zu Grenzen und Grenzregionen nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Doppelgesichtigkeit der Grenze als Trennendes und Verbindendes. Eine immer wiederkehrende Referenz dabei ist die 1931/1935 publizierte Schrift des französischen Historikers der Annales-Schule Lucien Febvre über den Rhein (Febvre, 1994; vgl. auch Courlet, 1988). Darin beschreibt Febvre diese Doppelfunktion der Grenze mit dem Metaphernpaar „coupure“ (Schnitt) und „couture“ (Naht), das auch in der neueren Forschung vielzitiert ist (Dauphant, 2020; Struck, 2012).

⁵ Die Ostforschung behielt auch in der frühen Bundesrepublik eine politikberatende Funktion, wenn auch ihres rassistischen Gehalts zunehmend entkleidet (Unger, 2007). Von der Westforschung gibt es personelle, institutionelle und thematische Kontinuitäten zur Landesgeschichte in der Bundesrepublik (Schulze & Oexle, 1999).

Wie das Jahr 1983 als das *annus mirabilis* der Nations- und Nationalismusforschung gilt (Anderson, 1983; Gellner, 1983; Hobsbawm & Ranger, 1983), lässt sich 1989 als das der historischen Grenz- und Grenzraumforschung anführen (Struck, 2012). Zum einen wirkten Mauerfall und Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ mit ihren massiven Auswirkungen für die Grenzen in Europa als Motor auch für die historische Forschung. Zum anderen erschien in jenem Jahr Peter Sahlins’ bahnbrechende Studie „The Making of France and Spain in the Pyrenees“, die sich mit der Etablierung der bis heute gültigen Grenze zwischen Frankreich und Spanien nach dem Pyrenäenfrieden von 1659 befasst. Sahlins (1989) verband Anregungen aus der neueren konstruktivistischen Nations- und *State-Building*-Forschung mit solchen aus der Alltags- und Mikrogeschichte. Während die Forschung bis dahin überwiegend politik- und diplomatiegeschichtlich aus der Perspektive der staatlichen Zentren auf Grenzen geschaut hatte, drehte Sahlins die Blickrichtung um und fokussierte die lokalen Praktiken und die Wechselwirkungen zwischen Zentrum und Peripherie. Dieser Ansatz wurde für die historische Grenzforschung wegweisend und das „Making of“ von Grenzen zu einem, wenn nicht dem, zentralen Paradigma. Denn Grenzen sind nicht einfach da, sie werden gemacht.

Weiter befeuert wurde das Interesse der Historiker:innen für Grenzen seit der Jahrtausendwende einerseits durch den *Spatial turn* (Dipper & Raphael, 2011; Rau, 2013), andererseits durch den Boom der transnationalen Geschichte, für die Grenzregionen – als Zonen potenzieller Interaktion und Verbindung über nationale Grenzen hinweg – ein prädestiniertes Forschungsfeld darstellen (Shao, 2009). Dies verweist auf das sogenannte *Border paradox*: „Borders trigger legal and illegal cross-border flows by virtue of the separations they create“ (Van der Vleuten & Feys, 2016b, 29).

Grundsätzlich liegen zu allen europäischen Grenzen und Grenzregionen – von Portugal und Spanien (z. B. Herzog, 2014) bis zur finnisch-russischen Grenze (z. B. Lähteenmäki, 2007) – historische Studien vor, aber es gibt doch geografische Schwerpunkte. Zum einen wird seit jeher der lange umkämpfte, aber auch stark verflochtene deutsch-französische Grenzraum vergleichsweise intensiv beforscht. Und bis heute gehen von hier viele innovative Impulse aus, wie etwa die jüngsten Arbeiten zu alltäglichen Grenzregimen, Polizeiarbeit und Grenzübertritten zwischen 1871 und 1914 von Sarah Frenking (2021) und Benoît Vaillot (2023) zeigen. Zum anderen sind seit der politischen Wende von 1989/90 Ost- und Südosteuropa in den Fokus der Forschung gerückt als Räume, die durch vielfache Grenz-

verschiebungen, umkämpfte Grenzen und sprachlich-kulturelle Gemengelagen geprägt waren (Bartov & Weitz, 2013).

In zeitlicher Hinsicht hat sich die historische Forschung zu Grenzregionen schwerpunktmäßig mit dem „langen“ 19. Jahrhundert befasst, besser gesagt: der Periode von Mitte des 18. bis Mitte des 20. Jahrhunderts, in der die (national-)staatlichen Grenzen sich formierten und ausgebaut wurden, noch weniger dagegen mit der Zeit nach 1945, in der die Grenzen zumindest in Westeuropa wieder durchlässiger wurden. Thematisch standen bisher vor allem staatliche Politiken und deren Folgen für die regionalen Bevölkerungen, Prozesse der Grenzziehung und des *Border Making* „von unten“ (noch seltener das *Unmaking*) und die Konstruktion von Identitäten im Vordergrund.

Komparative Untersuchungen werden schon länger angeregt (Baud & van Schendel, 1997), bisher aber noch selten in Form größerer, auf Primärquellen basierender Arbeiten umgesetzt. Bisher gibt es Vergleiche deshalb vor allem in Form von Sammelbänden, sei es in gesamteuropäischer und themenübergreifender Perspektive (Duhamelle, Kossert & Struck, 2007), zu bestimmten Grenzregionen (deutsch-französisch und italienisch-österreichisch: Ara, 1998; deutsch-französisch und deutsch-polnisch: François, Seifartha & Struck, 2007) oder unter bestimmten thematischen Aspekten (zu Identitätsdiskursen: Meinhof 2002; zu filmischen Repräsentationen: Merivirta, Ahonen, Mulari et al., 2013). Ansonsten ist die neueste Forschung von ihrem Referenzrahmen und ihren Vergleichshorizonten her – der wissenschaftlichen Konjunktur entsprechend – eher global als europäisch ausgerichtet (vgl. Di Fiore, 2016; Van der Vleuten & Feys, 2016a; körpergeschichtlich: Ehlers, 2021).

3.3. Historiografische Felder

Einige Felder der Historiografie, die sich mit Grenzen und Grenzregionen befassen, scheinen mir aus der Perspektive der Europaforchung besonders relevant und vielversprechend.

(1) Das erste Feld umfasst Studien, die auf die eine oder andere Weise die (Frage der) Außengrenzen Europas behandeln. Um einem häufigen Missverständnis vorzubeugen: Der Blick in die Geschichte hilft hier nicht, die vermeintlich „wahren“ (politischen, kulturellen) Grenzen Europas zu bestimmen – gegen ein solch essenzielistisches Europaverständnis wird sich die Mehrzahl der Historiker:innen verwahren. Nicht, dass historisches

„Erbe“ keine Rolle spielte, aber es ist vielschichtig und selten eindeutig. Die Geschichtswissenschaft kann aber etwas nicht minder Wichtiges, nämlich zeigen, wie wandelbar die Grenzen Europas waren. Insbesondere kann sie untersuchen, welche Vorstellungen von den Grenzen Europas die (unterschiedlichen) zeitgenössischen Akteur:innen hatten, wo diese Grenzen jeweils lokalisiert und wie sie wahrgenommen wurden (und zwar sowohl durch ‚Europäer:innen‘ in unterschiedlichen Teilen Europas als auch – was allerdings noch zu wenig untersucht ist – durch ‚außereuropäische‘ Akteur:innen). Dies lässt sich in wissens- und wissenschaftsgeschichtlichen Studien festmachen, etwa über Kartografie, Geografie und Historiografie, aber auch an politischen Expert:innendiskursen, der Medienberichterstattung oder Reiseberichten. Dabei zeigt sich, dass die Grenzen Europas historisch immer fließend waren, und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im Süden. Gerade der Mittelmeerraum wurde in den letzten 250 Jahren auf paradoxe Weise repräsentiert: Auf der einen Seite gibt es seit dem 18. Jahrhundert die Tendenz, südeuropäische Regionen und Nationen als afrikanisch oder orientalisch zu beschreiben und so – wie auch den Balkan (Todorova, 1999) – aus dem „modernen“ Europa auszugrenzen (bei gleichzeitiger Verortung der „Moderne“ in Nordwesteuropa) (Baumeister, 2007; 2018). Diese Tendenz zur Exotisierung und Ausgrenzung des europäischen Südens lässt sich bis in die Gegenwart beobachten. Auf der anderen Seite wurden das Süd- und Ostufer des Mittelmeers im Zuge der Kolonialisierung seit dem 19. Jahrhundert europäisiert, was sich diskursiv in imperialen Raumbegriffen wie *Méditerranée*, *mare nostrum*, *Eurafrica* und *Atlantropa* niederschlug und einen Nachhall bis in den „euromediterranen“ Diskurs der Europäischen Union gefunden hat (Borutta & Lemmes, 2013). Damit schoben sich die Grenzen Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewissermaßen bis zum Suezkanal (Huber, 2013; Paulmann, 2013). Europäische Grenzräume waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert auch die kosmopolitischen spätosmanischen Hafenstädte im östlichen Mittelmeerraum, denn dort wurden tagtäglich Vorstellungen von Europäizität, Okzident und Orient im Zusammenleben von europäisch und nicht europäisch gelesenen Akteur:innen verhandelt (vgl. etwa Fuhrmann, 2020).

(2) Ungebrochen relevant sind Grenzen und Grenzregionen ferner im Zusammenhang mit der Nations- und Nationalismusforschung (prototypisch: Höpel, 2012). Die Geschichte von Nations- und Staatsbildungsprozessen wurde klassischerweise von den politischen, staatlichen Zentren aus geschrieben. Demgegenüber hat die jüngere Forschung begonnen, sich stärker für die Rolle der Peripherien zu interessieren, zu denen die

Grenzregionen nicht immer, aber doch meist gehörten, und zu fragen, wie Prozesse von dort in die Zentren zurückwirkten (vgl., wenn auch nicht auf Grenzregionen bezogen, Ganzenmüller & Tönsmeyer, 2016). Ein gutes Beispiel hierfür ist die schon erwähnte Dissertation von Benoît Vaillot (2023), die sich am Kreuzungspunkt der historischen Grenzforschung und Border Studies mit der Geschichte nationaler Identitäten („everyday nationhood“, „nationhood from below“) und der „souveraineté au quotidien“ verortet. Vaillot arbeitet heraus, wie die Grenze als „laboratoire de la souveraineté“ fungierte, wie also der Grenzausbau den Staatsausbau vorantrieb (auch in bisher wenig untersuchten Bereichen wie Epidemiebekämpfung, Kontrolle von Tieren oder Luftverkehr). Dabei misst er der deutsch-französischen Grenze als der „am besten kontrollierten, überwachten und ausspionierten Grenze“ des späten 19. Jahrhunderts eine prototypische Bedeutung für spätere Entwicklungen bei (Prinzip der Grenzpolizeien, Experimentieren mit Pass- und Visumspflicht, Straßenbarrieren, Lufthoheit u. a.). Insbesondere argumentiert er, dass gerade die Peripherien nationale Identitäten hervorbringen, und zwar maßgeblich durch lokale Akteure (so sei etwa der „mythe des provinces perdues“ in Frankreich maßgeblich ein Produkt der betroffenen Bevölkerungen selbst). Für die historische Europaforschung ist die Studie insofern relevant, als Staats- und Nationsbildung zu den zentralen Prozessen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts gehörten. Quellengesättigte Vergleiche mit anderen Grenzregionen sind indes ein Desiderat.

Zwei weitere Felder seien genannt: Ausbaufähig ist zum einen die Forschung zu „Phantomgrenzen“ (Hirschhausen, 2020; Hirschhausen et al., 2015). Dieses Konzept wurde, wie oben dargelegt, bisher im Wesentlichen für Osteuropa angewandt, es kann aber darüber hinaus heuristisch fruchtbar gemacht werden und hat eine gesamteuropäische Relevanz. Ein junges und dynamisches Forschungsfeld ist schließlich die Umweltgeschichte von Grenzen (Bernhardt, 2016; Eckert, 2021; Huff, 2020; Vrignon & Mathis, 2021), für die sich europäisch wie global vergleichende Perspektiven ergeben.

4. Wie Europa- und Grenz(raum)forschung zusammenbringen? Beispiele, Perspektiven, Desiderate

Welche Schnittmengen zwischen historischer Europa- und Grenz(raum)forschung lassen sich über die bereits beschriebenen Felder hinaus ausmachen? Welche Anknüpfungspunkte gibt es, welche Desiderate und For-

schungsperspektiven? Sieben Aspekte seien im Folgenden angeführt. Wenn die Region SaarLorLux dabei häufig den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet, hat dies einerseits mit meiner eigenen Expertise zu tun, andererseits aber auch damit, dass aus der Betrachtung dieses Raums zahlreiche Impulse für die historische Grenzforschung insgesamt hervorgegangen sind.

a) Grenzregionen und transnationale Erinnerung

Ein erstes vielversprechendes Feld ist das der *Memory Studies*, also der (Geschichte von) Erinnerung, kollektiven Gedächtnissen, Erinnerungspolitiken und Geschichtskultur. Angeregt durch Pierre Noras *Lieux de mémoire* (1984; 1986; 1992) hat das Erinnerungsparadigma in den Geschichtswissenschaften einen bis heute anhaltenden Boom erlebt, blieb allerdings bisher sehr stark auf die Nation bezogen. Zwar ist das Konzept des kollektiven Gedächtnisses, das der Soziologe Maurice Halbwachs bereits in den 1920er Jahren entwickelt hat, nicht zwingend an Nationen bzw. nationale Gesellschaften gekoppelt, doch hat sich die Geschichtswissenschaft wie andere Disziplinen vor allem für nationale Erinnerungen (bzw. für um den Rang nationaler Meistererzählungen konkurrierende gesellschaftliche Erinnerungen) interessiert und auch sonst Erinnern und Gedenken überwiegend im nationalen Rahmen untersucht. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde dann etwas stärker auch nach anderweitig (insbesondere regional) zugeschnittenen Gruppengedächtnissen gefragt (Berger & Seiffert, 2014; Majerus et al., 2009) und dabei die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit man von einer europäischen Erinnerung (Erinnerungskultur, Gedächtnis) sprechen kann (z. B. François, 2005; François & Serrier, 2019; Gensburger & Lavabre, 2012; Leggewie, 2011).

Der Blick auf Grenzregionen spielt dabei bisher kaum eine Rolle.⁶ Er scheint aber besonders vielversprechend, denn zum einen waren gerade in Grenzregionen Erinnerungen und Gedenken transnational aufeinander bezogen, ob geteilt oder antagonistisch, ob kooperativ oder konfrontativ. Zum anderen erlaubt das Hineinzoomen auf die regionale Ebene, die übliche dichotome Gegenüberstellung von nationaler und europäischer Erinnerung aufzubrechen. Aufbauen kann die künftige Forschung auf das Pionierprojekt „Memotransfront“, das schon seit den 1990er Jahren die Vernetzung der

⁶ Eine Sektion zu „Fronten und Rändern“ gibt es im zweiten Band von François & Serrier (2019), wobei die meisten Beiträge sich mit der Außengrenze Europas befassen.

Erinnerung im SaarLorLux-Raum des 19. und 20. Jahrhunderts untersucht hat (Hudemann, 2009a). Die Grenzregion erscheint darin als Vorreiterin bei der Hervorbringung nicht national definierter Erinnerungsorte und „grenzüberschreitender“ bzw. „transnationaler“ Erinnerung, weil die Erfahrung von Grenzverschiebungen und wechselnden Zugehörigkeiten dazu führt, dass die Erinnerung offener bleiben muss (vgl. auch Hudemann, 2009c; 2014).⁷ Wie weit die für den SaarLorLux-Raum ermittelten Befunde tragen und auf andere europäische Grenzregionen verallgemeinerbar sind, wäre in weiteren Arbeiten, vor allem in europäisch vergleichenden Untersuchungen zu klären (Ansätze zum Adria-Raum und Ostmitteleuropa bei Klabjan, 2019).

b) (Trans-)Regionale grenzüberschreitende Kooperation

Sind Grenzregionen Pioniere europäischer grenzüberschreitender Zusammenarbeit? Insbesondere für die Großregion SaarLorLux, aber auch den Oberrhein wird dies immer wieder postuliert. Schon die Zahl der hier existierenden europäischen, bilateralen und interregionalen Organisationen sowie der zivilgesellschaftlichen Kooperationen legt dies nahe.⁸ Auf der anderen Seite offenbaren sich gerade hier die Schwierigkeiten transnationaler Zusammenarbeit, ob bei interkommunaler Kooperation, im Bereich des Gesundheitswesens oder in der Gedenkstättenarbeit, jeweils angefangen mit den klassischen Hemmnissen rückläufiger Sprachkenntnisse, unterschiedlicher administrativer Zuständigkeiten (französischer Zentralismus vs. deutscher Föderalismus) und nicht aufeinander abgestimmter Verkehrsinfrastrukturen, die grenzüberschreitenden ÖPNV erschweren. Daher liegt die These nahe, dass sich in Grenzregionen sowohl die Dynamiken als auch die Probleme transnationaler europäischer Zusammenarbeit besonders gut beobachten und untersuchen lassen. Dies wäre eine eingehende, insbesondere auch vergleichende zeithistorische Untersuchung zu europäischen Grenzregionen wert. Wohl gibt es eine umfangreiche Forschung

7 Rainer Hudemann hebt in seiner programmatischen Einleitung auf den Begriff der grenzüberschreitenden „Vernetzungen“ ab: In diesen sieht er „auf dem Weg zu einer ‚Identität‘, zu einem grenzüberschreitenden Zusammengehörigkeitsgefühl [...]“ wichtige Elemente, wie sie zugleich von einer tatsächlichen Zusammengehörigkeit in vielen, auch in wenig beachteten Bereichen zeugen.“ Weiter spricht er von daraus erwachsender „interregionaler Identität“ und „grenzüberschreitender Erinnerung“ (Hudemann, 2009b).

8 Vgl. <https://www.grossregion.net/> [15.11.2024].

zu grenzüberschreitenden Praktiken und Kooperationen in anderen Disziplinen (ein Beispiel für viele: Wille & Nienaber, 2020). Systematische geschichtswissenschaftliche Untersuchungen seit 1945, den 1960er bzw. den 1990er Jahren fehlen jedoch. Dabei könnte die Geschichtswissenschaft u.a. bei sich selbst anfangen und grenzüberschreitende Wissenschaftskooperationen untersuchen, von denen einige zu für diesen Beitrag relevanten Forschungen geführt haben, etwa dem Projekt Memotransfront. Dabei geht es auch darum, transregionale Förderpraktiken der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union wie die seit 1990 bestehenden Interreg-Programme (v.a. ihre Nachfrage, Umsetzung und Umsetzung vor Ort) zu historisieren.

c) Mobilitäten und Migrationen

Zu den häufigsten grenzüberschreitenden Praktiken gehören Mobilitäten im Kontext von Arbeit und Subsistenzsicherung. Diese umfassen Fernmigration, Migrationen im Nahbereich und das tägliche Pendeln über die Grenze, wobei diese drei Formen einander nicht ausschließen, sondern aufeinander folgen oder einander überlagern können. Historische Untersuchungen zu diesem Thema haben bisher vornehmlich die Zeit des hochindustrialisierten Europas vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1970er Jahre in den Blick genommen (vgl. etwa zur niederländisch-belgisch-deutschen Grenzregion Knotter, 2008; 2014). Grenzregionen bieten aber ein ebenso relevantes Feld für zeitgeschichtliche Forschungen zu Prozessen der Deindustrialisierung. Letztere lassen sich – in unterschiedlichen Ausprägungen und unterschiedlichen Geschwindigkeiten – seit den 1960er Jahren in zahlreichen Industrieregionen Westeuropas beobachten (Fontaine & Vigna, 2019; Raphael, 2019), nach 1989/90 noch abrupter im postsozialistischen Mittel- und Osteuropa (Ther, 2014). Der Blick auf Grenzregionen ist hier unter anderem deshalb interessant, weil die Deindustrialisierung in den unterschiedlichen Teilen einer Grenzregion meist ungleichzeitig und ungleich verlief. Das gilt auch für historisch eng verflochtene transnationale Industrieräume wie den SaarLorLux-Raum, wo die Deindustrialisierung in Lothringen früher einzog und weitreichender war als im Saarland, während sie in Luxemburg durch die expandierende Dienstleistungs- und Finanzbranche abgedrängt wurde (Wille, 2012). Damit boten sich den Akteur:innen Möglichkeiten für unmittelbare innereuropäische Vergleiche, zugleich erhöhte oder veränderte sich grenzüberschreitende Mobilität – bei alteingesessener wie bei (post-)migrantischer Bevölkerung – in Richtung

resistenterer Industrien oder neuer Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Die Grenze war somit eine potenzielle Ressource, konnte aber auch als Bedrohung wahrgenommen werden (siehe ausführlicher dazu den Beitrag von Birgit Metzger in diesem Band). Für den SaarLorLux-Raum untersucht solche Zusammenhänge ein Teilprojekt des seit 2023 laufenden DFG-ANR-Projekts „Deindustrialisierung in Frankreich und Deutschland. Erfahrungen und Emotionen von den 1960er Jahren bis heute. *The Unmaking of the Working Class?*“ (DesinEE).⁹ Weitergehende Vergleiche zu anderen europäischen Grenzregionen sind ein Desiderat.

Die Grenzkonstellation ist aber auch mit Blick auf Migrant:innen aus anderen europäischen und außereuropäischen Ländern interessant. So hielten sich etwa während des Algerienkriegs die meisten der in der Bundesrepublik ansässigen algerischen Migrant:innen im grenznahen Saarland auf, oft mit Verbindungen zu algerischen Migrant:innen in Lothringen (Cahn, 2017; Hardt, 2019). Das grenznahe Westdeutschland war dabei auch einen Rückzugsraum für den algerischen *Front de Libération nationale* (FLN), die Grenze diente also auch ihm als Ressource. Und selbst wenn Migrant:innen nicht in den Grenzregionen blieben: Insofern die polizeiliche Überwachung, Repression und deren mediale Resonanz hier besonders groß waren, werden die innereuropäischen transnationalen Verbindungen zwischen (post-)kolonialen Migrant:innen, die sonst unter dem Radar bleiben, in Grenzregionen besonders sichtbar, da in den Quellen fassbar.

d) Kriege und Besetzungen

Dass gerade die Bevölkerungen der Grenzregionen von Kriegen und Besetzungen besonders betroffen sind, hat zuletzt der Krieg in der Ukraine in Erinnerung gerufen. Eine vergleichende Perspektive auf Grenzregionen in den europäischen Kriegen seit der Französischen Revolution gibt es bisher nur in Ansätzen, etwa für die Evakuierungen von Zivilbevölkerungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg (Forcade et al., 2017; Großmann et al., 2025; Lemmes et al., 2014). Erzwungene Mobilitäten – Evakuierungen, Flucht, Verschleppungen und Vertreibungen – trafen als wesentliche Erfahrungen der europäischen Geschichte zwar nicht nur die Bevölkerungen in Grenzregionen, aber doch in besonderem Maße; dabei waren sie oft geteilte

⁹ Zum DesinEE-Projekt insgesamt und zum Teilprojekt „Erfahrungen der Deindustrialisierung in einer transnationalen Grenzregion: eine histoire croisée des Saar-Lor-Lux-Raums (1970–heute)“ siehe Lemmes, o. J. sowie Lemmes, 2025.

Erfahrungen der Menschen beiderseits einer Grenze. Überhaupt wurden die Erinnerungslandschaften in Grenzregionen besonders durch die Kriege geprägt. Der Zweite Weltkrieg produzierte gerade in den Grenzregionen enorme materielle Hinterlassenschaften in Gestalt von Bunkern und Verteidigungsanlagen, etwa der Maginot-Linie auf französischer Seite und des sogenannten Westwalls entlang der deutschen Westgrenze (Großmann, 2022), deren Erinnerungsgeschichte nach 1945 noch einer vergleichenden Untersuchung harrt.

e) Grenzregionen als Laboratorien in Hitlers Europa

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die nationalsozialistische „Volkstumspolitik“ in den Gebieten, die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland (de jure oder de facto) annektiert oder potenziell zur Annexion vorgesehenen waren (vgl. u. a. Nichols, 2016; Stiller, 2022; Strippel, 2011). Ins Blickfeld rücken so im Westen etwa das Elsass, Lothringen, Luxemburg und Ostbelgien, aber auch die Region Nord-Pas-de-Calais (Kloza, 2021) und die ostfranzösische „verbotene Zone“, im Osten der Reichsgau Sudetenland und das Protektorat Böhmen und Mähren (Brandes, 2012) sowie die annexierten polnischen Gebiete, im Südosten große Teile Sloweniens und die im Herbst 1943 auf besetztem italienischem Territorium gebildeten Operationszonen Alpenvorland und Adriatisches Küstenland. Anknüpfend an die oben erwähnte „Ostforschung“ und „Westforschung“ hatte die Volkstumspolitik im Rahmen der von den Nationalsozialisten angestrebten rassistisch-imperialen Neuen Ordnung eine klar europäische Dimension; sie wird bisher aber selten unter dem Stichwort historische Europaforchung diskutiert (was deren normative Grundierung nochmals verdeutlicht) und noch seltener mit Border Studies in Verbindung gebracht. Dabei gäbe es damit viel zu gewinnen, denn der Begriff des Laboratoriums, den dieser Beitrag wie auch der gesamte Band im Titel führt, ist für die annexierten und besetzten Grenzregionen unter NS-Herrschaft in doppelter Weise treffend: Zum einen waren sie Exerzierplätze der Volkstumspolitik par excellence und damit Experimentierfelder der *NS-Akteure* für die anvisierte nationalsozialistische Neuordnung Europas – von der administrativen Germanisierungspolitik mithilfe der Deutschen Volksliste über Vertreibungen bis hin zum Massenmord. Daher bieten sich diese Regionen zum anderen als Labore der *Forschenden* an, weil man hier die Essenz dieser Politik und Praxis besonders gut – und besonders gut vergleichend – untersuchen kann. Auch als Übergangszonen zwischen dem

Reich als imperialem Zentrum und den besetzten Gebieten als imperialen Peripherien bieten sie besondere Einblicke in das nationalsozialistische Europa.

Auch den vielen weiteren Grenzen und Linien, die durch die deutschen Besatzer gezogen wurden, sollte die Forschung in Zukunft stärker Beachtung schenken und sie in einem europäisch vergleichenden Rahmen untersuchen. Dies gilt etwa für die sogenannte Nordost-Linie in Frankreich oder die Grenzen der Operationszonen Alpenvorland und Adriatisches Küstenland. Die zunehmende „Zonierung“ Europas kann man als eines der Kennzeichen der nationalsozialistischen imperialen Ordnung im Zweiten Weltkrieg ansehen.

f) Soziale Bewegungen

In der historischen wie sozialwissenschaftlichen *Social-movement*-Forschung spielen transnationale (Vergleichs-, Interaktions- und Verflechtungs-)Perspektiven zwar seit einiger Zeit schon eine wichtige Rolle, sei es in europäischer oder in globaler Perspektive (Berger & Nehring, 2017; Della Porta & Caiani, 2010; Della Porta & Tarrow, 2004; Nehring, 2012). Die Bedeutung von Grenzregionen und kleinräumigen grenzüberschreitenden Kontakten und Wechselwirkungen ist aber – mit Ausnahme von Umweltprotesten der 1950er und 1960er Jahre (Kaesler, 2022) und der Anti-AKW-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre (Milder, 2017; Pohl, 2019; Tompkins, 2016) – bis heute so gut wie nicht erforscht. Dies trifft selbst auf die Anarchist:innen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu, für die Grenzübertretungen aufgrund von Verfolgung, Exil und Arbeitsmigration eine gängige Erfahrung war, weshalb sie in der Forschungsliteratur als die transnationale Bewegung par excellence dieser Zeit gelten (Lemmes, 2020; Moya, 2009). Für sie wie für andere soziale Bewegungen gilt: Wie die juristischen, administrativen und polizeilichen Maßnahmen zu ihrer Unterdrückung wurden auch sie in der Forschung von den jeweiligen staatlichen Zentren aus gelesen. Welche Rolle spielten staatliche Peripherien und besonders Grenzregionen für unterschiedliche transnational agierenden soziale Bewegungen? Welche Rolle spielten sie insbesondere für Europäisierungsprozesse? War Grenznähe dabei eher Handicap oder Katalysator? Hier gibt es Forschungsbedarf.

g) Medien

Die Mediengeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts ist noch immer stark auf den nationalen Rahmen und vergleichsweise wenig transnational, transfer- und verflechtungsgeschichtlich ausgerichtet (Ausnahmen u. a. Bösch, 2010; 2019; Fickers & Griset, 2019; Hüser & Eck, 2011; Mahlerwein, 2024; Malde-ner, 2023). Dies dürfte mit der starken sprachräumlichen Gebundenheit medialer Produktion ebenso zusammenhängen wie mit der zentralen Rolle des Staats für Radio und Fernsehen als den Leitmedien des 20. Jahrhun-derts. Zwar ist die Bedeutung von Medien für Europäisierungsprozesse betont und nach der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit gefragt worden (z. B. Requate & Schulze Wessel, 2002); welche Rolle Grenzregio-nen bzw. Medien in Grenzregionen dabei spiel(t)en, ist aber wenig un-tersucht. Hier müssten einerseits bestehende regionale Forschungen (z. B. Zimmermann et al., 2010) stärker von der Europaforchung rezipiert wer-den, Historiografien also stärker miteinander kommunizieren. Andererseits gibt es grundlegenden Forschungsbedarf – und auch hier: gerade in ver-gleichender Perspektive. So lohnt sich etwa ein genauerer Blick auf Medien in Grenzregionen in ihrer Rolle für die Nationalismen im 19. und 20. Jahrhundert, aber auch auf Medien als transnationale Akteure in Grenzräu-men (z. B. Radio Dreyeckland). Darüber hinaus ist die (massen-)mediale Dimension für zahlreiche der bereits genannten Felder relevant, da Medien wesentlich für Kommunikationsstrukturen, Kommunikationsräume und darüber auch für Identitätskonstruktionen sind.

5. Schlussbetrachtung

Was macht Grenzregionen für die (historische) Europaforchung also in-teressant? Festzuhalten ist zunächst, dass Europa ein fragmentierter Konti-nent ist, den auf relativ engem Raum zahlreiche territoriale und andere Grenzen durchziehen. Ob oder inwieweit es sich dabei um eine europäi-sche Besonderheit handelt, sei dahingestellt (Exzensionalismen sind be-kanntlich mit Vorsicht zu genießen); gewiss kann man hierin aber ein wichtiges Merkmal Europas in Geschichte und Gegenwart sehen. Grenzen und Grenzregionen sind also schon aus diesem Grund ziemlich relevant für die Europaforchung. Aber jenseits dessen: Was kann man besonders gut an Grenzregionen zeigen? Acht Aspekte scheinen mir übergreifend wichtig, die ich zum Abschluss thesenartig zusammenfasse.

1. Für eine Europaforschung, die sich insbesondere für transnationale Transfers und Verflechtungen interessiert, sind Grenzregionen vor allem deshalb interessant, weil sie Kontaktzonen und damit potenziell Räume vermehrten Austauschs oder zumindest erhöhter wechselseitiger Wahrnehmung und Relevanzmessung zwischen zwei oder mehreren Gesellschaften, Staaten, Nationen, Ökonomien oder Kulturen darstellen (unter freundlichen wie unter feindlichen Vorzeichen).
2. Grenzregionen sind dabei Räume der Interferenz, aber auch der Differenz(-erzeugung). Dies bedeutet, dass auch Dissonanzen – etwa im Bereich von Erinnern und Gedenken – hier gut sichtbar gemacht und analysiert werden können.
3. Damit verbunden ist, dass sowohl Transnationalität als auch nationale (politische, rechtliche, gesellschaftliche, kulturelle) Differenz in Grenzregionen oft besonders erfahrbar sind. Entsprechend können die Bewohner:innen von Grenzregionen sich und ihre Situation oft – und tendenziell öfter als Bewohner:innen des Landesinneren – aus eigener Anschauung transnational vergleichen. (Wie ausgeprägt ihre transnationalen Erfahrungen tatsächlich sind, hängt indes von der Beschaffenheit der Grenze ab.)
4. Dies kann zu Annäherung und Kooperation ebenso wie zu besonders scharfen Feindbildern und Konflikt führen, Vorurteile ebenso abbauen wie stärken.
5. Aus dem Bisherigen folgt auch, dass Grenzregionen Räume sind, in denen Identitäten (konstruktivistisch verstanden als Ensemble von Fremd- und Selbstzuschreibungen) besonders intensiv verhandelt und produziert werden: nationale, regionale, grenzüberschreitende und möglicherweise auch europäische Identitäten (Kwaschik, 2012; Schönwald, 2012).
6. Für kollektive und individuelle Akteur:innen in Grenzregionen ist die Grenzlage – als Marginalität im (National-)Staat – oft ein Nachteil, sie kann zugleich aber als Ressource dienen. Grenzüberschreitende Kooperation wird dann nicht zuletzt zum Mittel, um eine periphere Lage im Nationalstaat zu kompensieren.
7. In manchen Fällen fungierten Grenzregionen tatsächlich als historische „Laboratorien“: entweder in dem Sinn, dass hier durch die Verschmelzung unterschiedlicher Einflüsse, Transfers und Hybridisierung Innovationen entstanden, so etwa im Fall von „Elsass-Lothringen als juristisches Laboratorium“ (Löhnig, 2023), oder in dem Sinn einer gezielten Politik, so im Fall der deutsch annektierten Gebiete während des Zwei-

ten Weltkriegs, die als Laboratorien der NS-Volkstumspolitik in Europa dienten.

8. Nicht nur, aber insbesondere mit Blick auf die Praktiken grenzüberschreitender Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg und innerhalb der EG/EU lassen sich in Grenzregionen die Dynamiken, aber auch die Hemmnisse und Probleme der Kooperation besonders gut sichtbar machen. Oder, um eine andere Metapher zu nutzen: wie unter einem Brennglas untersuchen. In diesem Sinn sind Grenzregionen tatsächlich Laboratorien der Europaforchung.

Bibliografie

- Anderson, B. (1983). *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Verso.
- Ara, A. (Hg.). (1998). *Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsass-Lothringen/Trent-Triest, 1870–1914*. Duncker & Humblot.
- Bartov, O., & Weitz, E. D. (Hg.). (2013). *Shatterzone of Empires. Coexistence and Violence in the German, Habsburg, Russian, and Ottoman Borderlands*. Indiana University Press.
- Baud, M., & van Schendel, W. (1997). Toward a Comparative History of Borderlands. *Journal of World History*, 8(2), 211–242.
- Baumeister, M. (2007). Diesseits von Afrika? Konzepte des europäischen Südens. In F. B. Schenk & M. Winkler (Hg.), *Der Süden. Neue Perspektiven auf eine europäische Geschichtsregion* (S. 23–47). Campus.
- Baumeister, M. (2018). Mythos, Gegenbild, Utopie. Der Süden auf der geistigen Landkarte Europas. *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung*, 27, 13–32.
- Berger, J., Willenberg, J., & Landes, L. (2010, 03. Dezember): EGO | Europäische Geschichte Online: Eine transkulturelle Geschichte Europas im Internet. In Institut für Europäische Geschichte [IEG] (Hg.), *Europäische Geschichte Online (EGO)*. <https://www.ieg-ego.eu/introduction-2010-de> [26.08.2024].
- Berger, S., & Nehring, H. (Hg.). (2017). *The History of Social Movements in Global Perspective. A Survey*. Palgrave Macmillan.
- Berger, S., & Seiffert, J. (Hg.). (2014). *Erinnerungsorte. Chancen, Grenzen und Perspektiven eines Erfolgskonzeptes in den Kulturwissenschaften*. Klartext.
- Bernhardt, C. (2016). *Im Spiegel des Wassers. Eine transnationale Umweltgeschichte des Oberrheins (1800–2000)*. Böhlau.
- Borutta, M., & Lemmes, F. (2013). Die Wiederkehr des Mittelmeerraumes. Stand und Perspektiven der neuhistorischen Meditarranistik. *Neue Politische Literatur*, 58(3), 389–419.
- Bösch, F. (2010, 03. Dezember). Europäische Medienereignisse. In Institut für Europäische Geschichte [IEG] (Hg.), *Europäische Geschichte Online (EGO)*. URL: <http://www.ieg-ego.eu/boeschf-2010-de> [30.10.2024].

- Bösch, F. (2019) *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Computer*, 2. Aufl., Campus.
- Brandes, D. (2012). „Umvolkung, Umsiedlung, rassistische Bestandsaufnahme“: NS-„Volksstumspolitik“ in den böhmischen Ländern. Oldenbourg.
- Cahn, J.-P. (2017). Algeriens Guerillakrieg und die deutsch-französische Grenze (1954–1962). In A. Fickers et. al. (Hg.), *Jeux sans Frontières? Grenzgänge der Geschichtswissenschaft* (S. 111–130). transcript.
- Chakrabarty, D. (2000). *Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton University Press.
- Conrad, S. (2007). *Globalgeschichte. Eine Einführung*. Beck.
- Courlet, C. (1988). La frontière, couture ou coupure? *Économie et Humanisme*, 301, 5–12.
- Dauphant, L. (2020). L'historiographie des frontières et des espaces frontaliers en France depuis trente ans. *Francia*, 47, 295–306.
- Della Porta, D., & Caiani, M. (2010). *Social movements and Europeanization*. Oxford Univ. Press.
- Della Porta, D., & Tarrow, S. (Hg.). (2005). *Transnational Protest and Global Activism*. Rowman & Littlefield Publishers.
- Di Fiore, L. (2016). Border studies und global history. *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken*, 95(1), 397–411.
- Dipper, C., & Raphael, L. (Hg.). (2011). Space, Borders, Maps = Themenheft des Journal of Modern European History, 9(1).
- Duhamelle, C., Kossert, A., & Struck, B. (Hg.). (2007). *Grenzregionen. Ein europäischer Vergleich vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*. Campus.
- Dülfner, J., & Kruke, A. (2009). Von der Geschichte der Europäischen Integration zur Geschichte der Europäischen Gesellschaft? *Archiv für Sozialgeschichte*, 49, 3–24.
- Eckert, A. M. (2021). *West Germany and the Iron Curtain. Environment, economy, and culture in the borderlands*. Oxford University Press.
- Ehlers, S., Frenking, S., Kleinmann, S.; Régis, N., & Triesethau, V. (Hg.) (2021). *Be-grenzungen, Überschreitungen = Limiter, franchir. Interdisziplinäre Perspektiven auf Grenzen und Körper = Approches interdisciplinaires sur les frontières et les corps*. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Eisenstadt, S. N. (2000). Multiple Modernities. *Daedalus*, 129(1), 1–29.
- Fahlbusch, M., & Haar, I. (Hg.). (2010). *Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung“ Europas*. Schöningh.
- Febvre, L. (1994). *Le Rhin: Der Rhein und seine Geschichte*, hg. v. Peter Schöttler, Frankfurt a. M. 1994; franz. Original zuerst 1931, in erw. Form 1935 u. d. T.: *Le Rhin. Problèmes d'histoire et d'économie*.
- Fickers, A., & Griset, P. (2019). *Communicating Europe. Technologies, Information, Events*. Palgrave Macmillan.
- Foerster, R. H. (Hg.). (1963). *Die Idee Europa, 1300–1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung*. Dt. Taschenbuch Verlag.

- Fontaine, M., & Vigna, X. (2019). La désindustrialisation, une histoire en cours. 20 & 21 *Revue d'histoire*, 144(2), 2–17. DOI:10.3917/vin.144.0002
- Forcade, O., Dubois, M., Großmann, J., Lemmes, F., & Hudemann, R. (Hg.). (2017). *Exils intérieurs. Les évacuations à la frontière franco-allemande (1939–1940)*. Presses de l'université Paris-Sorbonne.
- François, É. (2005). Auf der Suche nach dem europäischen Gedächtnis. In H. Kaelble, R. Hohls, I. Schröder, & H. Siegrist (Hg.), *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte* (S. 250–258). Steiner.
- François, É., Kończal, K., Traba, R., & Troebst, S. (Hg.). (2013). *Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*. Wallstein.
- François, É., & Serrier, T. (Hg.). (2019). *Europa. Die Gegenwart unserer Geschichte*. 3 Bde. WBG Theiss; franz. Original 2017 u. d. T.: *Europa : notre histoire*.
- François, É., Seifarth, J., & Struck, B. (Hg.). (2007). *Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*. Campus.
- Frenking, S. (2021). *Zwischenfälle im Reichsland. Überschreiten, Polizieren, Nationalisieren der deutsch-französischen Grenze (1887–1914)*. Campus.
- Freitag, U. (2005, 10. Juni). Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen. *H-Soz-Kult*. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-06-001> [31.10.2024].
- Freund, W. (2006). *Volk, Reich und Westgrenze: Deutschtumswissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annexierten Lothringen 1925–1945*. Kommission für Saarländische Landesgeschichte e. V.
- Fuhrmann, M. (2020). *Port Cities of the Eastern Mediterranean. Urban Culture in the Late Ottoman Empire*. Cambridge.
- Ganzenmüller, J., & Tönsmeyer, T. (Hg.). (2016). *Vom Vorrücken des Staates in die Fläche: Ein europäisches Phänomen des langen 19. Jahrhunderts*. Böhlau.
- Gehler, M., Kaiser, W., & Leucht, B. (Hg.). (2009). *Netzwerke im europäischen Mehr-ebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart = Networks in European Multi-Level Governance*. Böhlau.
- Gellner, E. (1983). *Nations and Nationalism*. Blackwell.
- Gensburger, S., & Lavabre, M.-C. (Hg.). (2012). *D'une « mémoire européenne » à l'eurocéanisation de la « mémoire »*. L'Harmattan.
- Großmann, J. (2022). *Zwischen Fronten. Die deutsch-französische Grenzregion und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*. Wallstein.
- Großmann, J., Lemmes, F., & Hudemann, R. et al. (Hg.). (2025, im Druck). *Rote Zonen. Die Evakuierungen an der deutsch-französischen Grenze 1939/40*. Metropol.
- Haar, I. (2000). *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hardt, L. (2019). Flüchtlinge, Terroristen, Freiheitskämpfer? Algerische Migranten und die Bundesrepublik Deutschland 1954 bis 1962. *Vierteljahrsschriften für Zeitgeschichte*, 67, 377–407.

- Herzog, T. (2014). *Frontiers of Possession. Spain and Portugal in Europe and the Americas*. Harvard University Press.
- Hirschhausen, B. v. (2020). Phantomgrenzen als heuristisches Konzept für die Grenzforschung. In D. Gerst, H. Krämer, & M. Klessmann (Hg.), *Handbuch Grenzforschung* (S. 174–189). Nomos.
- Hirschhausen, B. v., Grandits, H., Kraft, C., Müller, D., & Serrier, T. (Hg.). (2015). *Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken*. Wallstein.
- Hobsbawm, E. J., & Ranger, T. O. (Hg.). (1983). *The Invention of Tradition*. Cambridge University Press.
- Höpel, T. (2012, 11. April). Der deutsch-französische Grenzraum: Grenzraum und Nationenbildung im 19. und 20. Jahrhundert. In Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) [Hg.], *Europäische Geschichte Online (EGO)*. <http://www.ieg-ego.eu/hoepelt-2012-de> [31.10.2024].
- Horden, P., & Purcell, N. (2000). *The Corrupting Sea. A Study of Mediterranean History*. Oxford University Press.
- Huber, V. (2013). *Channelling Mobilities. Migration and Globalisation in the Suez Canal Region and Beyond, 1869–1914*. Cambridge University Press.
- Hudemann, R. (Hg.). (2009a). Stätten grenzüberschreitender Erinnerung. Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert = Lieux de la mémoire transfrontalière, Traces et réseaux dans l'espace Sarre-Lor-Lux aux 19^e et 20^e siècles, 3. Aufl., Universitätsverlag Saarbrücken. <http://www.memotransfront.uni-saarland.de> (zuerst 2002).
- Hudemann, R. (2009b). Saar-Lor-Lux. Vernetzungen in einer europäischen Kernzone. In R. Hudemann (Hg.), *Stätten grenzüberschreitender Erinnerung*. Universitätsverlag Saarbrücken. <http://www.memotransfront.uni-saarland.de>
- Hudemann, R. (2009c). Transnationale Erinnerung. Methoden – Strukturen – Faktoren. In B. Majerus et al. (Hg.), *Dépasser le cadre national des Lieux de mémoire – Innovations méthodologiques, approches comparatives* (S. 263–274). P.I.E.-Lang.
- Hudemann, R. (2014). Orte grenzüberschreitender Erinnerung in Konfliktregionen. Das Beispiel Saar-Lor-Lux. In S. Berger & J. Seiffert (Hg.), *Erinnerungsorte. Chancen, Grenzen und Perspektiven eines Erfolgskonzeptes in den Kulturwissenschaften* (S. 163–174). Klartext.
- Huff, T. (2020, 28 Januar). Tagungsbericht: The Environmental History of the Central European Borderlands since 1980s. *H-Soz-Kult*, <http://www.hsozkult.de/conferencer-report/id/fdkn-127180> [01.11.2024].
- Hüser, D., & Eck, J.-F. (Hg.). (2011). *Medien – Debatten – Öffentlichkeiten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert/Médias, débats et espaces publics en Allemagne et en France aux 19^e et 20^e siècles*. Steiner.
- Kaelble, H. (2007). *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. Beck.
- Kaelble, H., & Kirsch, M. (2008). Einleitung: Zur Europäisierung des Selbstverständnisses und der Gesellschaft der Europäer im 19. und 20. Jahrhundert. In H. Kaelble & M. Kirsch (Hg.), *Selbstverständnis und Gesellschaft der Europäer. Aspekte der sozialen und kulturellen Europäisierung im späten 19. und 20. Jahrhundert* (S. 11–26). Lang.

- Kaesler, J. (2022). „Ein vordringlich europäisches Problem“. Umweltverschmutzung und saarländische Umweltdebatte im deutsch-französischen Grenzgebiet, 1945 bis in die siebziger Jahre. Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung.
- Kaiser, W. (2004). Vom Staat zur Gesellschaft? Zur Historiographie der europäischen Integration. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 55, 663–679.
- Klabjan, B. (Hg.). (2019). *Borderlands of Memory. Adriatic and Central European Perspectives*. Lang.
- Kloza, M. (2021). „....Volksdeutsche (ou peut-être simplement des Polonais pro allemands).“ Die Volksdeutsche Kulturgemeinschaft Nordfrankreich als Instrument der NS-Germanisierungspolitik. *Trajectoires*, 14. DOI:10.4000/trajectoires.6723
- Knottner, A. (2008). Inleiding: Arbeidsmigranten en grensarbeiders. Vergelijkende perspectieven op de mijnarbeidsmarkten in het Belgisch-Duits-Nederlandse grensgebied in de twintigste eeuw. *Tijdschrift voor Sociale en Economische Geschiedenis* 5(3), 2–29.
- Knottner, A. (2014). Changing Border Regimes, Mining, and Cross-border Labor in the Dutch–Belgian–German Borderlands, 1900–1973. *Journal of Borderlands Studies*, 29(3), 375–384. DOI:10.1080/08865655.2014.938969
- Kwaschik, A. (2012). An der Grenze der Nationen. Europa-Konzepte und regionale Selbstverortung im Elsass. *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9(3), 387–408.
- Lähteenmäki, M. (Hg.). (2007). *The Flexible Frontier. Change and Continuity in Finnish-Russian Relations*. Aleksanteri Institute.
- Leggewie, C., & Lang, A. (2011). *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*. Beck.
- Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) (o. J.). *Wir über uns*. <https://www.ieg-mainz.de/institut/wir-ueber-uns> [24.09.2024].
- Lemmes, F. (o. J.). DFG-ANR-Projekt DesinEE. „Deindustrialisierung in Frankreich und Deutschland. Erfahrungen und Emotionen von den 1960er Jahren bis heute. The unmaking of the Working Class?“ <https://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/lemmes/forschung/dfg-anr-projekt-desinee.html> [05.12.2024].
- Lemmes, F. (2020). Neue Wege der historischen Anarchismusforschung (19. bis 21. Jahrhundert). *Archiv für Sozialgeschichte*, 60, 435–484.
- Lemmes, F. (2025). Für eine Erfahrungs- und Emotionsgeschichte der Deindustrialisierung. In J. Baumgärtel, F. Hirsch, & B. Metzger (Hg.), *Welt der Kohle. Neue Forschungen zur Geschichte des Steinkohlenbergbaus*. Conte.
- Lemmes, F., Großmann, J., Williams, N., Forcade, O., & Hudemann, R. (Hg.). (2014). *Evakuierungen im Europa der Weltkriege – Les évacuations dans l'Europe des guerres mondiales – Evacuations in World War Europe*. Metropol.
- Lipgens, W. (1968). *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*. Oldenbourg.
- Lipgens, W. (1977). *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*. Klett.
- Löhnig, M. (Hg.). (2023). *Elsass-Lothringen als juristisches Laboratorium*. Edition Rechtskultur.

- Mahlerwein, G. (2024). *Räuber in Serie. Politisierte Serienhelden von Robin Hood bis Rinaldo Rinaldini in europäischen TV-Produktionen der 1950er bis 1970er Jahre*. Wallstein.
- Maier, C. (2016). *Once Within Borders. Territories of Power, Wealth, and Belonging Since 1500*. Harvard University Press.
- Majerus, B. et al. (Hg.). (2009). *Dépasser le cadre national des Lieux de mémoire – Innovations méthodologiques, approches comparatives*. Lang.
- Maldener, A. (2023). *Jugend – Medien – Ensemble. Populärkultur in Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien, 1956–1981*. Diss. Universität des Saarlandes.
- Martínez, O. (1994). *Border People: Life and Society in the U.S.-Mexico Borderlands, Tucson*. University of Arizona Press.
- May, M. (2016). Sozialraum: Der passende Begriff für alle möglichen Problemstellungen. *Sozialraum*, 8(1). <https://www.sozialraum.de/sozialraum-der-passende-begriff-fuer-alle-moeglichen-problemstellungen.php> [29.08.2024].
- Meinhof, U. H. (Hg.). (2002). *Living (with) Borders. Identity Discourses on East-West Borders in Europe*. Ashgate.
- Merivirta, R., Ahonen, K., Mulari, H., & Mähkä, R. (2013). *Frontiers of Screen History. Imagining European Borders in Cinema, 1945–2010*. Intellect.
- Milder, S. (2017). *Greening Democracy. The Anti-Nuclear Movement and Political Environmentalism in West Germany and Beyond, 1968–1983*. Cambridge University Press.
- Moya, J. (2009). Anarchism. In A. Iriye & P.-Y. Saunier (Hg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History* (S. 39–41). Palgrave Macmillan.
- Müller, M. G., & Struve, K. (Hg.) (2017). *Fragmentierte Republik? Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918–1939* (Phantomgrenzen im östlichen Europa; Bd. 2). Wallstein.
- Nehring, H. (2012). Transnationale soziale Bewegungen. In J. Dülffer & W. Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte* (S. 129–150). Oldenbourg.
- Nichols, B. J. (2016). *The Hunt for Lost Blood. Nazi Germanization Policy in Occupied Europe*. PhD diss. University of Tennessee.
- Patel, K. K. (2024). *Europa*. In E. Müller, B. Picht, & F. Schmieder (Hg.), *Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen*. Schwabe Verlag. DOI:10.31267/Grundbegriffe_19539752
- Patel, K. K. (2018). *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*. Beck.
- Patel, K. K. (2004). Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 52, 626–645.
- Paulmann, J. (2013). The Straits of Europe. History at the Margins of Continent. *Bulletin of the German Historical Institute Washington*, 52, 7–28.
- Raphael, L. (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Suhrkamp.
- Rau, S. (2013). *Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen*. Campus.
- Requate, J., & Schulze Wessel, M. (Hg.). (2002). *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert*. Campus.
- Said, E. (2009). *Orientalismus*. Fischer. engl. zuerst 1978 u. d. T.: *Orientalism*.

- Sahlins, P. (1989). *Boundaries: The Making of France and Spain in the Pyrenees*. University of California Press.
- Schönwald, A. (2012). *Identitäten und Stereotype in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen. Das Beispiel der Großregion*. Springer.
- Schulze, W., & Oexle, O. G. (Hg.). (1999). *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Fischer Taschenbuch.
- Shao, D. (2009). „Borders and Borderlands“. In A. Iriye & PY. Saunier (Hg.), *The Palgrave Dictionary of Transnational History* (S. 99–102). Palgrave Macmillan.
- Stiller, A. (2022). *Völkische Politik. Praktiken der Exklusion und Inklusion in polnischen, französischen und slowenischen Annexionsegebieten 1939–1945*. Wallstein.
- Strippel, A. (2011). *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1939–1945*. Schöningh.
- Struck, B. (2012, 04. Dezember). Grenzregionen. In Leibniz-Institut für Europäische Geschichte [IEG] (Hg.), *Europäische Geschichte Online* (EGO). <http://www.ieg-ego.eu/struckb-2012-de> [07.11.2024].
- Ther, P. (2014). *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Suhrkamp.
- Todorova, M. (1999). *Die Erfindung des Balkans: Europas bequemes Vorurteil*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt. Zuerst engl. 1997.
- Tompkins, A. S. (2016). *Better Active Than Radioactive! Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany*. Oxford University Press.
- Troebst, S. (Hg.). (2010). *Postdiktatorische Geschichtskulturen im Süden und Osten Europas. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*. Wallstein.
- Unger, C. R. (2007). *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975*. Steiner.
- Vaillot, B. (2023). *L'invention d'une frontière. Entre France et Allemagne, 1871–1914*. CNRS Éditions.
- Van der Vleuten, E., & Feys, T. (Hg.). (2016a). Borders and Frontiers in Global and Transnational History. *Journal of Modern European History*, 14(1).
- Van der Vleuten, E., & Feys, T. (2016b): Borders and Frontiers in Global and Transnational History. Introduction. *Journal of Modern European History*, 14(1), 29–34.
- Vrignon, A., & Mathis, C.-F. (Hg.). (2021). *Frontières et espaces transfrontaliers, une approche environnementale*. Themenheft der *Revue du Rhin Supérieur*, 3.
- Wille, C. (2012). *Grenzgänger und Räume der Grenze. Raumkonstruktionen in der Großregion SaarLorLux*. Lang.
- Wille, C., & Nienaber, B. (Hg.). (2020). *Border Experiences in Europe. Everyday Life – Working Life – Communication – Languages*. Nomos.
- Yndigegn, C. (2020). The Europe without Borders Discourse and Splitting European Identities. In C. Wille & B. Nienaber (Hg.), *Border Experiences in Europe. Everyday Life – Working Life – communication – languages* (S. 17–38). Nomos.
- Zimmermann, C., Hudemann, R., & Kuderna, M. (Hg.). (2010). *Medienlandschaft Saar. Von 1945 bis in die Gegenwart*. 3 Bde. Oldenbourg.

Grenzgänger? Grenzüberschreitende Arbeitsmobilität im deutsch-französischen Grenzraum vor dem Zeitalter der Nationalstaaten

Philip Hahn

Abstract

Territoriale Grenzen stellten für persönliche Mobilität und Migration in der Frühen Neuzeit (1500–1800) kaum ein Hindernis dar; sie boten vielmehr Handlungsspielräume für die in einer Grenzregion lebenden Menschen. Dies gilt insbesondere für den deutsch-französischen Grenzraum, wie der Beitrag anhand der spezifischen Migrationsgeschichte einer Stadt, den Erfahrungen und Wahrnehmungen eines einzelnen mobilen Akteurs sowie den sich eröffnenden Horizonten globaler Arbeitsuche aus diesem Raum heraus aufzeigt.

1. Einleitung

In der *Grande Région*, dem SaarLorLux-Raum, steigt die Zahl der grenzüberschreitenden Arbeitsmobilität seit Jahren (Gipfelsekretariat der Großregion, o. J.). Dies wird in der breiteren Öffentlichkeit generell mit dem Schengener Abkommen von 1985 assoziiert und somit als Phänomen der Gegenwart wahrgenommen. Doch können alltägliche grenzüberschreitende Arbeitsmobilität sowie längerfristige Migration in dieser Region auf eine lange Geschichte zurückblicken. Denn die durch das Schengener Abkommen abgebauten nationalen Grenzkontrollen wurden erst ab dem 19. Jahrhundert etabliert. Davor – in der Zeit des vorrevolutionären *Ancien Régime* bzw. des Alten Reiches – wurden Personen mit wenigen Ausnahmen nicht am Überschreiten einer territorialen Grenze gehindert.

Wenn man also von grenzüberschreitender Mobilität und Migration vor dem Zeitalter der Nationalstaaten sprechen will, ist zunächst zu klären, mit welchen Grenzen man es in dieser Zeit zu tun hatte, und was sie für die Menschen bedeuteten (Abschnitt 2). Die bisherige Forschung hat sich lediglich mit einzelnen Formen von Migration im deutsch-französischen

Grenzraum in den zwei bis drei Jahrhunderten vor 1800 befasst. Geographisch lag der Fokus der älteren sowohl deutsch- als auch französischsprachigen Forschung eher auf dem Elsass als auf dem SaarLorLux-Raum. Der vorliegende Beitrag greift aktuelle Ansätze der Migrations- und Mobilitätsforschung auf und skizziert deren Anwendung anhand von zwei Beispielen aus der Region, einer Stadt sowie einem mobilen Akteur (Abschnitt 3). In einem letzten Schritt wird dann der Versuch unternommen, die Geschichte von Migration und Mobilität in der Grenzregion um eine globale Perspektive zu erweitern und danach zu fragen, welche über Europa hinausreichen-den Horizonte sich aus der spezifischen Situation in der deutsch-französi-schen Grenzregion für Arbeitssuchende ergaben (Abschnitt 4).

2. Welche Grenzen?

Der Blick auf eine französische Karte der Kurpfalz und angrenzender Gebiete von 1690 macht deutlich, dass „Grenzregion“ für diesen geographi-schen Raum ein problematischer Begriff ist.

Denn angesichts zahlreicher Linien kann man sich fragen, was zu dieser Zeit *keine* Grenzregion war. Im Jahr 1775 schrieb der Osnabrücker Jurist Justus Möser süffisant: „Die kleinen Staaten bestehen aus lauter Gränzen; und so bald den Eingesessenen eines Staats das Getränke um einen halben Pfennig erhöhet wird: so geht er über die Gränze, wo er wohlfeiler trinken kann“ (Möser, 1775, 364).

Die historische Forschung beschäftigt sich in Bezug auf das sogenannte Heilige Römische Reich Deutscher Nation schon länger mehr mit den Bin-nen- als mit den Außengrenzen (Gantet, 2007; Rutz, 2010a) – im Gegensatz zu Frankreich, denn hier lagen die Außengrenzen im Fokus (Nordman, 1998; Nordman, 2007; Sahlins, 1989; Sahlins, 1990). Unter den neueren Arbeiten zu erwähnen sind insbesondere *Die Beschreibung des Raums* (2018) von Andreas Rutz, der sich mit der Entwicklung von „[t]erritorialen Grenzziehungen“ in der Frühen Neuzeit befasst hat, sowie Luca Scholz’ Studie *Borders and Freedom of Movement in the Holy Roman Empire* (2020) – wohlgemerkt, *in the* Holy Roman Empire. Falk Bretschneider und Christophe Duhamelle haben den Begriff der „Grenzgesellschaften“ auf die Binnengrenzen des Alten Reiches angewandt und den Blick auf die „Praxis der Grenze“, den „kreativen Umgang mit der Grenzsituation [...] zwischen Transgression und produktiver Aneignung im Konfliktfall“ gelenkt. Zumindest an Straßen waren territoriale Grenzen zwar markiert

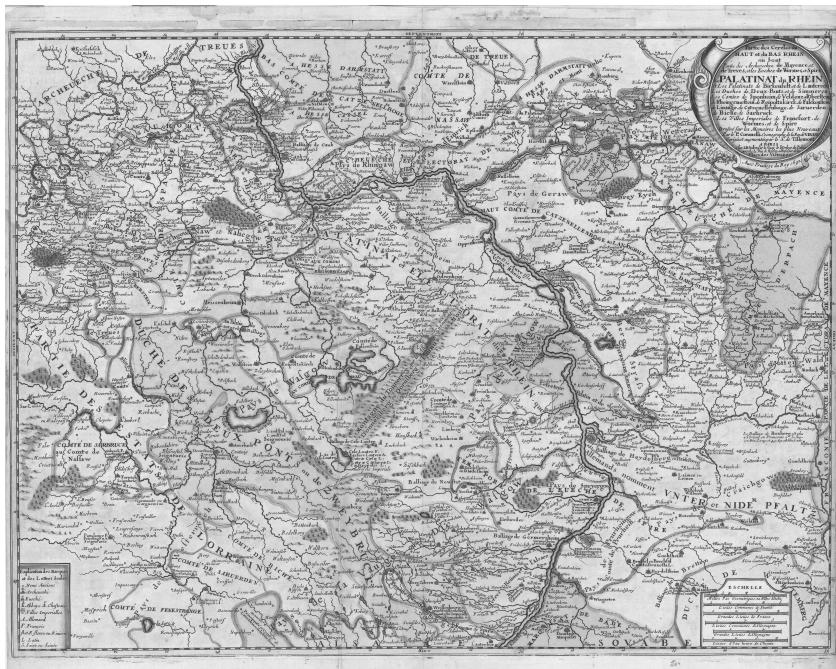


Abb. 1: Karte des Mittlerheins und unteren Oberrheins

Quelle: Wikimedia Commons, Landesarchiv Saarbrücken, Bestand K Hellwig, Nr. 0382, Urheber: Vincenzo Maria Coronelli (1650–1718) und Jean Nicolas de Tralage (†1699)

(etwa durch Grenzsteine oder Pfosten), doch vor allem zu Fuß leicht zu überwinden. Warenverkehr wurde nicht beim Überfahren einer Grenzlinie, sondern in der Regel an weiter im Territorium liegenden Zollstationen kontrolliert, grenzüberschreitender Personenverkehr hingegen – mit Ausnahme von bestimmten Personengruppen – überhaupt nicht (Bretschneider & Duhamelle, 2016, 728; Bretschneider, 2011; Härter, 2015; Rutz, 2018; Scholz, 2020).

Zu bedenken ist außerdem, dass Territorialgrenzen in der Frühen Neuzeit von vielfältigen, nicht notwendig deckungsgleichen Abgrenzungen überlagert waren, wie z. B. von Gerichtsbarkeiten, Jagd-, Steuer- und Zehnrechten, Zollgerechtigkeiten oder Kirchenpatronaten. Dies gilt auch für den SaarLorLux-Raum; der französische Historiker Daniel Nordman verweist etwa darauf, dass 1737 bei einer Begehung folgende Herrschaftsverhältnisse zwischen Mosel und Saar festgestellt wurden: Von insgesamt 122 Marktfle-

cken und Dörfern unterstanden 27 dem Fürstbistum Trier, 29 dem Königreich Frankreich *und* dem Herzogtum Lothringen, 18 Frankreich *und* dem Herzogtum Luxemburg, 16 Lothringen *und* Trier, usw. Solche sogenannten Kondominate bedeuteten, dass „sich die Gemeinden aus Häusern und Untertanen zusammensetzen, von denen jeder einzelne einem bestimmten und im Detail klar bezeichneten Souverän untersteht. Da gibt es keinen Mangel an Grenzen. Mit anderen Worten, die Grenze ist nicht unklar oder konfus, sondern komplex“ (Nordman, 2007, 118–119; vgl. Nordman, 1998, 193–229; Schmale, 1998; Schmidt, 2019).

Trotz dieser komplexen Gemengelage, die sich (allerdings nur auf französischer Seite) im Lauf des 18. Jahrhunderts durch zähe Aushandlungsprozesse vor Ort allmählich entwirrte, hatte die Grenze zwischen Frankreich und dem Alten Reich einen besonderen Status. Im 16. Jahrhundert setzten sich französische und deutsche humanistische Gelehrte mit antiken Zeugnissen zur Grenze zwischen Gallien und Germanien sowie mit der mittelalterlichen Entwicklung, insbesondere der Teilung des Fränkischen Reiches im Vertrag von Verdun 843, auseinander. Dabei wurden naturräumliche Gegebenheiten, historische Zustände, dynastische Ansprüche und Sprachgrenzen als Kriterien diskutiert (Nordman, 2007; vgl. Babel, 2011; Hirschi, 2005). Im Zuge der Reunionen, d.h. der Geltendmachung erbrechtlicher Ansprüche auf Territorien im Reichsgebiet durch den französischen König Ludwig XIV. im späten 17. Jahrhundert, kam es zu einem publizistischen Schlagabtausch zwischen deutschen und französischen Juristen, der auf deutscher Seite zu einer „Politisierung der Debatten über die Außengrenzen des Heiligen Römischen Reiches“ führte, wie Claire Gantet bemerkt hat. Deutsche Autoren von Streitschriften negierten den Rhein als Grenzlinie (*limite*), machten ihn aber zugleich als moralische Grenze (*frontière*), als „reinen“ Fluss, stark, begleitet von einer Betonung deutsch-französischer kultureller Differenzen (Gantet, 2007, 54, 61–62; vgl. Schmale, 1998).

3. Migration und Mobilität in der Grenzregion

Diese Aufladung der Grenze und nationale Stereotypen in den Diskursen frühneuzeitlicher Eliten hatten allerdings keine nennenswerten Auswirkungen auf die alltägliche Mobilität sowie temporäre und längerfristige Migration in der deutsch-französischen Grenzregion. Jean-Pierre Poussou hat schon 1970 – Jahrzehnte vor den oben erwähnten neueren Arbeiten zur „Praxis der Grenze“ – argumentiert, man solle die Vorstellung von Grenzen

am besten beiseitelassen, da die saisonalen oder vorübergehenden Migrationen davon ohnehin unberührt gewesen seien, wobei er sich ausdrücklich auf die Außengrenzen des französischen Königreichs bezog (Poussou, 1970, 23). Hinsichtlich der Durchlässigkeit der Grenzen für Migrerende bis weit ins 19. Jahrhundert haben dies regionale Studien, auch zu anderen Grenzregionen wie etwa zwischen Sachsen und Böhmen, bestätigt (Leiner, 1994; Lehnert, 2020). Doch konnte gerade eine Grenzregion wie die zwischen Frankreich und dem Alten Reich für mobile Akteure spezifische Möglichkeiten eröffnen. Claudia Ulbrich hat dies 1993 in einem kurzen Aufsatz mit dem sprechenden Titel „Grenze als Chance?“ betont und dargelegt, wie Menschen in den Dörfern der Reichsgrafschaft Kriechingen die komplexen Grenzverhältnisse für den Salz- und Tabakschmuggel auszunutzen wussten (Ulbrich, 1993, 139–141; vgl. Sahlins, 1990, 1426–1428). Solche Praktiken der Grenznutzung sind für die deutsch-französische Grenzregion jedoch bislang nicht eingehend untersucht worden.

Überblickt man die bisherige Forschung zur frühneuzeitlichen Migration in dieser Grenzregion, so fallen dahingegen zwei Schwerpunkte auf: Aufmerksamkeit fanden vor allem religiös bzw. konfessionell bedingte Migration sowie obrigkeitlich geförderte Immigration als Ausgleich für demographische Verluste in der Region nach dem Dreißigjährigen Krieg. Zur Einwanderung von unterschiedlichen protestantischen Gruppen (Walloonen, Hugenotten, Mennoniten) vor allem aus Frankreich, aber auch aus den Niederlanden und der Schweiz in grenznahe Territorien des Alten Reiches, etwa in die Grafschaft Nassau-Saarwerden ab 1559, die Grafschaft Nassau-Saarbrücken ab 1604 sowie das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken ab 1593, liegen einige regionalhistorische Darstellungen vor (Ev. Kirchengemeinde Ludweiler-Warndt, 2004; Forstmann, 2020; Girardin, 1988; Paul, 2010). Die nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts vonseiten der Obrigkeit mit Anreizen wie Steuernachlässen und Zuschüssen geförderte Immigration von meist verarmter Landbevölkerung aus der Schweiz, Tirol und Vorarlberg ins Elsass, in die Grafschaften Nassau-Saarwerden und Nassau-Saarbrücken sowie ins Herzogtum Pfalz-Zweibrücken wurde seit den 1970er Jahren von französischen und deutschen Forschern sozialhistorisch sowie genealogisch untersucht (Greiß, 1971; Heinz, 2010; Kintz, 1970; Petto, 2000; Poussou, 1970; Thewes, 1982). Demgegenüber wurde die grenzüberschreitende Migration von Handwerkern in der Frühen Neuzeit bislang nur für das Elsass erforscht (Haug, 1965; Kintz, 1970; Pallach, 1984, 377; vgl. Mathorez, 1921; Sahlins, 2004, 156–184), nicht jedoch für den SaarLorLux-Raum, für den es

erst für das 19. und frühe 20. Jahrhundert Untersuchungen zur Arbeitsmigration gibt (Leiner, 1994).

Die älteren Forschungen sind generell von einer Kategorisierung unterschiedlicher Formen von Migration geprägt. Sie bemühen sich vor allem um Quantifizierung und lassen vorübergehende, alltägliche und kleinräumige Mobilität meist unberücksichtigt (mit Ausnahme von Poussou, 1970; vgl. Rutz, 2010b). Neuere Ansätze der Migrations- und Mobilitätsforschung, die gerade die Überlappungen und Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Mobilitätsformen sowie die Berührungspunkte zwischen mobilen und sesshaften Akteuren und Lebensphasen in den Fokus rücken (vgl. Friedrichs, 2018; Huber, 2010; Nelles & Salzberg, 2023), sind für den deutsch-französischen Grenzraum bislang – erneut – nur für das Elsass in den Jahrzehnten um 1900 aufgegriffen worden (Depoil & Plyer, 2021). Hier besteht also noch erheblicher Forschungsbedarf.

Im Folgenden soll daher anhand von zwei Beispielen aufgezeigt werden, wie sich die Anregungen der neueren Mobilitätsforschung für die deutsch-französische Grenzregion umsetzen lassen könnten und welche Erkenntnisse dabei zu gewinnen wären. Erstens bietet es sich an, Städte als Knotenpunkte unterschiedlicher Migrations- und Mobilitätsformen zu untersuchen. Als besonders interessant erscheint hierbei aufgrund ihrer spezifischen deutsch-französischen Geschichte die Stadt Metz.

Zweitens lohnt sich – soweit es das überlieferte Quellenmaterial erlaubt – eine akteurszentrierte Perspektive auf mobile Personen, wie das Beispiel eines Elsässer Handwerkers zeigt, der Anfang des 17. Jahrhunderts als Geselle nicht nur die deutsch-französische Grenzregion, sondern weite Teile Mittel-, West- und Nordeuropas durchwanderte und dabei zahlreiche Grenzen überschritt (Güntzer, 2002).

Eine bürgerliche, humanistisch geprägte Metzer Chronik aus dem frühen 16. Jahrhundert behauptete – wie in manch anderen europäischen Städten auch –, dass Metz von geflüchteten Trojanern gegründet worden sei (Babel, 2011, 29). Eine solche Behauptung diente primär der Untermauerung der Metzer Autonomieansprüche als „ville d’Empire“, d. h. als freie, direkt dem Kaiser unterstellte Reichsstadt. Doch bleibt festzuhalten, dass hierzu die Fiktion einer Immigration von Geflüchteten verwendet wurde. Wenige Jahrzehnte später, ab den 1560er Jahren, wurde Metz tatsächlich zu einem Refugium für Protestanten vor allem aus Lothringen. Zeitweise war die Hälfte der Stadtbevölkerung protestantisch. Im gleichen Jahrzehnt siedelten sich jüdische Familien (wieder) in der Stadt an. Im 17. Jahrhundert diente Metz während des Dreißigjährigen Krieges als Zufluchtsort für die



Abb. 2: *Blick auf die Stadt Metz, um 1600*

Quelle: Wikimedia Commons, Landesarchiv Saarbrücken, Bestand K Hellwig, Nr. 1052, Urheber: unbekannt

umgebende Landbevölkerung. Nach der 1648 erfolgten Eingliederung in das Königreich Frankreich gab es Zuwanderungen von französischen Verwaltungsbeamten und von Militärpersonal sowie Land-Stadt-Migration aus dem lothringischen Hinterland und (wie auch andernorts in der Grenzregion) aus der Schweiz (Bour, 1997; Bourdieu-Weiss, 2014; Comité d'Histoire du Pays messin, 2014; Le Moigne, 1986). Diese Abfolge von Immigrationen bedeutete, dass sich die Zusammensetzung der Stadtbevölkerung fortwährend veränderte. Im Laufe des 18. Jahrhunderts lässt sich allerdings beobachten, dass sich die Wanderungsbewegungen zwischen den Städten im Einzugsbereich der Mosel veränderten, denn die „Kristallisierung der Grenze“ Frankreichs, so der Historiker Étienne François, habe dazu geführt, dass „die französischen und deutschen Städte, statt zwei sich ergänzende Hälften desselben Raums zu sein, immer mehr zur Peripherie ihres jeweiligen Kulturrasms werden“, was allerdings nur für den SaarLorLux-Raum, nicht jedoch für das Elsass gelte (François, 1987, 249).

Nach der Annexion von Metz durch das deutsche Kaiserreich 1871 und der folgenden massiven Immigration von Deutschen sollte sich diese Orientierung für knapp fünf Jahrzehnte ändern, um dann im 20. Jahrhundert noch dreimal umgekehrt zu werden: Nach dem Ersten Weltkrieg emigrierten die meisten Deutschen; während des Zweiten Weltkriegs gab es dann noch einmal eine kurze Phase deutscher Besatzung. In einer langfristigen Perspektive über mehrere Jahrhunderte ist es am Fall der Stadt Metz also erstens möglich, Konjunkturen von Migration herauszuarbeiten und den Einfluss und die Wechselwirkung sich verändernder politischer Weichenstellungen sowie regionaler und lokaler Faktoren zu analysieren. Zweitens bekommt man auf diese Weise den langfristigen Wandel von territoriale Grenzen überschreitender, nur an den Stadttoren von Metz kontrollierter Mobilität zu nationalen Mobilitätsregimes und territorialen Grenzkontrollen in den Blick. Die geographische Lage macht Metz hierbei zu einem besonders spannenden Fall, anhand dessen die Entwicklung von territorialer Zersplitterung und komplexer Überlagerung von unterschiedlichen Grenzen hin zu den linearen Grenzen der modernen Nationalstaaten nachvollzogen werden kann.

Auch der aus Oberehnheim/Obernai (Elsass) stammende Zinngießer Augustin Güntzer (1596–1657) kam auf seiner Gesellenwanderung durch Metz. Sein handschriftlich überliefertes *Kleines Biechlin von meinem ganzen Leben*, niedergeschrieben um die Mitte des 17. Jahrhunderts, bietet eine frühe Beschreibung einer geographisch sehr weit ausgreifenden Gesellenwanderung von 1615 bis 1621. Seine erste Wanderung von 1615 bis 1619 ging durch die Pfalz, Franken, Bayern, Österreich, Böhmen, Sachsen, Istrien im heutigen Slowenien, Italien und die Schweiz, unterbrochen durch Arbeitsaufenthalte von vierzehn Tagen bis zu einem Jahr. Die zweite, kürzere, aber geographisch deutlich ausgedehntere Wanderung von 1620 bis 1621 führte ihn die Mosel und den Rhein hinab in die Niederlande, durch Norddeutschland und über Preußen bis nach Litauen sowie auf dem Seeweg nach Dänemark und England, schließlich durch Frankreich und die Schweiz zurück ins Elsass (Güntzer, 2002, 114–120, 156–161). Güntzers *Biechlin* ist ein in vieler Hinsicht aufschlussreiches Egodokument: So berichtet der Zinngießer anschaulich, teils mit eigenhändigen Federzeichnungen versehen, über Hunger und Kälte, Strapazen und Gefahren des Wanderns über Land, wie etwa Überfälle durch „Straßenreiber undt Merdter“ im Hagenauer Forst (Güntzer, 2002, 125–127), aber auch von Unterstützung und Almosen, die er von Bauern und Ernteleuten empfing (z. B. Güntzer, 2002, 176–181, 195).

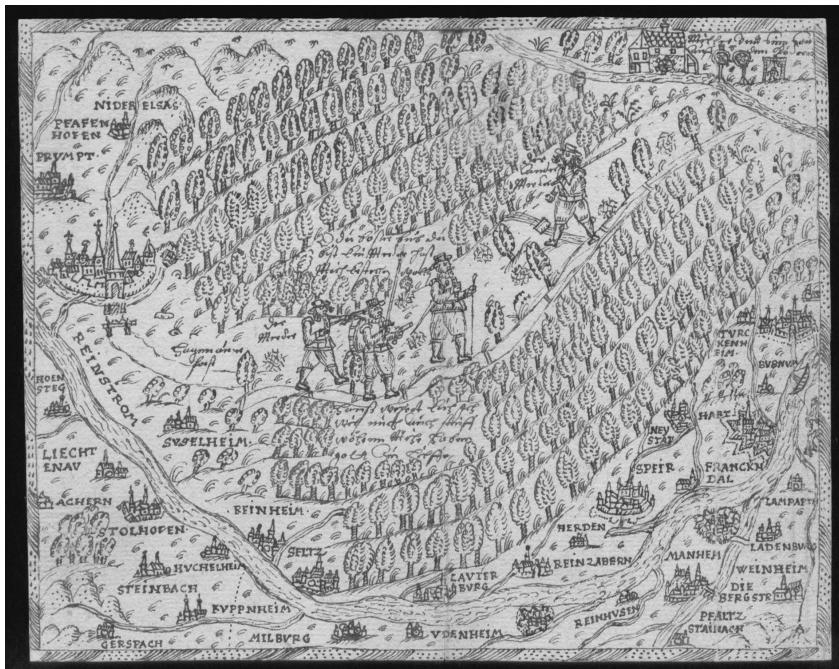


Abb. 3: Überfall im Hagenauer Forst, in Augustin Günzter: Mein Reissbiechlin, 1. Hälfte 17. Jh., S. 46v

Quelle: e-manuscripta.ch, Universitätsbibliothek Basel

Auf dieser zweiten Wanderung notierte er in seinem Itinerar auch seine Stationen im SaarLorLux-Raum:

„Nacher Moltzen [Molsheim] 1 M[eile] | Nacher Elsoszabern [Zabern/Saverne] 3 M | Nacher Bocknom [Bockenheim?] 4 M | Nacher Sorpricken [Saarbrücken] 4 M | Nacher Santerfor [Saint-Avold?] 3 M | Nacher Metz 5 M | Nacher Diedenhoffen [Thionville] 4 M | Nacher Litzelburck [Luxemburg] 4 M | Nacher Trierr 6 M [...]“ (Günzter, 2002, 156).

Gearbeitet hat er offenbar an keinem dieser Orte; er zehrte von gespartem Geld. Die Itinerare – Listen von Städtenamen mit Entfernungsangaben – verdeutlichen, dass Günzter seine Wanderungen als Bewegungen von Stadt zu Stadt verstand. Er notierte aber auch eine Liste der von ihm durchreisten „Lender“: Auf der ersten Wanderung kam er auf 28 „Lender“, auf der zweiten sogar auf 36. Ein erneuter Blick in den Abschnitt zum

SaarLorLux-Raum verdeutlicht, was er damit meinte: „1 in daß Westerich [Landschaft Westrich in Lothringen] | 2 in die Graffschafft Naßau | 3 in Lotringen [Herzogtum Luxemburg] | 4 in daß Litzelburger Landt [Herzogtum Luxemburg] | 5 in trierisch Landt [Erzbistum Trier] [...]“ (Güntzer, 2002, 162–163). Auch der erzählende Teil seines *Biechlin* bezeugt, dass er den geographischen Raum in seinen territorial-politischen Zugehörigkeiten wahrnahm. Präzise lokalisierte Grenzüberschreitungen notierte er jedoch nicht: „Als ich nun den 3ten May 1620 von Hauß zog zum ander Mal, so nam ich meinen Wög in daß Westreich. Zoge alein in dißem Landt. [...] Demenach kame ich in Lotringen“ (Güntzer, 2002, 165). Greifbar wird aber, dass das Wandern im SaarLorLux-Raum angesichts der militärischen Auseinandersetzungen zu Anfang des Dreißigjährigen Krieges gefährlich war:

„Kame in daz Litzelburger Landt, darin ich in großer Lebensgefahr reißete, die Bauren wollten mich alenthalben zu Dodt schlagen. Kein Wirdt im Landte wolt mich über Nacht behalten um daz Gelt, dan man sahe mich alenthalben führ einen Soldaten an. Der Spindula [Ambrosio di Spinola, spanischer Heerführer] lag mit seinen Volkker [d. h. Truppen] eine zeitlang in dißem Landt. Von den Soldaten werden die Einwon[e]r auffs eißerst verderbet, gepeinigt und geschlagen auff daz ergeste.“ (Güntzer, 2002, 165).

Auch die anderen, zahlreichen Grenzüberschreitungen bezeichnet er ähnlich vage wie etwa „auß Italiam in daß deitscht Landt“, „durch Tirol in das Algey [d. h. Kanton Allgäu]“ oder „in das Schweizerland“ (Güntzer, 2002, 151–152), doch enthält sein Itinerar bei Triest auch den Hinweis „Allhie fahen die italienischen Meillen an“ sowie auf dem Rückweg bei Trent „Allhie fahen die deischten Meillen widerum an“ (Güntzer, 2002, 117–118): Hier manifestierte sich der Grenzübertritt von der Grafschaft Istrien in die Republik Venedig bzw. vom Herzogtum Mantua in die Ballei des Deutschen Ordens an der Etsch also auch in einem Wechsel der jeweils üblichen Maßeinheit, die er für die zurückgelegte Strecke verwendete. Bemerkenswert ist ferner seine Notiz zur Ankunft an der englischen Ostküste „bey dem Grenzhauß und Vestung Neygössel [d. h. Newcastle]“, der einzigen Stelle, an der das Wort „Grenze“ in seinem *Biechlin* auftaucht (Güntzer, 2002, 191). In Italien und Frankreich wurde der reformierte Protestant Güntzer zudem mit der „unsichtbaren Grenze“ (Étienne François) zwischen Katholiken und Protestanten konfrontiert; nicht immer gelang es ihm, sich als Katholik auszugeben. Schon auf der ersten Wanderung wurde er in Siena von einem

wandernden Franzosen als „Higonott“ beschimpft (Güntzer, 2002, 144). Auf seiner zweiten Wanderung durch Frankreich lebte er dann ständig in der Gefahr, als solcher erkannt zu werden; während eines vierteljährlichen Arbeitsaufenthalts in Lyon wurde er von seinen „welschen [hier: französischen] Zingießergesellen“ mehrmals in einen Hinterhalt gelockt und wäre fast ermordet worden. Auch auf dem Weg durchs Languedoc, die Provence und die Dauphiné erlebte er die Verfolgung von Protestantenten hautnah, denn er wurde von Soldaten „alenthalben examinierdt, wer ich sey“, beispielsweise bei seiner Ankunft in der Stadt Saint-Léger in den französischen Alpen: „Die Officierer dun mich scharff under der Portten [d. h. dem Stadttor] examinieren, besuchten [d. h. untersuchten] mich alenthalben, ob ich kein Schreiben trug, laßen mich in dem Wirtzhauß verwachen“ (Güntzer, 2002, 195–196). An dieser Stelle wird auch die typisch frühneuzeitliche Funktion von Stadttoren als Kontrollpunkte greifbar.

Trotz solcher Erfahrungen von Ausgrenzung und Schwierigkeiten auf der Wanderschaft dokumentiert Güntzers *Biechlin* aber auch ein Europa in Bewegung: In Ferrara ließ er versehentlich seinen Degen bei einem „deischenen Laudtenmacher“ liegen, auf dem Weg nach Loreto begegnete er einem Glasergesellen und einem Schiffszimmermann aus Amsterdam, die „Italiam auch zu beschauen“ unterwegs waren, und wanderte mit ihnen weiter nach Rom. Auf dieser Strecke traf er ferner auf einen Schneiderknecht aus Brabant und einen niederländischen Mönch, auf dem Rückweg dann einen Mann aus Bayern und zwei Studenten, von denen einer aus Franken, der andere aus Mülhausen/Mulhouse stammte – um nur wenige Beispiele seiner zahlreichen Weggefährten zu nennen (Güntzer, 2002, 139–143).

Bei seinem Aufenthalt in Paris profitierte Güntzer außerdem unverstellt von den Beziehungen aus seiner Heimatregion nach Frankreich. Denn als er dort einen Goldschmied um Arbeit ersuchte, stellte sich heraus, dass dieser aus Markirch/Sainte-Marie-aux-Mines stammte und mit ihm sogar verwandt war. Der Goldschmied beherbergte ihn kostenlos für acht Tage, die Güntzer dazu nutzte, sich die Stadt, den Palast des Königs und die Königssräber in Saint-Denis anzuschauen und in „deß Kinig Lustgartten [...] täglich[e]n spatzier[e]n“ zu gehen (Güntzer, 2002, 194–195).

Zurück im Elsass ließ sich der Zingießer in Straßburg für ein Jahr als Stadtsoldat anwerben, denn „[w]eitters stunden meine Gedancken nuhr alein in Krieg und ferne Landt zu ziehen“. Doch obwohl sich ihm eine Stelle als Hofmeister eines schwedischen Offiziers – und damit die Aussicht auf weitere Mobilität – auftat, überredeten ihn einige Freunde in der Heimat

dazu, in Colmar zu heiraten und sich dort als Handwerker niederzulassen (Güntzer 2002, 199–200). Sozial und wirtschaftlich ist Güntzer am Ende jedoch damit gescheitert. Denn ab 1634 hatte er unter der Einquartierung von Soldaten während der französischen Besetzung Colmars zu leiden, wo er als Zugewanderter kaum soziale Unterstützung fand. Schließlich begab er sich 1653 im Alter von 57 Jahren aus religiösen Gründen „auff die Flucht“ und wanderte nach Basel aus. Er hatte jedoch nicht genug Geld, sich dort ins Bürgerrecht einzukaufen, und musste fortan seine Produkte im Wanderhandel vertreiben (Güntzer, 2002, 23). Die Niederschrift seiner Erinnerungen lässt sich somit auch als der Versuch einer Rechtfertigung für sein Leben interpretieren.

Güntzers *Biechlin*, bei dem es sich um eines von zahlreichen aus der frühen Neuzeit überlieferten Egodokumenten aus der Feder von europäischen Handwerkern handelt (vgl. Amelang, 1998), dokumentiert also einerseits die Durchlässigkeit frühneuzeitlicher Grenzen für Arbeitsuchende, veranschaulicht andererseits aber auch die Probleme und Gefahren, mit denen sie in einer Zeit von konfessionellen Auseinandersetzungen und häufigen Kriegen konfrontiert waren, und das eben nicht nur an territorialen Grenzen. An dieser Quelle erweist sich ferner, dass sich mobile Akteure meist nicht eindeutig in bestimmte Kategorien von Migration und Mobilität einordnen lassen, denn Güntzer war wandernder Geselle und Arbeitsmigrant, Reisender und umherziehender Bettler, Flüchtender und Wanderhändler; mobile und sesshafte Phasen wechselten in seinem Leben einander ab.

Schließlich ist noch bemerkenswert, dass der geographische Horizont dieses Handwerksgesellen über Europa hinausreichte. In Litauen, wo er in Kaunas vierzehn Tage gemeinsam mit einem Gesellen aus Riga arbeitete, habe er sich um Weihnachten 1620 „orgenomen, in die Mustgau [d.h. das moskowitische Reich] und Dierkey [d.h. die Türkei] zu reißen, kundte aber kein Gelegenheit anträffen“ (Güntzer, 2002, 185–186). Außerdem erwähnt er mehrmals in seinem *Biechlin*, er hätte sich „gern in Intia [d.h. Indien] begeben“. Nach der Heimkehr von seiner ersten, fünfjährigen Wanderschaft teilte er seinem Vater mit, er sei „nicht lang außgeweßen, sonder ich verhoffe, alererst recht zu reißen in die mitnöchtisch[e]n Lender und in Intia zu schiffen und alhie nicht lenger zu verpleiben dan 4 oder 5 Tag. Dan meine Treim lagen mihr stetiges im Sin“. Er „kondt aber darzu kein Gelegenheit haben“, die Grenzen Europas zu überschreiten (Güntzer, 2002, 135, 143, 152). Um Menschen aus der deutsch-französischen Grenzregion, denen dies gelang, soll es im nächsten Abschnitt gehen.

4. Globale Perspektiven aus der Grenzregion

Die deutsch-französische Grenzregion bot nicht nur Chancen für Mobilität im regionalen Nahraum, sondern auch im Kontext der frühneuzeitlichen Globalisierung. Durch den spätestens seit 1600 rasch wachsenden Arbeitskräftebedarf der west- und nordeuropäischen Kolonialmächte, vor allem der Niederlande, Großbritanniens und Frankreichs, weitete sich der geographische Horizont der europäischen Arbeitssuchenden erheblich (Lucassen, 2004). An der Streuung der Herkunftsorte der Bediensteten der niederländischen Vereinigten Ostindischen Kompanie (*Verenigde Oost-Indische Compagnie*, kurz VOC), wie sie in den Musterrollen dieser Kompanie dokumentiert sind, hat Jelle van Lottum eindrücklich demonstriert, dass der Arbeitskräftebedarf und das höhere Lohnniveau Arbeitssuchende aus ganz Europa in die Niederlande lockte, von denen viele früher oder später bei der VOC landeten. Im Zeitraum von 200 Jahren fuhren fast eine Million Menschen im Dienst der VOC zu deren Handelsstützpunkten in Süd- und Ostasien, im Durchschnitt etwa 5.000 pro Jahr (Lottum, o. J.; Lucassen, 2004, 16).

Seit dem frühen 18. Jahrhundert lassen sich auch Menschen aus dem SaarLorLux-Raum in den erhaltenen Musterbüchern der VOC nachweisen; diese sind in einer Online-Datenbank des niederländischen Nationalarchivs durchsuchbar (Nationaal Archief, o. J.) Das bedeutet, dass sie sich für in der Regel drei bis fünf Jahre für den Dienst auf niederländischen Schiffen und Handelsstützpunkten in Süd- und Südostasien verpflichteten. In den Musterbüchern finden sich – um nur einige Stichproben zu nennen – im Lauf des 18. Jahrhunderts unter anderem gut 50 Männer aus Saarbrücken (bzw. der Grafschaft Nassau-Saarbrücken), knapp 20 aus Saarlouis sowie einige weitere aus kleineren Orten wie Saargemünd/Sarreguemines, Ottweiler oder Blieskastel. Aus Luxemburg stammten rund 60 Bedienstete der VOC sowie jeweils etwa 40 aus Metz und Nancy. Vermutlich gelangten die meisten von ihnen über den Rhein in die Niederlande, wie viele Arbeitssuchende aus dem deutschen Südwesten.

Für Menschen aus der Grenzregion auf der Suche nach einer neuen Perspektive kam aber nicht nur die niederländische VOC, sondern auch die französische *Compagnie des Indes* in Frage. Eine Stichprobe der vom französischen Verteidigungsministerium gehosteten Datenbank dieser Kompanie fördert 66 Männer aus Metz zutage, neun aus Luxemburg und immerhin acht Saarländer, darunter ein Waffenschmied, ein Schneider, mehrere Matrosen, aber auch ein paar blinde Passagiere aus Saarbrücken und Saar-

louis, die sich erst am Kap der Guten Hoffnung an Bord geschlichen hatten und auf der Überfahrt nach Puducherry in Indien entdeckt wurden (Ministère des Armées, o. J.).

Diese Überlappung globaler Horizonte der Arbeitsuche in der Grenzregion – einerseits in die niederländische, andererseits in die französische koloniale Welt – erscheint nicht zufällig. Freilich stellen diese sogenannten Ostindienfahrer nur einen Bruchteil der Arbeitsmobilität in und aus der Grenzregion insgesamt dar. Dennoch konnte es passieren, dass sich zwei Saarländer auf demselben Schiff befanden, wie beispielsweise auf dem Schiff „Jonge Lieve“ (Junge Liebe), das am 27. Januar 1761 von Texel nach Ostasien aufbrach. An Bord befanden sich Georg Carl Forster aus „Naussau saarbrugge“, also aus der Grafschaft Nassau-Saarbrücken, und Phillip Rose aus Saargemünd („sargeminden“) (Nationaal Archief, o. J., 1.04.02, 6409, fol. 145, fol. 338). Die Besatzung der „Jonge Lieve“ umfasste bei der Fahrt von 1761 insgesamt 336 Mann, darunter 195 Seeleute, 131 Soldaten und zehn Handwerker. Gut 70 von ihnen gaben als Herkunftsstadt Amsterdam an, einige weitere kamen aus Groningen, Utrecht und anderen niederländischen Städten und Provinzen. Der Rest stammte aus fast ganz Europa: aus Kopenhagen, Göteborg, Stockholm, Hamburg, Danzig, Riga und aus Finnland; aus London, Paris, der Normandie, Marseille, Turin, Straßburg, Basel, Zürich, Mannheim, Frankfurt, Leipzig und vielen anderen Städten und Regionen in Europa – einschließlich der zwei o. g. Saarländer (Nationaal Archief, o. J., 1.04.02, 6409; Huygens Instituut, o. J., Number 3801.1). Jede der mehreren Tausend multinational zusammengewürfelten Schiffsbesetzungen der VOC stellte ein Europa im Kleinen dar. Die Männer mussten es über mehrere Monate miteinander aushalten, was zu teils heftigen Konflikten, aber auch zu Solidarität führen konnte (Gelder, 2004; Ketting, 2005). Man könnte über diese Schiffsbesetzungen also eine Verflechtungsgeschichte Europas im 18. Jahrhundert ‚von unten‘ schreiben.

Die „Jonge Lieve“, auf dem die beiden Saarländer mitfuhren, segelte – unterbrochen durch einen zweiwöchigen Aufenthalt am Kap der Guten Hoffnung – nach Batavia (heute Jakarta), wo es am 25. Juli 1761 ankam. Von dort aus ging es weiter nach China, zum Hafen von Guangzhou. Ein halbes Jahr später, am 7. Januar 1762, begann die Rückfahrt; am 26. Juli 1762, also nach gut eineinhalb Jahren, traf das Schiff wieder in Texel ein (Huygens Instituut, o. J., Number 7620.1). Georg Carl Forster aus der Grafschaft Nassau-Saarbrücken hatte an Bord als Matrose und Knecht eines der beiden Superkargos gearbeitet, der für die Fracht verantwortlichen Kaufleute. Bereits vier Monate später stach Forster erneut in See Richtung

Asien, diesmal in der Funktion eines Trompeters, der an Bord und später im niederländischen Kastell in Batavia den Wachtwechsel zu signalisieren und Kommandos zu begleiten hatte. Laut dem Musterbuch des Schiffs „De Drie Papegaijen“ überschrieb Forster drei Monatsgehälter pro Jahr seiner Frau Anna Forster in Amsterdam. Ihr Mann kehrte jedoch nie wieder nach Europa zurück; die letzte Erwähnung Forsters in den Akten der VOC stammt aus dem Jahr 1793 (Nationaal Archief, o. J., 1.04.02, 6409, fol. 145; 6421, fol. 30). Fillip Rose hingegen, der Mann aus Saargemünd, kehrte 1769, nach acht Jahren in Asien, wieder nach Europa zurück. Zu diesem Zeitpunkt war längst ein weiterer Mann namens Johannes Singerle aus Saargemünd als Matrose zur VOC gegangen; er verstarb allerdings bereits auf der Hinfahrt (Nationaal Archief, o. J., 1.04.02, 13144, fol. 107).

5. Fazit

Territoriale Grenzen stellten für die in diesem Beitrag betrachteten Beispiele persönlicher Mobilität zwar selten ein Hindernis dar, bedeutungslos waren sie aber keineswegs: Sie ermöglichten nicht nur Schmuggel im kleinräumigen deutsch-französischen Grenzverkehr, sondern eröffneten sogar unterschiedliche Horizonte globaler Mobilität. Im Fall Augustin Güntzers stellten nicht territoriale, sondern konfessionelle Grenzen innerhalb Europas ein Problem dar, und zwar sowohl während seiner Gesellenwanderung durch Italien und Frankreich als auch nachdem er sich in Colmar niedergelassen hatte. In der Langfristperspektive ist allerdings nicht zu übersehen, dass zumindest die französische Nationalgrenze einen zunehmenden Einfluss auf die Orientierung von Mobilität hatte, und zwar als Rand des Einflussbereiches unterschiedlicher Zentren, wie das Beispiel der Stadt Metz nach 1648 zeigt.

Exotisch anmutende Geschichten globaler Mobilität wie die der Saarländer Georg Carl Forster und Fillip Rose gilt es zurückzubinden an die Vielfalt unterschiedlicher Mobilitätsformen in der Herkunftsregion, hier dem SaarLorLux-Raum. Denn die ältere Forschung tendierte meist zur Kategorienbildung, zur analytischen Trennung in endgültige Im- und Emigration, saisonale oder temporäre Mobilität, regionale Kurzstrecken- oder globale Langstreckenmigration, ganz zu schweigen von einer sozialen Differenzierung, etwa in Gesellenwanderung, Bildungsreise oder Subsistenzmigration. Tatsächlich berührten diese Mobilitätsformen einander jedoch oft oder überschnitten sich sogar in einer Person. Wie das Beispiel des Elsässer

Zinngießers Augustin Güntzer gezeigt hat, lassen sich mobile Akteure oft nicht in die analytischen Schubladen migrationshistorischer Forschung zwingen. Selbst unter den Ostindienfahrern und deren Angehörigen bemühten sich viele, trotz der großen Entfernung miteinander in Kontakt zu bleiben, und wenn auch nur, um Geld in die Heimat zu schicken. Die Ostindienfahrer waren in der Regel nur eine Zeit lang mobil und wurden, wenn sie die Fahrten überlebten, zu einem späteren Zeitpunkt wieder sesshaft, sei es in Europa, in Südostasien oder Südafrika, wo manche von ihnen neue Familien gründeten (Hoyer, 2020; Hahn, 2022). Im vorliegenden Beitrag unberücksichtigt geblieben ist noch eine weitere mögliche Option für Migrationswillige im SaarLorLux-Raum, nämlich die bereits seit Jahrzehnten vor allem für die Rheinpfalz erforschten Auswanderungen nach Nordamerika, Preußen und Ungarn (Hacker, 1987; Tressel, 2003). Mitunter wählten Menschen aus demselben Dorf, ja sogar aus derselben Familie unterschiedliche Wege, was auf Strategien der Risikominimierung zurückzuführen sein könnte (vgl. zu Württemberg: Hahn, 2024; Hahn, 2025).

Dabei war die Zusammensetzung der unterschiedlichen Formen von Mobilität und ihre Überschneidungen – darauf deuten Vorarbeiten zu anderen Grenzregionen hin – durchaus regional spezifisch ausgeprägt (vgl. Beer & Dahlmann, 2004; Eiynck, 1993). Daher wäre ein nächster sinnvoller Schritt ein systematischer Vergleich des SaarLorLux-Raumes mit einer anderen Grenzregion, denn schon im Vergleich zum benachbarten Elsass werden signifikante Unterschiede erkennbar. Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Blick zurück in die Frühe Neuzeit zu zeigen vermag, dass grenzüberschreitende Mobilität und Migration jahrhundertelang in Europa alltägliche Praxis waren, und nicht erst ein Phänomen der Schengen-Ära sind. Denn nationalstaatliche Mobilitätskontrollen und -beschränkungen, mit denen derzeit wieder manche politische Akteure auf Stimmenfang gehen, stellten lediglich ein vorübergehendes, relativ kurzzeitiges und selten erfolgreiches Phänomen der europäischen Geschichte dar.

Bibliografie

- Amelang, J. S. (1998). *The Flight of Icarus: Artisan Autobiography in Early Modern Europe*. Stanford University Press.
- Babel, R. (2011). Zwischen Frankreich und Deutschland: Historiographie und regionales Bewusstsein in Lothringen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. In S. Lorenz, S. Holtz, & J. M. Schmidt (Hg.), *Historiographie – Traditionsbildung, Identitätsstiftung und Raum. Südwestdeutschland als europäische Region* (S. 21–30). Jan Thorbecke.

- Beer, M., & Dahlmann, D. (Hg.). (2004). *Über die trockene Grenze und über das offene Meer: Binneneuropäische und transatlantische Migrationen im 18. und 19. Jahrhundert*. Klartext.
- Bour, R. (1997). *Histoire de Metz*. Éditions Serpenoise.
- Bourdieu-Weiss, C. (Hg.). (2014). *Les Trois-Évêchés et l'Étranger*. Centre de Recherche Universitaire Lorrain d'Histoire.
- Bretschneider, F. (2011). Einleitung: Praxis der Grenze. Konflikte und Umgänge mit Territorialgrenzen im Alten Reich. *Jahrbuch für Regionalgeschichte*, 29, 35–44.
- Bretschneider, F., & Duhamelle, C. (2016). Fraktalität. Raumgeschichte und soziales Handeln im Alten Reich. *Zeitschrift für Historische Forschung*, 43(4), 703–746.
- Comité d'Histoire du Pays messin (Hg.). (2014). *Communautés juives et communautés protestantes à Metz et en Pays messin*. Éditions des Paraiges.
- Depoil, A.-L., & Plyer, S. (Hg.). (2021). *Frontière, Migrations et Mobilités en Alsace de 1870 aux Années 1930*. Presses universitaires de Strasbourg.
- Eiynck, A. (Hg.). (1993). *Wanderarbeit jenseits der Grenze. 350 Jahre auf der Suche nach Arbeit in der Fremde*. Drents Museum/Museumsdorf Cloppenburg.
- Ev. Kirchengemeinde Ludweiler-Warndt (Hg.). (2004). *Die Hugenottengemeinde Ludweiler-Warndt in Geschichte und Gegenwart 1604–2004*. Merziger Druckerei und Verlag.
- Forstmann, H. (2020). Zur Entwicklung der reformierten Tempel in der Grafschaft Saarwerden. In G. B. Clemens & S. Laux (Hg.), *Reformation, Religion und Konfessionen an der Saar (1517–2017)* (S. 93–122). Kommission für Saarländische Landesgeschichte e. V.
- François, É. (1987). Städte im deutsch-französischen Grenzraum am Ende des 18. Jahrhunderts. Stadtverfassung, Sozialstruktur, Mentalitäten, zwischenstädtische Beziehungen. In A. Heit (Hg.), *Zwischen Gallia und Germania, Frankreich und Deutschland. Konstanz und Wandel raumbestimmender Kräfte* (S. 239–249). Verlag Trierer Historische Forschungen.
- Friedrichs, A. (2018). Placing Migration in Perspective. Neue Wege einer relationalen Geschichtsschreibung. *Geschichte und Gesellschaft*, 44(2), 167–195.
- Gantet, C. (2007). Die äußeren Grenzen des Heiligen Römischen Reichs. Wahrnehmung und Repräsentationen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. In É. François, J. Seifartha, & B. Struck (Hg.), *Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert* (S. 53–76). Campus.
- Gelder, R. v. (2004). *Das ostindische Abenteuer. Deutsche in Diensten der Vereinigten Ostindischen Kompanie der Niederlande (VOC) 1600–1800*. Übs. von Stefan Häring. Convent.
- Girardin, A. (1998). *Görlingen in der ehemaligen Grafschaft Saarwerden: Geschichte eines Hugenottendorfes im Krummen Elsaß*. Dietrich Pfaehler.
- Greib, R. (1971). *L'Immigration Suisse dans les paroisses du Comté de Nassau-Sarrewerden après la Guerre de Trente Ans*. Société d'Histoire et d'Archéologie de Saverne et environs.

- Gipfelsekretariat der Großregion (o. J.). Die Großregion in Zahlen. <https://www.grossregion.net/Die-Grossregion-kompakt/Die-Grossregion-in-Zahlen> [20.08.2024].
- Güntzer, A. (2002). *Kleines Biechlin von meinem gantzen Leben: die Autobiographie eines Elsässer Kannengießers aus dem 17. Jahrhundert*, hg. und kommentiert von Fabian Brändle. Böhlau.
- Hacker, W. (1987). *Auswanderungen aus Rheinpfalz und Saarland im 18. Jahrhundert*. Theiss.
- Hahn, P. (2022). (Dis)connecting Mobilities. Exploring Global Entanglements in the Early Modern German Town. In C. Cornelissen, B. Kümin, & M. Rospocher (Hg.), *Migration and the European City: Social and Cultural Perspectives from Early Modernity to the Present* (S. 73–92). De Gruyter.
- Hahn, P. (2024). Beutelsbach – Batavia und zurück: Globale Arbeitsmigration aus dem Südwesten im 17. und 18. Jahrhundert. In C. Brauner & T. Wegner (Hg.), *Schwaben und die Welt: Globalgeschichte(n) einer Region* (S. 117–137). Thorbecke.
- Hahn, P. (2025). Between Beutelsbach and Batavia: A Cooper's Career and His Involvement in Colonial Violence. In C. Brauner, R. Dürr, P. Hahn, A. S. Overkamp, & S. Siemianowski (Hg.), *Encountering the Global in Early Modern Germany: Microhistories of Mobility, Materiality, and Belonging*. Berghahn.
- Härter, K. (2015). Grenzen, Streifen, Pässe und Gesetze. Die Steuerung von Migration im frühneuzeitlichen Territorialstaat des Alten Reiches (1646–1806). In J. Oltmer (Hg.), *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert* (S. 45–86). De Gruyter.
- Haug, H. (Hg.). (1965). *Artisans et Ouvriers d'Alsace*. Librairie Istra.
- Heinz, J. (2010). Umrisse der Bevölkerungsgeschichte im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken in der Frühen Neuzeit. In F. Konersmann & H. Ammerich (Hg.), *Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums* (S. 55–82). Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften zu Speyer.
- Hirschi, C. (2005). *Wettkampf der Nationen: Konstruktionen einer deutschen Ehrengemeinschaft an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit*. Wallstein.
- Hoyer, F. (2020). *Relations of Absence. Germans in the East Indies and Their Families c. 1750–1820*. Uppsala Universitet.
- Huber, V. (2010). Multiple Mobilities. Über den Umgang mit verschiedenen Mobilitätsformen um 1900. *Geschichte und Gesellschaft*, 36(2), 317–341.
- Huygens Instituut (o. J.). The Dutch East India Company's Shipping between the Netherlands and Asia 1595–1795. <https://resources.huygens.knaw.nl/das/voyages?clear=1> [10.09.2024].
- Ketting, H. (2005). *Leven, werk en rebellie aan boord van Oost-Indievaarders (1595–1650)*. Het Spinhuis.
- Kintz, J.-P. (1970). La mobilité humaine en Alsace. Essai de présentation statistique, XIV^e–XVIII^e siècles. *Annales de démographie historique*, 157–183.
- Lehnert, K. (2020). Von Mobilität zu Migration: Ländlicher Alltag und die Entstehung des sächsisch-böhmisches Grenzregimes im 19. Jahrhundert. *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 31(1), 90–113.

- Leiner, S. (1994). *Migration und Urbanisierung. Binnenwanderungsbewegungen; räumlicher und sozialer Wandel in den Industriestädten des Saar-Lor-Lux-Raumes 1856–1910*. Saarbrücker Druck und Verlag.
- Le Moigne, F.-Y. (1986). *Histoire de Metz*. Éditions Privat.
- Lottum, J. v. (o. J.). Human Capital, Immigration and the Early-modern Dutch Economy: Job Mobility of Native and Immigrant Workers in the Maritime Labour Market, c. 1700–1800 (HUMIGEC). <https://www.maritimecareers.eu/humigec/> [03.09.2024].
- Lucassen, J. (2004). A Multinational and its Labor Force: The Dutch East India Company, 1595–1795. *International Labor and Working-Class History*, 66, 12–39.
- Mathorez, J. (1921). *Les Étrangers en France sous l'Ancien Régime. Tome Second : Les Allemands, les Hollandais, les Scandinaves*. Librairie Ancienne Édouard Champion.
- Ministère des Armées (o. J.). Compagnies des Indes: Équipages et passagers. <https://www.memoiredeshommes.sga.defense.gouv.fr/fr/article.php?larub=29&titre=equipages-et-passagers> [02.09.2024].
- Möser, J. (1775). Vorstellung zu einer Kreisvereinigung. In J. Möser, *Patriotische Phantasien*, Bd. 1 (S. 363–366). Nicolai.
- Nationaal Archief (o. J.). VOC: Opvarenden, 1699–1794. <https://www.nationaalarchief.nl/onderzoeken/zoekhulpen/voc-opvarenden-1699-1794> [02.09.2024].
- Nelles, P., & Salzberg, R. (Hg.). (2023). *Connected Mobilities in the Early Modern World: The Practice and Experience of Movement*. Amsterdam University Press.
- Nordman, D. (1998). *Frontières de France. De l'espace au territoire XVI^e–XIV^e siècle*. Paris.
- Nordman, D. (2007). Von Staatsgrenzen zu nationalen Grenzen. In É. François, J. Seifarth, & B. Struck (Hg.), *Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert* (S. 107–135). Campus.
- Pallach, U.-C. (1984). Fonctions de la mobilité artisanale et ouvrière – compagnons, ouvriers et manufacturiers en France et aux Allemagnes (17^e–19^e siècles). *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte*, 11, 365–406.
- Paul, R. (2010). Minderheiten im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Hugenotten/Wallonen, Juden und Täufer/Mennoniten. In F. Kornersmann & H. Ammerich (Hg.), *Historische Regionalforschung im Aufbruch. Studien zur Geschichte des Herzogtums Pfalz-Zweibrücken anlässlich seines 600. Gründungsjubiläums* (S. 107–119). Pfälzische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften zu Speyer.
- Petto, W. (2000). *Wanderungen aus Tirol und Vorarlberg in das Saarland*. Arbeitsgemeinschaft für Saarländische Familienkunde e. V.
- Poussou, J.-P. (1970). Les mouvements migratoires en France et à partir de la France de la fin du XV^e siècle au début du XIX^e siècle : Approches pour une synthèse. *Annales de démographie historique*, 11–78.
- Rutz, A. (2010a). Grenzen im Raum – Grenzen in der Geschichte. Probleme und Perspektiven. In E. Geulen & S. Kraft (Hg.), *Grenzen im Raum – Grenzen in der Literatur* (S. 7–32). Erich Schmidt.

- Rutz, A. (2010b). Grenzüberschreitungen im deutsch-niederländisch-französischen Grenzraum. In C. Roll, F. Pohle, & M. Myrczek (Hg.), *Grenzen und Grenzüberschreitungen. Bilanz und Perspektiven der Frühneuzeitforschung* (S. 217–222). Böhlau.
- Rutz, A. (2018). *Die Beschreibung des Raums. Territoriale Grenzziehungen im Heiligen Römischen Reich*. Böhlau.
- Sahlins, P. (1989). *Boundaries: The Making of France and Spain in the Pyrenees*. University of California Press.
- Sahlins, P. (1990). Natural Frontiers Revisited: France's Boundaries since the Seventeenth Century. *The American Historical Review*, 95(5), 1423–1451.
- Sahlins, P. (2004). *Unnaturally French: Foreign Citizens in the Old Regime and After*. Cornell University Press.
- Schmale, W. (1998). „Grenze“ in der deutschen und französischen Frühneuzeit. In W. Schmale & R. Stauber (Hg.), *Menschen und Grenzen in der frühen Neuzeit* (S. 50–75). Berlin-Verlag Spitz.
- Schmidt, M. (2019). Begrenzung und Entgrenzung als Ordnungspraktiken: eine Annäherung an historische Grenzräume. In S. Laux & M. Schmidt (Hg.), *Grenzraum und Repräsentation. Perspektiven auf Raumvorstellungen und Grenzkonzepte in der Vormoderne* (S. 13–31). Kliomedia.
- Scholz, L. (2020). *Borders and Freedom of Movement in the Holy Roman Empire*. Oxford University Press.
- Thewes, A. (1982). Zur Auswanderungsbewegung der Tiroler im 17. und 18. Jahrhundert. Dargestellt an der Entwicklung einzelner Familien des saarländisch-lothringischen Grenzraums. *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*, 29, 88–92.
- Tressel, A. (2003). Auswanderung von der Saar nach Ungarn. Unser Hauskalender 2004 – Jahrbuch der Deutschen aus Ungarn, 47–49 (aktualisierte Fassung). <http://un garndeutsche.de/de/cms/uploads/Auswanderung%20von%20der%20Saar%20nach %20Ungarn.pdf> [02.09.2024].
- Ulbrich, C. (1993). Grenze als Chance? Bemerkungen zur Bedeutung der Reichsgrenze im Saar-Lor-Lux-Raum am Vorabend der Französischen Revolution. In A. Pilgram (Hg.), *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität* (S. 139–146). Baden-Baden.

Der Grenzraum als Bedrohung oder Ressource. Aus einem Forschungsprojekt zu den Erfahrungen der Deindustrialisierung in deutsch-französisch-luxemburgischer Perspektive (1960–2020)

Birgit Metzger

Abstract

Der vorliegende Aufsatz stellt ein deutsch-französisches Forschungsprojekt vor, das das Ziel verfolgt, mit einem mikrohistorischen Ansatz Erfahrungen der Deindustrialisierung in Deutschland (Ost und West), Frankreich und Luxemburg zu untersuchen. In einer Kombination aus kultur- und sozialhistorischen Methoden stehen dabei die Biographien und Perspektiven der Betroffenen vor Ort im Zentrum des Interesses: ehemalige Arbeiter:innen, ihre Angehörigen und andere lokale Akteure. Zunächst wird die Deindustrialisierung als globaler Transformationsprozess skizziert, bevor unser Forschungsprojekt vorgestellt wird, das fünf Teilstudien umfasst. Anschließend gehe ich auf eine Teilstudie genauer ein, die den deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum in den Blick nimmt. Auch wenn die nationale Konkurrenz an der Grenze teils als Bedrohung dargestellt wurde, wurde die Lage im Grenzraum während der Transformation doch überwiegend als Ressource wahrgenommen.

1. Die Deindustrialisierung als Gegenstand der Untersuchung

Gegenwärtig ist eine erneut drohende Deindustrialisierung Deutschlands Gegenstand einer wirtschaftspolitischen Debatte. Die Krisen Anfang der 2020er Jahre – besonders die Corona-Pandemie und der Krieg Russlands gegen die Ukraine – führten zu unterbrochenen Lieferketten, fehlenden Rohstoffen und hohen Energiepreisen. Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium ermittelte in einem Risikoszenario im September 2022, dass die „Gasmangellage zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Jahr 2023 von 7,9 % und im Jahr 2024 von 4,2 % führen“ könnte (Hüther et al., 2023, 3). Deutsche Bank Research (2022) sah hier wenig später den Ausgangspunkt für eine „beschleunigte Deindustrialisierung in

Deutschland“. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland (20,8 % im Jahr 2021, 22,9 % im Jahr 2016) würde in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter sinken. Im Februar 2024 verkündete der Geschäftsführer der Bonner Wirtschaftsakademie, Harald Müller, dass „die Deindustrialisierung Deutschlands [...] in vollem Gange“ sei. Produktionsverlagerungen ins Ausland würden längst im großen Stil vorbereitet (Bonner Wirtschaftsakademie, 2024). Demgegenüber kommt die Deutsche Industrie- und Handelskammer (2024) zu der Einschätzung, dass nur geringfügig mehr Unternehmen im Ausland investieren wollten, allerdings sei bedenklich, dass das Motiv dafür Kosten einsparung sei. Betroffen seien die chemische Industrie, die Stahl- und metallverarbeitende Industrie sowie die Automobilproduktion. In dem Zusammenhang stellen Interessensverbände und Politiker:innen vor allem wirtschaftspolitische Forderungen: weniger Bürokratie, billigere Energiepreise, weniger Regeln für die Wirtschaft (Stichworte Lieferkettengesetz und Datenschutz). So soll die Verlagerung der Produktion ins Ausland gestoppt werden und die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig bleiben. Es geht also um Wirtschaftsstandorte, Globalisierungsprozesse, politische Handlungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze.

Die Debatte um die Deindustrialisierung Deutschlands und Europas ist älter; sie wird seit den 1970er Jahren geführt, in Deutschland vor allem unter dem Begriff „Strukturwandel“, in Frankreich unter dem Schlagwort „reconversion“ (vgl. zur sozialwissenschaftlichen Forschungsentwicklung zu diesem Thema High, 2013). Es geht dabei um den absoluten und relativen Rückgang des industriellen Sektors in Bezug auf Beschäftigung und/oder Wertschöpfung an den jeweiligen Volkswirtschaften. Die Deindustrialisierung stellt einen der grundlegenden globalen Wandlungsprozesse der letzten 60 Jahre dar, der alle europäischen Gesellschaften seit den 1960er Jahren (in Westeuropa) bzw. seit den 1990er Jahren (in Osteuropa) erfasste. Es handelte sich um eine systemübergreifende Krise europäischer Industriegesellschaften. Ende der 1950er Jahre setzte mit der Kohlekrise in Westeuropa ein Prozess ein, in dessen Folge Industrien wie Kohlezechen, Stahlwerke, Textilfabriken oder Schiffswerften nach und nach geschlossen und die industrielle Produktion zunehmend in andere Weltregionen verlagert wurde. Diese Industrien hatten die industrielle Revolution in Europa maßgeblich geprägt und bildeten bis in den wirtschaftlichen Boom der 1950er und 1960er Jahre das Rückgrat der europäischen Volkswirtschaften. Auch in Osteuropa zeigten sich bereits in den 1970er Jahren viele Krisenphänomene, aber die sozialistischen Staaten hielten noch an ihren Wirt-

schaftsvorstellungen fest und verzögerten eine grundlegende Umgestaltung der wirtschaftlichen Strukturen.

Aus globalgeschichtlicher Perspektive verlagerten sich erstmals seit Beginn der industriellen Revolution im späten 18. Jahrhundert Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung zugunsten asiatischer Länder wie Südkorea, Taiwan, China und Singapur, die zu wichtigen Industrieproduzenten wurden, oder Indonesien und Pakistan, die sich zu wichtigen Standorten der global vernetzten Textilproduktion entwickelten (Dicken, 2014). Während die Zahl der Beschäftigten in der Industrie in Europa zwischen 1970 und 2000 zurückging, stieg der Anteil der Industriebeschäftigten in Asien relativ und absolut an (z. B. in China von 17,2 % im Jahr 1970 auf 30,3 % im Jahr 2012 oder in Südkorea von 18,3 % im Jahr 1972 auf 24,6 % im Jahr 2012) (ILO, zitiert nach Raphael, 2019, 39).

Die Formen der Deindustrialisierung in Europa reichten von abrupten Werksschließungen bis hin zu stark gestaffelten, sukzessiven Umstrukturierungsplänen, deren Umfang und Auswirkungen sich von Land zu Land, Region zu Region und Stadt zu Stadt unterschieden (z. B. Deshayes & Lomba, 2017). In Europa war mit dem Rückgang des industriellen Sektors ein „sozialer Wandel von revolutionärer Qualität“ (Raphael, 2019) verbunden. Dieser war gekennzeichnet von Massenarbeitslosigkeit, der Zunahme sozialer Ungleichheiten (Kaelble, 2017) sowie der Prekarisierung von Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Entpolitisierung und der Aufstieg des Rechtsextremismus prägen seither viele von Deindustrialisierung betroffene Regionen.

2. The Unmaking of the Working Class?

An dieser Stelle setzt das Forschungsprojekt mit dem Titel „Deindustrialisierung in Frankreich und Deutschland. Erfahrungen und Emotionen von den 1960er Jahren bis heute. The Unmaking of the Working Class?“ (DesinEE) an. Es wird zwischen 2023 und 2026 von der DFG und der ANR gefördert und ermöglicht Historiker:innen der Universitäten Bochum, Straßburg und Saarbrücken, gemeinsam und in transnationaler Perspektive zu den Erfahrungen der Deindustrialisierung in Deutschland, Frankreich und Luxemburg seit den 1960er Jahren bis heute zu forschen. Dabei stehen die Auswirkungen dieses Prozesses auf die Arbeiter:innenmilieus bzw. „communautés ouvrières“ im Fokus, die die Industrialisierungsgeschichte der westlichen Welt maßgeblich prägten.

Dementsprechend waren Deindustrialisierungsprozesse mit Mobilisierungen und sozialen Verwerfungen verbunden, die in Frankreich und Deutschland eine hohe mediale Aufmerksamkeit erfuhren: von dem Konflikt um den Uhrenhersteller LIP in Besançon 1973, über die Protestbewegung der lothringischen Stahlarbeiter Ende der 1970er Jahre (Noiriel, 1984), die Proteste gegen die Schließung der Hochöfen von Rheinhausen durch Thyssen 1987 oder den Hungerstreik der Kali-Minen-Arbeiter im kleinen thüringischen Ort Bischofferode 1993 bis hin zur „Schlacht von Florange“ gegen die Schließung der Hochöfen des gleichnamigen Stahlwerks in Nord-Lothringen 2016. Diese Ereignisse zeugen vom – zumeist vergeblichen – Widerstand einer starken Arbeiter:innenbewegung gegen den Verlust von ‚guten‘ Arbeitsplätzen,¹ ihrer kollektiven Rechte und ihrer sozialen und beruflichen Anerkennung. Zudem haben sie die kollektiven Erinnerungen in hohem Maß geprägt und verdeutlichen, wie stark die Erschütterungen des Arbeiter:innenmilieus und seiner spezifischen kulturellen Praktiken und Soziabilitätsformen waren und sind.

Im Projekt DesinEE interessieren wir uns also nicht primär für die makroökonomischen Komponenten der Deindustrialisierung, sondern vor allem für den damit zusammenhängenden sozialen Wandel und besonders dafür, wie die betroffenen Arbeiter:innen und ihre Angehörigen diesen Prozess erlebten und wie er sich auf ihre Biographien, Lebenswelten und Vergemeinschaftungsformen sowie ihr Verhältnis zur Politik auswirkte. Der Untertitel des Projekts spielt auf die Pionierstudie des britischen marxistischen Historikers E. P. Thompson über die politische Soziabilität der englischen Arbeiterschaft an: „The making of the working class“ (1963). Darin geht es im Kern um das wachsende Selbstbewusstsein der entstehenden britischen Arbeiterklasse zwischen 1780 und 1830, das sich in zunehmender Handlungsfähigkeit und Grundwerten wie Solidarität und Gegenseitigkeit manifestierte. Wir wollen in gewisser Weise den umgekehrten Prozess untersuchen: nämlich die zeitgeschichtlichen Auswirkungen der Deindustrialisierung auf die „communautés ouvrières“, die wir hierzu als emotionale Gemeinschaften fassen (Rosenwein, 2010). Die Grundannahme dabei ist, dass die Transformation mit individuellen und kollektiven Formen von Emotionen verbunden ist. Entsprechend gilt es, die affektiven Beziehungen zu integrieren, um die Logiken der Transformation der Gemeinschaften adäquat verstehen zu können.

1 Der DGB versteht darunter u. a. Tarifbindung, Mitbestimmung, ein gewisses Maß an Arbeitsschutz (Deutscher Gewerkschaftsbund, o. J.).

Darüber hinaus geht es uns darum zu untersuchen, wie sich die Deindustrialisierung als ein grundsätzlich transnationales Phänomen in unterschiedlichen industriellen Räumen auf der lokalen Ebene kontextspezifisch auswirkte. Damit verbindet sich die Frage, welche Ebene angesichts eines transnationalen Prozesses wie der Deindustrialisierung entscheidend für die Veränderung der sozialen und individuellen Lebenswelten ist: die lokale oder die nationale Ebene. Unsere Arbeitshypothese lautet, dass nationale Kontexte zwar relevant sind, lokale Kontextfaktoren aber die Art und Weise, wie die Deindustrialisierung wahrgenommen und auf sie reagiert wurde, stärker beeinflussten.

Ziel des Projektes ist es, eine vergleichende und transnationale deutsch-französisch(-luxemburgische) Mikrosozialgeschichte der Deindustrialisierung an der Schnittstelle von Erfahrungs- und Emotionsgeschichte zu schreiben. Konkret untersuchen wir in vier empirischen Teilstudien, die jeweils mindestens eine industriell geprägte französische und eine deutsche Kommune in den Blick nehmen, gleichzeitig verschiedene Typen des industriellen Raums, unterschiedliche Industriezweige und unterschiedliche geschlechtlich organisierte Beschäftigungsstrukturen. Bei der fünften Teilstudie handelt es sich um eine begriffsgeschichtliche Untersuchung in deutsch-französischer Perspektive. Jede der vier empirischen Teilstudien ist vergleichend angelegt und untersucht zwei oder drei Orte, die in durch Kohlebergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Metallverarbeitung und/oder Textilindustrie geprägten Industrieregionen liegen: im nördlichen und südlichen Lothringen, Nordelsass, den Ardennen und Nord-Pas-de-Calais für Frankreich, im Saarland, Ruhrgebiet, Thüringen und Sachsen-Anhalt für Deutschland sowie das südliche Luxemburg.²

2 In Teilstudie 1 fragt Raphaël Pernoud nach den Selbstbeschreibungen der „communautés ouvrières“ in zwei kleinen Industriestädten in den Ardennen und in Thüringen, in denen die Schließungsprozesse von massiven Protesten begleiten wurden. In Teilstudie 2 erforscht Emmanuel Droit die spezifischen Deindustrialisierungserfahrungen in mittelgroßen Städten, die von metallverarbeitenden Betrieben und Feinmechanik geprägt waren. Er untersucht die Rekonfiguration politischer und sozialer Bindungen am Beispiel der Städte Lunéville im Süden Lothringens und Zeitz in Sachsen-Anhalt. Teilstudie 3, die ich selbst bearbeite und die in diesem Beitrag genauer vorgestellt wird, behandelt drei mittelgroße Städte, die von der Montanindustrie geprägt wurden und im SaarLorLux-Raum liegen. In Teilstudie 4 widmet sich Julia Wambach der Rekonfiguration der Bergarbeiter-Gemeinschaften am Beispiel von Lens und Gelsenkirchen, zweier Städte in den größten traditionellen, von Montanindustrie dominierten Industrievierieren der jeweiligen Länder, die emblematisch für Aufstieg und Niedergang der Schwerindustrie in Frankreich und Deutschland stehen. In der begriffsgeschichtlichen

Um synchrone und diachrone Ost-West-Vergleiche zu ermöglichen, beziehen wir Untersuchungsgebiete in der ehemaligen DDR mit ein, wo sich die Deindustrialisierung später, schneller und abrupter vollzog. Der Vergleich mit westeuropäischen und westdeutschen Deindustrialisierungserfahrungen verspricht wertvolle Erkenntnisse, da er die Aufmerksamkeit auch auf möglicherweise unterschätzte Ähnlichkeiten lenkt, die bei einem singularisierenden Ansatz leicht übersehen werden. Des Weiteren ist es uns wichtig, die Geschlechterstruktur der betroffenen Belegschaften zu adressieren und dezidiert männliche sowie dezidiert weibliche Industriezweige zu berücksichtigen. Damit wollen wir vermeiden, die zeitgenössisch große öffentliche Aufmerksamkeit, die männlich dominierte Branchen in der Deindustrialisierung auf sich gezogen haben, zu reproduzieren. Demgegenüber verschwanden weiblich dominierte Branchen, wie etwa die Textilindustrie, oft fast unbemerkt (Beese & Schneider, 2001). Die Transformation von Geschlechterverhältnissen und -verständnissen ist ein wichtiger Bestandteil der soziostrukturrellen Transformation, die die Deindustrialisierung begleitete, wobei es sowohl Retraditionalisierungsprozesse als auch die Pluralisierung von Lebensläufen und Erwerbschancen für Frauen gab. Arbeiterinnen wurden häufig als erste entlassen und waren am stärksten von Prekarisierung betroffen. In Westdeutschland wie in Frankreich und Großbritannien nahm der Anteil weiblicher Beschäftigter in der Industrie zwischen 1972 und 2002 sogar leicht ab (Raphael, 2019, 86). Frauen und ungelernte Arbeiter fanden häufig im privaten Dienstleistungssektor neue Jobs im Niedriglohnsegment. Arbeitertöchtern (und -söhnen) standen dagegen bessere Bildungsmöglichkeiten offen. Dieser gegenderten Dimension der Deindustrialisierung wollen wir auch insofern Rechnung tragen, als wir Angehörige und das soziale Umfeld der Beschäftigten in die Untersuchung einbeziehen.

Ein diversitätssensibler Ansatz muss außerdem den Zusammenhang von Deindustrialisierung, Xenophobie und der Marginalisierung von Migrant:innen berücksichtigen. Die untersuchten Räume zeichnen sich durch eine mehr oder weniger starke Präsenz von Einwander:innen und ihren Nachkommen aus, die Teil der lokalen Gemeinschaften sind, aber auch Parallelstrukturen entwickeln (z.B. eigene Sportvereine). Zu fragen ist,

Studie (Teilstudie 5) untersuchen Marion Fontaine und Stefan Berger gemeinsam die zentralen Begriffe einer Erfahrungs- und Emotionsgeschichte von Deindustrialisierung in Deutschland und Frankreich. Dabei werden zunächst solche Begriffe berücksichtigt, die kongruent scheinen, aber mit ganz verschiedenen Bedeutungskonnotationen aufgeladen sein können.

ob und inwiefern die Deindustrialisierung die Figur des marginalisierten Fremden verstärkt hat.

Methodisch stützen wir uns vor allem auf Oral History (Niethammer, 1980; Perks & Thomson, 2015), d. h. wir führen narrative, semistrukturierte und leitfadengestützte Interviews mit ehemaligen Beschäftigten, ihren Angehörigen und ihrem Umfeld.³ Daneben legen wir Wert auf das Mittel des Vergleichs (Haupt & Kocka, 2009; Kaelble, 1999) und ziehen zudem Nutzen aus einer über reine Vergleiche hinausgehenden *histoire croisée*. Ergänzend kommen Befragungen von lokalen Stakeholdern, insbesondere Vertreter:innen der Gewerkschaften, Lokalpolitik und Verwaltung hinzu.

Des Weiteren ziehen wir Unterlagen aus institutionellen Archiven – öffentliche und Unternehmensarchive – die regionale und lokale Presse und audiovisuelle Medien sowie seit den 1970er Jahren angefertigte sozialwissenschaftliche Untersuchungen hinzu. Diese sind als historische Quellen zu nutzen und ihre Diskurse zu dekonstruieren (Graf & Priemel, 2011, 479–508).

3. Deindustrialisierungserfahrungen im Grenzraum SaarLorLux

Im Unterschied zu den anderen Teilstudien (s. Fußnote 2) vergleicht die im folgenden vorgestellte Teilstudie nicht voneinander entfernte räumliche Einheiten, sondern nimmt eine trinationale Grenzregion in den Blick. Der saarländisch-lothringisch-luxemburgische Raum ist seit dem 19. Jahrhundert eine Industrieregion, die stark von der Förderung von Steinkohle und Eisenerz sowie der Herstellung von Stahl geprägt wurde und dementsprechend eine dominant männliche Beschäftigungsstruktur aufwies. Die Grenzregion ist seit langem wirtschaftlich eng verflochten, wird und wurde aber durch – zwischen 1814 und 1957 immer wieder verschobene – politisch gesetzte territoriale Grenzen geteilt und durch nationale Rivalitäten geprägt (vgl. Hudemann, 2009).

Die Region SaarLorLux beansprucht seit einigen Jahrzehnten die Rolle einer Vorreiterin für grenzüberschreitende Verflechtungen in Europa. Das tut sie gerade deshalb, weil Grenzen hier in den letzten beiden Jahrhunderten immer von neuem als besonders scharfe Trennlinien wirkten. Die

³ Dabei kann auch an frühere Befragungen angeknüpft werden. Sowohl im Saarland als auch in Lothringen und Luxemburg wurden bereits in den 1990er und Anfang der 2000er Jahren Interviews zu der Thematik geführt – mit anderen Zielsetzungen und Methoden, dennoch aufschlussreich für eine Zweitauswertung.

Tatsache, dass sie wiederholt verschoben wurden, begründete umso härtere Konflikte. Zugleich erwuchsen daraus jedoch auch vielfältige Überlagerungen und Verflechtungen. Manche von ihnen sind beispielhaft für interregionale Kooperationen in Europa, wie etwa der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR), der Vorbild für zahlreiche Nachahmungen in Europa wurde (Bähr & Albrecht, 2014).

Die Studie konzentriert sich auf den geographischen Kern der Region in unmittelbarer Grenznähe: das Saarland, besonders das von Kohle und Stahl geprägte Saartal und seine Nebentäler, das Département Moselle, mit Fokus auf das Kohlebecken an der deutschen Grenze, und das Großherzogtum Luxemburg, besonders den von Eisenerz (Minette) und Stahlindustrie geprägten Südwesten.

Die Montankrise prägte diese Grenzregion seit den 1960er Jahren. Es handelte sich also um eine über die nationalen Grenzen hinweg geteilte Erfahrung, jedoch mit unterschiedlichen Zeiten und Geschwindigkeiten, Intensitäten und gesellschaftlichen Folgen: In der Moselle setzte sie früher und weitreichender ein als im Saarland, und in Luxemburg wurde sie abgefedert durch die expandierende Dienstleistungs- und Finanzbranche (vgl. für einen Überblick Herrmann, 2020). Eine These ist also, dass die Desindustrialisierungserfahrungen in den drei untersuchten Teilregionen in hohem Maße interdependent waren, aber nur bedingt konvergierten. Dafür sprechen der unterschiedlich erfolgreiche ökonomische Strukturwandel, politisch-institutionelle Unterschiede (französischer Zentralismus, deutscher Föderalismus, Luxemburg als Kleinstaat), die Einbindung in nationale Organisationsstrukturen (Parteien, Gewerkschaften).

Es werden drei mittelgroße Städte untersucht, die massiv von der Schließung von Berg- und/oder Stahlwerken betroffen waren:

Für das Saarland: Völklingen, eine ‚Mittelstadt‘, deren Einwohnerzahl von 49.000 im Jahr 1975 auf 40.358 im Jahr 2023 (Stand 31.12.2023) gesunken ist, eine montanindustriell geprägte Stadt, mit der 1986 stillgelegten und 1994 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärten Völklinger Hütte, den Kohlegruben Luisenthal (bis 1994/2005) und Velsen/Warndt (bis 2005). Völklingen war überregional wiederholt als ‚Krisenstadt‘ in der bundesdeutschen Presse, als Kommune mit einer hohen Arbeitslosenquote von zeitweise 19 % (Höhepunkt zwischen 1984 und 1988), zeitweise hohen Wahlergebnissen für die NPD (Höhepunkt 2004 mit knapp 10 %) und etwas höheren für die AfD, die allerdings durch deren viel höhere Wahlerfolge an anderen Orten, v. a. in Ostdeutschland, sowie den hohen Stimmanteil in Völklingen für die SPD bei der Landtagswahl 2022, relativiert

wurden. „Eine verödende Mittelstadt an der Grenze zu Frankreich“, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung 2014 festhielt (Freytag, 2014; s. dazu auch Röhrig, 2019).

Für die Moselle: Creutzwald, dessen Einwohnerzahl von 15.540 im Jahr 1975 auf 12.541 (Stand: Januar 2021) zurückgegangen ist. Die Stadt wurde historisch durch Glas- und Stahlproduktion geprägt, sowie im 20. Jahrhundert besonders von der Kohleförderung mit der Grube La Houve, die 2004 als letzte in Frankreich geschlossen wurde. Mit dem *Musée du Carreau/Parc Explor Wendel* wurde 2012 ein Erinnerungsort für den Bergbau in der Region mit einem begehbaren Stollen und einem Museum geschaffen. Im Rahmen der ersten „restructuration“ wurde in Creutzwald ein Grundig-Werk angesiedelt, das zwischen 1969 und 1993 Unterhaltungselektronik, v.a. Fernseher, produzierte, etwa 1.000 Angestellte hatte und eine hohe weibliche Beschäftigungsquote aufwies. Die Arbeitslosenquote lag zwischen 2006 und 2020 konstant über 17,6 %, mit einem Höhepunkt von über 20 % im Jahr 2015 (Zahlen nach INSEE, 2024). Der Kandidat des Rassemblement National erhielt bei den Wahlen für die Nationalversammlung 2022 eine klare Mehrheit, bei den Präsidentschaftswahlen im selben Jahr waren 56 % der abgegebenen Stimmen für Marine Le Pen.

Für Luxemburg: Esch-sur-Alzette, ebenfalls eine alte Industriehochburg mit den Hüttenwerken des ARBED-Konzerns (*Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange*), von denen heute nur noch das Walzwerk Arcelor-Mittal Esch-Belval in Betrieb ist, und den bis 1981 geschlossenen Eisenerzgruben in der Umgebung. Die Einwohnerzahl sank von 1960 mit knapp 28.000 bis 1993 auf unter 24.000 und steigt seither wieder kontinuierlich an (Stand 2019: 35.000). Esch befindet sich also in einem Prozess der Revitalisierung. Eine 135 ha große Industriebrache wurde saniert, dort befindet sich jetzt unter anderem die Universität Luxemburg. Auch hier findet Musealisierung und eine Valorisierung des industriellen Erbes statt: Zu nennen ist das *Musée national des mines* in Rumelange oder das *Areal* in Esch-Belval (Scuto & Knebeler, 2010). Trotz dieser Erfolgsgeschichte liegt die Kaufkraft der Einwohner weiterhin unter dem Landesdurchschnitt (Birchen, 2020, 181).

Die deutsch-französische Perspektive wird in dieser Teilstudie sowohl um Luxemburg als auch um eine dezidiert grenzüberschreitende Perspektive erweitert. Dementsprechend werden neben dem Vergleich besonders transnationale, transfer- und verflechtungsgeschichtliche Ansätze berücksichtigt. Davon ausgehend lassen sich für dieses Teilprojekt folgende Fra-

gen formulieren, die die übergreifende Fragestellung des Gesamtprojektes für den Grenzraum spezifizieren:

Wie wirkten sich die spezifischen Bedingungen der Lage im Grenzraum auf die Deindustrialisierungserfahrungen der Betroffenen aus?

Inwieweit beförderten diese Erfahrungen wiederum grenzüberschreitende Praktiken, Formen und Institutionen der Zusammenarbeit und die Vorstellung einer Schicksalsgemeinschaft?

Lassen sich solche grenzüberschreitenden Praktiken als Transnationalisierung oder treffender als (Trans-)Regionalisierung oder Translokalisierung fassen?

Die Teilstudie stößt in mehrfacher Hinsicht in eine Lücke: Erstens ist für die untersuchten Teilregionen der Forschungsstand zur Deindustrialisierung insgesamt noch lückenhaft. Für das Saarland ist er wesentlich schlechter als etwa für das Ruhrgebiet, besonders historische Arbeiten sind rar, und die wenigen existierenden betrachten nur die Zeit bis etwa 1970 (Hahn, 2003; Herrmann & Hudemann, 2004) und sind vornehmlich politikgeschichtlich ausgerichtet. Für den untersuchten Zeitraum gibt es so gut wie keine wissenschaftliche Grundlage aus sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive. Die erfahrungsgeschichtliche Perspektive ‚von unten‘ fehlt hier. Zur „Lorraine du fer“ gibt es hingegen zahlreiche Arbeiten (z. B. Nezosi, 1995; Noiriel, 1984; Raggi, 2019), aber kaum zur „Lorraine du charbon“ (Hesse, 2020), um die es in dieser Studie vornehmlich geht. Schließlich blicken die vorliegenden Publikationen selten über die nationalen Grenzen hinaus. Eine integrierte Betrachtung der Deindustrialisierungserfahrungen in der gesamten Region fehlt bisher.

4. Achsen geteilter Erfahrungen und Erinnerungen der Deindustrialisierung im Grenzraum

4.1. Erfahrungen von Gewalt und Krieg

Die ehemalige französische Kulturministerin (2012–2014) Aurélie Filippetti schildert in ihrem Familienroman *Les derniers jours de la classe ouvrière* (2003) die Geschichte ihrer aus Italien eingewanderten Familie, allesamt Bergleute, von denen ein Teil im Norden Lothringens lebt, ein anderer Teil der Familie nur wenige Kilometer entfernt auf der anderen Seite der Grenze in Luxemburg. Die Grenze wird als alltäglich erfahren. Die Bergarbeiter überqueren die Grenze unterirdisch in den Schächten der ARBED,

ohne genau zu wissen, welches Land oder welches Dorf gerade über ihnen liegt. Die Familienangehörigen überqueren die Grenze oberirdisch, wohnen und heiraten mal diesseits und mal jenseits der Grenze. Nach ihrer Verschiebung im Zweiten Weltkrieg – die älteren erinnern sich noch an die deutsche Zeit zwischen 1871 und 1918 und einige reaktivieren sogar ihre eingedeutschten Vornamen von damals – verläuft die Grenze zwischen dem besetzten Teil Frankreichs und dem annexierten Teil zwischen zwei benachbarten Kommunen, das Bergwerk liegt genau in der Mitte, knapp auf der annexierten Seite der Moselle.

Obwohl es in dem Buch vor allem um den Niedergang der Arbeiterklasse in dieser Region geht, nimmt die Geschichte der deutschen Besatzung bzw. Annexion einen wichtigen Platz in der Erzählung ein. 14 Bergleute italienischer Herkunft, alle Kommunisten, wurden von der Gestapo verhaftet, weil sie Flugblätter verteilt und Informationen über die Grenze schmuggelten. Sie wurden in verschiedene deutsche Konzentrationslager deportiert, wo die meisten von ihnen umgekommen sind. Als besonders schlimm wird empfunden, dass die Zechenleitung mit den deutschen Militärs und der Polizei zusammenarbeiteten, sodass die Verhaftung „mit dem Einverständnis der Bosse“ stattgefunden hat (Filippetti, 2003, 25). Auch Krieg und Besatzung sind also vom Klassenkonflikt geprägt.

Diese Erinnerungen und Erzählungen an Besatzung und Krieg prägen die Familien und die Arbeiter-Communities vor Ort auch im Zeitalter der Deindustrialisierung. Daneben wird auch an die verunglückten und erkrankten Bergleute erinnert. Dies lässt sich so verstehen, dass in der Phase der Deindustrialisierung nicht nur die Arbeiterkultur, ihre Institutionen und ihre sozialpolitischen Errungenschaften, sondern auch ihre Opfer an Bedeutung und Wertschätzung verlieren.

Dieser Familienroman verweist unter anderem darauf, wie sehr Krankheit, Gewalt und Tod zum Erfahrungshorizont der Arbeiter:innen im Grenzraum gehörten und wie prägend diese Erfahrungen auch in der Phase der Deindustrialisierung blieben. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich die Erfahrungen und Erinnerungen auf der lothringischen, luxemburgischen und saarländischen Seite der Grenze ähnelten oder unterschieden, und in welchem Verhältnis nationale Zugehörigkeiten, soziale Lagen und politische Einstellung zueinanderstanden.

4.2. Europäische Einigung und grenzüberschreitende Mobilität

Diese Erfahrungen von Krieg und Gewalt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es, die den Anstoß dazu gaben, Kohle und Stahl zur Grundlage einer gemeinsamen europäischen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu machen. Denn Eisenerz und Kohle waren nicht nur „das wahre Brot der Industrie“, wie es Lenin 1920 beim Gründungskongress der russischen Bergarbeitergewerkschaft formulierte (Lenin, 1972), sondern sie bildeten auch die Grundlage für die moderne Kriegsführung. Der Einsatz riesiger Armeen, Waffen und Munition in den beiden Weltkriegen wäre ohne Kohle und Stahl nicht möglich gewesen. Neben der Abtretung der Saarkohlegruben an Frankreich für eine bestimmte Zeit nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg wurden verschiedene Vorschläge zur Internationalisierung der deutschen Montanindustrie diskutiert. Einer davon war der im Mai 1950 vom französischen Außenminister Robert Schuman geäußerte Vorschlag, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.“ Die vorgeschlagene Aufsicht für die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion sollte nicht nur Mengen und Preise regeln, sondern eine „Solidarität der Produktion“ schaffen, und ein Zeichen setzen, „dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“ (Schuman, 1950) Daraus entstand die am 18. April 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, der auch Italien und die Benelux-Länder beitrat. Die Erfahrungen, die die beteiligten Länder mit der Montanunion machten, waren so positiv, dass sie sich 1957 in der EWG und Euratom zusammenschlossen, woraus später die EU entstand.

So wurde die Montanindustrie ausgehend von ihrer Bedeutung für nationale Konflikte und Kriege zu einem Ansatzpunkt für eine gemeinsame europäische Politik, der auch von den Gewerkschaften für „das Schicksal Millionen schaffender Menschen“ größte Bedeutung beigemessen wurde (Gewerkschaftliche Monatshefte, zitiert nach Brüggemeier, 2018, 345–346). Die Montanunion und die daran anknüpfende europäische Einigung veränderten die Bedingungen des Lebens und Arbeitens im Grenzraum nachhaltig.

Die Prozesse der Deindustrialisierung und die zunehmende europäische Kooperation erhöhten die grenzüberschreitende Mobilität, denn schon in den Römischen Verträgen nahm die Freizügigkeit von Arbeitnehmer:innen

einen wichtigen Platz ein. In der Region gab die wenig später einsetzende Montankrise den Anstoß zu einer ab den 1970er Jahren zunehmend institutionalisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Euroregion SaarLorLux. Erweitert um Trier-Westpfalz, die gesamte französische Region Lorraine und seit 2005 die belgische Wallonie, firmiert sie inzwischen als „die Großregion/la Grande Région“. Hier wurde und wird die Lage an der Grenze also von den politischen Akteuren als Ressource in der Krise verstanden.

Vor allem die Moselle entwickelte sich während der Deindustrialisierung zu einer Auspendlerregion. 1968 pendelten 7.000 Menschen zum Arbeiten über die Grenze, die meisten von ihnen in die resilenteren Industrien im Saarland. Ihre Zahl wurde kontinuierlich größer, stieg besonders in den letzten 20 Jahren erheblich an: 2015 arbeiteten 100.000 Menschen aus der Moselle auf der anderen Seite der Grenze, die meisten in Luxemburg und etwa 20 % im Saarland. Für diese Menschen stellte die Möglichkeit, als Grenzgänger im Nachbarland Arbeit zu finden, eine Chance dar, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen und in der Region zu bleiben. Wirtschaftlich profitieren sowohl die Wohn- als auch Arbeitsorte, wo die Grenzgänger sich zu einem Faktor wirtschaftlichen Wachstums entwickelten. In Luxemburg waren 2015 43,5 % der Arbeitskräfte Grenzgänger, die auch zu Steuern und Sozialkassen am Arbeitsort beitrugen. In der nördlichen Moselle arbeiten etwa 50 % der Beschäftigten auf der anderen Seite der Grenze, in manchen Orten, die nah an der Grenze liegen, sind es 70 bis 80 %. Davon profitiert auch die lokale Ökonomie an den Wohnorten, v. a. der Handel und Freizeitaktivitäten (Belkacem & Pigeron-Piroth, 2015).

4.3. Arbeitserfahrungen, Arbeitsbeziehungen und die Frage der Solidarität

Die Arbeit in der Montanindustrie fiel im Einzelnen sehr unterschiedlich aus, wies aber drei wichtige gemeinsame Merkmale auf: Erstens war die Arbeit mühsam und gefährlich – Bergleute etwa litten an Silikose oder verunglückten bei ihrer harten und gefährlichen Arbeit. Zweitens waren die Arbeitsbeziehungen in Bergbau und Stahlindustrie seit der Industrialisierung zwischen den Unternehmen und der Arbeiterschaft durch zahlreiche spannungsvolle Konflikte und Streiks geprägt.

Drittens – und als Konsequenz aus den beiden zuvor genannten Merkmalen – bot die Montanindustrie einigermaßen sichere und gut bezahlte

Arbeitsplätze und attraktive Sozialleistungen, die in Frankreich etwa im *statut mineur* seit 1946 garantiert wurden.

In allen drei hier untersuchten Ländern wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts innerbetriebliche Mitbestimmung institutionalisiert – die Grundlagen dafür wurden dabei im Fall von Deutschland und Luxemburg bereits in den 1920er Jahren gelegt. Im Saarland galt das sehr moderne Mitbestimmungsrecht der Weimarer Republik allerdings nicht, was für die Gewerkschaften immer wieder Anlass zur Klage über die Situation im internationalisierten Saargebiet war.

In Westdeutschland wie in Luxemburg gilt der institutionalisierte Sozialdialog während der Deindustrialisierung als Erfolgsgeschichte, durch den die sozialen Auswirkungen des Personalabbau abgedeckt werden konnten: Die Deindustrialisierung wurde gewissermaßen sozialverträglich gestaltet. Westdeutsche wie Luxemburger Gewerkschaften setzten in dieser Phase stärker auf Verhandlungen und Kompromissbereitschaft, wohingegen der Politikstil der französischen Gewerkschaften, insbesondere der kommunistisch ausgerichteten CGT, die im Industriesektor am stärksten war, durch Militanz und breite Mobilisierung geprägt war: So reagierten die lothringischen Stahlarbeiter 1978 auf die Verkündung der Schließungspläne mit Massenkundgebungen und Werksbesetzungen und organisierten 1979 einen „Marsch nach Paris“ (Noiri & Azzaoui, 1980; Vigna, 2007). Demgegenüber berichten Zeitzeugen aus dem Saarland, ehemalige Stahlarbeiter, dass anlässlich der Ankündigung der ersten Massenentlassungen in einem montanmitbestimmten Unternehmen 1977 nur wenige zu der Demonstration kamen, zu der die IG Metall aufgerufen hatte (Interviews Laxganger & Jung, AK SB, 2016).⁴ Deutsche Gewerkschafter:innen äußerten immer wieder Befremden gegenüber Aktionen sozialen Ungehorsams, die sie als Rechtsbrüche darstellen, ein Legalismus, der den französischen Gewerkschafter:innen völlig fremd war (Raphael, 2019, 152–169). Besonders hatten die im DGB organisierten Gewerkschaften im Saarland bis in die 1990er Jahre ein Problem mit dem Kommunismus der CGT, die in Lothringen besonders stark war.

Gleichzeitig wurde aber von Gewerkschaftsseite seit Anfang der 1970er Jahre die Montankrise sehr klar als eine grenzüberschreitende Herausforderung begriffen und der Austausch und Vernetzung zwischen saarländischen, lothringischen und luxemburgischen Gewerkschaften intensiviert.

4 Interviewprojekt der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes 2016, Dokumentationszentrum der Arbeitskammer, Saarbrücken.

Daraus entstand 1976 der erste Interregionale Gewerkschaftsrat, der sich die Koordination einer intensivierten transnationalen Zusammenarbeit im Grenzraum zum Ziel machte und später zum Vorbild für weitere europäische Interregionale Gewerkschaftsräte wurde (Bähr & Albrecht, 2014). Der Zusammenschluss etablierte sich und erreichte schnell Anerkennung auf politischer Ebene und mediale Aufmerksamkeit. Allerdings begrenzte sich seine Zusammenarbeit weitgehend auf die Vorstände, eine Mobilisierung der Basis gelang nicht (Busemann, 2005, 255–256).

Davon abgesehen gab es im Grenzraum Solidarisierungen im Kleinen: Bei einem Streik der Stahlarbeiter im Saarland in den 1980er Jahren, so erinnert sich ein Zeuge, ging das Gerücht um, dass die Unternehmensleitung französische Arbeiter engagieren wollte, die das Werk während des Streiks am Laufen halten sollten, vom Werk organisierte Streikbrecher also. Als die französischen Arbeiter dann tatsächlich ankamen, informierten die streikenden Arbeiter aus dem Saarland sie über die Situation: „*Collègues, nous avons une grève [...] dann sind die in die Autos und wieder abgekarrt. Fort warn se, war klasse! Hehehe*“ (Interview Jung, IG Metall, AK SB, 2016). Die Freude über diese selbstverständliche spontane Solidarität der Arbeiter hält bei diesem Zeitzeugen bis heute an.

Etwas später gab es auch bei den Arbeitslosen Ansätze zur Vernetzung: Die „Saarländische Arbeitslosenzeitung“ (SALZ), die zwischen 1986 und 2007 erschien, berichtete 1987 über ein erstes grenzüberschreitendes Seminar für Langzeitarbeitslose aus dem Saarland und Lothringen. Das Ziel war ein Erfahrungsaustausch zwischen Arbeitslosen aus verschiedenen Regionen. Es ging um Fragen, wie Arbeitslose jeweils „mit ihrer Situation fertig“ wurden (sic) und was Politiker:innen, Gewerkschafter:innen und die Kirchen für Erwerbslose machten. Die Teilnehmer:innen kamen zu dem Ergebnis, dass sich die Erfahrungen über die Grenze hinweg ähnelten, und es wurde als sinnvoll befunden, den Austausch fortzusetzen (SALZ Nr. 3/4, 1987, 15). 1993 berichtete die SALZ dann, dass die Kontakte zu den französischen Gewerkschaften „vertieft“ worden seien (SALZ Nr. 1, 1993, 4).

Ein weiteres Beispiel verweist darauf, dass die Deindustrialisierung als Klassenkonflikt gedeutet wurde, der wiederum nationalistisch aufgeladen wurde: Als Saarstahl 1993 Konkurs anmelden musste, nachdem sich Usinor-Sacilor aus dem Unternehmen zurückgezogen hatte, rief die IG Metall in Völklingen zu einer Demonstration auf. Laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden von Saarstahl und Unimétall sollten „nach dem Konkurs an der Saar“ die lothringischen Stahleinrichtungen verstärkt genutzt werden. Die Tatsache, dass es sich bei einem Teil der Verantwortlichen um Franzosen

handelte, wurde von dem Redner, Kurt Hartz, besonders hervorgehoben: Er warf der „französischen Managerelite“ Feigheit vor, verwies dabei auf den „Krieg mit Frankreich 1942“ (sic). Damit bediente er antifranzösische Ressentiments, beteuerte aber zugleich, dass er die „deutsch-französische Freundschaft“ nicht gefährden wolle (Stadtarchiv Völklingen, C 9/10).

Diesen Fragen, an welchen Stellen und mit wem es zu grenzüberschreitender Vernetzung und Solidarisierung kam, welchen Stellenwert dagegen populistische und nationalistische Abgrenzungen hatten, ist weiter nachzugehen. Welche Bedeutung hatten aus der Perspektive der Akteure grenzüberschreitende Vergleiche und Kontakte gegenüber intranationalen? Gab es in der Region weitere Ereignisse dieser Art und Formen grenzüberschreitender Solidarisierung der Arbeiterschaft? Konnte im Grenzraum dabei an frühere Kontakte der Gewerkschaften z. B. in den frühen 1920er Jahren angeknüpft werden (vgl. z. B. Der Saar-Bergknappe Nr. 14, 03.04.1920; Schill, 2003)? In welchem Verhältnis standen diese zu den unterschiedlichen Traditionen und Politikstilen der Gewerkschaften? Welche Rolle spielte, dass der gewerkschaftliche und parteipolitische Organisationsgrad in Deutschland wesentlich höher war als in Frankreich? Welche unterschiedlichen oder ähnlichen Formen und Verständnisse von Demokratie sowie Mitbestimmung im Sinn von „*industrial citizenship*“ formten sich während der Deindustrialisierung und welche Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung sind wo und aus welchen Gründen feststellbar?

4.4. Wachsende Ungleichheiten, Xenophobie, Krise der liberalen Demokratie

In ihrem Familienroman schildert Aurélie Filippetti, dass nach dem Niedergang der Montanindustrie viele ehemalige Bergleute oder ihre Kinder neue Jobs in der aufstrebenden Finanzbranche in Luxemburg fanden. „Die meisten von ihnen sind jetzt Bankangestellte in Luxemburg“ (Filippetti, 2003, 31), die alten Arbeiter:innensiedlungen, einst im Besitz des Unternehmens sind privatisiert worden und werden nun durch ihre neuen Eigentümer hübsch renoviert. Hier wurde – wie oben beschrieben – die überwindbare Grenze zu einer Ressource.

Auf der anderen Seite entsteht in den alten Arbeiter:innensiedlungen – vor allem in der Moselle, aber teilweise auch im Saarland – der Eindruck sozialer und politischer Verwahrlosung. In den früheren Hochburgen der kommunistischen Partei regiert nun der Rassemblement National (vormals

Front National), statt Solidarität herrscht Rassismus gegen Migrant:innen. Im Roman wird am Ende ein aus dem Maghreb stammender Mensch von einem Apotheker erschossen.

Das verweist erstens auf die großen sozialen Unterschiede, die in der Phase der Deindustrialisierung innerhalb der einzelnen Staaten, aber auch in und zwischen den hier untersuchten Regionen entstanden bzw. gewachsen sind (Kaelble, 2017). Unter anderem basiert die Grenzgängerschaft auf großen wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den Regionen. Die Moselle, insbesondere das Kohlebecken, wird weiterhin als Krisengebiet und Anlass zur Sorge beschrieben: Armut und unsichere Lebensumstände, eine überalterte Bevölkerung, eine hohe Arbeitslosenquote, davon etwa 50 % Langzeitarbeitslose, Rekorde im Bereich der Krebserkrankungen, Erkrankungen der Atemwege sowie eine überdurchschnittliche Sterblichkeitsrate (Hesse, 2020, 222). Demgegenüber gilt Luxemburg als erfolgreich und wirtschaftsstark mit beispiellosen und auch „weit überdurchschnittlichen Zuwachsen auf europäischer Ebene“, auch Krisenjahre bremsen diese Entwicklung nur etwas ab (IBA, 2021, 29). Aber auch hier nehmen die sozialen Unterschiede innerhalb des Landes seit 2005 zu (Schwaller, 2019).

Wie werden diese großen sozialen Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Regionen und über die Grenzen hinweg wahrgenommen, welche Fremd- und Selbstbilder sind damit verknüpft und wie haben sich diese im Verlauf der Deindustrialisierung verändert? Und hängt das wiederum mit dem Erstarken fremdenfeindlicher Ressentiments und rechter Parteien zusammen? Neuere Studien haben darauf verwiesen, dass nicht die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend ist für die Wahl einer rechten oder populistischen Partei, sondern die Unzufriedenheit mit dem sozialen und kulturellen Wandel (Margalit, 2019). Hier geht es also auch darum, die In- und Exklusionsprozesse in den ehemaligen Industriegebieten genauer unter die Lupe zu nehmen und zu untersuchen, welche Entwicklungen wirklich mit der Deindustrialisierung zusammenhängen und welche Entwicklungen andere Ursachen haben.

5. Ausblick

Im Projekt DesinEE verstehen wir Deindustrialisierung nicht als Spezialproblem einer einzelnen Region oder Branche, sondern als Ursache einiger grundlegender Entwicklungen im Sinn einer Problemgeschichte der Gegenwart. Dabei soll nicht ein Transnationalisierungsnarrativ von vorn-

herein vorausgesetzt werden, sondern erst untersucht werden, inwieweit ähnliche oder gemeinsame Erfahrungen gemacht wurden. Es gilt zu prüfen, welche Rolle nationale Faktoren gegenüber lokalen und *Cross-Border*-Faktoren spielten und immer noch spielen.

Die Erfahrungen der Deindustrialisierung in Europa zu analysieren und zu verstehen, ist unserer Einschätzung nach eine zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung. In einem Kontext wachsender sozialer Ungleichheiten, von Populismus und sich ausbreitender extremistischer Bewegungen in Frankreich wie in Deutschland kann eine transnationale Studie über die Rekonfiguration gesellschaftlich-politischer Bindungen die Bedeutung bestimmen helfen, die die Erfahrung sozioökonomischer Veränderung in der aktuellen Krise der liberalen Demokratien hat.

Forschungsbegleitend bringen wir die ersten Ergebnisse zeitnah leicht zugänglich in die Öffentlichkeit und stellen sie zur Diskussion. Dazu dient ein deutsch-französisches Forschungstagebuch auf der Plattform Hypothèses (<https://dessine.hypotheses.org/>), geplant ist daneben die Anlage eines digitalen Archivs mündlicher Quellen in Kooperation mit oralhistory.digital. Der Forschungsprozess wird auch fotografisch begleitet. Die hier entstehenden Fotografien sollen am Ende in einer Ausstellung zusammengestellt und mit dem Titel „Erfahrungen der Deindustrialisierung“, an den Orten gezeigt werden, die für das Projekt eine Rolle spielen.

Bibliografie

- Bähr, H., & Albrecht, M. (2014). Interregionale Gewerkschaftsräte: Transnationale Orientierung und Interessenvermittlung von Gewerkschaften. *Industrielle Beziehungen / The German Journal of Industrial Relations*, 21(3), 300–321.
- Beese, B., & Schneider, B. (2001). *Arbeit an der Mode. Zur Geschichte der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet*. Klartext.
- Belkacem, R., & Pigeron-Piroth, I. (2015). Un marché de l'emploi intégré? L'emploi frontalier et ses dimensions socioéconomiques. In C. Wille (Hg.), *Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen. Das Beispiel der Großregion SaarLorLux. Wirtschaft – Politik – Alltag – Kultur*. (S. 39–57). transcript.
- Birchen, M. (2020). Strukturkrise als eine „nationale Katastrophe“. Das Bemühen um den Strukturwandel in Luxemburg. In H.-C. Hermann (Hg.), *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich* (S. 159–184). Conte.
- Bonner Wirtschaftsakademie (2024, 28. Februar). Harald Müller (BWA): „Die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange.“ <https://bwabonn.de/2024/02/28/bonner-wirtschafts-akademie-2024-wird-jahr-der-deindustrialisierung/> [09.07.2024].

- Brüggemeier, F.-J. (2018). *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute.* Bundeszentrale für politische Bildung.
- Busemann, W. (2005). *Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945.* AK Beiträge.
- Deshayes, J.-L., & Lomba, C. (Hg.). (2017). Les désindustrialisations (re)visitées. *Savoir/agir*, 39.
- Deutsche Bank Research (2022, 05. Oktober). Energiekrise trifft Industrie bis ins Mark. *Deutschland-Monitor*. https://www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE-PROD/PROD_000000000524980/Energiekrise_trifft_Industrie_bis_ins_Mark.PDF;REWEBJS ESSIONID=97350F079977F9816CA45936AC4B0048?undefined&reload=eNZl Ab2CQIr/qPp5acm0r/YmY9yHPGZeXq8~kxKBAyk7RgNN7/spdTDzgHVNm27 [12.03.2024].
- Deutsche Industrie- und Handelskammer (2024). Auslandsinvestitionen: Motiv der Kostenersparnis steigt erneut. <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/internationales/auslandsinvestitionen-motiv-der-kostenersparnis-steigt-erneut--114822> [12.03.2024].
- Deutscher Gewerkschaftsbund (o. J.). Gute Arbeit. <https://www.dgb.de/gute-arbeit> [11.07.2024].
- Dicken, P. (2014). *Global Shift. Mapping the Changing Contours of the World Economy.* (7th ed.) Sage Publications.
- Filippetti, A. (2003). *Les derniers jours de la classe ouvrière.* Stock.
- Freytag, B. (2014, 17. Oktober). Der Fluch der Fische. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 21.
- Graf, R., & Priemel K. (2011). Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 59(4), 479–495.
- Hahn, M. (2003). *Das Saarland im doppelten Strukturwandel 1956–1970. Regionale Politik zwischen Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland und Kohlekrise.* MDV, Merziger Druckerei und Verl. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 36).
- Haupt, H. G., & Kocka, J. (Hg.). (2009). *Comparative and Transnational History. Central European Approaches and New Perspectives.* Berghahn Books.
- Herrmann, H.-C. (Hg.). (2020). *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich.* Conte.
- Herrmann, H.-W., & Hudemann, R. (Hg.). (2004). *Forschungsaufgabe Industriekultur. Die Saarregion im Vergleich.* MDV Merziger Dr. und Verl. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 37).
- Hesse, B. (2020). Von der Kohlekrise bis zum Untergang des lothringischen Kohlebergbaus. In H.-C. Hermann (Hg.), *Die Strukturkrise an der Saar und ihr langer Schatten. Bilanz und Perspektiven von Montanregionen im europäischen Vergleich* (S. 209–221). Conte.
- High, S. (2013). „The Wounds of Class“: A Historiographical Reflection on the Study of Deindustrialization, 1973–2013. *History Compass*, 11(11), 994–1007.

- Hudemann, R. (2009). Memotransfront: Stätten grenzüberschreitender Erinnerung: lieux de la mémoire transfrontalière, publiziert als CD-ROM und im Internet. <http://www.memotransfront.uni-saarland.de> [27.06.2024].
- Hüther, M., Bialek, S., Schafffranka, C., Schnitzer, M., Müller, S., Heymann, E., Maier, T., Falck, O., Flach, L., Pfaffl, C., & Schneider, C. (2023). Deindustrialisierung: Schreckgespenst oder notwendiger Schritt im Strukturwandel der deutschen Wirtschaft? *ifo Schnelldienst*, 76(3), 3–30.
- Institut national de la statistique et des études économiques [INSEE] (2024). Active Population, Employment and Unemployment within the Meaning of the Census in 2021. <https://www.insee.fr/en/statistiques> [29.07.2024].
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle [IBA] (2021): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 12. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 17. Gipfel der Exekutiven der Großregion.
- Kaelble, H. (1999). *Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert*. Campus.
- Kaelble, H. (2017). *Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Campus.
- Lenin, W. I. (1972). Rede auf dem 1. Gesamttrussischen Verbandstag der Bergarbeiter. In W. I. Lenin, *Lenin Werke Band 30: Sep. 1919 – Apr. 1920* (S. 491–494). Dietz.
- Margalit, Y. (2019). Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered. *Journal of Economic Perspectives*, 33(4), 152–170.
- Nezosi, G. (1999). *La fin de l'homme du fer. Syndicalisme et crise de la sidérurgie*. L'Harmattan.
- Niethammer, L. (1980). *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*. Suhrkamp.
- Noiriel, G. (1984). *Longwy. Immigrés et prolétaires, 1880–1980*. Presses Universitaires de France.
- Noiriel, G., & Azzaoui, B. (1980). *Vivre et lutter à Longwy*. La Découverte.
- Perks, R., & Thomson A. (Hg.). (2015). *The Oral History Reader* (3rd ed.). Routledge.
- Raggi, P. (2019). *La Désindustrialisation de la Lorraine du fer*. Classiques Garnier.
- Raphael, L. (2019). *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Suhrkamp.
- Röhrig, M. (2019). *Stahlstadt Völklingen – Autostadt Rüsselsheim. Krisenhafte Transformation von Industriestädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Kommission für saarländische Landesgeschichte e. V. (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte, 51).
- Rosenwein, B. H. (2010). Problems and Methods in the History of Emotions. *Passions in Context*, 1(1), 1–32.
- SALZ (1987; 1993). *Saarländer Arbeitslosenzeitung*, Provinzdruck.
- Schill, P. (2003). Entre France et Allemagne: grèves et mouvement ouvrier mosellan (1918–1923). *chrhc*, 92, 115–129. DOI:10.4000/chrc.1426.

- Schwaller, G. (2019, 15. Oktober). Statec: Soziale Ungleichheit nimmt zu. *Luxemburger Wort*. <https://www.wort.lu/politik/statec-soziale-ungleichheit-nimmt-zu/1025193.html> [18.07.2024].
- Schuman, R. (1950/1990). Regierungserklärung, 9. Mai 1950. In P. Fontaine (Hg.), *Eine neue Ordnung für Europa. Vierzig Jahre Schuman-Plan (1950–1990)* (S. 46–48). Amt für Amtliche Veröff. der Europ. Gemeinschaften.
- Scuto, D., & Knebeler, C. (2010). *BELVAL. Passé, présent, et avenir d'un site Luxembourgeois exceptionnel: 1911–2011*. Editions le Phare.
- Thompson, E. P. (1963). *The Making of the English Working Class*. Gollancz.
- Vigna, X. (2007). *L'insubordination ouvrière dans les années 68. Essai d'histoire politique des usines*. Presses Universitaires de Rennes.

Soziale und interkulturelle Aspekte in europäischen Grenzregionen

,Grenzüberschreitungen‘: theoretisch-konzeptuelle Annäherungen an Grenzregionen illustriert an Infrastrukturvorhaben in der Region SaarLorLux

Florian Weber & Julia Dittel

Abstract

Europäische Grenzregionen stehen mit ihren Entwicklungsprozessen seit mehreren Jahrzehnten im praxisbezogenen wie wissenschaftlichen Fokus. Ein markantes Beispiel stellt die in vielen Bereichen eng verflochtene Region SaarLorLux im Grenzbereich zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg als Teil der so genannten Großregion dar. Vor Ort zeigt sich, welche Chancen sich in Grenzregionen im Lichte europäischer Integration bieten, aber auch welche Herausforderungen fortbestehen. Der Artikel skizziert einige zentrale Konzepte und Begrifflichkeiten der *Border Studies* mit einer geographischen Schwerpunktsetzung und illustriert diese anhand von Infrastrukturvorhaben im Gesundheits- und Energiesektor. So können als aktualitätsorientierter Beitrag sowohl Perspektiven für wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Grenzregionen als auch beispielhaft Felder des ‚tagtäglichen Bohrens dicker Bretter‘ der grenzüberschreitenden Kooperation herausgestellt werden.

1. Einleitung: ‚Grenzüberschreitungen‘ theoretisch und praktisch

In der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzregion SaarLorLux – als einem markanten Beispiel in der Europäischen Union – ist es mit dem Schengener Übereinkommen und den europäischen Grundfreiheiten in den letzten Jahrzehnten immer normaler geworden, nationalstaatliche Grenzen weitgehend unbehelligt und unbemerkt zu überqueren und grenzüberschreitend zu leben, zu arbeiten, sich zu versorgen und Freizeit zu verbringen. Noch etwas großräumiger einschließlich Rheinland-Pfalz und Teilen Belgiens hat sich in der so genannten Großregion der größte grenzüberschreitende Arbeitsmarkt der EU mit über 275.000 Grenzgänger:innen entwickelt, der entscheidend von der ‚europäischen DNA‘ lebt (Niedermey-

er & Moll, 2007; Pigeron-Piroth et al., 2021; Wille, 2020). Grenzüberschreitende Verflechtungen und Kooperationen sind bereits seit Ende der 1960er Jahre entstanden und haben sich im Laufe der Zeit diversifiziert (Weber & Dörrenbächer, 2022; Wille, 2011). Es war fast nicht mehr im Bereich des Denkbaren, dass es auch anders sein könnte – einmal von eher kürzeren Einschränkungen bspw. im Zusammenhang mit Terrorismus oder Migrationsbewegungen abgesehen (Ervard et al., 2020).

Mit der Covid-19-Pandemie ist in den öffentlichen Blick gerückt, was passiert, wenn etablierte grenzüberschreitende Austauschbeziehungen mit verstärkten Grenzkontrollen und der zeitweisen Schließung von Grenzübergangsstellen unterminiert werden (Brodowski et al., 2023; Dittel et al., 2024; Kajta & Opiłowska, 2021; Novotný & Böhm, 2022). Plötzlich wurde die nationalstaatliche Grenze sichtbar zu einem Unterscheidungskriterium und zu einem Gegenstand des politischen Agierens, was vor Augen führte, wie sehr Nationalstaaten weiterhin mit ihren Territorien, Zuständigkeiten, Gesetzen, Regulierungen etc. von Belang sind (Albers et al., 2021; Wassenberg, 2020) – jenseits der (Ideal-)Vorstellung funktionaler gegenüber territorialer Governance (Crossey & Weber, 2023; Hooghe & Marks, 2003). In diesem Zuge rückte noch einmal stärker für scheinbar weitreichend verbundene und vernetzte Grenzregionen in Europa (und darüber hinaus) in den Vordergrund, welche Herausforderungen und Hürden im grenzüberschreitenden Austausch und der Zusammenarbeit bis dato fortbestehen. Diese waren und sind letztlich durchaus bekannt (vgl. bspw. Crossey & Weber, 2021; Ulrich, 2021), doch wurden sie manifester – Stichwort u. a. Doppelbesteuerung von Grenzgänger:innen –, oder ihre Bearbeitung schien in der Krise ein Stück greifbarer bzw. virulenter. Es ist hier auch das Postulat der Europäischen Kommission von Grenzregionen als *living labs of European integration* (European Commission, 2021), das neuerlich bemüht und gepusht wurde, auch wenn es keineswegs neu war (Kramsch & Hooper, 2004, 3). Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Grenzregionen ergaben und ergeben sich so weitergehende Forschungsbedarfe u. a. in Richtung der Frage nach der Resilienz grenzüberschreitender Verflechtungsräume, nach dem Zusammenspiel von Entscheidungsprozessen im Mehrebenengeflecht, nach dem Grad von Verwobenheiten und europäischen Differenzierungen sowie – auf praxisorientierter Ebene – nach Regelungen für fortbestehende Barrieren.

Rezente ‚Grenzüberschreitungen‘ mit ihren Chancen und Restriktionen auszuleuchten, bringt die Frage danach mit sich, wie sich diese theoretisch-konzeptuell rahmen lassen – als Hintergrund und zur Systematisierung.

In den letzten Jahrzehnten haben sich mit den konstruktivistisch ausgerichteten *Border Studies* Perspektiven ergeben, die gleichzeitig in jüngster Zeit noch einmal eine Zuschärfung erfahren haben. Als Geograph:innen blicken wir auf die angerissenen Dynamiken mit einem raumbezogenen Fokus. Vor diesem Hintergrund fragen wir in unserem Beitrag danach, welche theoretisch-konzeptuellen Überlegungen hierzu unterschiedliche Potenziale bieten und veranschaulichen diese in der Region SaarLorLux an Beispielen aktueller Infrastrukturvorhaben. Den Ausgangspunkt bildet eine Synthese markanter Konzepte und Begrifflichkeiten mit geographischer Blickrichtung, gefolgt von einer beispielhaften Illustration anhand von Kooperationsansätzen im Gesundheitsbereich und im Energiesektor. Der Beitrag endet mit einem kurzen Fazit und Ausblick auf künftige Forschungsbedarfe.

2. Konzepte der Border Studies – aus geographischer Perspektive synthetisiert

Die Erforschung von Grenzen, Grenzziehungen und einhergehenden Übergangsbereichen hat sich im Laufe der wissenschaftlichen Auseinandersetzung immer wieder neu ausgerichtet und damit auch Verständnisse und konzeptuelle Einordnungen neu ‚erfunden‘. Eine Fülle an theoretischen Konzeptualisierungen und Methoden zur Erforschung und Erklärung von Grenzziehung(sprozess)en der *Border Studies* zeugt hiervon (einführend z. B. Wastl-Walter, 2011; Weber et al., 2020).

In der Rückschau bildet die Grenzraumforschung ein im 20. Jahrhundert zunächst diffuses Feld, deren Ursprünge in unterschiedlichen Disziplinen fußen, darunter politische Geographie, Soziologie und Anthropologie mit einem Schwerpunkt auf (geopolitischen) Funktionen von Grenzen und deren Einflüssen auf und Wechselwirkungen mit ihrer Umgebung (siehe Gerst et al., 2021). Grenzen wurden lange besonders unter den Gesichtspunkten physisch geographischer Barrieren wie Gebirgen oder Flüssen (Semple, 1911) sowie territorialer Staatsgrenzen mit Fragen nach Souveränität, aber auch im Hinblick auf sprachliche Grenzen bzw. ‚Kulturgrenzen‘ betrachtet (Boggs, 1940; Hartshorne, 1936; Holdich, 1916; Lyde, 1915; zur Einordnung vgl. auch Reuber, 2012; Schmieder, 2021). Aus heutiger Sicht handelt es sich dabei mitunter um stark deskriptive, deterministische bzw. essentialistische Betrachtungen (dazu z. B. Newman, 2003; Weber et al., 2020, 5).

Die Entwicklung der *Border Studies* als eigenständig und sich theoretisch-konzeptuell neu konstituierender Forschungszusammenhang geht im Verhältnis dazu auf die 1980er/1990er Jahre zurück und hat sich in den 2000er Jahren noch einmal beschleunigt. Letztlich kommt eine sich vertiefende Auseinandersetzung mit Grenz(ziehung)en in der damaligen Zeit nicht von ungefähr, als sich Umbrüche andeuteten und schließlich der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges staatliche Gebilde weitreichend rekonfigurierten und Utopien einer *borderless world* (Ohmae, 1999 [1990]) diskutiert wurden (Anderson & O'Dowd, 1999; Balibar, 1998; Kolossov & O'Loughlin, 1998; Newman & Paasi, 1998). Die Idee der Überwindung bestehender Trennlinien erfuhr so forschungsbezogen starke Aufmerksamkeit. Zwar hat sich die Vision einer ‚grenzenlosen Welt‘ nicht bewahrheitet – mitunter ist eher das Gegenteil der Fall (Engelhardt, 2020; Hess & Kasperek, 2012) –, doch konnten und können sich im Zusammenspiel mit der ‚konstruktivistischen Wende‘ neue Grenzkonzepte entwickeln und etablieren.

Die *Border Studies* präsentieren sich vor diesem Hintergrund heute als ein dynamisches Feld (Wille, 2021, 106), wobei interdisziplinäre Auseinandersetzungen mit ‚Grenzfragen‘ weiter zunehmen, was gleichzeitig mit sich bringt, unterschiedliche Konzepte und Begrifflichkeiten aus disziplinären Kontexten heraus in Dialog zu bringen (Schmieder, 2021, 29). Ein verändertes, konstruktivistisches Denken über Grenzen bedingte einen Fokus auf die soziale Konstruktion von Grenzziehungsprozessen jenseits der Idee von fix gegebenen Differenzierungen – und damit einer neuerlichen Bestimmung der Strukturen und Funktionen von Grenzen (Donnan & Wilson, 2001 [1999], 3). Wandelbarkeiten und Veränderlichkeiten wurden zu einem konstitutiven Teil von Reflexionsprozessen (Gerst et al., 2021, 16). Rezente Perspektiven betonen damit verbunden die Pluralität von Grenzkonstellationen jenseits der Idee einer Grenze als klarer Linie. Grenzen werden zu „multifaceted, multilevel and interdisciplinary institutions and processes“ (Haselsberger, 2014, 505). Die Prozesshaftigkeit der Herstellung von Grenz(ziehung)en findet auch darüber dezidiert Berücksichtigung, indem von *border* zu *bordering*, *rebordering*, *debordering* übergegangen wird (Jańczak, 2019; Newman, 2006; Scott, 2015; Scott & Sohn, 2018). Damit wiederum geht die Berücksichtigung von Macht und Hegemonie einher: Die Aushandlung von Abgrenzungen, neuen Begrenzungen und Entgrenzungen steht in engem Verhältnis mit Machtfragen und einhergehenden In- und Exklusionsprozessen, auf denen ein Schwerpunkt der Grenzraumforschung liegt (Newman, 2003, 123). Es sind grundlegend nicht

mehr nur ‚natürliche‘ (bspw. Flüsse) oder nationalstaatliche Grenzen, die Beachtung finden, sondern auch urbane, ästhetische, mentale, elektronische, smarte Grenzen etc. (Schmieder, 2021, 45). Diese Diversifizierung berücksichtigt insofern vielfältigste Grenzdiskurse und -praktiken in einer Welt der Globalisierung sowie die Frage, für wen wann welche Grenzen Wirkung erlangen (Wille et al., 2023). Hiermit weitergehend verbunden ist eine Dezentrierung des Blicks: nicht mehr nur ‚auf die Grenze‘ schauen, sondern multiperspektivisch mit einem *seeing like a border* (Rumford, 2014) bzw. von Grenzen ausgehend mit einem *theorizing from the borders* (Mignolo & Tłostanova, 2006).

Zudem sind es ‚Grenzüberschreitungen‘, die immer stärker analytisch Beachtung finden, indem auf Übergangsbereiche geblickt wird. Eine zentrale Begrifflichkeit stellen dabei *borderlands* dar (im Rückbezug auf Anzaldúa, 2012 [1987]; rezent u.a. Andersen & Prokkola, 2022; Crossey & Weber, 2023; Pavlakovich-Kochi et al., 2016; Roßmeier & Weber, 2023 [2021]). Innerhalb des BMBF-Verbundvorhabens „Linking Borderlands“ wurde zur Konturierung unter Berücksichtigung bestehender Überlegungen eine Systematik entwickelt, die zunächst von *borderlands* als Kontaktzonen ausgeht (Iossifova, 2019), womit sich ein Aufeinandertreffen sowie ein gewisser Austausch an „Ort[en] normalisierter Differenz“ (Boeckler, 2012, 48) fassen lässt. Hierbei besteht gleichzeitig eine gewisse Durabilität von Grenzen fort, bspw. durch unterschiedliche Sprachen oder begrenzte Arbeitsmarktzugänge im Nachbarland. Wachsende Interaktionen können mit dem Begriff von Übergangs-/Transitionszonen abgebildet werden, bei denen die Permeabilität von Grenzen höher ausfällt. *Borderlands* als Verflechtungsräume ergeben sich schließlich, wenn enge Funktionszusammenhänge und Interdependenzen entstehen (Crossey & Weber, 2020; Newman, 2003; Schneider-Sliwa, 2018) – ‚die Grenze‘ verliert zugunsten von Grenzonen an Bedeutung, was als Liminalität von Grenzen gedeutet werden kann (Schiffauer et al., 2018). Durchgehend besteht gleichzeitig die Möglichkeit, dass sich Differenzen verstärken, Reibungen abzeichnen und sich *borderlands* so auch zu (zeitweisen) Konfliktzonen entwickeln können (Mezzadra & Neilson, 2013, 266). Der Komplexität von *borderlands* unterschiedlichster Art – ob bspw. im nationalstaatlichen oder urbanen Kontext – lässt sich so Rechnung tragen (Roßmeier & Weber, 2023 [2021]; Weber & Dittel, 2023, 211–212).

Ein weiteres Konzept, mit dem insbesondere auf die regelmäßige ‚Angriffenheit‘ und ‚Umkämpftheit‘ von Grenzen durch ‚Grenzüberschreitungen‘ vielfältiger Art und so auf deren Fluidität abgehoben wird, stellt das

Konzept der *borderscapes* dar (Bezug u. a. auf Rajaram & Grund-Warry, 2007). Dabei dominiert eine kritische Diskussion von Aushandlungsprozessen (Brambilla, 2015; Brambilla & Jones, 2020) im Zusammenspiel aus Raum und Zeit:

„Borderscapes allow a multi-sited approach to borders that is not only spatial but also temporal by encouraging a ‚genealogical‘ perspective on borders based on a new ontological standpoint on them capable of taking into account both their spatiality and temporality as well as the mutual implications between these two dimensions“ (Brambilla, 2015, 26–27).

Noch einmal zu betonen ist die sich verändernde Perspektivierung, mit der Grenzen nicht rein trennend, sondern verbindend und chancengenerierend gedacht werden. Dabei handelt es sich um zentrale Überlegungen, die für die Idee von Grenzregionen als überschreitende Regionen und ‚Schweißnähte‘ in Europa – gekoppelt an europäische Integrationsprozesse – fruchtbar gemacht werden können (Caesar & Pallagst, 2018; Weber & Dörrenbächer, 2022). Dies schlägt den Bogen zurück zur Einleitung mit den skizzierten Entwicklungen in der grenzüberschreitenden Großregion mit ihrem Kern SaarLorLux. Aus geographischer Perspektive und mit einer ‚raumbezogenen Brille‘ (Brunet-Jailly, 2019, 512) werden u. a. detailliert Fragen der *cross-border multi-level governance*, basierend auf Erfahrungen der grenzüberschreitenden Kooperation innerhalb der EU (Wong Villanueva et al., 2022, 1066), der Entwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts, des Grenzgänger:innentums und der Mobilität oder des Tourismus analysiert. Unterschiedliche Skalenniveaus mit ihren Reichweiten und Auswirkungen sind entsprechend von großem Belang. Welche Prozesse des *borderings* vollziehen sich dabei, welche *borderlands* konstituieren sich etc.? Grenzräume werden zu einem konstitutiven Bezugspunkt, ohne dass aber essentialistisch davon ausgegangen würde, Grenzen seien fix und unumstößlich oder Grenzregionen rein territorial zu denken. Politische, administrative, ökonomische, lebensweltliche und weitere Prozesse finden mit ihren raumbezogenen Wirkungen in verschiedensten Wechselverhältnissen Beachtung.

3. Konzepte der Border Studies erfahrbar machen: Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte

Zur Illustration der theoretisch-konzeptuellen Zusammenschau beleuchten wir im Weiteren schlaglichtartig zwei Bereiche von Infrastrukturvorhaben in der Region SaarLorLux. Diese zeugen einerseits von divergierenden Staatssystemen, Kompetenzen und Interessen, gleichzeitig von einem hohen Grad der Institutionalisierung und Verflechtung. Gewisse fortbestehende nationale Rückgebundenheiten mit Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten gehen durchaus mit Abstimmungsprozessen und grenzüberschreitenden Visionen Hand in Hand. Das Gesundheitswesen und die Energieversorgung stehen beispielhaft für zukunftsweisende Themen bzw. Felder, bei denen Zusammenarbeit sinnvoll/geboten/notwendig erscheint, aber keinesfalls einen ‚Selbstläufer‘ darstellt.

- a) Von der grenzüberschreitenden Theorie in die (Arzt-)Praxis?
Grenzüberschreitende Kooperation im Gesundheitswesen

Im Elsass überfüllte Notaufnahmen, in den angrenzenden deutschen Bundesländern freie Klinikkapazitäten – die Covid-19-Pandemie stellte im Frühjahr 2020 Mediziner:innen vor extreme Herausforderungen und brachte im Lichte zeitweise verstärkter Grenzkontrollen die Frage danach mit sich, wie grenzüberschreitende Solidarität mit Leben gefüllt werden kann (Dittel & Weber, 2024). Die Aufnahme von Patient:innen aus Frankreich in Krankenhäusern in Deutschland – auch im Saarland – und in Luxemburg ist hierfür ein markantes Beispiel (Kerber, 2021, 48). Luxemburg appellierte seinerseits an seine Nachbarn, die Mobilität von Grenzpendler:innen, die eine zentrale Basis der Arbeitskräfte im luxemburgischen Gesundheits- und Pflegesektor darstellen (IBA-OIE, 2023, o. S.), sicherzustellen. Grenzüberschreitende Verflechtungen bzw. teilweise gegenseitige Abhängigkeiten wurden so noch einmal auf besondere Weise sichtbar. Dabei ist der Gesundheitsbereich einer, der die Region SaarLorLux nicht erst seit dem Coronavirus beschäftigt: Es gingen bereits vielfältige Bemühungen voraus, die Zusammenarbeit in den Bereichen Notfallversorgung, allgemeinmedizinische und fachärztliche Behandlungen, stationäre Versorgung und Pflegedienstleistungen zu stärken. Warum allerdings war und ist dies überhaupt notwendig, denn EU-Bürger:innen haben prinzipiell – laut einer EU-Richtlinie – die Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Nutzung

von medizinischen Leistungen (Europäisches Parlament & Europäischer Rat, 2011)? Europäische Impulse zugunsten einer grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und damit einem *debordering* stießen und stoßen auf den Umstand, dass Gesundheit weiterhin weitgehend in nationale Zuständigkeit fällt und so nationalstaatliche Grenzen ein zentrales Distinktionsinstrument bleiben: „Die Patienten können zwar auf der Grundlage dieser Richtlinie grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen, doch sind die Mitgliedstaaten nach wie vor für die Bereitstellung sicherer, hochwertiger und effizienter Gesundheitsdienstleistungen in ausreichendem Umfang für die Bürger in ihrem Hoheitsgebiet verantwortlich“ (Europäisches Parlament & Europäischer Rat, 2011, L 88/45). Die Inanspruchnahme erfolgt eher im Notfall, bspw. im Urlaub. Für Grenzgänger:innen wiederum ergibt sich eine Sonderregelung: Diese haben im Heimat- und Beschäftigungsland freien Zugang zum Gesundheitssystem (Europäisches Parlament & Europäischer Rat, 2004). Keine hinreichenden Optionen bieten sich für Bewohner:innen der Grenzregion, die keine Grenzgänger:innen sind. Eine Hürde stellt die nationalstaatliche Grenze bis heute auch bei der Zusammenarbeit der Rettungsdienste und Gesundheitseinrichtungen dar. Es manifestiert sich ein *borderland* als Kontaktzone mit einer begrenzten Permeabilität bzw. einer noch recht hohen Durabilität von administrativen und sprachlichen Grenzziehungen. Ein Ansatz, dem entgegenzuwirken, stellt das MOSAR-Abkommen dar, das 2019 unterzeichnet wurde und darauf abzielt, „die deutsch-französischen Gesundheitsbeziehungen und insbesondere die Mobilität und den Zugang zur Gesundheitsversorgung für die Bewohner der grenzüberschreitenden Region zu erleichtern“ (Eurodistrict SaarMoselle et al., 2019, 2). Damit wird Patient:innen der „Zugang zur nächsten und geeignetsten medizinisch-technischen Plattform“ im Falle von neurochirurgischen, kardiologischen Notfällen sowie solchen mit Mehrfachverletzungen ermöglicht (Eurodistrict SaarMoselle et al., 2019, 2), wobei konkret die französischen Krankenhäuser Forbach-Saint-Avold, Sarreguemines und Freyming-Merlebach sowie die Kliniken Saarbrücken und Völklingen kooperieren (Eurodistrict SaarMoselle et al., 2019, 2–3). Es dominiert bis heute die Herzpatient:innen-Versorgung. Regelungen für Schlaganfall- und Traumabehandlung werden u. a. vom Klinikum Saarbrücken als absolut wünschenswert betrachtet, doch liegen bis zum jetzigen Zeitpunkt keine zum MOSAR-Abkommen vergleichbaren Regelungen vor. Zur alltäglichen Gesundheitsversorgung wird der Aufbau eines grenzüberschreitenden ‚Gesundheitskorridors‘ diskutiert (Eurodistrict SaarMoselle, 2021), mit dem Bürger:innen von räum-

lich ungleich verteilten Allgemein- und Fachärzt:innen in der Grenzregion profitieren könnten, doch dieser scheitert bis dato an Vorbehalten und unterschiedlichen Zuständigkeiten bzw. Kompetenzen. Eine Vielzahl an Krankenkassen in Deutschland trifft auf die *Agence régionale de santé* (ARS), die wiederum ganz eng mit dem nationalen Gesundheitsministerium in Paris verkoppelt ist. Zur großen Herausforderung wird so die ‚diagonale Governance‘, also vielfältige Akteur:innen in Deutschland und Frankreich, deren Zuständigkeiten und Rechte ohne direkte Pendants im Mehrebenengeflecht unterschiedlich ausfallen. War in der Covid-19-Pandemie mitunter pragmatisch mit dem Patient:innen-Transfer oder dem Aufbau eines deutsch-französischen Testzentrums agiert worden, so erhalten nach der Pandemie erneut bürokratische Hürden Gewicht. Potenziell könnte die Grenzlage hier auch eine Ressource für eine gemeinsame Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen darstellen (mit allg. Bezug auf Sohn, 2014), würden Synergien genutzt, doch teilweise bestehen Bedenken und Beharren fort. Ein gesundheitsbezogen durchgehender Verflechtungsraum ist – jenseits spezifischer Bereiche der Kooperation – noch nicht entstanden. Praxisbezogen sollte der Moment des Lernens im Kontext der grenzüberschreitenden Nutzung/Nutzbarkeit von Gesundheitsinfrastrukturen nicht verpasst werden, wo sich Gesundheit im Zuge der Covid-19-Pandemie als grenzüberschreitend zentrales Thema herauskristallisiert hat.

b) ‚Power‘ für die Grenzregion: Grenzüberschreitende Kooperation im Energiebereich

Ein in hohem Maße ambivalenter Bereich grenzüberschreitender Verflechtungen und Abhängigkeiten stellt der Energiesektor dar. Mit dem Montandreieck SaarLorLux entwickelten sich im Industriezeitalter bereits enge Beziehungen, da die Lagerstätten von Kohle und Eisenerz unterschiedlich verteilt waren. Neben dem wirtschaftlichen Austausch betraf dies auch die Arbeitskräfte über und unter Tage (Dörrenbächer, 2015; Weber & Dörrenbächer, 2022). Die Kohle- und Stahlkrise ab Ende der 1960er Jahre forcierte grenzüberschreitende Abstimmungsprozesse, wobei gemeinsames Handeln als effizienter als rein regionales Agieren angesehen wurde. Einen ‚Zankapfel‘ wiederum stellt das grenznah in Lothringen gelegene Kernkraftwerk Cattenom dar. Energiepolitiken sind weiterhin stark national ausgeprägt, sodass divergierende Energiepfade aufeinandertreffen: Während Deutschland 2023 aus der Kernkraftnutzung ausgestiegen ist und

Luxemburg sich als Nationalstaat von Cattenom bedroht sieht, setzt Frankreich weiterhin und gar forciert auf Kernkraft als klimafreundliche und grüne Energie. Es konstituiert sich eine Konfliktzone im *energy borderland* SaarLorLux (Biemann & Weber, 2020). Zu konflikthaftem Dissens führte ebenfalls der Bau des Windparks Gersweiler-Klarenthal – im Saarland direkt an der Grenze zu Frankreich gelegen. Da Planung bis heute territorial rückgebunden erfolgt, wurden französische Entscheidungsträger:innen nicht in den formalen Planungsprozess eingebunden. Grenzüberschreitend konstituierte sich allerdings eine deutsch-französisch aufgestellte Bürgerinitiative, was von alltagsbezogenen engen Verbindungen zeugt (Lampke & Weber, 2024).

Ausgeprägte Verflechtungen und ‚Grenzüberschreitungen‘ deuten sich im Verhältnis dazu im Kontext der Wasserstoffproduktion und -nutzung an. Vor dem Hintergrund des *EU Green Deal* und der Zielsetzung, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wird es in der Region SaarLorLux u. a. für die saarländische Stahlindustrie zum ‚do or die‘, den eingeschlagenen Pfad der Produktion mit emissionsstarkem Koks zu verlassen. An Standorten wie Fenne (Saarland) oder Saint-Avold (Lothringen) besteht die Erwartung, an alten Industriestandorten nun Wasserstoff zu produzieren. Genau hier wird dieser Energieträger grenzüberschreitend zum großen Hoffnungsträger (Lenz et al., 2024): Seit 2021 schließen sich in einer grenzregionalen Kontaktzone Akteur:innen im Kontext der Energiegewinnung und der Energienutzung unter dem Dach der Initiative *Grande Region Hydrogen* zusammen (*Grande Region Hydrogen*, 2023), wobei im Kern mit dem Teilverfahren mosaHYC der Auf- und Ausbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffpipeline vorangebracht wird, die 2027 ans Netz gehen soll. Vergangenheit und Gegenwart kommen dabei zusammen, denn auf 70 der 100 Kilometer sollen alte Gaspipelines aus der Montanzeit umgerüstet und neugenutzt werden. Die Vision umfasst damit einen Verflechtungsraum, bei dem Produktion multikontinental und Konsumtion u. a. am Stahlstandort Dillingen/Saar miteinander verbunden werden sollen – zwischen dem saarländischen Völklingen über das lothringische Saint-Avold ins saarländische Perl und perspektivisch weiter nach Luxemburg (Lenz et al., 2024). Auf der Ebene der beteiligten Partner:innen besteht große Einigkeit – und kooperationsbezogenen werden auch keine ‚Grenzen‘ gesehen. Ein energiebezogenes *debordering* deutet sich an, das allerdings auch noch mit Hürden verbunden ist: Es fehlen übergreifende Regelungen im europäischen und nationalen Kontext, divergierende Verwaltungs- und Planungsprozeduren kommen zusammen, die Finanzierung ist über Fördermittel noch nicht

hinreichend gesichert und regional können die benötigten Mengen nicht produziert werden, was die Anbindung an ein europäisches bzw. internationales Wasserstoffnetz erforderlich machen wird. Darüber hinaus wird die Herstellung zu einer ‚Gretchenfrage‘, denn ‚grüner Wasserstoff‘ soll prinzipiell aus deutscher Sicht aus erneuerbaren Energien produziert werden. Frankreich sieht im Gegensatz dazu auch Kernkraft als Option an. So erscheint eine neuerliche Konfliktzone denkbar, doch deuten jüngere Aussagen aus der saarländischen Politik auch darauf hin, Kernkraft letzten Endes zu akzeptieren, wenn so die Stahlindustrie gestärkt werden kann (Lenz et al., 2024). Die Möglichkeit regelmäßiger Veränderungen und Umbrüche in *borderlands* zeigt sich auf diese Weise recht eindrücklich. Vom grenzregionalen Zusammenhang aus zu denken, also als *seeing from the border*, ermöglicht es, die grenzüberschreitende Region ins Zentrum der wissenschaftlichen Reflexion zu rücken und von dort aus Verbindungen der *cross-border multi level governance* zu systematisieren.

4. Fazit und Ausblick

Welches Fazit lässt sich abschließend ziehen, welcher Ausblick wagen? Das in den Vordergrund gerückte Beispiel der Grenzregion SaarLorLux illustriert, wie Grenzwirkungen mitunter persistieren, sich aber im Zeitverlauf auch immer wieder wandeln können. Hinzukommt der Umstand, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit stark vom jeweiligen Themenfeld abhängt – insofern kulturelle, wirtschaftliche, politische, institutionelle etc. Aspekte unterschiedlich starke Wirkung entfalten (Basboga, 2022). Die Covid-19-Pandemie kann als rezenter Impuls angesehen werden, um in Forschungsvorhaben die Beziehungen im Mehrebenengeflecht noch stärker zu berücksichtigen und erneut territorialer gegenüber funktionaler Governance mehr Aufmerksamkeit zu schenken: „there is a debate between the *spatial-territorial*, and the *functional* nature of those *cooperation* across international boundary lines“ (Brunet-Jailly, 2019, 520; dazu auch Crossey & Weber, 2023). Wirkte die technische Definition einer Grenzregion als „territorial unit that comprises contiguous subnational units from two or more nation-states“ (Perkmann & Sum, 2002, 3) zwischenzeitlich viel zu einengend, so hat die territoriale Komponente in politisch-administrativen Steuerungsprozessen und bei Vorhaben doch bis heute große Wirkmächtigkeit, wie sich eindrücklich u. a. im Gesundheitsbereich manifestiert. Darauf hinausgehend sind Grenzregionen wie die Großregion mit ihrem

Kern SaarLorLux gleichzeitig hochgradig komplex – alltagsweltlich, wirtschaftlich und politisch eng verwoben, sodass sich Verflechtungsräume konstituieren, in denen unterschiedliche Chancen, aber auch Herausforderungen bestehen und sich wie mit einer Lupe beobachten lassen. Wie sehr sind Grenzregionen nun aber Reallabore, *living labs* (European Commission, 2021) bzw. „laboratories of European integration“ (Opiłowska, 2021, S590; auch Bertram et al., 2023) bzw. was macht diese aus? Und wie lässt sich konkret das Wechselverhältnis zur Europäischen Union bestimmen? (vgl. dazu bspw. Kern & Haupt, 2021, 323–324). In den von uns diskutierten Bereichen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und Energieproduktion ergeben sich neben allgemeinen Herausforderungen insbesondere auch regional spezifische Handlungsbedarfe, die sich nicht so ohne Weiteres auf andere Grenzregionen übertragen lassen. *One-size-fits-all*-Lösungen ist damit eher eine Absage zu erteilen, gleichzeitig kann durchaus von gemachten Erfahrungen profitiert werden. Vorstöße der EU zu allgemeingültigen Verfahrensweisen für Grenzregionen kommen aktuell nicht so recht voran, wie sich beispielhaft an der verhaltenen Diskussion um die „Regulation of the European Parliament and of the Council on a mechanism to resolve legal and administrative obstacles in a cross-border context“ zeigt, bei der einige Mitgliedstaaten u.a. der Etablierung von „cross-border coordination points“ kritisch gegenüberstehen (European Commission, 2023). Diese Verordnung stellt bereits eine Abschwächung des ursprünglichen Vorstoßes eines *European Cross-Border Mechanism* mit der begrenzten Ausweitung des Rechts eines EU-Mitgliedstaats auf das Gebiet eines anderen dar. Grenzregionen benötigen allerdings gerade eine nationale wie europäische Lobby, um Begrenzungen ihrer Spielräume/Kompetenzen überwinden zu können. An dieser Stelle tun sich weitergehende Forschungsbedarfe auf, denen quantitativ wie qualitativ ansetzend Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die interdisziplinär und konstruktivistisch ausgerichteten *Border Studies* bieten, wie in Grundzügen skizziert, theoretisch-konzeptuelle Ansatzpunkte, um diesen und weitergehenden Fragen rund um grenzüberschreitende Regionen in Europa nachzugehen.

Bibliografie

- Albers, T., Köbele-Ennaji, V., Ross, J., & Wolfart, V. (2021). Nationale Reflexe im Angesicht einer europäischen Krise: Die Kontrollen an der deutsch-französischen Binnengrenze während der ersten Welle der COVID-19-Epidemie. In F. Weber, R. Theis, & K. Terrolion (Hg.), *Grenzerfahrungen | Expériences transfrontalières: COVID-19 und die deutsch-französischen Beziehungen | Les relations franco-allemandes à l'heure de la COVID-19* (S. 367–378). Springer.
- Andersen, D. J., & Prokkola, E.-K. (Hg.). (2022). *Borderlands Resilience: Transitions, Adaptations and Resistance at Borders*. Routledge. DOI:10.4324/9781003131328
- Anderson, J., & O'Dowd, L. (1999). Borders, Border Regions and Territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance. *Regional Studies*, 33(7), 593–604. DOI:10.1080/00343409950078648
- Anzaldúa, G. (2012 [1987]). *Borderlands/la frontera: The New Mestiza*. Aunt Lute Books.
- Balibar, É. (1998). The Borders of Europe. In P. Cheah & B. Robbins (Hg.), *Cultural politics: Vol. 14. Cosmopolitics: Thinking and Feeling beyond the Nation* (S. 216–232). University of Minnesota Press.
- Basboga, K. (2022). A Theme-based Analysis of the Intensity of Cross-Border Cooperation Across Europe. *Journal of Borderlands Studies*, 37(5), 955–973. DOI:10.1080/08865655.2020.1833230
- Bertram, D., Chilla, T., & Hippe, S. (2023). The Laboratory Dimension in Cross-Border Development: Insights from the Czech-German Border Region. *Trendy V Podnikání – Business Trends*, 13(2), 4–16. DOI:10.24132/jbt.2023.13.2.4_16
- Biemann, J., & Weber, F. (2020). *Energy Borderlands* – eine Analyse medialer Aushandlungsprozesse um das Kernkraftwerk Cattenom in der Großregion SaarLorLux. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 73–94). Springer.
- Boeckler, M. (2012). Borderlands. In N. Marquardt & V. Schreiber (Hg.), *Ortsregister: Ein Glossar zu Räumen der Gegenwart* (S. 44–49). transcript.
- Boggs, S. W. (1940). *International Boundaries: A Study of Boundary Functions and Problems*. Columbia University Press.
- Brambilla, C. (2015). Exploring the Critical Potential of the Borderscapes Concept. *Geopolitics*, 20(1), 14–34. DOI:10.1080/14650045.2014.884561
- Brambilla, C., & Jones, R. (2020). Rethinking Borders, Violence, and Conflict: From Sovereign Power to Borderscapes as Sites of Struggles. *Environment and Planning D: Society and Space*, 38(2), 287–305. DOI:10.1177/0263775819856352
- Brodowski, D., Nesselhauf, J., & Weber, F. (Hg.). (2023). *Pandemisches Virus – nationales Handeln: Covid-19 und die europäische Idee*. Springer.
- Brunet-Jailly, E. (2019). A North American View on Transdisciplinary Discourses in Border Studies. In J. Beck (Hg.), *Transdisciplinary Discourses on Cross-Border Cooperation in Europe* (S. 503–525). Lang.

- Caesar, B., & Pallagst, K. (2018). Entwicklungspfade der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Status quo. In K. Pallagst, A. Hartz, & B. Caesar (Hg.), *Arbeitsberichte der ARL: Vol. 20. Border Futures – Zukunft Grenze – Avenir Frontière: Zukunftsfähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit* (S. 12–27). Verlag der ARL.
- Crossey, N., & Weber, F. (2020). Zur Konstitution multipler *Borderlands* im Zuge der Frankreichstrategie des Saarlandes. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 145–166). Springer.
- Crossey, N., & Weber, F. (2021). *Handlungsempfehlungen zur weiteren Gestaltung der grenzüberschreitenden Kooperation im deutsch-französischen Verflechtungsraum | Recommandations d'action pour les orientations futures de la coopération trans-frontalière dans le bassin de vie franco-allemand*. UniGR-CBS Policy Paper: Vol. 4. DOI:10.25353/ubtr-xxxx-1310-2b66/
- Crossey, N., & Weber, F. (2023). Borderlands of Governance – Multilevel Cross-border Governance and Trajectories of Local Cross-border Ties in the Franco-German Moselle-Saarland Region. *Journal of Borderlands Studies*, 1–21. Online first: DOI:10.1080/08865655.2023.2276458
- Dittel, J., Opilowska, E., Weber, F., & Zawadzka, S. (2024). The Covid-19 Pandemic as a Driver for Transformation Processes in European Border Regions? A Comparative Analysis of Franco-German and German-Polish Borderlands. In F. Weber, O. Kühne, & J. Dittel (Hg.), *Transformation Processes in Europe and Beyond: Perspectives for Horizontal Geographies* (S. 503–534). Springer.
- Dittel, J., & Weber, F. (2024). Solidarität in Europa: Die Covid-19-Pandemie als Impuls für eine resilenter grenzüberschreitende Kooperation? In P. Oster, T. Giegerich, F. Weber, & K. Höfer (Hg.), *Solidarität in Europa | Europäische Solidarität: Akten zur 3. Saarbrücker Europa-Konferenz* (S. 121–149). Nomos.
- Donnan, H., & Wilson, T. M. (2001 [1999]). *Borders: Frontiers of Identity, Nation and State*. Berg.
- Dörrenbächer, H. P. (2015). Ein grenzüberschreitender Wirtschaftsraum? Gemeinsame und individuelle Entwicklungen seit der Krise des Montansektors. In C. Wille (Hg.), *Kultur und soziale Praxis. Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen: Das Beispiel der Großregion SaarLorLux: Wirtschaft – Politik – Alltag – Kultur* (S. 21–38). transcript.
- Engelhardt, M. (2020). In Beton gegossene Grenzen: Wie Mauern als Instrumente der Macht die Realität des Raums verändern. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 269–286). Springer.
- Eurodistrict SaarMoselle. (2021). *Projekt GeKo SaarMoselle*. <https://www.saarmoselle.org/de/projekt-geko-saarmoselle.html> [24.02.2024].
- Eurodistrict SaarMoselle, Agence Régionale de Santé Grand Est, & Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes. (2019, 12. Juni). *Signature de la convention MOSAR* [Press release]. Nancy. <https://www.grand-est.ars.sante.fr/media/38343/download?inline>. [24.02.2024].

- Europäisches Parlament, & Europäischer Rat. (2004). *Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.* <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32004R0883> [23.04.2024].
- Europäisches Parlament, & Europäischer Rat. (2011). *Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung.* <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32011L0024> [16.04.2024].
- European Commission. (2021). *Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: EU Border Regions: Living Labs of European integration* [COM(2021) 393 final]. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0393&from=DE> [24.02.2024].
- European Commission. (2023). *Regulation of the European Parliament and of the Council on a Mechanism to Resolve Legal and Administrative Obstacles in a Cross-border Context: COM(2023) 790 final.* https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/cooperation/european-territorial/proposal-facilitating-cross-border-solutions_en.pdf [22.07.2024].
- Evrard, E., Nienaber, B., & Sommarribas, A. (2020 [online first 2018]). The Temporary Reintroduction of Border Controls Inside the Schengen Area: Towards a Spatial Perspective. *Journal of Borderlands Studies*, 35(3), 369–383. DOI:10.1080/08865655.2017.1415164
- Gerst, D., Klessmann, M., & Krämer, H. (2021). Einleitung. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Border Studies. Cultures, Spaces, Orders: Vol. 3. Grenzforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 9–25). Nomos.
- Grande Region Hydrogen. (2023). Grande Region Hydrogen: Eine Initiative zur Entwicklung eines Wasserstoff-Ökosystems. <https://grande-region-hydrogen.eu/de/initiative-und-vision/> [08.01.2024].
- Hartshorne, R. (1936). Suggestions on the Terminology of Political Boundaries. *Annals of the Association of American Geographers*, 26(1), 56–57.
- Haselsberger, B. (2014). Decoding Borders. Appreciating Border Impacts on Space and People. *Planning Theory & Practice*, 15(4), 505–526. DOI:10.1080/14649357.2014.963652
- Hess, S., & Kasparek, B. (Hg.). (2012). *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Assoziation A.
- Holdich, T. H. (1916). *Political Frontiers and Boundary Making*. Macmillan and Co.
- Hooghe, L., & Marks, G. (2003). Unraveling the Central State, but How? Types of Multi-level Governance. *American Political Science Review*, 97(2), 233–243.
- IBA-OIE. (2023). *L'emploi frontaliers par secteurs d'activité.* <https://www.iba-oie.eu/fr/themes/mobilite-des-frontaliers/luxembourg/lemploi-frontaliers-par-secteurs-dactivite> [22.04.2024].
- Iossifova, D. (2019). Borderland. In A. M. Orum, D. Judd, M. G. Cabeza, C.-P. Pow, & B. Roberts (Hg.), *The Wiley-Blackwell Encyclopedia of Urban and Regional Studies*. Wiley Blackwell. DOI:10.1002/9781118568446.eurs0028

- Jańczak, J. (Hg.). (2019). *Thematicon: Vol. 34. Old Borders – New Challenges, New Borders – Old Challenges: De-Bordering and Re-Bordering in Contemporary Europe*. Logos.
- Kajta, J., & Opilowska, E. (2021). The Impact of Covid-19 on Structure and Agency in a Borderland: The Case of Two Twin Towns in Central Europe. *Journal of Borderlands Studies*, 1–23. Online first: DOI:10.1080/08865655.2021.1996259
- Kerber, M. (2021). Für eine krisenfeste Zusammenarbeit in der deutsch-französischen Grenzregion! Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus der »ersten Welle« der COVID-19-Pandemie. In F. Weber, R. Theis, & K. Terrolion (Hg.), *Grenzerfahrungen | Expériences transfrontalières: COVID-19 und die deutsch-französischen Beziehungen | Les relations franco-allemandes à l'heure de la COVID-19* (S. 45–53). Springer.
- Kern, K., & Haupt, W. (2021). Von Reallaboren zu urbanen Experimenten: deutsche und internationale Debatten. *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning*, 79(4), 322–335. DOI:10.14512/rur.48
- Kolossov, V., & O'Loughlin, J. (1998). New Borders for New World Orders: Territorialities at the Fin-de-siecle. *GeoJournal*, 44, 259–273.
- Kramsch, O., & Hooper, B. (2004). Introduction. In B. Hooper & O. T. Kramsch (Hg.), *Routledge Research in Transnationalism: Vol. 15. Cross-border Governance in the European Union* (S. 1–22). Routledge.
- Lampke, A., & Weber, F. (2024). Cross-border Landscape Conflicts – A Case Study of the Gersweiler-Klarenthal Wind Farm on the Franco-German Border. In K. Berr, L. Koegst, & O. Kühne (Hg.), *Landscape Conflicts* (S. 311–334). Springer.
- Lenz, J., Uhrweiller, C., & Weber, F. (2024). *Hydrogen Borderlands*: Wasserstoff als verbindendes Element in der Grenzregion SaarLorLux. In S. Bonin, L. Gailing, K. Mangels, T. Schank, & D. Zinkhahn Rhobodes (Hg.), *Border Studies. Cultures, Spaces, Orders: Vol. 10. Linking Borderlands: Komplexität – Dynamik – Interdisziplinarität* (S. 85–96). Nomos.
- Lyde, L. W. (1915). *Some Frontiers of To-morrow: An Aspiration for Europe*. Black.
- Mezzadra, S., & Neilson, B. (2013). *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Duke University Press.
- Mignolo, W. D., & Tłostanova, M. V. (2006). Theorizing from the Borders: Shifting to Geo- and Body-Politics of Knowledge. *European Journal of Social Theory*, 9(2), 205–221. DOI:10.1177/1368431006063333
- Newman, D. (2003). Boundaries. In J. Agnew, K. Mitchell, & G. Toal (Hg.), *A Companion to Political Geography* (S. 123–137). Blackwell.
- Newman, D. (2006). Borders and Bordering: Towards an Interdisciplinary Dialogue. *European Journal of Social Theory*, 9(2), 171–186. DOI:10.1177/1368431006063331
- Newman, D., & Paasi, A. (1998). Fences and Neighbours in the Postmodern World: Boundary Narratives in Political Geography. *Progress in Human Geography*, 22(2), 186–207. DOI:10.1191/030913298666039113

- Niedermeyer, M., & Moll, P. (2007). SaarLorLux – vom Montandreieck zur „Großregion“: Chancen und Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Regionalpolitik in Europa. In H. P. Dörrenbächer, O. Kühne, & J. M. Wagner (Hg.), *Veröffentlichungen des Instituts für Landeskunde im Saarland: Vol. 44. 50 Jahre Saarland im Wandel* (S. 297–321). Selbstverlag.
- Novotný, L., & Böhm, H. (2022). New Re-bordering Left Them Alone and Neglected: Czech Cross-border Commuters in German-Czech Borderland. *European Societies*, 1–21. Online first: DOI:10.1080/14616696.2022.2052144
- Ohmae, K. (1999 [1990]). *The Borderless World: Power and Strategy in the Interlinked Economy*. Harper Business.
- Opłowska, E. (2021). The Covid-19 Crisis: The End of a Borderless Europe? *European Societies*, 23(supl), S589–S600. DOI:10.1080/14616696.2020.1833065
- Pavlakovich-Kochi, V., Morehouse, B. J., & Wastl-Walter, D. (Hg.). (2016). *Challenged Borderlands: Transcending Political and Cultural Boundaries*. Routledge.
- Perkmann, M., & Sum, N.-L. (2002). Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions: Scales, Discourses and Governance. In M. Perkmann & N.-L. Sum (Hg.), *Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions* (S. 3–21). Palgrave Macmillan UK.
- Pigeron-Piroth, I., Funk, I., Nienaber, B., Dörrenbächer, H. P., & Belkacem, R. (2021). Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt der Großregion: Der Einfluss der COVID-19-Pandemie. *Informationen zur Raumentwicklung*, 26(2), 74–85.
- Rajaram, P. K., & Grund-Warry, C. (Hg.). (2007). *Borderlines: Vol. 29. Borderscapes: Hidden Geographies and Politics at Territory's Edge*. University of Minnesota Press.
- Reuber, P. (2012). *Politische Geographie. utb Geographie: Vol. 8486*. Schöningh.
- Roßmeier, A., & Weber, F. (2023 [2021]). Hybrid Urban Borderlands – Redevelopment Efforts and Shifting Boundaries In and Around Downtown San Diego. *Journal of Borderlands Studies*, 38, Article 1, 137–163. DOI: 10.1080/08865655.2021.1882872
- Rumford, C. (2014). 'Seeing Like a Border': Towards Multiperspectivalism. In C. Rumford (Hg.), *Cosmopolitan Borders* (S. 39–54). Palgrave Pivot. DOI:10.1057/9781137351401_3
- Schiffauer, W., Koch, J., Reckwitz, A., Schoor, K., & Krämer, H. (2018). *Borders in Motion: Durabilität, Permeabilität, Liminalität*. Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION. <https://opus4.kobv.de/opus4-euv/frontdoor/deliver/index/docId/311/file/Working-Paper-B-ORDERS-1.pdf> [21.03.2024].
- Schmieder, F. (2021). Entwicklungslinien einer interdisziplinären Begriffsgeschichte von Grenze. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Border Studies. Cultures, Spaces, Orders: Vol. 3. Grenzforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 29–49). Nomos.
- Schneider-Sliwa, R. (2018). Verflechtungsraum Basel. Von der Regio-Idee zur Trinationalen Metropole Oberrhein. In M. Heintel, R. Musil, & N. Weixlbaumer (Hg.), *Grenzen: Theoretische, konzeptionelle und praxisbezogene Fragestellungen zu Grenzen und deren Überschreitungen* (S. 205–235). Springer.

- Scott, J. W. (2015). Bordering, Border Politics and Cross-Border Cooperation in Europe. In F. Celata & R. Coletti (Hg.), *Neighbourhood Policy and the Construction of the European External Borders* (S. 27–44). Springer.
- Scott, J. W., & Sohn, C. (2018). Place-making and the Bordering of Urban Space: Interpreting the Emergence of New Neighbourhoods in Berlin and Budapest. *European Urban and Regional Studies*, 26(3), 297–313. DOI:10.1177/0969776418764577
- Semple, E. C. (1911). *Influences of Geographic Environment: On the Basis of Ratzel's System of Anthropo-Geography*. Henry Holt and Company.
- Sohn, C. (2014). The Border as a Resource in the Global Urban Space: A Contribution to the Cross-Border Metropolis Hypothesis. *International Journal of Urban and Regional Research*, 38(5), 1697–1711. DOI:10.1111/1468–2427.12071
- Ulrich, P. (2021). *Participatory Governance in the Europe of Cross-Border Regions: Cooperation – Boundaries – Civil Society. Border Studies. Cultures, Spaces, Orders: Vol. 4*. Nomos.
- Wassenberg, B. (2020). „Return of Mental Borders“: A Diary of COVID-19 Closures between Kehl, Germany, and Strasbourg, France. *Borders in Globalization Review*, 2(1), 114–120. DOI:10.18357/bigr21202019886
- Wastl-Walter, D. (Hg.). (2011). *The Ashgate Research Companion to Border Studies*. Ashgate.
- Weber, F., & Dittel, J. (2023). Die Covid-19-Pandemie als Zäsur für die Großregion: Eine Einordnung aus der Perspektive der Grenzraumforschung. In D. Kazmaier & F. Weber (Hg.), *Jahrbuch des Frankreichzentrums: Vol. 19. Universität in der Pandemie: L'Université en temps de pandémie* (S. 207–228). transcript.
- Weber, F., & Dörrenbächer, H. P. (2022). Die grenzüberschreitende Region. In U. Ermann, M. Höfner, S. Hostniker, E. M. Preininger, & D. Simic (Hg.), *Sozial- und Kulturgeographie: Vol. 52. Die Region – eine Begriffserkundung* (S. 181–190). transcript.
- Weber, F., Wille, C., Caesar, B., & Hollstegge, J. (2020). Entwicklungslinien der Border Studies und Zugänge zu Geographien der Grenzen. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 3–22). Springer.
- Wille, C. (2011). Entwicklungen und Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion: Développements et structures de la coopération transfrontalière dans la Grande Région. https://orbi.lu/bitstream/10993/1013/2/Article_GZA_GR_d-f.pdf [03.03.2024].
- Wille, C. (2020). Räumliche Identifikationen und Identifizierungen in Grenzregionen: Das Beispiel der Großregion SaarLorLux. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 25–53). Springer.
- Wille, C. (2021). Vom processual shift zum complexity shift: Aktuelle analytische Trends der Grenzforschung. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Border Studies. Cultures, Spaces, Orders: Vol. 3. Grenzforschung: Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (S. 106–120). Nomos.

Wille, C., Weber, F., & Fellner, A. M. (2023). Grenzen und ihre Multivalenzen in einem flüchtigen Europa. In C. Wille, F. Weber, & A. M. Fellner (Hg.), *UniGR-CBS Thematic Issue: Vol. 8. B/Orders are (not) everywhere (for everyone): On the multivalence of borders in a flee(t)ing Europe | Zur Multivalenz von Grenzen in einem flüchtigen Europa* (S. 7–15). UniGR-Center for Border Studies.

Wong Villanueva, J. L., Kidokoro, T., & Seta, F. (2022). Cross-Border Integration, Cooperation and Governance: A Systems Approach for Evaluating „Good“ Governance in Cross-Border Regions. *Journal of Borderlands Studies*, 37(5), 1047–1070. DOI:10.1080/08865655.2020.1855227

Grenzregionen als Laboratorien der Europaforschung? Einblicke in ein europäisches Projekt, verbunden mit methodischen Überlegungen zur vergleichenden Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht

Claudia Polzin-Haumann & Christina Reissner

Abstract

Sprachliche und interkulturelle Kompetenzen sind in grenzregionalen Handlungskontexten von hoher Bedeutung. Der vorliegende Beitrag charakterisiert zunächst Grenzregionen aus linguistischer Sicht und wirft einen kritischen Blick auf aktuelle Forschungsprojekte zu Grenzregionen, insbesondere im Hinblick auf die Rolle, die sprachlich-interkulturellen Fragen beigemessen wird. Anhand eines Projekts zur Förderung mehrsprachigen und interkulturellen Lehrens und Lernens in Grenzregionen werden anschließend methodische Überlegungen zur vergleichenden Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht formuliert. Dabei wird dem inter-/transdisziplinären und komparativen Vorgehen ein hoher Stellenwert beigemessen.

1. Einleitende Vorbemerkungen

„Le grand retour des frontières“, so beginnen Tertrais & Papin (2016, 12) ihre Einleitung, und auch, wenn sie ihren Blick vornehmlich auf geographische Grenzen richten (Tertrais & Papin, 2016, 13), enthält der *Atlas des frontières* zahlreiche Einblicke auch in historische, kulturelle, religiöse und politische Aspekte (z. B. Tertrais & Papin, 2016, 30–31). Damit kann er Überlegungen anstoßen, die von *Grenzen* über *Grenzziehungen* bis hin zu *Grenzregionen* reichen. Vor allem aber wird – einmal mehr – deutlich, dass sich die verschiedenen Kategorien überlagern und oftmals klare Abgrenzungen unmöglich sind, etwa wenn es um die Bestimmung der Außengrenzen Europas geht (vgl. Tertrais & Papin, 2016, 34–37; Grzega, 2025). Die Lektüre des *Atlas* unterstreicht auch, wie vielfältig Grenzkonstellationen sind, sowohl in Europa als auch weltweit. Der vergleichende Blick ist dabei

außerordentlich hilfreich, denn er öffnet und schärft den Blick für die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Konstellationen.

Grenzregionen stehen aktuell im Fokus verschiedener Forschungsprojekte, die in sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen Kontexten entwickelt wurden/werden, mit verschiedenen Förderprogrammen und -institutionen verbunden sind und daher unterschiedliche Forschungsansätze und -schwerpunkte verfolgen. So werden die Räume aus ganz unterschiedlichen Perspektiven beforscht; jeweils spezifische Aspekte ihres Entstehens und ihres Funktionierens stehen dabei im Vordergrund. Eine gegenüberstellende Betrachtung dieser Projekte ist Bestandteil vergleichender Grenzraumforschung. Sie steht, nach einleitenden Überlegungen zu Grenzregionen aus linguistischer Sicht (vgl. Abschnitt 2.1), zunächst im Fokus unseres Beitrags (vgl. Abschnitt 2.2). Auf dieser Grundlage werden anschließend an einem konkreten Beispiel methodische Überlegungen zu vergleichender Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht angestellt (Abschnitt 3). Das abschließende Fazit eröffnet einen zusammenfassenden Ausblick.

2. Grenzregionen als Forschungsthema

2.1. Grenzregionen aus linguistischer Sicht

Der Begriff der Grenzregion wird hier im Sinne von Klatt (2021, 145) verstanden: „Der Begriff Region, eine Entlehnung aus dem Lateinischen *regio* (territoriales Gebiet) bzw. *regere* (leiten, dirigieren bzw. regieren), verbindet die territoriale Gliederung eines Raums mit der Organisation menschlicher bzw. gesellschaftlicher Herrschaft, Ordnung und Verwaltung.“ Es geht also um Räume beidseits einer geographischen Linie zur Markierung nationalstaatlicher Territorien. Diese Räume unterliegen zugleich Prozessen „menschliche[r] Konstruktionen“ (Schröder, Wegewitz & Gundermann, 2023, 8); diese konstruktivistische Perspektive (Lampke et al., 2023, 60) wird mit dem Begriff *Grenzraum* zum Ausdruck gebracht. Die Nutzung beider Begriffe erlaubt damit eine differenziertere Sicht auf die zu untersuchenden Phänomene. Die „Organisation menschlicher bzw. gesellschaftlicher Herrschaft, Ordnung und Verwaltung“ betrifft aus linguistischer Sicht die sprachliche Gestaltung dieser Räume, die zu den prototypischen Befugnissen der Staatsgewalt gehört, z. B. indem sprach- und/oder bildungspolitische Entscheidungen getroffen werden. Aus soziolinguistischer, angewandt-linguistischer und sprachhistorischer Sicht ist hier jedoch u. a. zu

bedenken, dass sich diese Räume gerade in sprachlich-kultureller Hinsicht auch *bottom up* entwickeln, etwa durch Migrationsprozesse, die u. a. mit Sprachkontakte einhergehen und ggf. zu Anpassungen im Bildungssystem führen können. Zudem sind gesellschaftliche Differenzierungen immer mit sprachlichen Differenzierungen verbunden. Schließlich entsprechen politische Grenzziehungen in der Regel nicht sprachlichen Grenzen. Grenzen zwischen Sprachen entstehen im Grunde erst mit Standardisierungsprozessen, also infolge von Entscheidungen, die *top-down* erfolgen; historisch gesehen liegt jedoch ein sprachliches Kontinuum vor (bisweilen auch etwas ungenauer Dialektkontinuum genannt; vgl. Marti & Polzin-Haumann, 2019, 282).

Spuren dieses Kontinuums existieren in vielen Räumen, so auch im Grenzraum Saarland-Lothringen, wo sie neben der heute klar geregelten Sprachgrenze zwischen Deutsch und Französisch als Standardsprachen zweier Nationalstaaten sichtbar werden. Anhand dieser Region, die besonders intensiv durch romanisch-germanischen Sprach- und Kulturkontakt sowie wechselnde Herrschaftsverhältnisse geprägt ist, lässt sich die Komplexität solcher Konstellationen gut illustrieren. So verläuft die Grenze zwischen moselfränkischen und rheinfränkischen Dialekten sowohl durch einen Teil des französischen Departements Moselle (in dem dialektologisch ein romanischer Teil und ein germanischer Teil unterschieden wird¹) als auch durch das Saarland.² Wo also aus politischer und standardsprachlicher Sicht eine scharfe Grenze besteht, liegt auf der Ebene des alltagssprachlichen Dialekts ein Kontinuum vor, das durchaus gegenseitige Verständlichkeit ermöglicht. Dieser Umstand ist in mehrfacher Hinsicht von Relevanz. Er verdeutlicht zum einen, dass sprachpolitische Entscheidungen sich immer auf historisch geprägte Räume mit all ihren überkommenen, sozial verankerten Wahrnehmungen und Einstellungen beziehen. Zum anderen unterstreicht er die Heterogenität der Sprachräume. „Die Nachbarsprache Französisch, die im Zentrum sprachenpolitischer Bemühungen auf deutscher Seite steht, überdacht als Nationalsprache einen Dialektraum, der genealogisch über die nationalen Grenzen hinausgeht“ (Polzin-Haumann, 2025, 76). Wenn also im Folgenden von ‚Nachbarsprache‘ gesprochen wird, sollte diese – hier nur grob skizzierte – sozial und historisch bedingte Komplexität stets mitgedacht werden. Dies gilt im Übrigen generell für

1 Stroh (1993, 32–36) unterstreicht die Komplexität der Situation.

2 Vgl. Karte bei Projekt RuMS (Rhein- und moselfränkische Syntax): <https://rums.uni-saarland.de/dialektraeume/> [18.06.2024].

Grenzräume, doch sind die Faktoren natürlich im Einzelnen jeweils speziell ausgeprägt.

Die von Klatt (2021, 146) aufgeworfene Frage „[...], ob man Grenzregionen nur grenzüberschreitend sinnvoll untersuchen kann, da sie immer im Verhältnis zur Grenzregion auf der anderen Seite der Grenze stehen“, ist damit im Prinzip zumindest für den vorliegenden Beitrag und seinen angewandt-linguistischen Ansatz beantwortet: Nur eine umfassende, grenzüberschreitende Perspektive kann dem komplexen Charakter dieser Räume Rechnung tragen.

2.2. Grenzregionen und Grenzräume im Fokus aktueller Projekte

Im Folgenden werden aus der großen Vielfalt von Projekten und disziplinären Kontexten exemplarisch aktuelle Beispiele herausgegriffen.

Seit Beginn der 2000er Jahre findet im Raum SaarLorLux eine intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen von Grenzen, Grenzräumen und grenzüberschreitender Forschung statt (vgl. die Beiträge in Schmeling & Veith, 2005, aus denen die Vielfalt der Disziplinen und Kooperationsarten hervorgeht).

Ein breites Spektrum an geistes-, human- und sozialwissenschaftlichen Forschungsaktivitäten wird seit 2014 insbesondere im UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS) gebündelt, dem ersten interdisziplinären Kompetenzzentrum der Universität der Großregion (UniGR). Diese im Grenzraum entstehende Grenzraumforschung ist mit dem Anliegen verbunden, kritisch-konstruktiv zu dessen Weiterentwicklung beizutragen. Die Forschung ist in verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert,³ die in regelmäßiger Austausch miteinander stehen. Dies lässt auch explizit interdisziplinäre Beiträge entstehen. Linguistische Analysen sind zum Beispiel Teil der Aktivitäten der Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt und Bildung“ (vgl. zu einigen Beispielen Abschnitt 3.1).

Die Keimzelle für das UniGR-CBS war die beständige grenzüberschreitende Zusammenarbeit verschiedener Akteure an den beteiligten Universitäten über Jahre hinweg, die zunächst anhand eines Interreg-Projekts institutionalisiert und nach dessen Ende verstetigt wurde. Es liegt damit ein *Bottom-Up*-Ansatz mit schrittweiser Institutionalisierung vor. Von Anfang an war zumindest in bestimmten Disziplinen die Zusammenarbeit in der

³ Vgl. <https://cbs.uni-gr.eu/de/border-studies/arbeitsgruppen> [23.05.2024].

Forschung auch mit gemeinsamer Lehre verbunden (vgl. z. B. Polzin-Haumann, 2013; Reissner 2017, 2020).

Das an der deutsch-dänischen Grenze am 1. September 2023 begonnene Interreg-Projekt „Fehmarnbelt Bildungsregion“ „[...] hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame ‚Fehmarnbelt Learning Region‘ aufzubauen und nachhaltig zu verankern. Im Fokus steht hierbei unter anderem die bessere Vernetzung und Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen beiderseits der Grenze, die Umsetzung einer deutsch-dänischen digitalen Lernplattform sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Fehmarn-Belt Lernnetzwerkes“ (Interreg Deutschland-Dänemark, 2023). Ein wichtiges Anliegen ist es, Qualifikationen für den Arbeitsmarkt der Zukunft schaffen. Dazu gehören u. a. auch sprachliche bzw. Mehrsprachenkompetenzen; auch hier fließt also linguistische Forschung ein.⁴

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Linking Borderlands: Dynamiken grenzregionaler Peripherien“ (2021–2024) widmet sich aus vergleichender Perspektive zwei Grenzräumen Deutschlands. Ein Konsortium aus der Universität des Saarlandes, der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg untersucht die Großregion SaarLorLux+ und die Grenzregion Brandenburg/Lebus, zwei Räume mit unterschiedlich hohem Verflechtungsgrad und zudem zeitlich divergierender EU-Integration. Das Projekt arbeitet zu fünf ausgewählten Themen schwerpunkten mit aktueller Relevanz (Policy-Lernen und -Transfer, Soziale Praxis und Sprachen im Berufsausbildungskontext, Kulturelle Aushandlungsprozesse im Film, Daseinsvorsorge und Planungskulturen, Energietransitionen) und ist dabei explizit interdisziplinär angelegt. Der transregionale Vergleich erfolgt jeweils in den thematischen Schwerpunkten.⁵ So wurde im Teilprojekt ‚Soziale Praxis und Sprachen im Berufsausbildungskontext‘ u. a. gezeigt, dass die institutionellen Angebote im grenzüberschreitenden Berufsbildungssektor in der brandenburgisch-polnischen und der saarländisch-lothringischen Grenzregion sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Die meisten Angebote in der erstgenannten Region richten sich vor allem an Jugendliche aus Polen, wohingegen in letzterer die Mehrzahl

4 Die Universität des Saarlandes ist hierbei als assoziierter Partner beteiligt, siehe <https://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/polzin-haumann/forschungsprojekte.html> [23.05.2024].

5 Für einige Ergebnisse vgl. UniGR-Center for Border Studies, 2023.

der Angebote sowohl an saarländische als auch an lothringische Jugendliche gerichtet ist (vgl. Jungbluth et al., 2023, 34–35). Zugleich konnte in teilnehmenden Beobachtungen konkreter sprachlicher Interaktionen belegt werden, dass Sprachgrenzen und soziale Hierarchien durch gemeinsames kommunikatives Handeln überwunden werden können (vgl. Jungbluth et al., 2023, 35–37 mit einem Beispiel aus dem deutsch-polnischen Grenzraum; zum saarländisch-lothringischen Grenzraum vgl. Micka-Monz & Polzin-Haumann, 2024).

Ein weiteres kürzlich abgeschlossenes Grenzraum-Projekt ist *Frontem*. Das Jean Monnet-Netzwerk wurde gefördert durch Erasmus + (2019–2023) und ist dem Vergleich von fünf Grenzregionen gewidmet (Deutschland und Frankreich, Frankreich und Belgien, Irland und Nordirland, Rumänien und Ungarn, Dänemark und Deutschland). Inhaltlich ist es dabei enger gefasst; hier stehen die Wahrnehmungen verschiedener Akteure im Mittelpunkt.⁶ Die Arbeit beruht hauptsächlich auf der Untersuchung von Fokusgruppen (vgl. Wassenberg et al., 2023).

Das Projekt „Encourager l'éducation aux langues dans la formation professionnelle transfrontalière“/„Enhancing language education in cross-border vocational education“, gefördert vom Europäischen Fremdsprachenzentrum (EFSZ) des Europarats in Graz (2019–2023), ist der Förderung mehrsprachigen und interkulturellen Lehrens und Lernens in Grenzräumen gewidmet. Das Projekt geht von vier unterschiedlichen europäischen Grenzregionen aus und ist zentriert auf Sprachen und Interkulturalität im Kontext grenzüberschreitender Berufsausbildung. Ziel ist zum einen die vergleichende Erforschung der komplexen Thematik, zum anderen – davon ausgehend – die Erarbeitung von Anregungen für Akteure in grenzREGIONALen Handlungskontexten (vergleichbar dem Toolkit von *Frontem*, vgl. Wassenberg et al., 2023). Im Weiteren werden am Beispiel dieses Projekts methodische Aspekte vergleichender Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht näher beleuchtet.

⁶ Vgl. FRONTEM: Platform on perceptions of borders. Five case studies across Europe. <https://atelierlimo.pageflow.io/frontem#3lI367> [23.04.2024].

3. Methodische Aspekte vergleichender Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht

3.1. Sprachen in grenzregionalen Handlungskontexten

Zur Rolle von Sprachen und Mehrsprachigkeit in der heutigen Arbeitswelt liegen mittlerweile zahlreiche Studien vor; dabei wurden – und werden⁷ – Spezifika und Herausforderungen mehrsprachiger Arbeitskontakte empirisch erforscht (vgl. z. B. Berthoud, Grin & Lüdi, 2013; Lüdi, 2017) und deren hohe Relevanz bestätigt. Auch im Kontext der Grenzraumforschung werden Sprachen und sprachlich-interkulturelle Kompetenzen als wesentliche Faktoren erkannt; zugleich wird kritisiert, dass deren hoher Relevanz nicht in ausreichendem Maß Rechnung getragen wird. So stellt Dörrenbächer (2018, 298–299) mit Bezug auf die Großregion den großen Bedeutungsgewinn der grenzüberschreitenden Berufsaus- und -fortbildung als Folge der aktuellen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten heraus und resümiert:

„[...] Beobachtbar ist ferner ein Paradigmenwechsel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Fortbildung. Dieser ist geprägt von einem an Kompetenzen orientierten pragmatischen und flexiblen Ansatz. [...] Das zwischen dem Saarland und Lothringen ausgehandelte Rahmenabkommen und das Rahmenabkommen über die Berufsbildung in der Großregion sowie die anderen geschlossenen und in Vorbereitung befindlichen Abkommen in der Großregion stützen diese neuen pragmatischen Formen der Kooperation. Sie sind aber auch selbst Ausdruck dieses Transformationsprozesses hin zu einem integrierten grenzüberschreitenden beruflichen Ausbildungsmarkt. Dieser wird allerdings durch unterschiedliche Hindernisse und Hürden weiterhin behindert. Die Problematik mangelnder Sprachkenntnisse stellt nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar“ (vgl. auch Nienaber et al., 2021, 305).

Mit ähnlichem Tenor hält Polzin-Haumann (2020, 64) fest,

⁷ Vgl. die Arbeiten im Rahmen der Research group on management and language (Gem&L) zur Rolle der Sprachen in internationalen Kontexten (vgl. [https://geml.eu/\[23.05.2024\]](https://geml.eu/[23.05.2024])).

„[...] dass grenzüberschreitende Berufsbildungsprogramme und die damit verbundene Mobilität sprachliche und interkulturelle Kompetenzen erfordern. Hier besteht allerdings noch immer ein Desiderat. Zwar ist [...] mindestens seit Beginn der 2000er Jahre in ganz Europa und insbesondere in der Großregion [...] die grenzüberschreitende Ausbildung zu einem immer wichtigeren Thema geworden, jedoch wurden die damit verbundenen Fragen des Sprachenlehrens und -lernens, ebenso wie das Thema der interkulturellen Kompetenz, nicht im nötigen Umfang und vor allem nicht parallel zu den politisch-administrativ-ökonomischen Überlegungen entwickelt.“⁸

Dieses Wissen ist auch in das o.g. EFSZ-Projekt eingeflossen, dessen Ausgangspunkt zunächst darin bestand, mit den beteiligten Partnern⁹ exemplarisch die jeweiligen Grenzräume zu untersuchen. Dabei wurden die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit, aber auch gemeinsame Merkmale und ähnliche Bedürfnisse der verschiedenen Regionen im Projektkontext herausgearbeitet. Der folgende Überblick möge dies in aller Kürze verdeutlichen.¹⁰

Die Großregion ist ein Raum, in dem vier Länder (Deutschland mit dem Saarland und Teilen von Rheinland-Pfalz, Frankreich mit Lothringen, Luxemburg sowie Belgien mit der Wallonie, der Fédération Wallonie-Bruxelles und der Deutschsprachigen Gemeinschaft) und drei Standardsprachen (Deutsch, Französisch und Luxemburgisch) sowie deren Varietäten aufeinandertreffen. Sie charakterisiert sich nicht nur durch eine im europäischen Vergleich besonders hohe Zahl von Grenzgängern (Stand 2023 ca. 274.000), sondern generell durch intensive grenzüberschreitende Beziehungen in vielen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Es wurde ein gemeinsames transnationales Netzwerk eingerichtet, das im Sinne einer *Cross-Border-Governance* (Ulrich & Scott, 2021, 156) die grenzüberschreitende Kooperation in der Großregion *bottom-up*, also auf freiwilliger Basis

8 Jenseits grenzüberschreitender Verflechtungen in der Ausbildung gibt die Studie von Polzin-Haumann/Reissner (2016) einen Einblick in zwei- bzw. mehrsprachige Praktiken in einem deutsch-französischen Unternehmen im saarländisch-lothringischen Grenzraum.

9 Universität des Saarlandes, Universität Luxemburg, University College Syddanmark (University College South Denmark, Dänemark), Uniwersytet Śląski w Katowicach (Schlesische Universität Kattowitz, Polen), Vytauto Didžiojo universitetas (Vytautas Magnus University Kaunas, Litauen).

10 Die folgenden Abbildungen dienen dem Ziel der groben Visualisierung des betreffenden Raums und abstrahieren von (historischen, geographischen, politischen etc.) Einzelheiten.



Abb. 1: Karte der Großregion mit den Gebieten Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg und der Wallonie © EFSZ 2022

und um die grenzüberschreitenden Fragestellungen gemeinsamen anzugehen, politisch organisiert. Die beteiligten Partner haben dazu auf subnationaler Ebene eine gemeinsame Strategie entwickelt, an deren Spitze der Gipfel der Großregion steht.¹¹ Er setzt sich aus den Vertretern der Exekutiven der Partnerregionen zusammen, die abwechselnd für die Dauer von zwei Jahren den Vorsitz des Gipfels übernehmen. Der Gipfel legt den allgemeinen Kooperationsrahmen fest und formuliert die politischen Leitlinien und das gemeinsame Vorgehen der großregionalen Partner¹² in gemeinsamen Belangen. Mittlerweile gehört eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen zum Alltag in der Großregion, u. a. im Wirtschafts- und Kulturleben, in der Raumplanung, im Freizeitbereich sowie zunehmend auch auf den Gebieten der Gesundheitsvorsorge und Sicherheit. Auch in diesen Bereichen spielen Sprachen eine zentrale

11 Vgl. <https://www.grossregion.net/Die-Grossregion-kompakt/Strategie> [23.05.2024].

12 Vgl. <https://www.grossregion.net/Institutionen> [23.05.2024].

Rolle und sind Gegenstand verschiedener gemeinsamer Aktivitäten und Anstrengungen. Zur Situation und Problematik der jeweiligen Nachbarsprache im Bildungssystem liegen inzwischen etliche Arbeiten vor (vgl. z. B. Polzin-Haumann & Reissner, 2020; Polzin-Haumann, Putsche & Reissner, 2019 mit einem vergleichenden Blick auf die Situation am Oberrhein).



Abb. 2: Karte der deutsch-dänischen Grenzregion Sønderjylland-Schleswig
© EFSZ 2022

Die Region Sønderjylland-Schleswig liegt im Süden Dänemarks (Region Syddanmark) und im Norden Deutschlands (Bundesland Schleswig-Holstein); sie ist durch eine hohe Mobilität von Waren und Personen gekennzeichnet. Die besondere historische Situation (vgl. Auge, 2020) und (sprach-)politische Konstellation (Dänisch als Minderheitssprache in Deutschland, Deutsch als Minderheitssprache in Dänemark; vgl. z. B. BGN, 2019; Fredsted, 2018, 176–178) ist mit spezifischen Anforderungen an das Bildungssystem verbunden. Wie auch in anderen Grenzregionen gilt es, der mangelnden Motivation für das Erlernen der Nachbarsprache in

Konkurrenz zur Lingua Franca Englisch entgegenzuwirken (vgl. Hansen, 2018, 192–194), aber auch der Doppelcharakter des Dänischen als schulische Fremdsprache (und damit didaktisch gesehen als Nachbarsprache; vgl. Hansen & Hallsteinsdóttir, 2022) einerseits und Regional- und Minderheitensprache in Schleswig-Holstein andererseits stellen die beiden Bildungs- systeme vor besondere Herausforderungen (vgl. Jakob, 2018, 201–203).



Abb. 3: Karte der polnisch-tschechischen Grenzregion Schlesien © EFSZ 2022

Schlesien ist eine historische Region, die sich über das Gebiet von Polen und der Tschechischen Republik erstreckt; sie teilt sich in Oberschlesien und Niederschlesien. Das Gebiet des sog. Teschener Schlesiens weist den stärksten grenzüberschreitenden Raum auf; exemplarisch wird dies deutlich an der Stadt Cieszyn: Die Grenze zur tschechischen Stadthälfte Český Těšín bildet der Fluss Olsa (polnisch Olza). Trotz der unmittelbaren Nähe beider Teile der Stadt sind selbst hier nur wenige spezifische Maßnahmen zur Organisation eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes zu erkennen.

Dagegen ist hier ein anderer Aspekt von besonderer Bedeutung: In Polen ist die Migration insbesondere ins EU-Ausland besonders ausgeprägt, 4,1 % der polnischen Staatsbürger sind im übrigen Europa arbeitstäglich.¹³ 16 % aller mobilen EU-Arbeitnehmer kommen damit aus Polen, das nach Rumänien europaweit an zweiter Stelle liegt (EU, 2020, 11); die Abwanderung in andere Staaten liegt jedoch mit 0,45 % deutlich niedriger als in Tschechien, das eine jährliche Abwanderung von 1,4 % zu verzeichnen hat (EU, 2020, 8).

Amtssprache auf der polnischen Seite von Schlesien ist Polnisch und auf der tschechischen Seite Tschechisch. In Oberschlesien gibt es einen schlesischen Dialekt, ein Teil davon – der Cieszyn-schlesische Dialekt – wird auf beiden Seiten der Grenze verwendet. Weitere verwendete Sprachen sind u. a. Minderheitensprachen wie Deutsch (für Aspekte polnischer Sprachpolitik vgl. die Beiträge in Mazura, 1999). Vor allem auf polnischer Seite Schlesiens hat die sprachliche und kulturelle Unterstützung für ukrainische Kriegsflüchtlinge nach dem Ausbruch des Kriegs im Februar 2022 viele neue Sprach- und Kulturaktivitäten, Kurse und weitere Arten von Unterstützung hervorgebracht. Die typologischen Ähnlichkeiten zwischen Polnisch, Tschechisch und Ukrainisch ermöglichen zwar eine gegenseitige Verständigung, können damit aber auch für das systematische Erlernen der Sprachen demotivieren, da es für die Verständigung nicht erforderlich ist. Auch hier stellen sich also spezifische sprach- und bildungspolitische Fragen im Kontext der historisch bedingten Sprachensituation. Allerdings bestehen hier keine der deutsch-französischen oder deutsch-dänischen vergleichbaren Forschungsaktivitäten zum Nachbarsprachenunterricht.

13 Vgl. Eurostat, 2022.



Abb. 4: Karte Litauens © EFSZ 2022

Litauen ist eng von Grenzen zu anderen Ländern umgeben, darunter zwei EU-Außengrenzen (Russland und Weißrussland). Die grenzüberschreitende Mobilität im Alltag ist insgesamt nicht sehr ausgeprägt, allerdings leben hier besonders viele Menschen anderer Nationalität. Laut Volkszählung von 2011 sind zwei ethnische Gruppen größer als die anderen: die der Polen (6,6 %) und die der Russen (5,9 %; vgl. Ramoniené, 2020, 234). Insofern ist also zumindest gesellschaftliche Mehrsprachigkeit im Land weit verbreitet.¹⁴ Gezielte Maßnahmen für die Etablierung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts innerhalb der EU-Innengrenzen sind in Litauen kaum zu beobachten. Zugleich ist die mittel-/langfristige Mobilität von Litauern in andere europäische Länder charakteristisch für die Region; ihre Rate liegt bei 6,5 % (gegenüber dem EU-Durchschnitt von 3,3 %; EU, 2020, 8). Die dauerhafte Mobilität der Bevölkerung in andere europäische Länder ist hier

14 Inwieweit diese mit individueller Mehrsprachigkeit einhergeht, bliebe systematisch zu untersuchen. Kostiučenko (2020, bes. 196) hat ermittelt, dass zumindest das Interesse der Bevölkerung an sprachpolitischen Fragen eher gering ist.

mehr als doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt (Abwanderung 1,3 % gegenüber 0,3 % im EU-Durchschnitt (EU, 2020, 8). Seit Februar 2022 machen der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Lage in den unmittelbaren Nachbarländern Litauens – abgesehen von anderen Schwierigkeiten – die sprachliche Situation noch komplexer. In Litauen sind zahlreiche und vielfältige, vor allem auch sprachliche und kulturelle Aktivitäten zur Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine zu beobachten.

Wie diese summarischen Einblicke zeigen, wird die Projektarbeit aus verschiedenen Grenzräumen mit ihren sehr unterschiedlichen historischen, wirtschaftlichen, sozialen, (geo-)politischen, kulturellen und sprachlichen Merkmalen gespeist.

Auch wenn auf die verschiedenen Räume nur recht plakativ eingegangen werden konnte, dürfte die Komplexität der Begriffe *Grenzregion* und *Grenzraum* deutlich geworden sein. Durch das vergleichende Vorgehen konnten verschiedene Typen von Grenzen herausgearbeitet und illustriert werden, etwa

- EU-Binnengrenzen vs. EU-Außengrenzen (damit verbunden durchlässige vs. undurchlässige Grenzen)
- sichtbare vs. unsichtbare Grenzen (z. B. historische administrative Einteilungen, die fortwirken)
- historische vs. rezente Grenzen

Damit verbunden sind spezifische Konditionen und Herausforderungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung und insbesondere für die Stärkung von sprachlichem und interkulturellem Lernen.

Aus linguistischer Perspektive ergeben sich aus der vergleichenden Bestdenaufnahme folgende relevante Aspekte:

- die Rolle der Nachbarsprache(n);
- der historische Hintergrund;
- die Rolle des Englischen als Lingua franca, aber auch anderer Sprachen, die als solche genutzt werden;
- die mit Migrationsprozessen verbundenen sprachlichen Fragestellungen.

Dabei geht es nicht nur um Sprachen und Sprachenlernen ‚an sich‘; vielmehr stellen die mit Sprachen verbundenen Einstellungen und Stereotypen (z. B. ‚schwer‘/„leicht“, „nützlich“ etc.) einen zentralen und aufschlussreichen Aspekt für die vergleichende (linguistische) Grenzraumforschung dar.

Es zeigt sich, dass einerseits bestimmte Fragen mehreren Grenzregionen gemeinsam sind (z. B. die ‚Konkurrenz‘ zwischen der Nachbarsprache und der Lingua franca Englisch in der Großregion und der deutsch-dänischen Grenzregion), dass sich aber andererseits jede Region besonderen Herausforderungen gegenübergestellt sieht (z. B. der Umgang mit dem Russischen in Litauen).

3.2. Einstellungen zu Sprachen europaweit

Nach dieser hier skizzierten vergleichenden Bestandsaufnahme wurde im Projekt der Blick auf weitere (Grenz-)räume ausgeweitet, indem im Herbst 2021 online eine europaweite Umfrage durchgeführt wurde. Sie richtete sich an alle Personen, die beruflich mit Sprachen/Sprachunterricht in Bezug stehen und die in einem Grenzraum leben und/oder arbeiten. Insgesamt 168 Personen absolvierten die gesamte Umfrage; die folgenden Abbildungen verdeutlichen die geographische Verteilung und damit auch die unterschiedlich ausgeprägte regionale Reaktivität.¹⁵

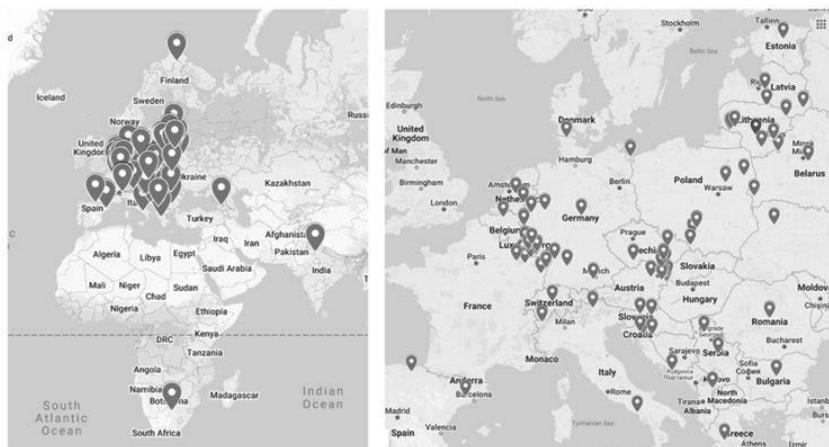


Abb. 5: Wohn-/Arbeitsorte der Teilnehmenden der Umfrage © EFSZ 2022

15 Alle Abbildungen und Diagramme © EFSZ 2022.

Zum Großteil antworteten Lehrkräfte in unterschiedlichen Lehr-/Lernkontexten; der Anteil der Antworten von politisch Verantwortlichen oder Wirtschaftsvertretern ist hingegen eher gering (s. Abb. 6).

| 1.3 I am a ...

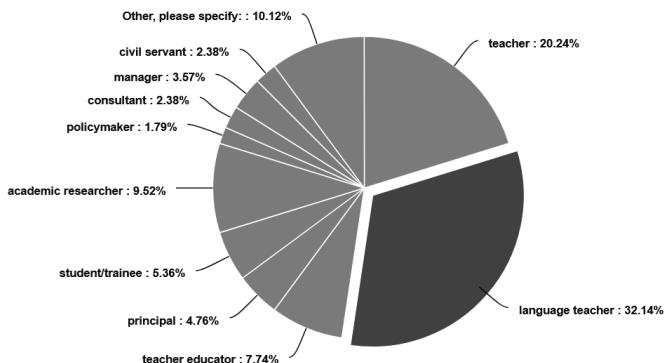


Abb. 6: © EFSZ 2022

Die meisten Lehrenden sind dabei im Hochschulbereich angesiedelt, was die wichtige Rolle der Universitäten bei diesem Thema zeigt (s. Abb. 7).

| 1.4 What type of institution best describes your working/learning environment?

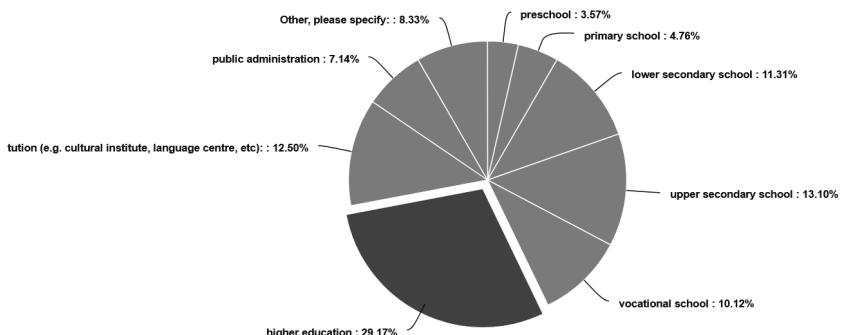


Abb. 7: © EFSZ 2022

Die in der Umfrage erhobenen sprachlichen Aspekte betreffen verschiedene Dimensionen der vorhandenen Sprachen, darunter die Rolle der Nachbarsprachen und des Englischen als Lingua franca, Fragen nach Sprachen, die mit Migrationsprozessen verbunden sind (z. B. Ukrainisch in Polen), sowie Sprachen, die aufgrund historischer Entwicklungen vorhanden sind (z. B. Deutsch in Polen).

Deutlich sichtbar wird in der Befragung die mehrheitliche Zustimmung zur Bedeutung von Sprachen und Sprachkenntnissen, die als Vorteil angesehen werden; außerdem zeigen die Befragten ein Bewusstsein für die wichtige Rolle der Nachbarsprachen. Hervorzuheben sind hier die Reaktionen der Befragten bei den Items im Zusammenhang mit dem Englischen: Knapp 57 % der Befragten widersprachen dem Statement, dass Englischkenntnisse ausreichend sind („it is enough to know English“).

Abbildung 8 fasst die erhobenen Einschätzungen der Teilnehmenden zu einzelnen Dimensionen und Funktionen der verschiedenen Sprachen zusammen. Auch wenn vorliegend nicht auf weitere Details eingegangen werden kann, ist die Übersicht aufschlussreich, um einen Gesamteindruck von den untersuchten Aspekten zu vermitteln.

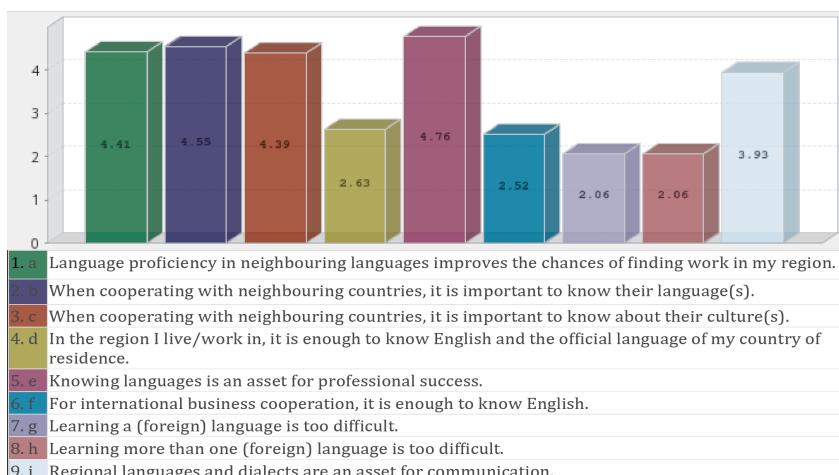


Abb. 8: © EFSZ 2022

Die Freitextantworten verdeutlichen die Dynamik der verschiedenen Positionen, z. B. werden hier Verschiebungen im Hinblick auf die Rolle der Nachbarsprache deutlich. So bestätigt die Umfrage die Ergebnisse von Ra-

monienė (2020), der zufolge Russisch zwar nach wie vor zum Sprachenrepertoire der befragten Personen in Litauen gehört (Ramonienė, 2020, 252); im Sprachenrepertoire gerade der jungen Generation wird es aber von Englisch abgelöst, das an die Stelle von Russisch- bzw. Polnischkenntnissen tritt. Auch im Bereich der Berufsbildung wird die Nachbarsprache Russisch nicht mehr als wichtig angesehen; Gleiches gilt für Polnisch und Lettisch, weitere Nachbarsprachen in Litauen.

Die Ergebnisse der Umfrage und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen für das sprachliche und interkulturelle Lernen wurden schließlich in einem dritten Schritt in einem umfassenden Konsultationsprozess mit verschiedenen Akteuren aus ganz Europa diskutiert, die im Bereich der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung tätig sind. Mit ihnen wurden auch mögliche Schlussfolgerungen für sprachlich-interkulturelle Lehr-/Lernprozesse reflektiert; die Ergebnisse der Konsultationen flossen in die weitere Projektarbeit ein.

Der hier beschriebene Dreischritt hinsichtlich der beteiligten bzw. befragten Akteure stellt eine methodologische Besonderheit des EFSZ-Projekts dar und eignet sich besonders für die (vergleichende) Erforschung komplexer Grenzräume.

3.3. Methodische Überlegungen für eine vergleichende Grenzraumforschung aus angewandt-linguistischer Sicht

Das beschriebene Vorgehen ist ein Beispiel für die umfassende gemeinsame Entwicklung von Forschungsfragen, die Auswahl von methodischen Ansätzen und die Durchführung von Datenanalysen nach den Grundsätzen der transdisziplinären Arbeit (in Anlehnung an die Definition von Defila & Di Giulio, 2018). Im Projekt ist innerhalb der übergreifenden Bezeichnung „Sprachwissenschaft/Sprachforschung“ ein breites Spektrum an disziplinären Perspektiven vertreten, deren unterschiedliche Facetten großes Potential für die Forschungsarbeit mit sich bringen; damit einher gehen unterschiedliche Wissenschaftskulturen und -traditionen, die es ebenfalls miteinander zu vereinbaren gilt. Über den gezielt transdisziplinären Ansatz kann die vorhandene Vielfalt synergetisch für die Projektentwicklung genutzt werden. Ein solcher Ansatz impliziert per se Perspektivwechsel und die kritische Reflexion der eigenen Vorgehensweisen. Auf unterschiedlichen Ebenen findet ein Vergleich statt, in den neben den verschiedenen Regionen mit ihren je charakteristischen Datenlagen auch die verschiedenen

disziplinären Herangehensweisen der beteiligen Forscherinnen einbezogen werden. Man kann hier gewissermaßen von einem doppelten Vergleichscharakter sprechen: auf inhaltlicher wie auf funktionaler Ebene (im Forschungsprozess).

Auch die Einbeziehung von Akteuren aus der Praxis und ihrer Expertise im Feld war, wie erwähnt, Teil des Prozesses. Dieses Vorgehen ist eine Antwort auf die hochkomplexen Fragestellungen und entspricht der Zielsetzung des Projekts, praxisorientierte Ressourcen für die grenzüberschreitende sprachliche Bildung zu erstellen. Die Nutzung unterschiedlicher Erhebungs- und Analyseinstrumente über den gesamten Projektprozess hinweg (Literaturauswertung, Online-Fragebogen, Konsultationsprozess mit Akteuren aus verschiedenen mit der Thematik von Sprachen und Interkulturellem Lernen in der Berufsbildung verbundenen Bereichen, auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen und aus verschiedenen geografischen Räumen) ist Grundlage einer umfassenden Triangulation der gewonnenen Erkenntnisse (vgl. Flick, 2011).

Dies erscheint methodisch geboten, um der Heterogenität und der Diversität der untersuchten Gegenstände umfassend Rechnung zu tragen. Erst durch die Distanzierung von der eigenen Region/dem eigenen Raum, die im transdisziplinären und multiperspektivischen Arbeiten quasi mit einem Blick von außen wahrgenommen werden kann, und die kritischen und mehrfachen Reflexionsschleifen in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Akteuren aus verschiedenen Arbeitskontexten und geografischen Räumen kann die komplexe Thematik von Sprachen und Interkulturalität erfasst und ihr Potenzial für berufliche Bildung in grenzüberschreitender Perspektive umfassend durchdrungen werden.

Auch wenn das Projekt gerade durch den doppelten Vergleichscharakter und die transdisziplinäre Logik viele aufschlussreiche Erkenntnisse im Bereich der linguistisch ausgerichteten Grenzraumforschung ermöglicht hat, muss kritisch festgehalten werden, dass bisweilen ein solches Format z. B. mit geringerer Tiefe der Analyse einzelner Regionen einhergehen kann oder einzelne Gesichtspunkte gänzlich unberücksichtigt bleiben. Dennoch erlaubt die gewählte, mehrdimensionale und vergleichende Vorgehensweise einen insgesamt breiteren Gesamtblick auf die Gegebenheiten und damit einen erhöhten Erkenntnisgewinn.

4. Schlussfolgerungen und Perspektiven

In Grenzregionen mit einem gemeinsamen Arbeitsmarkt ist das Erlernen von Sprachen besonders wichtig, vor allem in der beruflichen Erstausbildung, aber auch in der Weiterbildung. Eine stärkere Förderung des Sprachenlernens in grenzüberschreitenden Arbeitsumgebungen ist unerlässlich. „Grenzregionen werden häufig als Laboratorien der europäischen Integration bezeichnet, da sich dort auch empirisch bestimmen lässt, in welchen Bereichen die Integrationsprozesse fortschreiten und wo sie behindert werden“ (Klatt, 2021, 151). Bezogen auf die Sprachförderung in grenzüberschreitenden Arbeitsumgebungen haben die Ausführungen dieses Beitrags gezeigt, dass das ‚Fortschreiten‘ oder ‚Behindern‘ relativ ist: Was in einer Grenzregion und unter ihren spezifischen Konditionen als ‚Fortschritt‘ gilt, ist in einer anderen längst etabliert. Bestimmte Faktoren werden u. U. als ‚Behindern‘ eingestuft (z. B. das Fehlen von staatlicher Sprachpolitik oder institutionalisierten Programmen), andernorts wirken sie sich aber keinesfalls negativ aus. Dies zeigt sich etwa dort, wo trotz fehlender politischer Rahmengebungen *Bottom-Up*-Initiativen einzelner Akteure bestehen und erfolgreich agieren. Andererseits gewährleisten vorhandene Strukturen nicht automatisch eine reibungslose grenzüberschreitende Praxis, nicht zuletzt wegen der so bedeutsamen, empirisch aber schwer greifbaren Variable der ‚Einstellungen‘.

Die grenzüberschreitende Berufsausbildung bleibt angesichts fortschreitender wirtschaftlicher Verflechtungen und bereits bestehender grenzüberschreitender Arbeitsmärkte in Europa auch zukünftig von hoher Relevanz – gerade auch in Zeiten von Renationalisierungstendenzen. Obgleich seit Beginn der 2000er Jahre auf der Agenda der europäischen Wirtschafts- und Bildungspolitik, entsteht der Eindruck, dass sich über die Zeit und in der Breite der europäischen Grenzregionen die Fragestellungen und Herausforderungen nicht wesentlich geändert haben. Auch die Sprachenfrage zählt nach wie vor dazu. Die im vorliegenden Beitrag dokumentierte Komplexität dieses einen Bereiches macht verständlich(er), woran dies liegt. Die vergleichende Perspektive trägt hier wesentlich zur Erfassung dieses komplexen Charakters bei, auch wenn sie bei Weitem nicht alle zentralen Fragen zu beantworten vermag.

In jedem Fall kann davon ausgegangen werden, dass in vielen europäischen Grenzregionen – gleichsam unter Laborbedingungen – der grenzüberschreitende Alltag bewältigt wird, aus dem Bedürfnis, ihn gemeinsam und über die nationalen Grenzen hinweg zu gestalten. Nicht zuletzt die

immer häufiger anzutreffenden Initiativen zur gemeinsamen *Governance* für bestimmte räumliche Bereiche belegen dies eindrücklich. Ohne Zweifel lassen sich einige der Erfahrungen aus den Grenzregionen auch auf die europäische Ebene übertragen, letztlich ist ja auch die Institution der Europäischen Union ein freiwilliger Zusammenschluss ihrer Mitglieder, der sich auf der Ebene der *Multi-Level-Governance* (Ulrich & Scott 2021, 157–158) bewegt und auf vielen Ebenen nur über Rahmenkompetenzen verfügt – so liegen die Entscheidungskompetenzen im Bereich der Sprachen- und Bildungspolitik ausschließlich bei den Einzelstaaten (in Deutschland bei den Bundesländern). Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund kann linguistische Grenzraumforschung nur erfolgreich realisiert werden, wenn auch die jeweils unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten bei den Nachbarn mit in die Überlegungen einbezogen werden. Die von Klatt (2021, 146) formulierte und vorliegend bereits bejahte Frage (vgl. oben 2.1) nach der Ausrichtung von Grenzraumforschung beinhaltet implizit die Forderung, Grenzregionen „im Verhältnis zur Grenzregion der anderen Seite“ zu untersuchen. Wie die vorliegenden Überlegungen zeigen, erscheint dies unumgänglich, um die Gegebenheiten in den einzelnen Grenzräumen erfassen und verstehen zu können. Aus unserer Sicht sollte zudem die (nicht nur linguistisch ausgerichtete) Grenzraumforschung stets auch auf einem komparativen Ansatz beruhen und idealerweise inter- bzw. transdisziplinär ausgerichtet sein. Je weiter der vergleichende Forschungsansatz gefasst werden kann, desto besser kann er der besonderen Komplexität dieses Forschungsbereichs gerecht werden.

Bibliografie

- Auge, O. (2020). Der deutsch-dänische Grenzraum. In I. Dingel & J. Paulmann (Hg.), *Europäische Geschichte Online* (EGO), Leibniz-Institut für Europäische Geschichte. www.ieg-ego.eu/augeo-2020-de [09.04.2024].
- Berthoud, A.-C., Grin, F., & Lüdi, G. (Hg.). (2013). *Exploring the Dynamics of Multilingualism. The DYLAN project*. John Benjamins.
- Bund deutscher Nordschleswiger [BGN] (2019): Status der deutschen Sprache in Dänemark. Analyse und Vorschläge. https://nordschleswig.dk/wp-content/uploads/2022/11/Deutsch-in-Daenemark_Analyse-2019.pdf [08.04.2024].
- Defila, R., & Di Giulio, A. (Hg.). (2018). *Transdisziplinär und transformativ forschen. Eine Methodensammlung*. Springer.

- Dörrenbächer, H. P. (2018). Die Großregion: ein grenzüberschreitender Berufsbildungsraum? In K. Pallagst, A. Hartz, & B. Caesar (Hg.), *Border Futures – Zukunft Grenze – Avenir frontière: Zukunftsähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit* (S. 286–302). Akademie für Raumforschung und Landesplanung/Leibniz-Forum für Raumwissenschaften.
- Europäische Union (2020). *Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU auf einen Blick. Wichtigste Ergebnisse des Jahresberichts über die Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU – 2020*. Europäische Kommission.
- Eurostat (2022). *EU citizens living in another Member State – statistical overview*. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:EU_citizens_living_in_another_Member_State_-_statistical_overview [23.05.2024].
- Flick, U. (2011). *Triangulation. Eine Einführung*. Springer.
- Fredsted, E. (2018). Was ist eine Nachbarsprache. *Grenzfriedenshefte. Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog*, 65(2), 175–189.
- Grzega, J. (2025). Basic Definitions of Eurolinguistics. In J. Grzega (Hg.), Routledge Handbook of Eurolinguistics (S. 1–16). Routledge.
- Hansen, C. F. (2018). Das Fach Deutsch in Dänemark. *Grenzfriedenshefte. Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog*, 65(2), 190–197.
- Hansen, C. F., & Hallsteinsdóttir, E. (2022). Nachbarsprachendidaktik in Theorie und Praxis am Beispiel Deutsch und Dänisch. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht*, 27(1), 17–46.
- Interreg Deutschland-Dänemark (2023, 29. Juni). 2 Projekte für eine attraktive Region. <https://www.interreg-de-dk.eu/news-events/news/detail/2-neue-projekte-fuer-eine-aattraktive-region/> [23.05.2024].
- Jakob, R. (2018). Die Nachbarsprache in der Schule lernen. Dänisch als Fremdsprache an öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein 2018. *Grenzfriedenshefte. Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog*, 65(2), 197–206.
- Jungbluth, K. et al. (2023). Communicative Borderlands: Language Use and Social Practice in Vocational Training. Comparing West and East. In Consortium of the Linking Borderlands Project (Hg.), *Linking Borderlands: Dynamics of Cross-Border Peripheries. Conceptual and empirical insights from an interdisciplinary perspective* (S. 31–40) (UniGR-CBS Working Paper Vol. 17). <https://cbs.uni-gr.eu/de/ressourcen/publikationen/working-papers/unigr-cbs-working-paper-vol-17> [12.09.2024].
- Klatt, M. (2021). Diesseits und jenseits der Grenze – das Konzept der Grenzregion. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 143–155). Nomos.
- Kostiučenko, A. (2020). The Language Situation in Lithuania – Is There Anything to Worry About? In S. Kessler & M. Pantermöller (Hg.), *The Social Status of Languages in Finland and Lithuania. A Plurimethodological Empirical Survey on Language Climate Change* (S. 107–197). Lang.

- Lampke, A. et al. (2023). Energy Borderlands in Comparison: On the Empirical Productivity of the Concepts around Interconnected Areas and Conflict Zones. In Consortium of the Linking Borderlands Project (Hg.), *Linking Borderlands: Dynamics of Cross-Border Peripheries. Conceptual and empirical insights from an interdisciplinary perspective* (S. 57–70) (UniGR-CBS Working Paper Vol. 17). <https://cbs.uni-gr.eu/de/ressourcen/publikationen/working-papers/unigr-cbs-working-paper-vol-17> [12.09.2024].
- Lüdi, G. (2017). Identity in the Workplace in a Context of Increasing Multilingualism from. In B. Vine (Hg.), *The Routledge Handbook of Language in the Workplace* (S. 348–360). Routledge.
- Marti, R., & Polzin-Haumann, C. (2019). Sprachliche Konvergenz- und Divergenzprozesse: Ein vergleichender Blick in romanische, slavische und germanische Sprachräume. In C. Scholz et al. (Hg.), *Europa jenseits des Konvergenzparadigmas* (S. 281–300). Nomos.
- Masura, J. (Hg.). (1999). *Polska polityka językowa na przełomie tysiącleci* [Polnische Sprachpolitik um die Jahrtausendwende]. Lublin.
- Micka-Monz, L., & Polzin-Haumann, C. (2024). Mehrsprachige Kommunikation in der grenzüberschreitenden Berufsausbildung im saarländisch-lothringischen Grenzraum – eine Fallstudie. In S. Bonin et al (Hg.), *Gelebtes Europa aus der Perspektive der Borderlands. Theorie – Empirie – Transfer* (S. 109–120). Nomos.
- Nienaber, B. et al. (2021). Using Cross-border Mobility in Vocational Education and Training in the Greater Region SaarLorLux. In D. Cairns (Hg.), *The Palgrave Handbook of Youth Mobility and Educational Migration* (S. 297–307). Palgrave Macmillan.
- Polzin-Haumann, C. (2013). Von der Mehrsprachigkeitsforschung zur Ausbildung mehrsprachiger und mehrsprachigkeitsbewusster Akteure: Arbeitsbericht aus einem Pilotprojekt im Rahmen der ‚Universität der Großregion‘. In C. Bürgel & D. Siepmann (Hg.), *Sprachwissenschaft und Fremdsprachendidaktik: Neue Impulse* (S. 103–116). Schneider Verlag Hohengehren.
- Polzin-Haumann, C. (2020). „Die Nachbarn verstehen“ ... in der grenzüberschreitenden Berufsbildung. Sprachenpolitik, Praktiken und Projekte in der Großregion SaarLorLux. In T. Tinnefeld & B. Kühn (Hg.), *Die Menschen verstehen: Grenzüberschreitende Kommunikation in Theorie und Praxis. Festschrift für Albert Raasch zum 90. Geburtstag* (S. 57–71). Narr Francke Attempto.
- Polzin-Haumann, C. (2025). Nachbarsprache Französisch. In S. Höder & P. Krämer (Hg.), *Nachbarsprachen – Sprachnachbarn: Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik in Deutschlands Grenzregionen* (S. 65–111). Nomos.
- Polzin-Haumann, C., Putsche, J., & Reissner, C. (2019). Wege zu einer grenzüberschreitenden deutsch-französischen Fremdsprachendidaktik. État des lieux, enjeux, perspectives. In C. Polzin-Haumann, J. Putsche, & C. Reissner (Hg.), *Wege zu einer grenzüberschreitenden deutsch-französischen Fremdsprachendidaktik. État des lieux, enjeux, perspectives* (S. 7–36). Röhrig Universitätsverlag.

- Polzin-Haumann, C., & Reissner, C. (2016). Unternehmenskommunikation in einem internationalen Unternehmen in der SaarLorLux-Region. Eine Fallstudie auf interdisziplinärer Grundlage. In A. Hennemann & C. Schlaak (Hg.), *Unternehmenskommunikation und Wirtschaftsdiskurse – Herausforderungen für die romanistische Linguistik* (S. 103–121). Winter.
- Polzin-Haumann, C., & Reissner, C. (2020). Traverser les frontières et les langues dans la Grande Région. In G. Hamez & J.-M. Defays (Hg.), *Réalités, perceptions et représentations des frontières. L'espace transfrontalier de la Grande Région Sarre-Lor-Lux* (S. 117–135). EME éditions.
- Ramonienė, M. (2020). New Trends of Multilingualism in the Lithuanian Urban Space: The Private Sphere. In S. Kessler & M. Pantermöller (Hg.), *The Social Status of Languages in Finland and Lithuania. A Plurimethodological Empirical Survey on Language Climate Change* (S. 229–258). Lang.
- Reissner, C. (2017). Sprachliche Bildungskonzepte in der deutsch-französischen Grenzregion: Mehrsprachigkeit in (Bildungs-)Politik und Lebenswelt. In Forum Lesen Kassel (Hg.), *Tagungsband Mehrsprachigkeit als Chance 2017* (S. 74–82). Leipziger Universitätsverlag.
- Reissner, C. (2020). Gemeinsame Lehramtausbildung in der Großregion. Ein Beispiel aus der Praxis und ein vielversprechender Ausblick. In T. Tinnefeld & B. Kühn (Hg.), *Die Menschen verstehen: Grenzüberschreitende Kommunikation in Theorie und Praxis. Festschrift für Albert Raasch zum 90. Geburtstag* (S. 83–98). Narr Francke Attempto.
- Schmeling, M., & Veith, M. (Hg.). (2005). *Universitäten in europäischen Grenzräumen. Konzepte und Praxisfelder. Universités et frontières en Europe. Concepts et pratiques*. transcript.
- Schröder, L., Wegewitz, M., & Gundermann, C. (2023). Von der Grenzregion zum Grenzraum – eine Einleitung. In L. Schröder, M. Wegewitz, & C. Gundermann (Hg.), *Raum- und Grenzkonzeptionen in der Erforschung europäischer Regionen* (S. 8–17). Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde.
- Stroh, C. (1993). *Sprachkontakt und Sprachbewußtsein. Eine soziolinguistische Studie am Beispiel Ost-Lothringens*. Narr.
- Tertrais, B., & Papin, D. (2016). *Atlas des frontières. Les Arènes*.
- Ulrich, P., & Scott, J. (2021). Cross-Border Governance in europäischer Regionalkooperation. In D. Gerst, M. Klessmann, & H. Krämer (Hg.), *Grenzforschung, Handbuch für Wissenschaft und Studium, Border Studies. Cultures, Spaces, Orders* (S. 156–174). Nomos.
- UniGR-Center for Border Studies (2023). *Linking Borderlands: Dynamics of Cross-Border Peripheries. Conceptual and empirical insights from an interdisciplinary perspective*. UniGR-CBS Working Paper Vol. 17, DOI:10.5281/zenodo.8032941
- Wassenberg, B., & Reitel, B. (Hg.). (2020). *Critical Dictionary on Borders, Cross-Border Cooperation and European Integration*. Lang.
- Wassenberg, B. et al. (2023): Toolkit on Models of Border Management and Perception in the EU. 5 Case Studies. <https://centre-jean-monnet.unistra.fr/2023/09/05/toolkit-modeles-de-gestion-de-la-frontiere-et-de-la-perception-sur-lunion-europeenne/> [05.04.2024].

Grenzüberschreitende Berufsausbildung und Studiengänge als Beispiele der europäischen Integration in den deutsch-französischen Grenzregionen

Ines Funk

Abstract

Der Beitrag untersucht die Bedeutung der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung und grenzüberschreitenden Studiengänge in den deutsch-französischen Grenzregionen als Labor der europäischen Integration. Berufs- und Hochschulbildung sind sehr stark von nationalstaatlichen Regelungen und Kompetenzen bestimmt. Die empirischen Ergebnisse belegen, dass in den Grenzregionen dennoch beachtliche Erfolge bei der Entwicklung von grenzüberschreitenden Ausbildungsangeboten erreicht werden konnten. Weiterhin bestehen aber zahlreiche Herausforderungen, und unerwartete Ereignisse fordern immer wieder Anpassungsbedarf. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wird diskutiert, inwiefern die gemachten Erfahrungen und entwickelten Lösungsansätze zur Weiterentwicklung der europäischen Integration im Bildungsbereich beitragen können.

1. Grenzüberschreitende Ausbildung als Laboratorium der Europaforschung

Ein Austausch oder ein Praktikum während der Schulzeit oder Ausbildung in einem anderen Land, ob in der Gruppe oder individuell, macht die europäische Idee für Jugendliche greifbar. In den deutsch-französischen Grenzregionen gibt es – neben den üblichen Austauschformaten – mit der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung und grenzüberschreitenden Studiengängen integrierte Programme, die eine komplettte Ausbildung umfassen und zu einem Abschluss führen. Sie können als Leuchtturmprojekte der deutsch-französischen Jugendmobilität verstanden werden, auch wenn sie quantitativ gesehen eine Nebenrolle spielen. Um die Durchlässigkeit der verschiedenen nationalen Ausbildungssysteme zu erhöhen, suchen die Initiativen zur Harmonisierung der Ausbildungssysteme in der EU nach neuen Ideen für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich (Nienaber et al.,

2021, 298). Damit sind grenzüberschreitende Ausbildungsinitiativen auch Reallabore (LIVING LABS) der europäischen Integration (Europäische Kommission, 2021; Europäisches Parlament, 2022). Die beiden in den Grenzregionen etablierten Formen der Ausbildung zeigen, dass die nationalen (Aus-)Bildungssysteme überwunden werden können und dass auch in diesem stark reglementierten Bereich grenzüberschreitende und europäische Kooperation gelingen kann. Gleichzeitig machen ihre Einführung und Entwicklung aber auch deutlich, dass für solche komplexen grenzüberschreitenden Projekte entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen und aufrechterhalten werden müssen. Auch nach der Etablierung können immer wieder Anpassungen notwendig werden, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit herausfordern können.

Bei der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung und bei grenzüberschreitenden Studiengängen handelt es sich im Gegensatz zu Auslandssemestern, Austauschen zwischen Berufsschulen oder Praktika im Nachbarland um vollständige berufsqualifizierende Ausbildungen, die sich durch ihren hohen Grad der Integration und Verbindlichkeit auszeichnen. Kooperationsvereinbarungen, gemeinsame Studienordnungen und Rahmenvereinbarungen schaffen die entsprechenden rechtlichen Grundlagen. Ermöglicht wird diese Form der Ausbildung zudem durch die geringe räumliche Distanz der Ausbildungsorte wie Ausbildungsbetrieb, Berufsschule oder Partnerhochschule sowie die europäische Freizügigkeit, die es erlauben, zwischen den Standorten zu pendeln.

Die Heterogenität der (Aus-)Bildungssysteme in den Nachbarregionen ist dabei zum einen Ausgangspunkt für die Entwicklung der Angebote, um Synergieeffekte zu nutzen. Zum anderen verursacht sie auch zahlreiche Herausforderungen durch widersprüchliche Regelungen. (Aus-)Bildungssysteme sind historisch gewachsen sowie stark reglementiert und damit nur begrenzt anpassbar (Dörrenbächer, 2020, 126–127; Nienaber et al., 2021, 197). In der Praxis müssen zudem viele unterschiedliche Akteure auf mehreren Ebenen zusammenarbeiten, um zunächst die formalen Voraussetzungen zu schaffen und anschließend die praktische Umsetzung sicherzustellen. Dabei sind auch asymmetrische Kooperationen notwendig, da die Kompetenzen im zentralistischen französischen und im föderalistischen deutschen System anders verteilt sind (Funk, Nienaber & Dörrenbächer, 2021).

Die beschriebenen Herausforderungen werden jedoch aus mehreren Gründen in Kauf genommen. Im europäischen Kontext werden die innovativen Angebote als Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen (Be-

rufs-)Bildungsraums verstanden, der zur Stärkung des Standortes Europa beiträgt (BMBF, 2021). Entlang der französisch-deutschen Grenze sind die Anstrengungen vor dem Hintergrund der starken Arbeitsmarkt- und Alltagsverflechtungen zu sehen. Unternehmen sind aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Aktivitäten oder Kundschaft aus der Nachbarregion an zweisprachigen Arbeitskräften interessiert. Für Jugendliche in Regionen mit einer erhöhten Jugendarbeitslosigkeit steigt durch die Option einer grenzüberschreitenden Ausbildung die Chance auf einen Ausbildungsplatz. Zudem öffnen sich ihnen im Anschluss die Arbeitsmärkte beider Länder (Dörrenbächer, 2020, 122–124). Diese Argumente sind auch in anderen Teilen der sogenannten Großregion¹ ausschlaggebend, z. B. in Luxemburg (Großregion, 2018, 2), und lassen sich auf andere europäische Grenzregionen übertragen.

Die grenzüberschreitende duale Berufsausbildung und integrierte grenzüberschreitende Studiengänge können als Vorreiterprojekte der deutsch-französischen Jugendmobilität eingestuft werden. Die Covid-19-Pandemie und die Auswirkungen einer Ausbildungsreform in Frankreich haben in den letzten Jahren jedoch deutlich gemacht, dass auch scheinbar etablierte, fortschrittliche grenzüberschreitende Ausbildungsformate durch veränderte Rahmenbedingungen vor nicht zu erwartende Herausforderungen bzw. sogar in Frage gestellt werden können. Das Beispiel zeigt, dass auch Rückschritte und die Suche nach neuen Wegen der Zusammenarbeit Teil der grenzüberschreitenden Integration sind und diese voranbringen können.

Vor diesem Hintergrund geht dieser Beitrag anhand der beiden Beispiele den folgenden Fragen nach:

- Welche Rahmenbedingungen sind für eine erfolgreiche Umsetzung und Weiterentwicklung komplexer grenzüberschreitenden Ausbildungsformate notwendig?
- Was bedeuten veränderte und dynamische Rahmenbedingungen für solche Programme?
- Welche Maßnahmen sind zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen und zur Weiterentwicklung denkbar?

¹ Mitglieder der Großregion sind die deutschen Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz, die französischen Départements Moselle, Meurthe-et-Moselle und Meuse in der Region Grand Est sowie die Wallonie, die Fédération Wallonie-Bruxelles, Ostbelgien und das Großherzogtum Luxemburg.

Dabei wird ein empirischer Ansatz gewählt. Die Ergebnisse für die zwei Fallbeispiele beruhen auf mehreren Untersuchungen in der Großregion, die zum Teil im Rahmen der Aktivitäten der Arbeitsgruppe „Beschäftigung und Ausbildung“ des UniGR-Center for Border Studies und zum Teil in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Französischen Hochschule durchgeführt wurden. Dabei wurden mit den Akteuren der grenzüberschreitenden Berufsausbildung seit 2015 in mehreren Etappen qualitative Interviews geführt (vgl. Funk & Wille, 2022). Die Entwicklung dieser Form der Ausbildung konnte dadurch seit ihrer Einführung wie in einem Labor beobachtet werden. Zu den Auswirkungen der Pandemie auf grenzüberschreitende deutsch-französische Studiengänge wurden 2021 eine Online-Umfrage und Interviews unter Studierenden durchgeführt, da strukturierte empirische Daten dazu fehlten. Der inhaltliche Fokus lag dabei auf spezifisch grenzüberschreitenden Herausforderungen. Einbezogen wurden Studierende in der Großregion und in der Oberrheinregion in sogenannten grenznahen Studiengängen, wie z. B. der Master Border Studies zwischen der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und der Universität Luxemburg und der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern-Landau. Insgesamt zählen zur Zielgruppe ca. 1.000 Studierende, von denen die Deutsch-Französische Hochschule aufgrund von Datenschutzbestimmungen 416 kontaktieren und zur Teilnahme an der Online-Umfrage auffordern konnte. 104 Fragebögen wurden ausgefüllt, von denen 68 für die Auswertung herangezogen werden konnten. Eine ausführliche Darstellung der Untersuchung findet sich in Funk (2023).

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst auf die Entwicklung der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung und die Auswirkungen der Ausbildungsreform in Frankreich eingegangen. Anschließenden werden die Erfahrungen der Pandemie in grenzüberschreitenden Studiengängen und deren Auswirkungen diskutiert. Das Fazit fasst aus den beiden Beispielen abgeleitete Schlussfolgerungen für die erfolgreiche Weiterentwicklung grenzüberschreitender Ausbildungsangebote und ihre Funktion als Labore europäischer Integration zusammen.

2. Grenzüberschreitende Berufsausbildung in Frankreich und Deutschland: Aus Rückschritten lernen?

2.1. Die Entwicklung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung seit 2013/14

Mit den Rahmenvereinbarungen für die Oberrheinregion (2013) und Saarland-Lothringen (2014) wurden zwei regionale Rahmenvereinbarungen für die grenzüberschreitende duale Berufsausbildung abgeschlossen, die es ermöglichen, den praktischen Teil der Ausbildung im Nachbarland und die Berufsschule im Heimatland zu absolvieren (Oberrheinkonferenz, 2013; Großregion, 2014). In den deutsch-französischen Grenzräumen gab schon seit Jahrzehnten vereinzelt Auszubildende, die eine Ausbildung in der Nachbarregion absolvierten. Mit den Rahmenvereinbarungen bestand nun erstmals eine rechtssichere Grundlage für eine integrierte grenzüberschreitende Berufsausbildung. Damit war auch das Ziel verbunden, eine größere Zielgruppe zu erreichen, deren Sprachkenntnisse für eine praktische, nicht aber für eine theoretische Ausbildung im Nachbarland ausreichen.

Nach dem Abschluss der Vereinbarungen entstand ein Akteursnetzwerk auf der operationellen Ebene, das die notwendigen Strukturen und Prozeduren etablierte und die Ausbildungsform intensiv bewarb. Für interessierte Jugendliche und Unternehmen wurden umfassende Beratungsmöglichkeiten geschaffen. Die Überwindung bestehender Herausforderungen führte zu zahlreichen intra- und interregionalen Lernprozessen bei den beteiligten Akteur:innen und brachte pragmatische Lösungsansätze hervor, die an die regionalen Gegebenheiten angepasst sind. Den Pionierunternehmen mit einem sehr starken Interesse an der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung und ausreichenden Ressourcen folgten kleinere Unternehmen und weitere Branchen. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge nahm in der Folge zu (Funk, Nienaber & Dörrenbächer, 2021). Im Grenzraum Saarland-Lothringen stieg die Anzahl ab 2016 kontinuierlich und erreichte 2019 mit 23 abgeschlossenen Verträgen einen Höchststand (vgl. Abb. 1). In der Oberrheinregion wurden wesentlich höhere Zahlen erreicht, da die Vereinbarung auch ein grenzüberschreitendes duales Studium ermöglichte. Im Zeitraum von 2011 bis 2018 wurden dort insgesamt 434 Verträge abgeschlossen, bei 311 davon handelte es sich um ein duales Studium. Wie im Saarland ist auch dort eine stark einseitige Nutzung der Rahmenvereinbarungen zu beobachten, denn der Großteil der Verträge

entfiel auf französische Jugendliche, die den praktischen Teil der Ausbildung in Deutschland absolvieren (Hofmann & Kauber, 2022, 72).

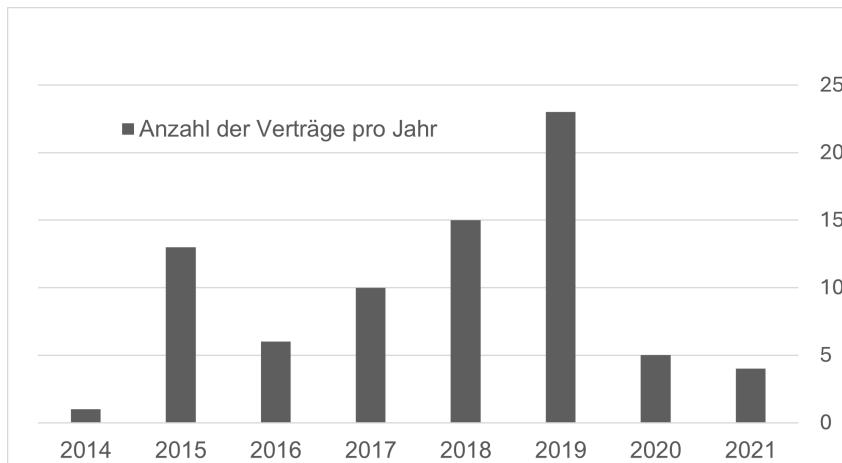


Abbildung 1: Anzahl der abgeschlossenen Verträge für eine grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen 2014–2021

Quelle: eigene Erhebung und Darstellung, Daten: Regionaldirektion Agentur für Arbeit, Interviews

Das neue Ausbildungsformat an sich sowie die erreichte Anzahl von Ausbildungsverträgen wurden im Saarland und Lothringen dennoch als erfolgreich eingeschätzt und das Abkommen nach dem Ende der dort verankerten Pilotphase 2018 verlängert. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass sich Beharrlichkeit und persönliches Engagement bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bildungsbereich auszahlen. Gleichzeitig zeigt das Beispiel, wie individuell Jugendliche, Unternehmen und Berufsschulen betreut werden müssen, um bestehende Barrieren zu überwinden. Die Vorbereitung der Rahmenvereinbarungen und deren operationelle Implementierung illustrieren, wie wichtig eine Laborphase für die Entwicklung komplexer grenzüberschreitender Projekte ist.

2.2. Neue und alte Herausforderungen

In Abbildung 1 wird deutlich, dass es 2020 zu einem starken Einbruch der Zahl der abgeschlossenen Verträge kam, dies gilt vergleichbar auch für die Oberrheinregion (Baumgartner & Ross, 2022, 19). Ursachen waren veränderte Rahmenbedingungen in Frankreich. Durch eine allgemeine Ausbildungsreform im Jahr 2018 (*Loi pour la liberté de choisir son avenir professionnel* vom 5. September 2018) konnten zum einen die Rahmenabkommen nicht mehr genutzt werden, weil für diese Art der Ausbildung in Frankreich keine ausreichenden rechtlichen Grundlagen bestanden. Zum anderen entdeten auch die bisherigen Finanzierungszusagen der Region Grand Est, weil die Kompetenzen für die duale Ausbildung von der regionalen Ebene zu den nationalen *opérateurs de compétences* (OPCOs) verschoben wurden. Mithilfe einer für jeweils ein Jahr gültigen Übergangslösung (*régime dérogatoire*) konnten theoretisch nach einiger Zeit wieder Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Angesichts der Unsicherheit, ob die Verlängerung für das nächste Jahr erfolgen würde, nahmen aber viele Unternehmen und Jugendliche Abstand von einer grenzüberschreitenden dualen Ausbildung und es kam nur eine geringe Anzahl von Verträgen in der Großregion und der Oberrheinregion zustande (Baumgartner & Ross, 2022, 19). In der Folge lösten sich zum Teil die geschaffenen Strukturen auf, Expert:innen auf der operationellen Ebene wechselten in andere Arbeitsbereiche. Die Covid-19-Pandemie erschwerte die Kommunikation zwischen den Beteiligten und die Verhandlungen zusätzlich. Zeitweise herrschte große Unsicherheit darüber, ob es gelingen würde, ein angepasstes neues Abkommen abzuschließen und diese Form der Ausbildung aufrechtzuerhalten.

Im Juli 2023 wurde mit dem Abkommen von Lauterburg (BMBF, 2023) schließlich eine neue Vereinbarung unterzeichnet, welche das Fortbestehen der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung sicherstellt und die bisherigen Regelungen größtenteils weiterführt. Allerdings handelt es sich dabei um ein nationales Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, das für die gesamte deutsch-französische Grenzregion gilt und damit einheitliche Voraussetzungen schafft. Zunächst muss es jedoch noch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Zudem sind zahlreiche offene Fragen der praktischen Umsetzung zu klären.

Dieses komplexe Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zeigt vielfältige Herausforderungen auf, die auch in vielen anderen Bereichen bestehen. Dazu gehören sehr allgemeine Hürden wie der unterschied-

liche Staatsaufbau und die damit verbundene Verteilung von Kompetenzen auf die verschiedenen Ebenen oder widersprüchliche rechtliche Grundlagen. Im Bereich der Arbeits- und Bildungsgesetze äußert sich dies in unterschiedlichen Regelungen zur Arbeitszeit und zur Ausgestaltung der dualen Ausbildung (Dörrenbächer, 2020, 126–127). Daraus ergeben sich beispielsweise Uneinigkeiten, wer überhaupt zur Kategorie der Auszubildenden zählt (Regierung des Saarlandes, 2022, 2; IPR, 2021) und ein großer Aufwand für die Festlegung äquivalenter Berufe dies- und jenseits der Grenze. Der große Aufwand bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen wirkt abschreckend, weil die Abkommen keine Doppelabschlüsse vorsehen und der Abschluss des Nachbarlandes zusätzlich erworben werden muss.

Auf der operationellen Ebene entsteht dadurch ein enormer individueller Beratungs- und Betreuungsaufwand. Zusätzlich erhöht wird dieser durch nationale Formulare, Plattformen und Verfahren, die nicht auf eine grenzüberschreitende Ausbildung ausgelegt sind. Neben dem in den Abkommen vorgesehenen grenzüberschreitenden Ausbildungsvertrag müssen zusätzlich nationale Ausbildungsvereinbarungen abgeschlossen sowie zahlreiche Zusatzdokumente vorgelegt werden. Trotz der inzwischen erworbenen Erfahrung ist in allen Fällen, in denen es um einen neuen Beruf geht oder neue Partner involviert sind, eine Einzelfallprüfung notwendig.

Seit 2018 konnte beobachtet werden, welche Auswirkungen die Veränderung von nationalen Rahmenbedingungen auf Grenzregionen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit haben kann. Dabei waren diese nicht intendiert, sondern vielmehr eine Begleiterscheinung. Die Konsequenzen der Ausbildungsreform wurden nicht bedacht, weil Wissen über die spezielle Ausbildungsform und die Situation in den Grenzregionen fehlte. Hinweise auf problematische Regelungen wurden möglicherweise auch angesichts der geringen Fallzahlen nicht ausreichend berücksichtigt. In der Folge kam es zu einem massiven Rückschritt der grenzüberschreitenden Kooperation, der auf der regionalen Ebene bzw. von den Grenzregionen nicht verhindert werden konnte.

2.3. Die Zukunft der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung: Zwischen Leuchtturmprojekt und Randerscheinung?

Das Vertrauen der Ausbildungsbetriebe und Jugendlichen, dass es sich bei der grenzüberschreitenden Berufsausbildung um eine zukunftsweisende Ausbildung handelt, die auf einer verlässlichen rechtlichen Grundlage steht,

scheint von Neuem gewonnen werden zu müssen. Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie ist die Frage des Vertrauens in einem noch größeren Kontext zu sehen: Die Annahme, dass die Grenzen in der Europäischen Union offen und grenzüberschreitende Ausbildungen damit möglich sind, erwies sich zumindest temporär als falsch.

Dass es Deutschland und Frankreich gelungen ist, mit dem Abkommen von Lauterburg eine Lösung zu finden und das Fortbestehen der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung zu ermöglichen, kann zum einen als Zeichen einer funktionierenden Kooperation gewertet werden. Zum anderen bestätigt es die große symbolische Bedeutung der Ausbildungsform – für die Grenzregionen aber auch für die europäische Integration. Carole Grandjean, *ministre déléguée chargée de l'Enseignement et de la Formation professionnels*, fasste die Bedeutung des Abkommens folgendermaßen zusammen:

„Je salue le travail remarquable mené avec l'Allemagne, qui nous permet aujourd'hui de poser la première pierre d'une ambition plus grande pour nos jeunes apprentis : bâtir demain un grand espace européen de l'apprentissage. Je suis convaincue que c'est par ces solutions concrètes que se construit l'Europe sociale, et que se renforce, de part et d'autre des frontières, le sentiment d'appartenance à l'Union.“ (Ministère du Travail, du Plein Emploi et de l'Insertion, 2023)²

Die große symbolische Bedeutung, die über die deutsch-französische Zusammenarbeit hinausgeht, erklärt auch das große Engagement in den Grenzregionen für diese Art der Ausbildung. Dass es nun ein nationales Abkommen anstatt verschiedener regionaler Regelungen gibt, weckt bei den Akteuren in den Grenzregionen die Hoffnung, dass die politische Aufmerksamkeit für das Thema auf nationaler Ebene zunimmt.

Auf der operationellen Ebene werden die Chancen der notwendigen Vereinheitlichung der Abläufe hervorgehoben. Angepasste Formulare oder technische Lösungen, die angesichts der unterschiedlichen regionalen Vorgehensweisen bislang nicht umgesetzt wurden, könnten den Aufwand für den Abschluss der Ausbildungsverträge reduzieren. Gleichzeitig bedeutet

2 Deutsch: „Ich begrüße die bemerkenswerte Zusammenarbeit mit Deutschland, die es uns heute erlaubt, den Grundstein für eine größere Ambition für unsere jungen Auszubildenden zu legen: die zukünftige Schaffung eines großen europäischen Ausbildungsräums. Ich bin davon überzeugt, dass das soziale Europa aus solchen konkreten Lösungen entsteht und dadurch auf beiden Seiten der Grenze das Zugehörigkeitsgefühl zur Union zunimmt.“ (Übersetzung Ines Funk).

die Einbeziehung der Bundesministerien auf deutscher Seite auch eine Herausforderung. Expertenwissen lag bislang vor allem auf der regionalen Ebene vor, die nun zum Teil um ihren Einfluss bangt. Auch in Frankreich haben sich die Ansprechpersonen durch die Übertragung der Kompetenzen an die OPCOs im Rahmen der Ausbildungsreform verändert, wodurch sich ein ganz neues Akteursnetzwerk ergibt.

Zu diesen veränderten Rahmenbedingungen kommt eine weitere Herausforderung, die die Ausbildungs- und Arbeitsmärkte insgesamt betrifft. Auch die Grenzregionen sind zunehmend mit einem Arbeits- und Fachkräftemangel konfrontiert, wie das Beispiel der Großregion zeigt. Dabei sind in den Mitgliedsregionen jeweils die gleichen Branchen von den dringendsten Engpässen betroffen (IBA, 2022; EURES Großregion, 2023). Als Lösungsansatz werden in der Großregion die duale Berufsausbildung allgemein und Angebote zur grenzüberschreitenden dualen Ausbildung im Speziellen als ein Ansatz zur Bekämpfung diskutiert (Himbert, 2023; Régierung des Saarlandes, 2022, 1; Région Grand Est, 2023, 14; WSAGR 2022, 4). Dass auch in Ausbildungsberufen eine grenzüberschreitende und damit internationale Ausbildung möglich ist, steigert sicherlich deren Attraktivität für die Jugendlichen, die über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen. Von einem Masseneffekt ist jedoch angesichts der bisherigen Inanspruchnahme (vgl. Abb. 1) und der sehr speziellen Zielgruppe nicht auszugehen. Zudem werden durch das Ungleichgewicht zwischen der Zahl der französischen und deutschen Jugendlichen, die eine solche Ausbildung absolvieren, zunehmend neue Fragen aufgeworfen, z. B. bezüglich der finanziellen Förderung von französischer Seite (Baumgartner & Ross, 2022, 18).

Angesichts der quantitativen Bedeutung könnte die grenzüberschreitende duale Berufsausbildung als Randerscheinung der grenzüberschreitenden Kooperation und damit auch der europäischen Integration gesehen werden. Die gefundenen innovativen und pragmatischen Lösungen zur Überwindung der bestehenden Herausforderungen machen sie jedoch zu einem Leuchtturmprojekt, das in den Grenzregionen zum Aufbau vielfältiger Kompetenzen zur Durchführung komplexer europäischer Ausbildungen beiträgt.

3. Grenzüberschreitende deutsch-französische Studiengänge: Aus der Krise lernen?

3.1. Die Folgen der Covid-19-Pandemie

Das Prinzip einer integrierten, grenzüberschreitenden Ausbildung existiert auch im Bereich der deutsch-französischen Hochschulbildung. Die Vielzahl grenzüberschreitender Studiengänge in der Großregion ist das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit im Bereich von Forschung und Lehre, die mit der Hochschulcharta Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonien von 1984 begann. Sie wurde inzwischen von anderen Formaten der Kooperation abgelöst: Die Universität der Großregion (UniGR) und das Deutsch-Französische Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft (DFHI) bieten aktuell 30 bzw. zwölf grenzüberschreitende integrierte Studiengänge an. Es handelt sich um binationale oder trinationale Programme in zahlreichen Disziplinen, die den Besuch von Lehrveranstaltungen an den Partneruniversitäten in sehr unterschiedlichen Formaten integrieren (Gipfelsekretariat der Großregion, 2021, 28–29). Ähnliche Angebote gibt es in der Oberrheinregion, wo das Netzwerk „Eucor – The European Campus“ zwölf grenzüberschreitende integrierte Studiengänge verantwortet (Eucor, o. J., 11–12).

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Ausgangsbeschränkungen sowie die Umstellung auf Online-Lehre bedeuteten für Studierende allgemein einen massiven Einschnitt in ihren Lebens- und Studienalltag (z. B. Becker & Lorz, 2020; Doolan et al., 2020; OVE, 2020). Die Studierenden in grenzüberschreitenden Programmen waren jedoch zusätzlich mit den Auswirkungen der Grenzschließungen bzw. verstärkten Grenzkontrollen und den Unterschieden zwischen den nationalen Regelungen zur Pandemiebekämpfung konfrontiert (Sieburg, 2021; Stokłosa & Wassenberg, 2021).

Wie zu erwarten war, bestätigten die empirischen Untersuchungen, dass die grenzüberschreitende physische Mobilität in den Studiengängen massiv betroffen war. Die Grenzschließungen und verschärften Regeln beim Grenzübertritt sowie der Umstieg auf digitale Lehrformate bedeuteten, dass das grenzüberschreitende Pendeln zwischen Wohn- und Ausbildungsort(en) entfiel. Formal erbrachten die meisten Studierenden ihren geplanten Auslandsaufenthalt, aber in der Realität bedeutete dies, dass sie von zu Hause an Online-Seminaren an den Partneruniversitäten teilnahmen.

Auch die sozialen Kontakte waren erheblich eingeschränkt: Waren für die Studierenden vor der Pandemie grenzüberschreitende soziale Kontakte

selbstverständlich, war nun der Besuch von Freunden und Familie gar nicht oder nur unter komplizierten Auflagen möglich. Dies führte zu Einsamkeit und beeinflusste z. T. auch den Studienverlauf. Die Studierenden konnten weder in den Alltag noch in das Studium in der Nachbarregion eintauchen und damit keine interkulturellen Erfahrungen sammeln. Es wurde sehr deutlich, wie unterschiedlich die Bestimmungen, z. B. die Quarantäneregeln, in den Nachbarländern waren und wie zeitaufwändig es war, sich darüber zu informieren.

Dies galt auch für die pandemiebedingten Einschränkungen an den Partnerhochschulen, wo es nicht immer gelang, die Studierenden aus den Nachbarregionen ausreichend zu informieren bzw. in allen Bereichen angemessen zu unterstützen. Diese Erkenntnisse zeigen, dass die besonderen Bedürfnisse dieser Studierenden noch nicht immer erkannt und berücksichtigt werden, dies gilt besonders für Krisensituationen.

Insgesamt führten die Erfahrungen bei den Studierenden – aber auch bei den Studiengangverantwortlichen und Lehrenden – zu der Erkenntnis, dass offene Grenzen nicht so selbstverständlich sind, wie vor der Pandemie angenommen. Die physische Mobilität und damit die verbundenen umfassenden interkulturellen Erfahrungen sind ein elementarer Bestandteil integrierter grenzüberschreitender Studienangebote. Wenn sie wegfällt, geht deren wichtigstes Alleinstellungsmerkmal verloren. Die Attraktivität der grenzüberschreitenden Studiengänge litt dadurch zumindest zeitweise, weil der Aufwand für diese Art des Studierens stieg, während ihre Vorteile wegfielen. Erfreulich ist, dass mehr als zwei Drittel der Studierenden trotz ihrer negativen Erfahrungen während der Pandemie wieder einen grenzüberschreitenden Studiengang wählen würden (vgl. Abb. 2).

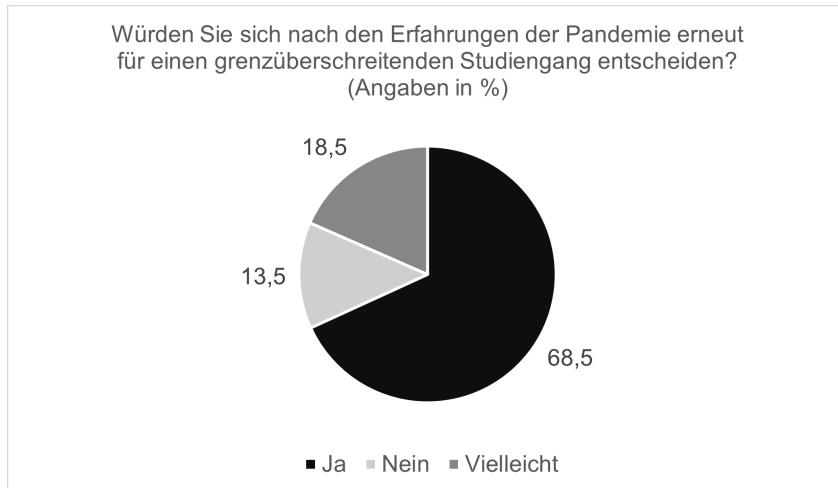


Abbildung 2: Auswirkungen auf die Attraktivität grenzüberschreitender Studiengänge

Quelle: eigene Erhebung (Dez. 2021) und Auswertung, n=54

Möglicherweise liegt dies auch darin begründet, dass die Pandemie aufgezeigt hat, wie dringend Spezialist:innen mit Kenntnissen über Grenzregionen und grenzüberschreitende Kooperation sowie mit interkulturellen Kompetenzen benötigt werden. Sie können die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Entscheidungen antizipieren. Diese Kompetenz wird nicht nur in Krisenzeiten benötigt, sondern auch im politischen und administrativen Alltag. Damit belegte die Pandemie die Relevanz grenzüberschreitender Studiengänge und die Employability ihrer Absolvent:innen.

Gleichzeitig illustrieren die Erfahrungen, dass Grenzregionen allgemein und grenzüberschreitende Studiengänge sowie deren Studierende im Besonderen bei politischen und administrativen Entscheidungen oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Deren spezifischen Bedürfnisse sind nicht bekannt bzw. die Auswirkungen werden nicht bedacht. Dies betrifft alle involvierten Ebenen, von nationalen Gesetzgebungsverfahren bis zu Entscheidungen von Hochschulleitungen. So galten z. B. während der Pandemie die Ausnahmeregelungen zum Grenzübertritt für Grenzgänger:innen zunächst nicht für Auszubildende und Studierende. Die Sonderregeln für Präsenzprüfungen bedeuteten zum Teil einen enormen Mehraufwand für die Studierenden aus den jeweiligen Nachbarregionen.

Dies wirft auf vielen Ebenen Fragen zur (politischen) Priorität grenzüberschreitender Studiengänge auf, die vielfach als Leuchtturmprojekte angeführt werden. Wie bei der grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung ist auch hier die kleine Zahl der Betroffenen ein Nachteil. Sonderlösungen scheinen deshalb oft zu aufwändig und es gibt bislang keinen besonderen Status für Studierende in grenzüberschreitenden Studiengängen. Die Suche nach Lösungen für solche Herausforderungen weist einen Laborcharakter auf: Es werden Ansätze entwickelt und getestet werden, die auch im breiteren europäischen Kontext Anwendung finden können.

4. Fazit

Einerseits illustrieren die beiden Beispiele, dass in den deutsch-französischen Grenzregionen im Bereich der Ausbildung beachtliche Erfolge erzielt werden konnten. Dadurch wurden vielfältige Kompetenzen zu komplexen Ausbildungsformaten aufgebaut, die auf inter- und intraregionalen Lernprozessen basieren. Ähnliche Projekte in anderen Grenzregionen, aber auch im europäischen Kontext können davon profitieren, wie z. B. bei der Einführung eines europäischen Hochschulabschlusses (Europäische Kommission, 2024). Die deutsch-französischen Grenzregionen können mit diesen Best-Practice-Beispielen ihre Sichtbarkeit und die der Grenzregionen allgemein in Europa erhöhen.

Andererseits zeigen die betrachteten Krisen, die als Stresstest verstanden werden können, dass Rahmenbedingungen nicht so stabil sind, wie lange Zeit angenommen, und auch Rückschritte möglich sind. Damit könnte in Frage gestellt werden, ob es sich uneingeschränkt um Erfolgsbeispiele der europäischen Integration im Kleinen handelt. Die Idee des Labors impliziert das Erreichen von neuen Erkenntnissen durch Experimentieren. Dies umfasst auch die Suche nach neuen Handlungsoptionen bei unerwartet eingetretenen Ereignissen. Damit kann der Umgang mit den beschriebenen Krisen nicht nur als Reallabor für die Entwicklung komplexer Formen der Zusammenarbeit, sondern auch für notwendige Anpassungen durch sich ändernde Rahmenbedingungen eingeordnet werden.

Die Schaffung und Erhaltung der notwendigen Rahmenbedingungen liegen nicht nur im Kompetenzbereich der Grenzregionen, sondern sind Aufgabe aller politischen und administrativen Ebenen. Damit handelt es sich um ein höchst dynamisches Umfeld, in dem immer wieder Veränderungen notwendig sind. Zum Teil kann dabei eine Diskrepanz zwischen

den Statements zur grenzüberschreitenden Ausbildung und der erfolgten Unterstützung beobachtet werden. Als Fortschritt kann der sogenannte Grenzraum-Check bewertet werden, der zukünftig die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Grenzregionen und damit auch auf grenzüberschreitende Ausbildungsformate abschätzen soll (Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, 2023). Vorstellbar wäre auch die Anwendung innovativer Instrumente der grenzüberschreitenden Kooperation wie der Experimentierklausel des Aachener Vertrages oder das geplante *Cross-Border Facilitation Tool* (Europäische Kommission, 2023), um z. B. für Widersprüche zwischen den nationalen Bildungsgesetzen Lösungen zu finden. Mit ihrer Erprobung könnte die Funktion grenzüberschreitender Ausbildungsangebote als ein Labor der europäischen Integration weiterentwickelt und ihre Attraktivität (wieder) gesteigert werden.

Die vorgestellten grenzüberschreitenden Ausbildungsformate werden sich auch in Zukunft nicht zu einem Massenphänomen entwickeln. Sie zeigen jedoch, was in einer europäischen Bildungslandschaft bereits möglich ist. Dadurch sind sie ein wichtiger Baustein der grenzüberschreitenden Integration im Bereich der Jugendmobilität und bringen Absolvent:innen mit einem europäischen Profil hervor. Sie nehmen deshalb in diesem Kontext die Funktion eines Reallabors ein.

Bibliografie

- Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (2023, 23. Oktober). Entschließung zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Gesetzesfolgenabschätzung in Umsetzung von Art. 14 des Vertrags von Aachen. <https://agz-cct.diplo.de/blob/2628214/d0237fbeb6a5cd59216a93ebf0165e8/23-10-23-beschluss-grenzraumcheck-data.pdf> [10.05.2024].
- Baumgartner, A., & Ross, J. (2022). *Grenzenlos Arbeiten: der deutsch-französische grenzüberschreitende Arbeitsmarkt*. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.
- Becker, K., & Lorz, M. (2020). *Studieren während der Corona-Pandemie: Die finanzielle Situation von Studierenden und mögliche Auswirkungen auf das Studium*. DZHW.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF] (2021). Osnabrücker Erklärung zur beruflichen Bildung als Motor für den Wiederaufbau und den gerechten Übergang zu einer digitalen und ökologischen Wirtschaft. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/221212-osnabruecker-erklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [19.04.2024].

- Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF] (2023). Abkommen von Lauberburg 2023 – Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die grenzüberschreitende Berufsausbildung vom 21.07.2023. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2023/230730_dt-fr.-abkommen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [15.05.2024].
- Dörrenbächer, H. P. (2020). Die Entwicklung grenzüberschreitender Berufsausbildung im Spannungsfeld unterschiedlicher Dimensionen von Distanz – das Beispiel der Großregion. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen, Räume – Grenzen – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 117–142). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30950-3_6
- Doolan, K., Barada, V., Burić, I., Krolo, K., Tonković, Z., Scukanec, N., Napier, R., & Darmanin, M. (2021). *Student Life During the COVID-19 Pandemic Lockdown. Europe-wide Insights*. European Students' Union.
- Eucor – The European Campus [Eucor] (o. J.). Studieren im Herzen Europas. <https://www.eucor-uni.org/de/studieren/gemeinsame-lehrangebote?file=files/assets/studieren/gemeinsame-lehrangebote/2018-2019-eucor-studieren-im-herzen-europas.pdf&cid=1410> [10.05.2024].
- EURES Großregion (2023). Gemeinsame Diagnose. Engpassberufe in der Großregion. <https://www.eures-granderegion.eu/download/1287/engpassberufe-in-der-grossregion.pdf> [29.02.2024].
- Europäische Kommission (2021, 14. Juli). Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0393> [19.04.2023].
- Europäische Kommission (2023, 12. Dezember). Amended Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on a Mechanism to Resolve Legal and Administrative Obstacles in a Cross-border Context. https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/policy/cooperation/european-territorial/proposal-facilitating-cross-border-solutions_en.pdf [10.05.2024].
- Europäische Kommission (2024, 27. März). Kommission stellt Pläne für einen europäischen Hochschulabschluss vor. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_1741 [10.05.2023].
- Europäisches Parlament (2022, 15. September). EU border regions: Living Labs of European Integration European Parliament Resolution of 15 September 2022 on EU Border Regions: Living Labs of European Integration (2021/2202(INI)). https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0327_EN.pdf [19.04.2024].
- Funk, I. (2023). Die Pandemie als Herausforderung für grenzüberschreitende Studiengänge – empirische Ergebnisse aus der Großregion. In D. Kazmaier & F. Weber (Hg.), *Universität in der Pandemie/L'Université en temps de pandémie* (S. 295–309). transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839467893>
- Funk, I., & Wille, C. (2022). *Stresstest für die Jugendmobilität im Grenzraum. Grenzüberschreitende Berufsausbildung und Studium während der Pandemie – Erfahrungen und Perspektiven*. Deutsch-Französisches Jugendwerk.

- Funk, I., Nienaber, B., & Dörrenbächer, H. P. (2021). Cross-border Vocational Training as Processes of Cross-border Learning. *Europa Regional*, 26, 17–29.
- Gipfelsekretariat der Großregion (2021). Hochschulwesen und Forschung in der Großregion. https://www.grossregion.net/content/download/6073/file/Broschuere%20Hochschulwesen%20und%20Forschung%20in%20der%20Großregion_DE.pdf [06.05.2024].
- Großregion (2014, 20. Juni). Rahmenvereinbarung Saarland-Lothringen 2014 – Rahmenvereinbarung für die Kooperation in der grenzüberschreitenden beruflichen Aus- und Weiterbildung Saarland – Lothringen vom 20. Juni 2014. <https://www.grossregion.net/content/download/4657/74401> [15.05.2024].
- Großregion (2018, 12. März). Vereinbarung Luxemburg-Rheinland-Pfalz 2018 – Vereinbarung zwischen dem Großherzogtum Luxemburg, der Chambre d'agriculture, der Chambre de commerce, der Chambre des métiers, der Chambre des salariés und dem Land Rheinland-Pfalz, der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, der Handwerkskammer Trier, der Industrie- und Handelskammer Trier, der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz zur Umsetzung der Rahmenvereinbarung über grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion vom 12.03.2018. <https://www.grossregion.net/content/download/2959/file/Vereinbarung%20Rheinland-Pfalz-Luxembourg%20ueber%20grz.%20Berufsausbildung.pdf> [06.05.2024].
- Himbert, A. (2023). Koordiniertes Handeln ist in der Großregion dringend von Nöten. *AK konkret*, 23(3), 10–11.
- Hofmann, A., & Kauber, C. (2022). Berufsbildungskooperationen an der deutsch-französischen Grenze: Die Eurodistrikte Strasbourg-Ortenau und PAMINA. In C. Eberhardt (Hg.), *Berufsbildungskooperationen in ausgewählten Grenzregionen. Eine Bestandsaufnahme* (S. 49–104). Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle [IBA] (2022). Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2021/2022 für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion (WSAGR). https://www.iba-oie.eu/fileadmin/user_upload/IBA-OIE/Publikationen/WSAGR_Bericht/2022_Rapport_CESGR_WSAGR_Bericht_2021_2022.pdf = Schriftenreihe der Großregion Band 31. [29.02.2024].
- Interregionaler Parlamentarierrat [IPR] (2021). Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) über Die duale Ausbildung in der Großregion verabschiedet anlässlich der 66. Plenarsitzung des IPR am 8. Oktober 2021. https://cpi-ipr.eu/IMG/pdf/formation_alt_de_v2.pdf [31.01.2024].
- Ministère du Travail, du Plein Emploi et de l'Insertion (2023, 21. Juli). Apprentissage : La France et l'Allemagne signent un accord d'apprentissage transfrontalier. <https://travail-emploi.gouv.fr/actualites/l-actualite-du-ministere/article/apprentissage-la-france-et-l-allemagne-signent-un-accord-d-apprentissage> [26.04.2023].
- Nienaber, B., Dörrenbächer, H. P., Funk, I., Pigeron-Piroth, I., Belkacem, R., Helfer, M., Polzin-Haumann, C., & Reissner, C. (2021). Using Cross-border Mobility in Vocational Education and Training in the Greater Region SaarLorLux. In D. Cairns. (Hg.), *The Palgrave Handbook of Youth Mobility* (S. 297–307). Palgrave Macmillan.

- Oberrheinkonferenz (2013). Rahmenvereinbarung Oberrhein 2013 – Rahmenvereinbarung über die grenzüberschreitende Berufsausbildung am Oberrhein vom 12.09.2013. https://www.eures-t-oberrhein.eu/fileadmin/user_upload/Ausbildung/Rahmenvereinbarung.pdf [11.07.2024].
- Observatoire national de la vie étudiante [OVE] (2020). La vie d'étudiant confiné. Résultats de l'enquête sur les conditions de vie des étudiants pendant la crise sanitaire. <http://www.ove-national.education.fr/wp-content/uploads/2020/10/La-vie-detudiant-confine-Sante.pdf> [15.05.2024].
- Regierung des Saarlandes (2022, 08. Februar). Stellungnahme der Regierung des Saarlandes vom 08. Februar 2022 zur Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) vom 08. Oktober 2021 betreffend „Die duale Ausbildung in der Großregion“. https://cpi-ipr.eu/IMG/pdf/stn_sl_lreg_2022_02_08_zu_ipr-empf_66._plenum_-_duale_ausbildung.pdf [26.04.2024].
- Région Grand Est (2023). Contrat de plan régional de développement des formations et de l'orientation professionnelles. <https://www.grandest.fr/wp-content/uploads/2023/12/2023-cprdfop-compressed.pdf> [29.02.2024].
- Sieburg, H. (2021). Transnationale Studienprogramme in Zeiten des nationalen Krisenmanagements. In G. Mein & J. Pause (Hg.), *Self and Society in the Corona Crisis. Perspectives from the Humanities and Social Sciences* (S. 633–639). Melusina.
- Stoklosa, K., & Wassenberg, B. (Hg.). (2021). *Living and Studying in the Pandemic. University Students' Experiences in the German-Danish and German-Franco Border Regions*. LIT.
- Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion [WSAGR] (Hg.). (2022, 03. Juni). Vorschlag für die Gliederung eines Beitrags des WSAGR zum Bericht des Gipfels der Exekutiven zum Krisenmanagement Erste Erkenntnisse und Vorschläge der Großregion, mit denen sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene die Bewältigung künftiger Gesundheitskrisen in den grenznahen Gebieten verbessern lassen soll. https://www.grossregion.net/content/download/6034/file/3.06.2022_%20WSAGR_%20Beitragsentwurf%20zum%20Zwischengipfel%20der%20GR_%20Krisenmanagement.pdf [29.02.2024].

Vom Labor ins Feld – ‚gewöhnliche‘ Grenzstädte in Europa als Archetypen

Carola Fricke

Abstract

Der Beitrag betrachtet ‚gewöhnliche‘ Grenzstädte als Kleinstädte in Europa, die an einer nationalstaatlichen Grenze liegen. Grenzraumforscher:innen definieren Grenzstädte unterschiedlich und nur wenige vergleichen kleine Grenzstädte. Ausgangspunkt des Beitrags ist ein Vergleich von Grenzstädten als relational konstituierte Räume, die durch politische, planerische, verkehrstechnische und wirtschaftliche Interaktionen zu ‚conjunctural‘ bzw. ‚interstitial cities‘ werden. Dabei skizziert der Beitrag – anknüpfend an Debatten des *Comparative Urbanism* – einen relationalen Ansatz zum Vergleich von Grenzstädten. Die vorgeschlagenen Forschungsperspektiven tragen dazu bei, die relationale Einbettung von Grenzstädten in ihr grenznahes Umland, in grenzüberschreitende Beziehungen und in transnationale Netzwerke in den Blick zu nehmen. Grenzstädte sind dabei weniger als Labore der europäischen Integration, sondern als Experimentierfelder und Archetypen der grenzüberschreitenden Integration zu verstehen.

1. Einleitung

Grenzstädte, das heißt Städte, die mit ihrer Stadtgrenze an einer nationalen Grenze liegen, sind in ihrer räumlichen Entwicklung in den weiteren grenzüberschreitenden Kontext eingebettet. Räumliche Dynamiken von Grenzstädten bestehen nicht nur zwischen Kernstadt und Umland innerhalb eines Staatsgebiets, sondern auch zwischen der Grenzstadt und dem durch eine nationale Grenze abgetrennten Hinterland. Grenzstädte werden dabei häufig als Laboratorien der europäischen Integration bezeichnet (Becker, 2005; Schultz, 2021). Jüngere Beiträge der *Border Studies* zu Grenzstädten (Medeiros, 2021; Sohn, 2017) betonen, dass Grenzstädte in Europa nicht nur die großen Metropolräume umfassen, die Anfang der 2000er im Fokus der europäischen Raumplanung standen, sondern weitaus häufiger Klein-

und Mittelstädte sind. Bislang haben nur wenige Wissenschaftler:innen die lokalen grenzüberschreitenden Relationen solcher ‚gewöhnlichen‘ Grenzstädte jenseits der großen Metropolregionen untersucht.

Dieser Beitrag befasst sich daher mit Kleinstädten, deren Siedlungsstruktur durch eine nationalstaatliche Grenze in Grenzstadt und Hinterland geteilt wird. Dabei werden Grenzstädte und ihr Umland als relational konstituierte Räume verstanden, d.h. als Räume die sich durch politische, planerische, verkehrstechnische und wirtschaftliche Beziehungen und Interaktionen auszeichnen. Der Beitrag adaptiert eine relationale Perspektive (Hesse & Wong, 2020; Wong, Hesse & Sigler, 2022) auf die politischen, sozialen, infrastrukturellen Verbindungen, die Grenzstädte über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu transnationalen Knotenpunkten machen. Der Beitrag geht der Frage nach, wie Grenzstädte als Gegenstand eines relationalen Vergleichs methodologisch und konzeptionell gefasst werden können. Insgesamt skizziert der Beitrag einen relationalen Ansatz zum Vergleich von Grenzstädten, indem er an geographische Debatten des *Comparative Urbanism* (Harrison & Hoyler, 2018; Le Galès & Robinson, 2024) anknüpft und gewöhnliche Grenzstädte als ‚conjunctural‘ oder auch ‚interstitial cities‘ (Sayin, Hoyler & Harrison, 2022) versteht. Somit zeigt dieser Beitrag innovative Forschungsperspektiven auf, die Grenzstädte mit Blick auf ihre relationale Einbettung in grenzüberschreitende Beziehungen und auf weitere transnationale Vernetzungen betrachten.

Der Beitrag gliedert sich in folgende Abschnitte: Im anschließenden Abschnitt 2 werden verschiedene Definitionen in den Blick genommen und der Forschungsstand zum Vergleich von Grenzstädten gesichtet. Abschnitt 3.1 reflektiert über die methodologischen Grenzen der Metapher, Grenzstädte als Laboratorien der europäischen Integration zu erfassen und schlägt im Gegenzug vor, Grenzstädte als Archetypen oder Experimentierfelder zu begreifen. In Abschnitt 3.2 werden Grenzstädte vor dem Hintergrund des *Comparative Urbanism* betrachtet, um in Abschnitt 3.3 einen relationalen Vergleich von Kleinstädten mit Grenzlage vorzuschlagen. Abschnitt 4 betrachtet in einer diachronen Fallstudie exemplarisch einen möglichen empirischen Zugang, um die relationale Konstitution von gewöhnlichen Grenzstädten zu skizzieren. Im Schlussabschnitt werden die zentralen Ergebnisse der Betrachtung und mögliche Forschungsperspektiven zusammengefasst.

2. Grenzstädte im Blick der Raumwissenschaften und der Grenzraumforschung

In den Raumwissenschaften und der Grenzraumforschung besteht ein wiederkehrendes Interesse an Städten, deren Stadtgrenze an einer nationalen Grenzlinie liegt. Grenzüberschreitende Städte werden dabei anhand verschiedener Merkmale definiert – als angrenzende, dazwischenliegende oder binationale Städte sowie als Zwillingsstädte oder Doppelstädte (Abschnitt 2.1). Zahlreiche Vergleiche beziehen sich dabei auf Grenzstädte in Europa, wobei quantitative Analysen und Einzelfallstudien bislang häufig Groß- und Mittelstädte mit Grenzlage in den Blick nehmen (Abschnitt 2.2).

2.1. Definitionen von Grenzstädten

Grenzraumforscher:innen schlagen verschiedene Ansätze vor, um Städte mit Grenzlage zu definieren. Ausgangspunkt für viele Begriffsbestimmungen ist ihre Grenzlage als charakterisierendes Merkmal. Buursink (2001) beispielsweise definiert eine Grenzstadt als „einen Ort, der in seiner Existenz mehr oder weniger von der Grenze abhängig ist. Das heißt, es handelt sich nicht nur um eine Stadt, die in der Nähe der Grenze liegt, sondern um eine Stadt, die durch die Grenze entstanden ist“ (Buursink, 2001, 7–8).¹ Buursink lehnt dabei Metaphern wie Zwillingsstädte ab und plädiert für den Begriff der „grenzüberschreitenden“ bzw. „binationalen Städte“ (Buursink, 2001, 17). Mit Blick auf städtische Strukturen zeichnen sich also viele angrenzende („adjacent“, Buursink, 2001, 8) europäische Grenzstädte dadurch aus, dass die gebaute Umwelt und das morphologische Stadtgebiet kaum durch die nationale Grenzlinie unterbrochen sind. Eine solche Grenzlinie zwischen zwei Räumen kann dabei unterschiedliche Ausprägungen haben. So entwickelten sich zunächst vage abgegrenzte Grenzräume im Sinne von „borderlands“ (Brunet-Jailly, 2010, 1) zu modernen, zwischenstaatlichen Grenzen als klare Demarkationslinien, die nationale Gemeinschaften trennen (vgl. Brunet-Jailly, 2010, 9).

Aus Sicht der geographischen Grenzraumforschung stellt sich dabei die Frage, wie sich die trennende Grenzlinie auf die räumliche Entwicklung von Grenzstädten auswirkt. Wie Grenzregionen in einem weiteren Sinne, so sind auch Grenzstädte durch ein „Dazwischensein“ („inbetweenness“,

¹ Alle Übersetzungen durch die Autorin.

Nienaber & Wille, 2020, 3) geprägt, was sowohl eine Ressource als auch eine Barriere darstellt. Bereits Reitel (2007) unterstreicht, dass die Grenzlage sowohl Vor- als auch Nachteile für die Entwicklung von Grenzstädten mit sich bringt. Einerseits benachteiligen nationale Grenzlinien die Stadtentwicklung, da diese den morphologisch zusammenhängenden oder funktional verbundenen Ballungsraum durch ein politisches, administratives oder rechtliches Regime trennen. Die Grenze bildet eine Hürde, beispielsweise für Siedlungsentwicklung, städtische Infrastrukturen, Verkehrswege oder öffentliche Dienstleistungen.

Andererseits ist die Entwicklung von Grenzstädten häufig auf die Lage an der Grenze selbst zurückzuführen. So entwickelten sich zahlreiche Grenzstädte aufgrund von militärischen Zwecken, als Grenzkontrollpunkte und damit als Engpass für Handel und Transport oder durch Ausnutzung wirtschaftlicher und fiskalischer Unterschiede (vgl. Reitel, 2007, 9). Grenzstädte bilden damit Knotenpunkte in grenzüberschreitenden Netzwerken, d.h., dass sie durch politische, planerische, kulturelle, verkehrstechnische und wirtschaftliche Interaktionen geprägt sind. Ähnlich argumentiert auch Sohn (2014), der in der Grenze eine Ressource für grenzüberschreitende Metropolen erkennt. Der Abbau von Grenzkontrollen und die Öffnung von Grenzen in Europa führt so zu einem positionalen Vorteil. Die voranschreitende europäische Integration trägt demnach dazu bei, Grenzmetropolen durch die neu gewonnene Zentralität zu Laboren der Grenzraumentwicklung zu machen. Durch die Lage an der nationalen Grenze können daneben bestimmte städtische Funktionen nach außen verlagert werden und somit zu einer „Hinterlandisierung“ (Sohn, 2014, 1705) führen. Des Weiteren tragen Unterschiede zwischen angrenzenden Städten, wie Steuer- und Lohnunterschiede zur verstärkten Integration von Arbeitsmärkten bei (vgl. Decoville, Durand & Feltgern, 2015).

Ergänzend betrachten andere Grenzforscher:innen Grenzstädte mit Blick auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit und politische Integration. Ehlers et al. (2001, 2) definieren eine binationale Stadt als „eine Doppelstadt auf zwei Seiten einer Staatsgrenze, [...] die durch Gefühle der Nähe und Zusammenghörigkeit verbunden sind“. In solchen sogenannten Zwillingsstädten sind bilaterale Städtepartnerschaften auf kommunaler Ebene eine gängige Praxis der institutionellen grenzüberschreitenden Integration geworden (Joenniemi & Sergunin, 2011). Dabei stellen Grimm und Leistner (2002) bereits fest, dass das Interesse an einer Zusammenarbeit in Städten mit unmittelbarer Grenzlage, beispielsweise wenn die „Stadt- und

Gemeindegrenze [...] zugleich die Staatsgrenze bildet“ (18), ungleich größer ist als in Städten und Gemeinden, die weiter entfernt von der Grenze liegen. Darüber hinaus zeigen Fallstudien, dass die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Grenzstädten über eine Städtepartnerschaft als symbolische Partnerschaft hinausgehen kann. In mehreren Grenzstädten findet die Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen statt.² Diese unterschiedlichen Verständnisse von Grenzstädten – als Städte mit Grenzlage, Zwillingsstädte oder angrenzende Städte – begründen sodann verschiedene Vorgehensweisen, wie diese als Forschungsgegenstand adressiert werden.

2.2. Vergleiche von Grenzstädten

Analog zu den definitorischen Merkmalen als ‚Essenz‘ von Grenzstädten finden sich unterschiedliche Ansätze, europäische Grenzstädte zu vergleichen. Ein frühes Beispiel ist Gasparinis (2008) quantitativer Vergleich von Grenzstädten in Europa anhand von Einwohnerzahlen. Gasparini (2008, 7) bezeichnet Grenzstädte als „Brutstätten“, die potentiell zur Zusammenarbeit innerhalb Europas beitragen können. Er stellt Übersichtsdaten zur Quantifizierung der Relevanz von Grenzstädten zusammen. Dabei wählt Gasparini (2008) eine weit gefasste Definition von Grenzstädten als Städte, die im Grenzgebiet liegen und „von Dörfern mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern bis hin zu Kopenhagen mit 1,54 Millionen Einwohnern“ (Gasparini, 2008, 7) reichen.

Eine solche weitere Definition beinhaltet auch grenzüberschreitende Metropolen, die seit Beginn der 2000er im Interesse von geographischen und raumwissenschaftlichen Studien lagen. Zunächst lag der Fokus auf grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen, anknüpfend an Fachdebatten und Politiken zu europäischen Metropolregionen (vgl. Fricke, 2017). So benennt beispielsweise die deutsche Ministerkonferenz für Raumordnung Mitte der 2000er erstmals „grenzüberschreitende metropolitane Verflechtungsräume von europäischer Bedeutung“ (MKRO, 2006) im Leitbild „Wachstum und Innovation“ (vgl. Harrison & Grawe, 2014). Die grenzüberschreitenden Verflechtungsräume Deutschlands lagen sodann im Fokus eines Modellvorhabens zu überregionalen Partnerschaften (BMVBS & BBSR, 2010). Mit

² Beispielsweise im Bildungswesen zwischen Frankfurt (Oder) (Deutschland) und Ślubice (Polen), wie Fichter-Wolff & Knorr-Siedow (2009) zeigen, oder bei der nachhaltigen Entwicklung zwischen Cieszyn (Polen) und Český Těšín (Tschechische Republik), wie Kurowska-Pysz et al. (2018) erörtern.

einem europäischen Blickwinkel hat insbesondere das ESPON Metroborder Projekt (2010) zu einem besseren Verständnis von grenzüberschreitenden Metropolregionen durch einen evidenzbasierten Vergleich von morphologischen, funktionalen und administrativen Verflechtungsräumen in Europa beigetragen. In diesem Zusammenhang entstandene Fallstudien fokussierten auf Großstädte mit einem, nationale Grenzen überschreitenden Siedlungszusammenhang wie Basel, Strasbourg, Luxemburg oder Lille-Tournai-Kortrijk (vgl. Fricke, 2014; Nelles & Durand, 2014; Sohn, Reitel & Walther, 2009).

Komplementär zu diesem Fokus auf grenzüberschreitende Großstädte und ihre Metropolräume haben nur wenige Studien die grenzüberschreitenden Verflechtungen von gewöhnlichen Grenzstädten in Europa in den Blick genommen. Decoville, Durand & Feltgern (2015) vergleichen Klein- und Mittelstädte und beziehen sich in ihrer Studie ausdrücklich auf die territoriale und städtische Agenda der Europäischen Union (EU). In Steckbriefen vergleichen Decoville, Durand & Feltgern (2015) sodann die funktionale und institutionelle Integration von Sekundärstädten mit 20.000 bis 250.000 Einwohnern als Teil von grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolräumen wie Saarbrücken-Forbach-Sarreguemines oder Strasbourg-Kehl-Offenburg. Und auch Sohn (2017, 513) stellt fest, dass Grenzstädte in einem blinden Fleck liegen, da andere Räume wie Euroregionen und Räume mit größeren grenzregionalen Zuschnitten wie Interreg-Programmgebiete im Fokus von Politik und Forschung liegen. Um diese Forschungslücke zu füllen, erfasst Sohn (2017) wiederum Grenzstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern in Europa basierend auf der ESPON-Datenbank, die er anhand einer Typologie – hinsichtlich Positionierung bzw. Nähe zur Grenze sowie metropolitanen Funktionen – einordnet.

Während bisherige Forschung vor allem Mittelstädte betrachtet, so gibt es bislang kaum Vergleiche zur grenzüberschreitenden Vernetzung von Kleinstädten. Grenzstädte werden in diesem Beitrag – in Abgrenzung zu grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen oder Metropolregionen – als Klein- und Mittelstädte verstanden, die an einer nationalen Grenze liegen. Hierbei werden nicht nur Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern einbezogen, sondern auch Kleinstädte von mehr als 5.000 Einwohnern. Ausgangspunkt dieser Einordnung ist dabei die deutsche Klassifikation von Gemeindetypen nach Einwohnerzahlen einer Gemeinde. Alternativ werden jüngere Klassifikationen von Eurostat hinzugezogen zu lokalen administrativen Einheiten (LAU) als Städte (*towns*) und Vororte (*suburbs*), in denen mehr als die Hälfte der Einwohner eines Quadratkilometers in urbanen

Clustern wohnen (vgl. Eurostat, 2021). Entscheidend sind hier jedoch nicht die Einwohnerzahl oder Bevölkerungsdichte, sondern die Frage, ob mehrere Grenzgemeinden eine Grenzstadt im funktionalen bzw. relationalen Sinne konstituieren.

3. Gewöhnliche Grenzstädte im Vergleich

3.1. Grenzstädte als Laboratorien der europäischen Integration?

In der Grenzforschung werden Grenzstädte häufig als Laboratorien der europäischen Integration bezeichnet. So stellt Becker (2005) mit Verweis auf die Bewerbungsschrift zur Kulturhauptstadt Europas von Görlitz/Zgorzelec fest:

„Mit dem Schlagwort des Laboratoriums präsentieren sich [...] Städte als ein Experimentierfeld europäischer Integration par excellence. Geworben wird mit der besonderen geopolitischen Lage der Doppelstadt, die sie zum ‚Präzedenzfall künftiger Gesellschaftsgestaltung in Europa‘ mache.“ (Becker, 2005, 87)

Die Labormetapher impliziert jedoch, dass hier sterile bzw. ideale Bedingungen herrschen, um Prozesse isoliert zu untersuchen. Städte als Labor zu verstehen bedeutet epistemologisch, die Bedingungen bestimmter städtischer Phänomene oder Prozesse im Sinne eines Experiments kontrollieren zu können (Beauregard, 2020, 595). In der Stadtforchung hat sich komplementär dazu die Metapher der Stadt als Feld etabliert, in dem Beobachtungen eingebettet in ihrer natürlichen Umgebung getätigt werden können (vgl. Gieryn, 2006 zu Städten als Orte der Wahrheitsfindung). Mit Blick auf die komplexen Dynamiken der grenzüberschreitenden Integration in Grenzstädten erscheint also ein Bild von Grenzstädten als Experimentierfeld für grenzüberschreitende Integration passender als die Labormetapher. Grenzstädte können dabei als „Möglichkeitsraum“ (Becker, 2005, 94) verstanden werden, in dem innovative Formen und Instrumente der grenzüberschreitenden Entwicklung getestet werden können. Grenzstädte bieten also keine sterilen, idealen laborähnlichen Bedingungen, sondern sind Reallabore der europäischen Integration in einem weiteren Sinne, da sie Kontaktstellen (*junctions*) für Probleme und Pioniere der Kooperation geworden sind (Schultz, 2021, 196). Ähnlich sieht Sohn Grenzstädte nicht nur als Orte, in denen Abgrenzungsdynamiken aufeinandertreffen, sondern

als „key sites where the future of the European project is played out.“ (Sohn, 2017, 517) Daneben stellen Durand, Decoville & Knippschild (2017) fest, dass in „Grenzregionen, mehr als anderswo, Europa als politisches Konstrukt das Alltagsleben positiv oder negativ beeinflusst“ (Durand, Decoville & Knippschild, 2017, 2). Jańczak (2018, 395) betrachtet daher grenzüberschreitende Zwillingsstädte als Orte, an denen sich lokale Symbolpolitik auf das Image als Integrationslabore konzentriert, um zu verstehen, wie die Idee von europäischer und grenzüberschreitender Integration symbolisch Eingang in räumliche Entwicklungsstrategien findet.

Betrachtete man Grenzstädte sodann als Fälle bzw. Vertreter einer Theorieschule (Brenner, 2003), sind sie weniger Prototypen der europäischen Integration. Aus theoretischer Sicht der Stadtforchung stellen Grenzstädte eher Archetypen von Städten dar, die stärker als andere Städte durch geopolitische Rahmenbedingungen der Integration geprägt sind. Das deckt sich mit der Einordnung der Entwicklung von europäischen Grenzstädten seit den 1990ern von Pionieren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hin zu Modellen der europäischen Integration (Reitel, Pupier & Wassenberg, 2022). Dabei betonen Reitel und Kolleginnen (2022), dass Grenzstädte Singularitäten sind, jedoch gleichzeitig in den Prozess und die Politiken und Programme der EU eingebettet sind.

Solche epistemologischen Überlegungen bedingen sodann, welche Rückschlüsse aus dem Wissen über transnationale Integration von der lokalen Ebene auf die supranationale Integration in der EU gezogen werden können. Grenzstädte als Experimentierfelder zu analysieren, entspricht also eher einem Verständnis als ‚breeding ground‘ (Gasparini, 2008) oder ‚test-bed‘, in denen sich unterschiedliche Einflüsse wie Grenzlage, Einbettung des grenzüberschreitenden Austausches in Regulierungen und Förderungen durch den Nationalstaat bzw. supranationale Organisationen oder auch lokale Besonderheiten vor Ort konkret ausprägen. Grenzstädte sind des Weiteren weniger als räumlich kohärente Einheiten zu verstehen, sondern als fragmentierte Städte, die durch ein Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher nationaler Strukturen, Kulturen und Praktiken geprägt sind.

3.2. Gewöhnliche Grenzstädte im Blick des *Comparative Urbanism*

Um Rückschlüsse aus dem Vergleich von Grenzstädten als Experimentierfelder oder auch als Archetypen der grenzüberschreitenden Integration zu ziehen, lohnt sich der Rückgriff auf die vergleichende Stadtforchung im

Sinne des *Comparative Urbanism* (vgl. Harrison & Hoyler, 2018; Le Galès & Robinson, 2024). Die Debatte zum *Comparative Urbanism* beschäftigt sich erstens damit, wie Wissen auf Grundlage von Fallstudien einzelner Städte generiert werden kann. Zweitens fragt die vergleichende Stadtfor-schung danach, wie Wissen über einzelne Städte zu einem breiteren Ver-ständnis des Städtischen beitragen kann. Und drittens geht *Comparative Urbanism* der Frage nach, inwiefern Städte in größere räumliche Prozesse eingebettet sind (vgl. Fricke & Brill, 2022, 2). Ein Entstehungsmoment des *Comparative Urbanism* war die Kritik an der *Global-Cities*-Forschung der 2000er Jahre, der aufgrund ihres Fokus auf Weltstädte des Globalen Nordens und auf Orte der Superlative eine „*Metrocentricity*“ vorgeworfen wurde (vgl. Bunnell & Maringanti, 2010). Darauf aufbauend entwickelte sich eine postkoloniale Kritik an den durch den Globalen Norden dominierten Konzepten und Theorien der Stadtfor-schung (Roy, 2009). Im Sinne eines Denkens von den Rändern her schlägt Robinson (2002) vor, gewöhnliche Städte „jenseits der Karte“ in den Blick zu nehmen.

Dieser Beitrag überträgt nun die Herangehensweise des *Comparative Urbanism* auf den Vergleich von Grenzstädten als Städte mit peripheren Lagen innerhalb Europas, um so einen Prozess des „unlearning“ anzuregen. Kleinstädte mit Grenzlage müssen somit als gewöhnliche Städte im Sinne von Robinsons (2002) „*ordinary cities*“ gelesen werden. Unter Rückgriff auf die Kleinstadtfor-schung (vgl. für einen Überblick in der deutschsprachigen Raumforschung Steinführer, Porsche & Sondermann, 2021) ist also danach zu fragen, was eine kleine Grenzstadt von einer Kleinstadt unterscheidet. Gerade die Betrachtung von Klein- und Mittelstädten mit Grenzlage aus der Perspektive des *Comparative Urbanism* scheint vielversprechend – insbesondere, da (kleine) Grenzstädte bislang nur wenig von der (vergleichen-den) Stadtfor-schung berücksichtigt wurden.

3.3. Relationale Vergleiche von Grenzstädten

Neben gewöhnlichen Städten rücken in jüngerer Zeit vermehrt „*interstitial cities*“ (vgl. Sayin, Hoyler & Harrison, 2022, 265) in den Blick der geo-graphischen Stadtfor-schung, die durch ihre geographische Lage zwischen Ost und West oder ihre relationale Lage in Netzwerken zwischen dem Globalen Süden und Norden geprägt sind. Durch dieses „*Dazwischensein*“ fallen solche Städte durch die Maschen der gängigen internationalen Theo-rien zu Städten. Wie auch Grenzregionen, so sind Grenzstädte durch ihr

„Dazwischensein“ (Nienaber & Wille, 2020, 3) geprägt, das sowohl eine Resource als auch eine Barriere darstellt. Durand, Decoville & Knippschild (2020, 588) beschreiben die Interdependenz zwischen Grenzgebieten, die durch grenzüberschreitende Integration entsteht, als Opportunität und Vulnerabilität zugleich. Frühere Studien zur Verflechtung von Grenzstädten betrachten vor allem Metropolen und Verdichtungsräume, beispielsweise hinsichtlich ihrer baulichen Struktur (Morphologie) oder hinsichtlich Pendlerverflechtung, Mobilität und anderen Infrastrukturen (vgl. Reitel, 2007). Und auch Decoville, Durand & Feltgern (2015) betonen, dass sich durch zunehmende Integration Grenzstädte von „border cities“ zu „interface cities“ (Decoville, Durand & Feltgern, 2015, 6) wandeln.

Diese Betrachtungen implizieren einen relationalen Vergleich, der Städte als durch Beziehungen und Interaktionen konstituierte Räume versteht, die durch politische, planerische, verkehrstechnische und wirtschaftliche Verbindungen entstehen.³ In einem (moderat) relationalen Vergleich wird dies beispielsweise über Verkehrsströme oder Pendlerverflechtungen gemessen. In Hesses und Wongs vergleichenden Arbeiten findet sich solch eine relationale Perspektive auf größere Grenzstädte, die den Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Einbettung in globale Netzwerke herausarbeitet (vgl. Hesse & Wong, 2020; Wong, Hesse & Sigler, 2022).

Darüber hinaus bieten sich post-strukturalistische Ansätze an, um (radikale) relationale Perspektiven auf Grenzstädte zu entwickeln. Söderström (2013; 2014) betont in seinem relationalen Vergleich von Städten des Globalen Südens, dass die relationale Einbettung von Städten nicht nur mit Blick auf Wirtschafts-, Verkehrs- oder Finanzströme erfolgt, sondern auch durch translokale Wissensbestände und transnationale Politiken. Gegenstand eines (radikal) relationalen Vergleichs sind demnach nicht vorab definierte Städte, sondern die Entstehung, Form und Intensität ihrer Verbindungen (Söderström, 2014). Ein relationaler Vergleich erfordert somit einen Wechsel der Forschungsperspektive, indem Grenzstädte nicht als vorab definierter Untersuchungsgegenstand erfasst, sondern insbesondere der Prozess ihrer Konstitution in den Blick genommen werden. Was Grenzstädte ausmacht, sind demnach verschiedene Praktiken der Mobilität und Zusammenarbeit, die grenzüberschreitende Verbindungen einerseits

³ Vgl. auch Siglers (2013) Unterscheidung von ‚gateway cities‘, die zwischen nationalen bzw. lokalen Systemen als Knotenpunkte zwischen Metropole und Hinterland dienen, und relationalen Städten, die zwischen globalen und regionalen Systemen als Verbindungen dienen.

räumlich-materiell – beispielsweise durch grenzüberschreitende Infrastrukturen – produzieren und dabei andererseits grenzüberschreitende politische, administrative, soziale Interaktionen ermöglichen bzw. verstärken.

4. Skizzen aus dem (Experimentier-)Feld

Um zu verdeutlichen, wie Grenzstädte relational erfasst werden können, erfolgt hier eine exemplarische Betrachtung eines grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekts. Die Skizze betrachtet das Beispiel des grenzüberschreitenden Ausbaus der Bahnstrecke Colmar-Breisach(-Freiburg). Die Betrachtung basiert auf einer diachronen Fallstudie (2018–2023) auf der Grundlage von Expert:inneninterviews und einer Dokumentenanalyse (vgl. Fricke, im Erscheinen).

Verkehr, Infrastrukturen und Mobilität sind traditionelle Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (vgl. beispielsweise ESPON, 2010; Ried, 2014; Bertram, Chilla & Hippe, 2023). Aus räumlicher Sicht sind materielle Infrastrukturen häufig Vorbedingungen für Austausch, beispielsweise in Form von sogenannten Grenzgänger:innen – als über die Grenze pendelnde Arbeitnehmer:innen – und für räumliche Integration durch grenzüberschreitende Warenströme. Neben der Förderung von Verkehrs-korridoren europäischer Bedeutung im Rahmen des TEN-T-Programms werden grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen beispielsweise im Aachener Vertrag (2019) zwischen Deutschland und Frankreich genannt. Darin werden konkret einzelne Schienenverkehrsverbindungen, wie die Wiederaufnahme der Bahnverbindung Colmar-Breisach-Freiburg benannt. Diese Schienenverbindung wird in einer Studie der EU-Kommission zwar als ‚missing link‘ bezeichnet, jedoch stellt sich der politische Prozess um Streckenführung und Finanzierung der Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen dem französischen Vogelgrun und dem deutschen Breisach als langwierig heraus.

Das Stagnieren dieses Projekts verdeutlicht dabei einerseits die Herausforderungen, denen die infrastrukturelle Anbindung durch grenzüberschreitende Schienenverkehrsverbindungen zwischen Grenzstädten gegenübergestellt ist. Neben nationalen Vorgaben zu Verkehrsinfrastrukturen treffen unterschiedliche Handlungsrahmen von Entscheidungsträger:innen sowie nationale Finanzierungslogiken in Mehrebenensystemen aufeinander. Andererseits zeigt sich in diesem Infrastrukturvorhaben die Relevanz von materiellen Verbindungen, die Verwobenheit von sozial-politischen

Interaktionen und materiellen Netzwerken, welche Interaktionen über die Grenze hinweg erlauben. Dabei unterscheiden sich jedoch Machbarkeitsstudien – aufgrund unterschiedlicher nationaler Wissensbestände und Argumentationsroutinen – in ihren Prognosen, für welche Zahl an grenzüberschreitenden Verkehrsteilnehmern diese Infrastruktur ausgelegt sein soll.

Aus relationaler Perspektive der kleinen Grenzstadt Breisach könnte eine Schienenverkehrsanbindung nach Colmar eine Neupositionierung in grenzüberschreitenden Mobilitätsflüssen zur Folge haben und somit die eigene Bedeutung mit Blick auf Tourismus, Wohnungs- und Arbeitsmarkt stärken. Insgesamt zeigt die diachrone Fallstudie (vgl. Fricke, im Erscheinen), dass eine schienengebundene Anbindung für den Personenverkehr ein Möglichkeitsfenster sein würde, um auch für andere grenznahe Gemeinden grenzüberschreitende Verbindungen und damit die relationale Einbettung in den Grenzraum zu verstärken.

5. Schlussbetrachtungen

Ausgangspunkt für diesen Beitrag waren unterschiedliche Verständnisse von Grenzstädten in Europa. Die Zusammenschau zeigt, dass Grenzstädte unterschiedlich definiert werden, die Lage jedoch meist das charakterisierende Merkmal ist, was die Entstehung und besondere Funktion von Grenzstädten ausmacht. Aus vergleichender Perspektive wurden Grenzstädte bislang vor allem mit Blick auf Einwohnerzahlen verglichen, wobei in den 2000er Jahren meist europäische Großstädte und Metropolregionen im Blick der Raumforschung und Politik lagen. Der Überblick des Forschungsstandes zeigt, dass bislang nur wenige Untersuchungen Kleinstädte mit Grenzlage betrachten.

Aus konzeptioneller Sicht werden Grenzstädte häufig als Laboratorien der grenzüberschreitenden und europäischen Integration bezeichnet. Allerdings ist die Labormetapher nicht ganz passend, da Integration in Grenzräumen selten unter sterilen, idealen Bedingungen verläuft. Treffender ist ein Verständnis von Grenzstädten als Experimentierfelder oder auch als Archetypen, die vor allem durch besondere Herausforderungen und die Nähe zur Grenze geprägt sind. Der hier vorgeschlagene Blickwinkel des *Comparative Urbanism* erlaubt es, Grenzstädte jenseits der Metropolen in den Blick zu nehmen und als gewöhnliche Städte mit peripheren Lagen innerhalb des europäischen Raumes zu vergleichen. Dabei lohnt sich vor allem ein relationaler Vergleich von ‚interstitial cities‘, die durch ihr Dazwi-

schensein geprägt sind. Vergleicht man Grenzstädte aus (radikal) relationaler Perspektive, dann rücken Prozesse des Konstituierens von Grenzstädten durch grenzüberschreitende Verbindungen und Interaktionen in den Blick. Die diachrone Fallstudie eines grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekts verdeutlicht schließlich, wie Grenzstädte relational erfasst werden können. In dem stagnierenden Vorhaben, die Schienenverkehrsverbindung zwischen Colmar und Freiburg zu reaktivieren, zeigt sich die Relevanz von materiellen Infrastrukturen, in Verbindung mit politischen und sozialen Interaktionen über die Grenze hinweg.

Insgesamt zeigt der Beitrag, dass insbesondere die Lage an der Grenze ein konstituierendes Merkmal von Grenzstädten ist, das sowohl ihre historische Entstehung als auch die heutige Einbettung in den Grenzraum bedingt. Insbesondere kleine Grenzstädte sind aufgrund ihrer eigenen Größe räumlich durch ihre Verbindungen und Interaktionen über die Grenze hinweg geprägt, die in einer relationalen Lesart des *Comparative Urbanism* besonders fruchtbar zu fassen sind. Ein solcher relationaler Vergleich von politischen, sozialen, infrastrukturellen Verbindungen gewöhnlicher Grenzstädte trägt somit dazu bei, herauszuarbeiten, was Grenzstädte über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu transnationalen Knotenpunkten und Archetypen der grenzüberschreitenden Integration macht.

Bibliografie

- Beauregard, R. A. (2020). Do Individual Cities Matter? Negotiating the Particular. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 13(3), 593–603.
- Becker, F. (2005). Die Grenzstadt als Laboratorium der Europäisierung. In H. Berking & M. Löw (Hg.), *Die Wirklichkeit der Städte. Soziale Welt*, Sonderband 16, 87–105.
- Bertrand, D., Chilla, T., & Hippe, S. (2023). Cross-border Mobility. Rail or Road? Space-time-lines as an Evidence Base for Policy Debates. *Journal of Borderland Studies*, online first: DOI:10.1080/08865655.2023.2249917
- Brenner, N. (2003). Stereotypes, Archetypes, and Prototypes: Three Uses of Superlatives in Contemporary Urban Studies. *City & Community*, 2(3), 205–216.
- Brunet-Jailly, E. (2010). The State of Borders and Borderlands Studies 2009: A Historical View and a View from the Journal of Borderlands Studies. *Eurasia Border Review*, 1(1), 1–15.
- Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung [BMVBS] (Hg.). Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR] im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [BBR] (2010). *Überregionale Partnerschaften in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen. Ein MORO-Forschungsfeld*. MORO-Informationen, 5(2).

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung [BBSR] (2023). Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp.html#:~:text=Kriterien%20sind%20die%20Größe%20der,diese%20als%20,,Stadt%20bezeichnet> [13.05.2024].
- Bunnell, T., & Maringanti, A. (2010). Practising Urban and Regional Research beyond Metrocentricity. *International Journal of Urban and Regional Research*, 34(2), 415–420.
- Buursink, J. (2001). The Binational Reality of Border-crossing Cities. *GeoJournal*, 54, 7–19.
- Decoville, A., Durand, F., & Feltgern, V. (2015). *Opportunities of Cross-border Cooperation between Small and Medium Cities in Europe*. Spatial Development Observatory, on behalf of the Department of Spatial Planning and Development -Ministry of Sustainable Development and Infrastructure, Luxembourg.
- Durand, F., Decoville, A., & Knippschild, R. (2017). Everything All Right at the Internal EU Borders? The Ambivalent Effects of Cross-Border Integration and the Rise of Euroscepticism. *Geopolitics*, 25(3), 587–608.
- Ehlers, N., Buursink, J., & Boekema, F. (2001). Binational Cities and their Regions: From Diverging Cases to a Common Research Agenda. *GeoJournal*, 54(1), 1–5.
- ESPON & University of Luxembourg (2010). METRO BORDER. Cross-border Polycentric Metropolitan Regions. Targeted Analysis 2013/2/3. Final Report.
- Eurostat (2021). *Applying the Degree of Urbanisation. A Methodological Manual to Define Cities, Towns and Rural Areas for International Comparisons*. Publications Office of the European Union.
- Fichter-Wolf, H., & Knorr-Siedow, T. (2009). Border Experience and Knowledge Cultures. The Twin Cities of Frankfurt (Oder) and Slubice. *DISP The Planning Review*, 178(3), 7–21.
- Fricke, C. (2014). Spatial Governance across Borders Revisited: Organizational Forms and Spatial Planning in Metropolitan Cross-border Regions. *European Planning Studies*, 23(5), 849–870. DOI:10.1080/09654313.2014.887661
- Fricke, C. (2017). Metropolitan Regions as a Changing Policy Concept in a Comparative Perspective. *Raumforschung und Raumordnung – Spatial Research and Planning*, 75(2), 291–305. DOI:10.1007/s13147-016-0450-3
- Fricke, C. (im Erscheinen). Die Resilienz von grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Oberrheinregion – Policy Failure und Lernprozesse in der Grenzstadt Breisach am Rhein. In J. Dittel & F. Weber (Hg.), *Beyond borders – zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume*. Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft.
- Fricke, C., & Brill, F. (2022). Comparative Urbanism in Times of Covid-19 and Beyond. *Geography Compass*, 16(12), e12666.
- Gasparini, A. (2008). Do European Border Towns Hold the Key to Cultural Integration, Incubation? *Footnotes of the American Sociological Association*, 36(9), 7–8.
- Gieryn, T. F. (2006). City as Truth-Spot: Laboratories and Field-Sites in Urban Studies. *Social Studies of Science*, 36(1), 5–38.

- Grimm, F.-D., & Leistner, F. (2002). Grenzübergreifende Städtekooperationen in Grenzregionen Mittel- und Südosteuropas: Stand und Perspektiven. *Europa Regional*, 10(1), 11–20.
- Harrison, J., & Growe, A. (2014). When Regions Collide: In what Sense a New „Regional Problem? *Environment and Planning A*, 46(10), 2332–2352. DOI:10.1068/a13034
- Harrison, J., & Hoyler, M. (2018). *Doing Global Urban Research*. Sage.
- Hesse, M., & Wong, C. M. L. (2020). Cities Seen through a Relational Lens. Niche Economic Strategies and Related Urban Development Trajectories in Geneva (Switzerland), Luxembourg (Luxembourg) and Singapore. *Geographische Zeitschrift*, 108(2), 74–98. DOI:10.25162/gz-2019-0020
- Jańczak, J. (2018). Integration De-scaled. Symbolic Manifestations of Cross-border and European Integration in Border Twin Towns. *Journal of Borderlands Studies*, 33(3), 393–413. DOI:10.1080/08865655.2016.1226925
- Joenniemi, P., & Sergunin, A. (2011). When Two Aspire to Become One: City-Twinning in Northern Europe. *Journal of Borderlands Studies*, 26(2), 231–242. DOI:10.1080/08865655.2011.641323
- Kurowska-Pysz, J., Castanho, R. A., & Loures, L. (2018). Sustainable Planning of Cross-Border Cooperation: A Strategy for Alliances in Border Cities. *Sustainability* 10(1416). DOI:10.3390/su10051416.
- Le Galès, P., & Robinson, J. (2024). *The Routledge Handbook of Comparative Global Urban Studies*. Routledge.
- Medeiros, E. (Hg.). (2021). *Border Cities and Territorial Development*. Routledge.
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2006). Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Beschluss am 30. Juni 2006 in Berlin. *Informationen zur Raumentwicklung*, 2006 (11/12), 703–724.
- Nelles, J., & Durand, F. (2014). Political Rescaling and Metropolitan Governance in Cross-border Regions: Comparing the Cross-border Metropolitan Areas of Lille and Luxembourg. *European Urban and Regional Studies*, 21(1), 104–122. DOI:10.1177/0969776411431103
- Nienaber, B., & Wille, C. (2020). Cross-border Cooperation in Europe: A Relational Perspective. *European Planning Studies*, 28(1), 1–7. DOI:10.1080/09654313.2019.1623971
- Reitel, B. (2007). Les agglomérations transfrontalières : des systèmes urbains en voie d'intégration? Les espaces urbains de la « frontière » du territoire français. *Geographica Helvetica*, 62(1), 5–15.
- Reitel, B., Pupier, P., & Wassenberg, B. (2022). Les politiques européennes et les villes frontalières en Europe. *Bulletin de l'association de géographes français*, 99(1), 131–149.
- Ried, Werner Matthias (2014). Infrastruktur und Entwicklungspotential der Eisenbahnen im SaarLorLux-Raum. Wege von der Marginalisierung zur nachhaltigen Mobilität in der Großregion. Dissertation am Fachbereich Geographie/Geowissenschaften, Raumentwicklung und Landesplanung der Universität Trier.
- Robinson, J. (2002). Global Cities and World Cities: A View from off the Map. *International Journal of Urban and Regional Research*, 26(3), 531–554.

- Roy, A. (2009). The 21st-century Metropolis: New Geographies of Theory. *Regional Studies*, 43(6), 819–830. DOI:10.1080/00343400701809665
- Sayin, Ö., Hoyler, M., & Harrison, J. (2022). Doing Comparative Urbanism Differently: Conjunctural Cities and the Stress-testing of Urban Theory. *Urban Studies*, 59(2), 263–280. DOI:10.1177/0042098020957499
- Schultz, H. (2004). Zwillingsstädte an europäischen Grenzen. In J. Beck & A. Komlosy (Hg.). *Grenzen weltweit – Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich* (S. 161–183). Promedia.
- Schultz, H. (2021). Twin Towns on the Border as Laboratories of European integration. *Futuribili – Rivista di studi sul futuro e di previsione sociale*, 26(1/2), 195–212. DOI:10.13137/1971-0720/34413
- Sigler, T. J. (2013). Relational Cities: Doha, Panama City, and Dubai as 21st Century Entrepôts. *Urban Geography*, 34(5), 612–633.
- Söderström, O. (2014). *Cities in Relations: Trajectories of Urban Development in Hanoi and Ouagadougou*. Studies in Urban and Social Change. Wiley.
- Söderström, O., & Geertman, S. (2013). Loose Threads: The Translocal Making of Public Space Policy in Hanoi. *Singapore Journal of Tropical Geography*, 34(2), 244–260. DOI:10.1111/sjtg.12027
- Sohn, C. (2014). The Border as a Resource in the Global Urban Space: A Contribution to the Cross-Border Metropolis Hypothesis. *International Journal of Urban and Regional Research*, 38(5), 1697–1711.
- Sohn, C. (2017). Cartography of a Blind Spot: An Exploratory Analysis of European Border Cities. *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 108(4), 512–518.
- Sohn, C., Reitel, B., & Walther, O. (2009). Cross-border Metropolitan Integration in Europe: The Case of Luxembourg, Basel, and Geneva. *Environment and Planning C: Politics and Space*, 27(5), 922–939.
- Spellerberg, A., Schönwald, A., Engelhardt, K., & Weber, F. (2018). Leben in der Grenzregion – „Wo kämen wir denn da hin?“ In K. Pallagst, A. Hartz, & B. Caesar (Hg.). *Border Futures – Zukunft Grenze – Avenir Frontière. Zukunftsähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit*. (S. 141–167). Akademie für Raumforschung in der Leibniz-Gesellschaft.
- Steinführer, A., Porsche, L., & Sondermann, M. (2021). *Kompendium Kleinstadtforschung* (Forschungsberichte der ARL 16). Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft.
- Wong, C., Hesse, M., & Sigler, T. J. (2022). City-states in Relational Urbanization: The Case of Luxembourg and Singapore. *Urban Geography*, 43(4), 501–522.

Grenzüberschreitendes Placemaking. Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel der „Goldenens Bremm“ im deutsch-französischen Grenzraum

Alexandra Schartner

Abstract

Der folgende Beitrag befasst sich mit der konzeptionellen Definition von grenzüberschreitendem Placemaking und untersucht die Frage, ob und wie es genutzt werden kann, um Grenzraumentwicklungen zu beschreiben. Es wird dabei analysiert, inwieweit Grenzlokalitäten und deren grenzüberschreitende Inszenierungen als Impulse für die Entwicklung von Grenzräumen dienen. Dazu wird ein Teil der Projektstudie zu einer Internationalen Bauausstellung (IBA) in der Großregion vorgestellt. In dieser Studie wurde die Idee entwickelt, Grenzlokalitäten über nationale Grenzen hinweg zu verknüpfen, um die Transformation eines Grenzraumes anzuregen und sichtbar zu machen. Als Fallbeispiel dient die „Goldene Bremm“ an der deutsch-französischen Grenze, die die Herausforderungen, Chancen und Fragestellungen dieses Prozesses illustriert. Die an dieser Grenzlokalität 2023 stattgefundenen Inszenierung zeigt den in der Projektstudie diskutierten Ansatz und hinterfragt, welchen Einfluss diese auf eine grenzüberschreitende Raumentwicklung hat. Anhand ausgewählter Interviewbeispiele gibt der Beitrag eine Übersicht über den Prozess und eine exemplarische Einsicht in Untersuchungen zum Grenzraum und dem grenzüberschreitenden Placemaking.¹

¹ In diesem Artikel wird ein Ausschnitt aus der Forschungsarbeit vorgestellt, die im Rahmen der Kooperationsplattform Europa (2022–2025) der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes stattfindet. Die Daten wurden zum Teil (2022–2023) als Begleitforschung des Projektes Prä-IBA-GR/Prä-IBA Saar-Moselle erhoben.

1. Einleitung

Offene Grenzen sind in europäischen Grenzräumen eine Besonderheit, deren Alleinstellungsmerkmale von Forschenden untersucht werden. Für die Bewohner*innen hingegen sind sie mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Das Überschreiten der Grenzen für Arbeit und Freizeit, zum Konsum und Kulturaustausch gehört in den stark verflochtenen Grenzräumen Europas zum Alltag. Diese Praxis des Grenzüberschreitens kann als ein Prozess der alltäglichen Regionalisierung verstanden werden (Werlen, 1997; 2008). Der Prozess der alltäglichen Regionalisierung beschreibt, wie sich Räume durch die regelmäßigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interaktionen der Menschen kontinuierlich neu konstituieren und dabei nationale Grenzen einerseits an Bedeutung verlieren, andererseits sich Grenzräume bilden, die durch die Grenzüberschreitung definiert werden.

Daraus resultierend wird die Fragestellung zu den grenzüberschreitenden Orten im Grenzraum Saarland-Moselle formuliert. Dabei wird untersucht, wie die Inszenierung von Lokalitäten an einer Grenze zur Schaffung grenzüberschreitender Orte führt und ob dieser Prozess als grenzüberschreitendes Placemaking betrachtet werden kann.

Es werden die angewandten Methoden und spezifischen Analysen detailliert dargelegt, d. h. als ein Prozess, durch den sich Räume durch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen immer wieder neu konstituieren, wobei es zu einem Zusammenspiel von Struktur und Handlung kommt (Giddens, 1997, 34). Alltägliche Praktiken spiegeln die Identifizierungen der Einwohner*innen wider, die Regionalisierungsprozesse abbilden (Werlen, 1997). Dabei werden „bestimmte ‚Orte‘ bei der grenzüberschreitenden Erledigung von Alltagsaufgaben in Beziehung gesetzt, wodurch ‚alternative‘ Grenzziehungen bzw. Räume entstehen“ können (Wille, 2020, 48). Regionale Bezüge und Identitäten sind ein integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens, somit formen sich grenzüberschreitende Räume als soziale Konstrukte.

Dieser Beitrag befasst sich mit einem Grenzraum innerhalb der Großregion², oftmals noch immer als die Region „SaarLorLux“ bezeichnet (Wille, 2020, 25–53). Innerhalb der Großregion lassen sich kleinere binationale oder trinationale Grenzräume einordnen, die eng verflochten

2 Die Großregion (engl. Greater Region, franz. Grande Région) besteht aus mehreren definierten Gebietskörperschaften: dem Großherzogtum Luxemburg, der früheren Region Lothringen, den ihr angehörenden Départements Meurthe-et-Moselle, Moselle, Meuse und Vosges, den deutschen Bundesländern Rheinland-Pfalz und dem Saarland,

sind. Auch der Raum des Saarlandes und des Départements Moselle in Lothringen lässt sich als ein solcher Grenzraum betrachten (Crossey & Weber, 2020, 154–156) und liegt im Fokus der vorliegenden Untersuchung.

In der Großregion (GR) fand von 2020 bis 2023 die sogenannte Prä-IBA-GR³ statt (Ochs et al., 2021b; 2023b). Dabei handelte es sich um eine mehrjährige Entwicklungsphase einer Internationalen Bauausstellung (IBA), die sogenannte Prä-IBA-Phase, die von dem IBA-Expertenrat⁴ als eine „Zeit präziser Vorbereitung“ (Durth, 2020) definiert wird. Während der Prä-IBA-GR wurden die Möglichkeiten zur Durchführung einer IBA ausgelotet und sowohl für die gesamte Großregion als auch für den saarländisch-lothringischen Grenzraum als transformatorisches Vorhaben erörtert. In der Prä-IBA-Phase für SaarMoselle wurde erprobt, ob und inwiefern temporäre grenzüberschreitende Inszenierungen von Lokalitäten an der deutsch-französischen Grenze auf die Entwicklung von Grenzräumen wirken könnten (Ochs et al., 2023b). Das Ziel war es, das öffentliche, grenzüberschreitende Interesse an diesen Grenzlokalitäten zu wecken und dauerhafte Konzepte zu entwickeln.

Der folgende Beitrag gibt eine Übersicht über diesen Prozess und schildert anhand eines Fallbeispiels die Möglichkeiten der Definition von grenzüberschreitendem Placemaking. Dazu bietet eine exemplarische Einsicht ausgewählte Interviewbeispiele sowie teilnehmende Beobachtungen, die während einer Inszenierung der Grenzlokalität entstanden. Der Beitrag verfolgt die Frage, ob grenzüberschreitendes Placemaking konzeptionell zur Beschreibung von grenzüberschreitender Raumentwicklung genutzt werden kann.

2. Das Format der Internationalen Bauausstellung

Der Begriff der Internationalen Bauausstellung, kurz IBA, hat sich im Deutschland des 20. Jahrhunderts entwickelt und steht für ein Format, welches sich für einen Zeitraum von zehn Jahren um die Stadt- und

der belgischen Region Wallonie mit der französischsprachigen und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

- 3 Präfigurationsphase einer Internationalen Bauausstellungen für die Großregion (Prä-IBA-GR).
- 4 Der IBA-Expertenrat des Bundes begleitet und berät laufende IBA und IBA-Initiativen. Der 2009 ins Leben gerufene Rat setzt sich aus renommierten Akteur*innen aus Forschung und Praxis sowie Vertreter*innen aus Kommunen und Ländern zusammen (Preller et al., 2023).

Raumentwicklung einer Region bemüht. Nach Meinung des IBA-Expertenrates hat sich die IBA mittlerweile zu einem Experimentierfeld der Regionalentwicklung etabliert (IBA-Expertenrat des BMI, 2017) und gilt heute als ein besonderes Instrument, um Architektur-, Stadtplanungs- und Gebietsplanungsprojekte zu gestalten (Linder-Guarnaccia, 2021, 82).

Eine IBA bezeichnet in ihrer Ursprungsform ein Konzept, das wörtlich zu verstehen ist: Sie ist eine Präsentation von eindrucksvollen, zukunftsweisenden Architekturen und Bauwerken, präsentiert in einer Ausstellung durch eine internationale Architekturgemeinschaft, die am Anfang vor allem ein Fachpublikum der Architektur, Kunst und Kultur ansprach. Das Format änderte sich zunehmend, indem sich die IBA durch die Entwicklung von unterschiedlichen Arten von Projekten aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen widmete. Die Internationalen Bauausstellungen entwickeln Räume, indem sie Antworten auf den jeweiligen regionalen Wandel in Projektform, d. h. durch Entwicklung eines oder mehrerer Orte, geben.

Doch vor allem in den letzten 15 Jahren lag der Fokus innerhalb der IBA-Prozesse nicht mehr primär auf der Architektur und baulichen Maßnahmen. Vielmehr wurden auch andere Projekte, wie Netzwerkaufbau und Austauschprozesse, als IBA-Projekte entwickelt (Wrobel & IBA Thüringen GmbH, 2023, 209). „Darüber hinaus prägen Beteiligungsprozesse, neue Verfahrensmodelle wie auch wissenschaftliche, künstlerische oder performative Projekte Gesicht und Geist einer IBA.“ (IBA-Expertenrat des BMUB et al., 2017, 11)

Zu Beginn eines IBA-Prozesses wird in vielen Fällen ein Raum festgelegt, in dem sich die IBA als Transformation entfalten soll. In diesen Räumen wird der Wandel einer Region dargestellt, indem durch die IBA die Transformation von Orten initiiert wird und die Auswirkungen dieser Veränderungen durch ihr Netzwerk kommuniziert und projiziert werden. Die IBA begleitet also den Wandel von Orten und macht die Transformation sichtbar. Die Erlebbarkeit der von der IBA geschaffenen Orte durch die Öffentlichkeit ist ein zentrales Vorgehen, um die Entwicklung in einem Raum sichtbar zu machen (Doehler-Behzadi, 2023). Die Prozesse der IBA werden als temporäre Labore und Werkstätten der Regionalentwicklung verstanden, die eine langfristige Transformation von Räumen als Ziel haben (IBA-Expertenrat des BMI, 2017). Da IBA weder ein geschützter Begriff noch eine geschützte Marke in der Stadt- und Raumplanung ist, sondern ein selbstgestellter Qualitätsanspruch (Friedrich & Krug, 2012), kann auch

jede*r eine IBA als regionales Labor zur Problemidentifizierung und zur Suche nach Lösungen durch experimentelle Projekte nutzen.

Während im 20. Jahrhundert nur einige wenige IBA stattgefunden haben, erfreut sich das Format seit der Jahrtausendwende einer großen Beliebtheit. Seitdem wurden in Deutschland und auch in anderen angrenzenden, europäischen Ländern mehr IBA-Prozesse abgeschlossen als im gesamten vergangenen Jahrhundert. Die zahlreichen IBA des 21. Jahrhunderts gehen einen Schritt weiter als ihre Vorgängerinnen. Sie leisten nicht nur einen Beitrag zur Koordination von Multi-Level-Prozessen der Regionalplanung eines bestimmten geografischen Raumes, sondern bieten auch einen Raum, um gemeinsam mit verschiedenen Akteur*innen Projektideen zu entwickeln und diese in Beziehung zueinander zu setzen, wodurch wieder zusammenhängende Projekträume entstehen. In den meisten Fällen nehmen Sie die Form und Ausprägung einer bereits etablierten Region an. IBA-Räume waren bislang beispielsweise ein oder mehrere Stadtviertel, wie bei der IBA Hamburg 2006–2013 (IBA-Hamburg GmbH & Hellweg, 2013), eine ganze Stadt, wie die IBA Heidelberg 2012–2022 (Braum et al., 2022), oder auch ein Bundesland, wie die IBA Thüringen 2013–2023 (Faber & IBA-Thüringen GmbH, 2023).

Jede IBA hat ihre einzigartige Vorgehensweise und Entwicklungs geschichte, die dadurch eine Region im Wandel abbildet. Ihre Akteur*innen sprechen von identitätsstiftenden und -findenden Projekten und Prozessen. Ihre Absicht ist es, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Region über die verschiedenen Projekte und -initiativen zu generieren. Die IBA-O rganisator*innen heben hervor, dass den ausgewählten Regionen somit eine „gelebte IBA-Identität“ zugesprochen wird (Fischer et al., 2011, 30).

Heute haben sich die IBA stark gewandelt, weg von reinen Bau- und Architekturausstellungen hin zu strategischen Prozessen, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte sowie Partizipation in den Vordergrund stellen (IBA-Expertenrat des BMI, 2017). Aus diversen Memoranden⁵ der aktuellsten IBA geht hervor, dass es ihr Ziel war, die Transformation eines Stadtviertels, einer Stadt oder einer ganzen Region positiv zu beeinflussen (IBA-Expertenrat des BMI, 2017; Jann et al., 2013). Dabei bleibt das Ausstellen als Erlebbare- und Sichtbarmachen von Prozessen ein fester Bestandteil der IBA (Doehler-Behzadi, 2023).

5 Ein IBA-Memorandum ist ein Leitfaden, in dem die Initiator*innen die Prinzipien, Ziele und Qualitätsstandards für die Internationale Bauausstellung festlegen. In einigen Fällen wurde der Begriff Machbarkeitsstudie einem Memorandum gleichgesetzt.

3. Grenzüberschreitende IBA in der Großregion

Das Format der Internationalen Bauausstellung in der Großregion, im Saarland, sowie im saarländisch-lothringischen Grenzraum hat einen langen Weg hinter sich, ohne dabei über die Phase der Machbarkeitsstudien und Vorüberlegungen, kurz die Prä-IBA-Phase, hinauszuwachsen. Um die Jahrtausendwende, im direkten Anschluss an die IBA Emscher Park von 1999, wurde im Saarland eine Studie zum Thema der Industriekultur Saar beauftragt, die von dem Leiter der IBA Emscher Park, Karl Ganser, durchgeführt wurde (Ganser & Kommission Industrieland Saar, 2000). Im Rahmen der Bemühungen der saarländischen Landesregierung, das industriekulturelle Erbe in Zeiten des rapiden Strukturwandels zu erhalten, wurde 2001 die „IndustrieKultur Saar GmbH“ gegründet (Böcker, 2007), die sich nachfolgend um die Standorte des industriellen Erbes kümmerte. Der Wunsch, dieses Erbe im Rahmen einer IBA zu entwickeln und sichtbar zu machen, blieb dabei jedoch unerfüllt.

Der nächste Versuch, eine IBA in der Region zu initiieren, fand 2012 während eines öffentlichen Symposiums der Findungsphase zur „IBA: Saar+“ statt, bei dem regionale Akteur*innen der Architektur mit der Verantwortlichen der kürzlich abgeschlossenen IBA Stadtumbau und IBA-Expertin, Sonja Beek, zusammengebracht wurden (Ochs et al., 2020). IBA Stadtumbau hatte sich in einem zehnjährigen Prozess erfolgreich um die Transformation von insgesamt 19 Städten in Sachsen-Anhalt bemüht (Os-walt & Eidner, 2010) und die Akteur*innen sahen viele Potentiale und Parallelen zu der Region Saarland und deren erweitertem, europäischem Nachbarkreis.

Darauffolgend wurde die Studie „IBA Europa: Leben – Die GPMR⁶ der Grossregion“ als ein „Konzept für eine Prä-IBA als Prüf- und Startphase“ erarbeitet, welches 2018 im Auftrag des Ministeriums für Finanzen und Europa des Saarlandes erschienen ist (Hartz et al., 2018). Es beleuchtete weiterhin die Möglichkeiten einer IBA in der Großregion.

Schließlich wurde unter der großregionalen Gipfelpräsidentschaft des Saarlandes 2019–2020 die Prüfung der Machbarkeit einer IBA in der Großregion beschlossen, die sogenannte „Präfigurationsphase“ für eine IBA-GR (Ochs et al., 2021a; 2024). In dieser Phase befasste sich das Prä-IBA-Team mit der Erarbeitung der Grundlagen und des regionalen Verständnisses für eine IBA. In der gemeinsamen Erklärung des Gipfels der Großregion

⁶ Grenzüberschreitende polyzentrische Metropolregion.

wurde die „erste Vorprüfphase einer Internationalen Bauausstellung für die Großregion (Prä-IBA-GR) lanciert (17. Gipfel der Großregion, 2021). Unter dem Motto „Europa leben“ erstellte das Prä-IBA-Team der htw saar (Projektträgerin) einen ersten Gestaltungsleitfaden, genannt „Machbarkeitsstudie“, einer solchen IBA (Ochs et al., 2021b).

Als vertiefende Folgestudie für einen fokussierten Raum an der nationalstaatlichen Grenze wurde 2022–2023 eine Präfigurationsphase für den grenzüberschreitenden Raum zwischen dem Saarland und Grand Est (Département Moselle, Lothringen) durchgeführt. Diese lief weiterhin unter dem Namen Prä-IBA-GR und erstellte ein Memorandum zur Durchführung einer „IBA Saar-Moselle“ (Ochs et al., 2023b).

Zugleich und unabhängig zur Prä-IBA-GR fand in der Großregion eine zweite Initiative für die Durchführung einer grenzüberschreitenden IBA statt. Die „Pré-IBA Alzette Belval“, geleitet durch das EVTZ⁷ Alzette-Belval, bearbeitete von 2020 bis 2021 den luxemburgisch-französischen Grenzraum (GECT Alzette Belval et al., 2022). Beide Initiativen wurden 2020 in die „grenzüberschreitende operative Strategie der Großregion“, also in das Raumentwicklungskonzept der Großregion (REKGR) aufgenommen (SDTGR/REKGR & Vidal, 2020). Durch das Format der IBA sollte eine Stärkung der Strahlkraft der Großregion entwickelt (SDTGR/REKGR & Vidal, 2020, 61) und die Grenzräume der Großregion gestärkt werden.

Innerhalb dieser mehrjährigen Untersuchungen zu den Möglichkeiten einer IBA in der Großregion und im Grenzraum Saarland und Moselle wurden unterschiedliche Formate getestet, um eine größere Sichtbarkeit nach außen zu erreichen und identitätsstiftende Prozesse im Inneren anzustoßen. Zu diesen Formaten zählen Konferenzen und temporäre Inszenierungen von Orten, u. a. durch Ausstellungen, öffentliche Diskussionsforen, Exkursionen und Arbeiten in öffentlichen Räumen an Orten, die besonders interessant für die Grenzregion sein könnten.

4. Grenzüberschreitendes Placemaking

Die eben beschriebenen Formate, durch die erprobt wurde, Grenzorte in einen grenzüberschreitenden neuen Zusammenhang zu bringen und sichtbar zu machen, können als eine Vorgehensweise des grenzüberschreitenden Placemaking beschrieben werden.

⁷ Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit.

In Stadtplanung und Architektur spricht man von Placemaking als einem Prozess, durch den öffentliche Räume geschaffen oder umgestaltet werden, um sie für die Menschen funktionaler und lebenswerter zu machen (Courage et al., 2021). Dieser Ansatz betont die Partizipation bei der Gestaltung und Umnutzung von Orten, um eine starke lokale Identität, soziale Interaktion und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu fördern (Madden & PPS, 2018, 43; Schneekloth & Shibley, 1995). Im Gegensatz dazu betrachten die Raumwissenschaften Placemaking als Prozess der Raumeignung, bei dem soziale und kulturelle Dynamiken im Vordergrund stehen (Henckel et al., 2010, 361). Hier wird Raum durch die alltäglichen Handlungen und Interaktionen der Menschen zu einem bedeutungsvollen Ort transformiert (Cheng et al., 2003; Hillier et al., 2015; Silva et al., 2015). Die Verbindung der Sichtweisen beider Disziplinen kann neue Einblicke in die Prozesse des Placemaking bringen. Durch die Kombination der physischen Gestaltung mit der sozialen und kulturellen Aneignung des Raumes lassen sich umfassendere Ansätze entwickeln, die sowohl die funktionalen als auch die identitätsstiftenden Aspekte von Orten berücksichtigen.

Die Entwicklung von Placemaking als Vorgehensweise der Stadtplanung und Architektur wurde geprägt durch die Arbeit der Urbanistin Jane Jacobs und des Stadtplaners William Holly Whyte (PPS & Kent, 2010a; 2010b). Ihre zentrale Absicht war es beispielsweise, Straßen als Orte des Alltäglichen durch punktuelle Interventionen zu verändern und dadurch das Straßenbild und das Stadtquartier zu transformieren, lebensfreundlicher zu gestalten und mehr Aufenthaltsqualität für das alltägliche Leben und Handeln zu bringen (Jacobs, 1992, 38). Im Vordergrund stand die Aussage, dass Städte und öffentliche Räume von Menschen für Menschen gemacht werden müssen. Ziel der Überlegungen war das Anregen eines Austauschs zwischen den sozialen Strukturen und dem individuellen Handeln der Menschen, u.a. durch das Anpassen der gebauten Umwelt, also den architektonischen und städtebaulichen Gegebenheiten.

Es gibt verschiedene Varianten, Placemaking konzeptionell zu umreißen und entsprechend Ausprägungen auszuformulieren. Die Herausforderungen liegen dabei in der Dynamik dieser Prozesse, denn Placemaking passt sich der jeweiligen Zeit und dem Ort an, wird kollektiv entwickelt und unterliegt daher einem stetigen Wandel, angepasst an die Raumbedürfnisse der Nutzer*innen.

Als Creative Placemaking (Courage & McKeown, 2018; Markussen & Gadwa, 2010) kann ein innovativer und künstlerischer, kollektiv entwickelter Ansatz im städtischen Raum verstanden werden. Durch Transcultural

Placemaking (Hou, 2013) lassen sich städtische Orte des kulturellen Austauschs und der kulturellen Raumeignung definieren. Placemaking kann ebenfalls als eine „urban design methodology“ betrachtet werden (Thomas, 2016), also eine Art, sich methodisch einem Ort oder einer Stadt anzunähern.

Diese Aufzählung stellt nur einen nicht abschließenden Teil der verschiedenen Definitionen von Placemaking dar. Eines haben diese Konzepte gemeinsam: Der Ort oder *Place* steht im Mittelpunkt der Betrachtung (Singh et al., 2023). Die verschiedenen Arten von Placemaking verstehen sich als ein kollaborativer und kollektiver Prozess, durch den bestimmte Orte (um-)gestaltet werden können, um Gemeinschaften zu stärken.

Gänzlich außerhalb des Diskurses bleibt die Betrachtung des Placemaking als eine grenzüberschreitende Vorgehensweise, welche sich direkt an nationalstaatlichen Grenzen abspielt. Als ein interdisziplinäres Vorgehen, welches gleichermaßen Geografie, Architektur, Raumplanung und Kultur kontextualisiert, stellt Placemaking einen komplexen sozialen Prozess und einen transformatorischen Planungsimpuls dar, der die Grenzen dieser Disziplinen überschreitet. Kommt das Überschreiten einer nationalstaatlichen Grenze, wie es in den europäischen Grenzregionen möglich ist, hinzu, gewinnt es eine weitere Dimension. Der Wandel, der an Orten an der Grenze zu sehen ist – sowohl alltäglicher als auch geplanter, strategischer Art – ist ein kollektiver Prozess, der nicht nur diesen Ort transformiert, sondern ihn auch zu einem Ort mit grenzüberschreitendem Charakter macht. Dieser kann auch einen Impuls für einen größeren Raum geben, die Gemeinschaft grenzüberschreitend stärken, ihren Blick auf den Grenzraum ändern und identitätsstiftend agieren. Im Folgenden werden erste Kriterien zur Definition von grenzüberschreitendem Placemaking anhand der Fallstudie Bremm abgeleitet.

5. Fallstudie: Bremm als ein grenzüberschreitender Ort

Das Beispiel eines Ortes an der deutsch-französischen Grenze und die dort stattgefundene Inszenierung im Sommer 2023 dient als Fallstudie, um erste Kriterien für die Definition von grenzüberschreitendem Placemaking zu identifizieren. Die Fallstudie, zusammengefasst als Bremm oder „Bremmraum“ (Ochs et al., 2023a), befindet sich auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze. Dort, zwischen den Städten Saarbrücken auf der deutschen und Forbach auf der französischen Seite, besteht sie

aus den Teilen der Neuen, Alten und der Goldenen Bremm. Eine exakte Abgrenzung der Bremm mit ihren Verflechtungsräumen lässt sich nicht definieren, denn die Menschen an diesem Ort sehen, empfinden und nutzen ihn auf unterschiedliche Arten. Die architektonischen und städtebaulichen Elemente ebenso wie die historischen und sozialen Strukturen machen den Grenzübergang an der Bremm aus (Abb. 1). Das Gebiet der Alten Bremm liegt überwiegend auf der französischen Seite der Grenze, dazu gehört der ehemalige Grenzübergang (1), wo noch bis vor einigen Jahren ein Zollgebäude für Grenzkontrollen (2) stand. Die Grenze liegt an der Metzer Straße auf Saarbrücker Seite, die dann in die *route nationale* auf Forbacher Seite übergeht. Dort haben während der Covid-19-Pandemie sowohl die ersten Grenzschließungen seit dem Schengener Abkommen stattgefunden als auch erneute Grenzöffnungen und die gemeinsame Errichtung eines Testzentrums zur Eindämmung der Pandemie (2) (Gipfelsekretariat der Großregion, 2022).

Die Neue Bremm liegt östlich der Staatsgrenze auf deutschem Gebiet im Bereich der Metzer Straße und der Gedenkstätte des ehemaligen Gestapo-Lagers (3), welches ebenfalls den Namen „Neue Bremm“ trägt. Westlich der Metzer Straße wird die Neue Bremm durch die 30 Meter hohe, weiße Stele aus Stahlbeton des Pariser Architekten und Stadtplaners André Sive markiert (4). Dieses Denkmal an der Grenze erinnert an die Opfer des Zweiten Weltkrieges. Auf der östlichen Seite der Straße befindet sich ein „Gedächtnisplatz“ (5) für die im Lager inhaftierten französischen Widerstandskämpfer, welcher durch das Denkmal „*Hotel der Erinnerung*“ (5) der Berliner Architekten Nils Ballhausen und Roland Poppensieker ergänzt wird. Eine Hotelanlage befindet sich in unmittelbarer Nähe, auf dem Teil der Neuen Bremm, wo das Frauenlager (6) stand. Als Goldene Bremm wird in der Umgangssprache oftmals das gesamte Gebiet bezeichnet, inklusive der bereits beschriebenen Orte. Es meint vor allem den Grenzübergang auf der Autobahn A6/A320 mit der ehemaligen Zollstation (7), von dessen Gebäudeensemble, mit einem markanten Wellendach als formgebende Struktur, nur noch das ehemalige, heute geschlossene Bistro (8) zu sehen ist. Zwischen der Autobahn und unmittelbar an der Grenze befindet sich die denkmalgeschützte, seit über zwanzig Jahren leerstehende Raststätte „Goldene Bremm“ (9). Sie liegt unterhalb der Straße Zum Zollstock, die zur Spicherer Höhe führt. Sie ist ein im Stile der Brutalismus-Architektur erbautes Gebäude des Saarbrücker Architekten Walter Schrempf. Gemeinsam mit den Denkmälern der Neuen Bremm bildet die Raststätte eine konzeptionelle, architektonische Klammer um den „Bremmraum“.

Bis hoch zur Spicherer Höhe reicht der weit gefasste Begriff Bremm als Grenzort an der deutsch-französischen Grenze. Der eng gefasste Grenzort der Bremm hingegen bezieht sich auf den ehemaligen Grenzübergang mit Zollstation und Autobahnraststätte. Dieser wird sowohl von Deutschland als auch von Frankreich kommend in regelmäßigen Abständen vor allem für die Autofahrenden als „Goldene Bremm“ oder „Brême d’Or“ ausgeschildert.

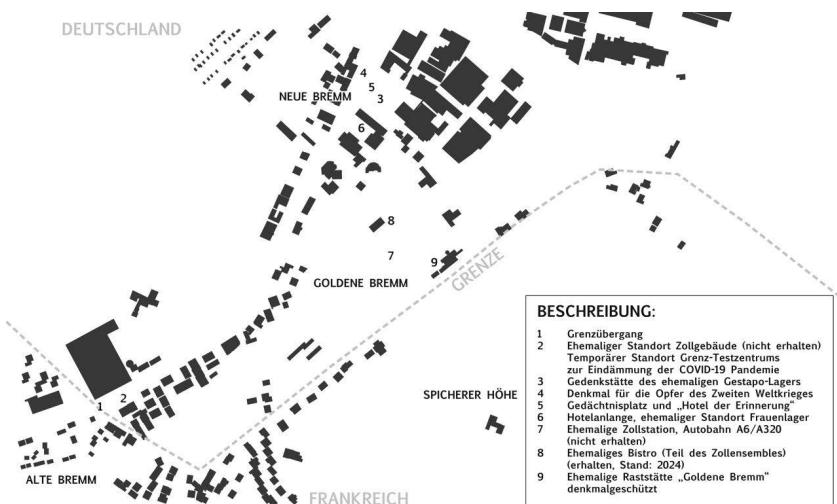


Abb. 1. Verortung Bremm (eigene Darstellung ohne Maßstab auf Grundlage eigener Kartierung von 2022–2023)

Trotz ihrer historischen und architektonischen Aspekte spielt die Bremm heute aufgrund der offenen europäischen Grenzen keine große grenzregionale Rolle mehr. Die Grenzüberschreitung passiert fast unmerklich und selbstverständlich. Durch die zuvor genannten Gebäude und Denkmalstrukturen, welche auf die Grenze hinweisen oder ihre Existenz der Nähe zur Grenze verdanken und die hier bereits stattgefundenen Events, wie beispielsweise die saarländisch-lothringischen Nachbarschaftsfeste (Krebs, 2009), suggeriert dieser Ort kulturellen, wirtschaftlichen und regionalen Austausch. Die Realität sieht jedoch anders aus, denn die Bremm bietet kaum Aufenthaltsqualität und nicht ausreichend Gründe zum Anhalten, Verweilen oder für einen gezielten Besuch. Die Bremm ist fragmentiert

und der historische sowie grenzüberschreitende Zusammenhang ist nicht wahrzunehmen.

Die Bremm wurde von dem Team der Prä-IBA ausgewählt, um auf die Besonderheiten dieses Grenzbereichs und dessen grenzüberschreitende Potentiale aufmerksam zu machen. Im Rahmen der Landeskunstausstellung des Saarlandes, der SaarART 2023, die im Jahr 2023 zum ersten Mal mit grenzüberschreitender Absicht stattgefunden hat, brachte die Prä-IBA grenzregionale Akteur*innen im sogenannten „Kollektiv Bremm“ zusammen, um dem Ort an der Grenze durch temporäre Interventionen im öffentlichen Raum eine neue Sichtbarkeit und Bedeutung zu geben. Zu diesem Kollektiv gehörten Kunst-, Kultur- und Architekturschaffende, die gemeinsam versuchten, durch Inszenierungen und Installationen neue Zugänglichkeit und eine klare Wegeführung durch diesen Grenzort, über die Grenze zu schaffen. Es wurde ein Parcours initiiert, der durch die Kunst- und Kulturmaßnahmen der insgesamt 15 Mitglieder des Kollektivs gestaltet wurde (Ochs et al., 2023a).

Die Laufzeit dieses Projekts war auf wenige Wochen begrenzt. Ziel war es, den Grenzort in der Zeit vom 30. Juni bis zum 17. September 2023 für die Menschen aus der Region bewusst erlebbar zu gestalten und einen Anreiz für den Besuch dieses Ortes zu schaffen. Die Künstlerin Véronique Verdet zeigte eine Installation aus Fahnen gegenüber der weißen Gedenkstele an der Neuen Bremm, der Fotograf Lukas Ratius zeigte an den Fassaden des ehemaligen Bistros des Zollgebäudeensembles eine fotografische Dokumentation der rastenden LKW-Fahrer an der Grenze. Der Architekt und Grafiker Florian Budke inszenierte durch ein großformatiges Schriftbild, eine sogenannte „Supergrafik“, den Tunnel unter der Autobahn, der die Autobahnrasstürmen Goldene Bremm Nord und Süd fußläufig miteinander verbindet. Der denkmalgeschützten Raststätte „Goldene Bremm“ haben sich Mane Hellenthal und Ulrich Behr gewidmet, indem sie eine große abstrahierte Grafik ihres Innenraumes an die Fassade anbrachten und in Kooperation mit dem ZBB GmbH aus Saarbrücken und dem abgeschlossenen Interreg-Projekt der Großregion KreaVert einen Erdbeergarten in den Blumenkübeln vor der Raststätte anlegten. Den Abschluss und den Sprung über die geografische Grenze macht das Architekturkollektiv „Grenze+“, bestehend aus Malik Al Bosta, Frédéric Omlor, Clemens Möhler und Lucien Schmidt-Berteaum. „Grenze+“ inszenierte gezielt Blickfenster und Blickrichtungen über die Grenze und lud durch die Installation dazu ein, die geografische Grenze zu überschreiten und sich beide Seiten anzuschauen.

In diesem Prozess der Grenzortinszenierung wurden die Akteur*innen aus dem Kollektiv Bremm mit den Bewohner*innen, den Stakeholdern vor Ort, wie der Tank und Rast GmbH, der Autobahn GmbH sowie der Stiftung Kultur Saar, die die Veranstalterin der SaarART 2023 ist, durch das Team der Prä-IBA zusammengebracht. Die Vernissage und die erste öffentliche Begehung des Ortes fanden am 30. Juni 2023 statt. Das Zusammenspiel der Bremm mit ihren Architekturen und den neuen Interventionen sorgten für Aufmerksamkeit. Es kamen ca. 200 Gäste aus Saarbrücken und Forbach. Diese setzten sich aus der Zivilgesellschaft, der architektur- und kunstinteressierten Öffentlichkeit sowie aus der Politik beiderseits der Grenze zusammen. In ihrem Eröffnungspläoyer lobte die saarländische Ministerin für Bildung und Kultur, Christine Streichert-Clivot, den Ansatz, die grenzüberschreitende Bedeutung dieses „lost place“ wiederzubeleben: „Künstlerische Gestaltung entfacht Neugierde, ermuntert zum genaueren Hinschauen oder auch zum erstmaligen Entdecken eines Raumes, den man ansonsten achtlos quert.“⁸

Die Aussagen von Besucher*innen, die an diesem Event teilgenommen haben, belegen, dass es durch die zuvor genannte Aktion und die Kunstprojekte zu einer Reaktivierung dieses Ortes über die nationalstaatliche Grenze hinausgekommen ist. Im Folgenden wird aus einer Auswahl von Interviews⁹ zitiert, die während des Eröffnungsevents im „Bremmraum“ als Feldnotizen aufgenommen wurden. Diese dienen der Dokumentation der Inszenierung sowie der Illustration der Wahrnehmungen und Eindrücke der Besucher*innen.

In einem der Interviews heißt es beispielsweise von Seiten der Besucher*innen zum untersuchten Raum: „Man kennt es so gar nicht und es gibt auch keinen Grund hierher zu kommen. Jetzt hatte ich endlich mal die Gelegenheit, das alles zu sehen.“ Durch die gezielte Inszenierung an der Bremm konnte das Interesse für diesen Ort geweckt werden. Es ließ

8 Zitat aus dem Grußwort von Christine Streichert-Clivot, 30.06.2023, eigene Transkription für das Kollektiv Bremm und im Rahmen meiner Forschungsarbeit.

9 Die vorgestellten Zitate stammen aus dem Datenkorpus, das im Rahmen meiner Forschungsarbeit erhoben wurde. Diese kooperative Forschung wurde zwischen der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes im Rahmen der Kooperationsplattform Europa 2022 durchgeführt. Die Untersuchungen fanden teilweise als integrierte Begleitforschung innerhalb des Projektes der Prä-IBA (2022–2023) statt. Für diesen Artikel wurden Zitate aus den Walking Interviews (Kühl, 2016) ausgewählt, die am 30.06.2023 aufgenommen wurden, um die Fallstudie und die Wahrnehmung der Inszenierung am Ort der „Goldenen Bremm“ zu illustrieren.

sich feststellen, dass dieser Ort auch für die Menschen, die die Grenze in ihrem Alltag oft passieren oder vielleicht sogar in dessen unmittelbarer Nähe leben, nicht zwingenderweise als bekannt angesehen werden kann. Weder die historischen Zusammenhänge noch die architektonischen Begebenheiten geben genug Anreize, um an die Bremm zu kommen.

Das Event, die temporäre Umgestaltung und die künstlerische Auseinandersetzung lassen außerdem eine Weiterentwicklung erhoffen. Diese Inszenierung, auch wenn sie von Anfang an für eine begrenzte Zeit konzipiert war, wirkte als Auftakt zu einer größeren und beständigeren Veränderung: „Was passiert als nächstes?“ war die oft gestellte Gegenfrage der interviewten Personen.

Die Inszenierung hat auch als Inspiration gedient, um Ideen für die Umgestaltung dieses Ortes zu generieren, allem voran für das denkmalgeschützte Gebäude der Raststätte der Goldenen Bremm: „Es braucht eine freie Initiative, die sich dem Gebäude der Raststätte [der Goldenen Bremm] annimmt und hier einen richtigen Grenzort schafft.“ Das Gebäude selbst sowie alle anderen Architekturen konnten im Rahmen dieser Inszenierung nicht begangen werden; das Event, der Parcours und die Vernissage fanden im öffentlichen Raum statt.

Die Bremm wird in den Interviews als ein grenzüberschreitender Ort wahrgenommen und als ein solcher bezeichnet. Die Größe, Funktion und Lage des Ortes Bremm werden dabei auf individuelle Weise definiert: „La Spicherer Höhe fait en fait aussi partie de la Goldene Bremm, c'est dommage que le lien ne soit pas visible.“¹⁰

Darüber hinaus wurde der Veranstaltungsort mehrfach als zukunftsweisende Vision für weitere grenzüberschreitende Aktionen positioniert. Diese Aussage unterstützt das Ziel, die Bremm zu revitalisieren und dem Ort eine neue grenzüberschreitende Nutzung zu verleihen, um Akteur*innen über die Grenzen hinweg zusammenzubringen. „Durch diese Lage hier an der Grenze, ist es [der Ort an der Goldenen Bremm] ja quasi prädestiniert dazu, ein grenzüberschreitender Ort zu sein.“

Obwohl nur kurzzeitig, schuf die Inszenierung eine temporäre Plattform für den grenzüberschreitenden Austausch und verankerte die Bremm als grenzüberschreitenden Ort in den Wahrnehmungen der Besucher*innen. Aus einer Lokalität an der Grenze wurde für kurze Zeit ein neuer Ort

¹⁰ „Die Spicherer Höhe gehört eigentlich auch zur Goldenen Bremm, es ist schade, dass die Verbindung nicht sichtbar ist“ (Übersetzung Alexandra Schartner).

des Austauschs, der eine bewusste Auseinandersetzung mit Grenzen und Grenzräumen ermöglichte.

6. Kriterien für grenzüberschreitendes Placemaking

Grenzüberschreitendes Placemaking wurde bislang noch nicht eingehend untersucht, und es gibt auch keine zufriedenstellende Definition dafür. Anhand der gesammelten Eindrücke und Interviewausschnitte während und nach der Vernissage des Kollektivs Bremm sowie durch eine Analyse der Vorbereitungsphase zu diesem Event lässt sich ein vorläufiger Überblick über Kriterien aufstellen, die relevant für eine Definition von grenzüberschreitendem Placemaking sind.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der grenzregionalen Akteur*innen in der vorliegenden Fallstudie, mit dem Ziel einen gemeinsamen Ort für Austausch und grenzüberschreitende Wahrnehmung zu schaffen, ist ein zentraler Aspekt bei der Definition von grenzüberschreitendem Placemaking. Im Fall der Bremm hat das Team der Prä-IBA deutsche und französische Kunst- und Kulturschaffende im Kollektiv Bremm zusammengebracht. Die Inszenierung des Ortes ist durch diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit geprägt.

Grenzüberschreitende Raumgestaltung: Das (temporäre) Umgestalten einer Lokalität, bei dem ein Ort an der Grenze im Vordergrund steht und die planerischen Überlegungen darauf abzielen, wie der Ort gestaltet werden muss, damit sich Menschen wohlfühlen. Diese Umgestaltung bezieht Menschen beidseits der Grenze in die Planung mit ein. Das räumliche Verbinden durch einen zusammenhängenden Parcours machte die Bremm auf eine neue Art erlebbar, nicht nur als Ort des schnellen Grenzübergangs, sondern auch als Ort des grenzüberschreitenden Aufenthalts.

Grenzüberschreitende Nutzung des Ortes: Die Lokalität wurde grenzüberschreitend genutzt und erhielt eine neue Nutzung, die von der ursprünglichen Nutzung abweicht. Durch die Inszenierung sowie das gemeinsame Begehen der Bremm wurde diese an der Grenze liegende Lokalität bewusst grenzüberschreitend von den Besucher*innen genutzt. Der Lokalität wurde dadurch eine neue Bedeutung und Nutzung verliehen, und aus dem Grenzort wurde ein grenzüberschreitender Ort. Das individuelle Handeln der Besucher*innen produzierte temporäre Orte der Grenzüberschreitung.

Grenzregionale Wahrnehmung: Die grenzüberschreitende Aktion wurde medial beworben und kommentiert. Es gab Zeitungsberichte und Online-

Publikationen über die Eröffnung, bei der Menschen aus der Grenzregion anwesend waren. Dieser Ort wurde dadurch sichtbar. Die Wahrnehmung der Besucher*innen fokussierte sich auf die Grenzüberschreitung, wodurch sie den Grenzort bewusst als einen grenzüberschreitenden Ort erlebten.

7. Ausblick

Die oben zusammengefassten Kriterien liefern Anhaltspunkte für eine konzeptionelle Definition des grenzüberschreitenden Placemaking, sodass im Weiteren ihr Einfluss auf den Wandel eines Grenzraumes hin zu einem bewusst wahrgenommenen grenzüberschreitenden Raum untersucht werden kann. Es wurde aufgezeigt, dass ein Grenzort, zunächst definiert als ein Ort an einer Staatsgrenze, im Rahmen der Entwicklung einer grenzräumlichen Identifikation eine wichtige Rolle spielt und sich hin zu einem grenzüberschreitenden Ort entwickeln kann. Die interdisziplinäre Vorgehensweise und Inszenierung dieses Prozesses bedürfen weiterer Untersuchungen. Es stellt sich weiterführend die Frage, ob und wie grenzüberschreitendes Placemaking genutzt werden kann, um Entwicklung im Grenzraum zu beschreiben. Grenzräume und Grenzorte sind hochdynamische Phänomene, die sowohl durch ihre alltägliche soziokulturelle Transformation, das individuelle Handeln von Menschen wie auch durch gezielte Planung als punktuelle Ansätze den Wandel einer Region abbilden.

Anhand von grenzregionalen Fallstudien können weitere aktuelle Prozesse und Tendenzen des grenzüberschreitenden Placemaking abgeleitet, erörtert und miteinander verglichen werden. Die europäischen Grenzräume, in denen bereits diverse Formen der Grenzüberschreitung auf alltäglicher, planerischer oder administrativer Ebene stattfinden, können dazu als Labore für die Europaforschung genutzt werden.

Bibliografie

17. Gipfel der Großregion. (2021). Gemeinsame Erklärung des Gipfels der Großregion.
17. Gipfel der Großregion unter saarländischer Präsidentschaft. <https://gouvernement.tl.lu/dam-assets/documents/actualites/2021/01-janvier/2021-01-20-Gemeinsame-Erklärung-17-Gipfel-GR.pdf> [09.08.2024].
- Böcker, A. (2007). Denkmale des saarländischen Steinkohlenbergbaus Integriertes Handlungskonzept. *Die Denkmalpflege*, 65(1), 54–60. DOI:10.1515/dkp-2007-650110
- Braum, M., Baus, U., & Bachmann, W. (2022). *IBA_LOGbuch. N° 3: Räume der Wissensstadt: Perspektiven*. Park Books.

- Cheng, A., Kruger, L., & Daniels, S. (2003). „Place“ as an Integrating Concept in Natural Resource Politics: Propositions for a Social Science Research Agenda. *Society and Natural Resources*, 16, 87–104. DOI:10.1080/08941920390174229
- Courage, C., Borrup, T., Jackson, M. R., Legge, K., McKeown, A., Platt, L., & Schupbach, J. (Hg.). (2021). *The Routledge Handbook of Placemaking*. Routledge, Taylor & Francis Group.
- Courage, C., & McKeown, A. (Hg.). (2019). *Creative Placemaking: Research, Theory and Practice*. Routledge, Taylor & Francis Group. DOI:10.4324/9781315104607
- Crossey, N., & Weber, F. (2020). Zur Konstitution multipler Borderlands im Zuge der Frankreichstrategie des Saarlandes. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 145–166). Springer. DOI:10.1007/978-3-658-30950-3
- Doehler-Behzadi, M. (2023). Die Methode IBA. In K. Faber & IBA-Thüringen GmbH (Hg.), *StadtLand Perspektiven: für eine neue Raumkultur* (S. 9–16). M BOOKS.
- Durth, W. (2020). Die IBA als Treffpunkt, Werkstatt und Zukunftsentwurf. In Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.), *IBA im Wandel – Zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen. Thesen und Empfehlungen von Beitragenden der Konferenz „Internationale Bauausstellungen – Anspruch | Alltag | Innovation“ am 14. und 15. November 2019 in Berlin* (S. 7–8). https://www.internationale-bauausstellung-en.de/wp-content/uploads/2020/10/IBA_Arbeitsheft-Zur-Zukunft-Internationaler-Bauausstellungen_2020.pdf [09.08.2024].
- Faber, K., & IBA-Thüringen GmbH (Hg.). (2023). *StadtLand Perspektiven: für eine neue Raumkultur*. M BOOKS.
- Fischer, K., Haag, T., Pachaly, C., Rothe, U., Sauer, T., & Zill, T. (2011). *IBA Thüringen – Machbarkeitsstudie / IBA.Kontext*. https://digital.zlb.de/viewer/metadata/158819471/LOG_0003/ [09.08.2024].
- Friedrich, A., & Krug, H. (2012). *Wissen-schafft-Stadt. Memorandum Kurzfassung. Internationale Bauausstellung Heidelberg. Perspektiven der Europäischen Stadt in der Wissensgesellschaft*. (Stadt Heidelberg, Dezernat für Bauen und Verkehr, & Stadtplanungsamt, Hg.). https://iba.heidelberg.de/media/iba-heidelberg_wissen-schafft-stadt_memorandum_kurz.pdf [09.08.2024].
- Ganser, K., & Kommission Industrieland Saar (2000). *IndustrieKultur Saar: der Bericht der Kommission. Industrieland-Saar*. Staatskanzlei des Saarlandes., Stabsstelle Kultur.
- GECT Alzette Belval, Habay-Lê, D., Nicotra, V., & Atelier préIBA. (2022). IBA Alzette Belval. Les fondements – Die Grundlagen der IBA Alzette Belval. <https://preibaab.gectalzettebelval.eu/les-resultats/> [09.08.2024].
- Giddens, A. (1997). *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Campus.
- Gipfelsekretariat der Großregion (Hg.). (2022). *Bericht des Gipfels der Exekutiven der Großregion über das Krisenmanagement im Gesundheitswesen*. <https://www.grossregion.net/Aktuelles/2023/18.-Gipfel-der-Exekutiven-der-Grossregion> [09.08.2024].
- Hartz, A., Schniedermeier, L., & Niedermeyer, M. (2018). *IBA Europa: Leben – Die GPMR der Grossregion. Konzept für eine Prä-IBA als Prüf- und Startphase* (Ministerium für Finanzen und Europa des Saarlandes & AGL, Hg.).

- Henckel, D., von Kuczkowski, K., Lau, P., Pahl-Weber, E., & Stellmacher, F. (Hg.). (2010). *Planen, Bauen, Umwelt: ein Handbuch*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hillier, J., Metzger, J., & Healey, P. (Hg.). (2015). *Connections: Exploring Contemporary Planning Theory and Practice with Patsy Healey*. Routledge.
- Hou, J. (2013). *Your Place and/or My Place?* In J. Hou (Hg.), *Transcultural Cities: Border Crossing and Placemaking* (S. 17–32). Routledge.
- IBA-Expertenrat des BMI. (2017). *Memorandum zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen*. IBA-Expertenrat des BMI: Zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Hg.).
- IBA-Expertenrat des BMUB, Beeck, S., Durth, W., Jasper, K., Molitor, R., Nagel, R., Reicher, C., Siebel, W., & Wachten, K. (2017). IBA-Expertenrat des BMUB: Zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen. Ein Memorandum zur Zukunft Internationaler Bauausstellungen. https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/iba_memorandum_2017_bf.pdf [09.08.2024].
- IBA-Hamburg GmbH, & Hellweg, U. (Hg.) (2013). *Metropole 7: Stadt neu bauen = Metropolis 7: building the city anew*. Jovis.
- Jacobs, J. (1992). *The Death and Life of Great American Cities*. Vintage Books.
- Jann, M., Lohaus, D., Anezo, P.-M., Mall, S., & Lohri, E. (2013). *Au-delà des frontières, ensemble. Gemeinsam über Grenzen wachsen. Memorandum IBA Basel 2020*. (IBA-Basel 2020, Hg.). https://www.iba-basel.net/publikationen/2013/iba_memorandum2013.pdf [09.08.2024].
- Krebs, G. (2009). Saarländisch-Lothringisches Nachbarschaftsfest. Fête des voisins Sarrois-Lorrains. In R. Hudemann (Hg.), *Stätten grenzüberschreitender Erinnerung – Spuren der Vernetzung des Saar-Lor-Lux-Raumes im 19. und 20. Jahrhundert. Lieux de la mémoire transfrontalière – Traces et réseaux dans l'espace Sarre-Lor-Lux aux 19^e et 20^e siècles* (3., technisch überarbeitete Auflage 2009. Publiziert als CD-ROM sowie im Internet unter www.memotransfront.uni-saarland.de). www.memotransfront.uni-saarland.de [09.08.2024].
- Kühl, J. (2016). Walking Interviews als Methode zur Erhebung alltäglicher Raumproduktionen. *Europa Regional*, 23(2), 35–48.
- Linder-Guarnaccia, M. (2021). *Internationale Bauausstellung Basel 2020: Gemeinsam Grenzen überschreiten = Au-delà des limites, ensemble*. Georg GmbH & Co. KG.
- Madden, K., & PPS (2018). *How to Turn a Place Around: A Placemaking Handbook (Revised Edition)*. Project for Public Spaces, Inc.
- Markussen, A., & Gadwa, A. (2010). *Creative Placemaking. Markusen Economic Research Services and Metris Arts Consulting*. <https://www.arts.gov/sites/default/files/CreativePlacemaking-Paper.pdf> [09.08.2024].
- Ochs, S., Schartner, A., & Aulenbacher, J. (2023a). *Kollektiv Bremm* (F. Grund, Übers.).
- Ochs, S., Schartner, A., & Aulenbacher, J. (2023b). *Prä-IBA-GR Cahier 9 – Memorandum IBA Saar-Moselle* (F. Grund, Übers.).
- Ochs, S., Schartner, A., & Aulenbacher, J. (2024). *IBA-Historie. IBA-GR*.
- Ochs, S., Tishchenko, A., & Knobe, P. (2021a). *Prä-IBA-GR Cahier 1 – PRÉ IBA GR 32 | PRÉ IBA GR 32* (F. Grund, Übers.).

- Ochs, S., Tishchenko, A., & Knobe, P. (2021b). *Prä-IBA-GR Cahier 6 – Machbarkeitsstudie, Europa Leben. (F. Grund, Übers.)*.
- Ochs, S., Tishchenko, A., Knobe, P., & Grund, F. (2020). *Acht Jahre Initiative „IBA: SAAR+“ in 2020*. IBA-GR.
- Oswalt, P., & Eidner, F. (2010). *Weniger ist Zukunft: 19 Städte – 19 Themen* (Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010, Stiftung Bauhaus Dessau, & Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Hg.). Jovis.
- PPS, & Kent, F. (2010a). *Placemaking Heroes Jane Jacobs*. <https://www.pps.org/article/jj-acobs-2> [12.09.2024].
- PPS, & Kent, F. (2010b). *Placemaking Heroes William H. Whyte*. <https://www.pps.org/article/wwhyte> [12.09.2024].
- Preller, B., Riewe, N., & Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). (2023). *Qualitätsoffensive des Bundes*. IBA. <https://www.internationale-bauausstellungen.de/expertenrat/> [12.09.2024].
- Schneekloth, L. H., & Shibley, R. G. (1995). *Placemaking: The Art and Practice of Building Communities*. Wiley.
- SDTGR/REKGR, & Vidal, M.-J. (2020). *REK GR. Eine grenzüberschreitende operative Strategie für die Großregion. Une stratégie opérationnelle transfrontalière pour la Grande Région en réponse aux enjeux des transitions. Version 07. Oktober 2020* (Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du territoire Luxembourg, Hg.). <https://www.sig-gr.eu/dam-assets/publications/sdt-gr/20210112-Grenzuberschreitende-operativ-e-Strategie-REKGR.pdf> [09.08.2024].
- Silva, E. A., Healey, P., Harris, N., & Van den Broeck, P. (Hg.). (2015). *The Routledge Handbook of Planning Research Methods*. Routledge.
- Singh, R. P. B., Niglio, O., & Rana, P. S. (Hg.). (2023). *Placemaking and Cultural Landscapes*. Springer. DOI:10.1007/978-981-19-6274-5
- Thomas, D. (2016). *Placemaking: An Urban Design Methodology*. Routledge.
- Werlen, B. (1997). *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung*. Steiner.
- Werlen, B. (2008). *Sozialgeographie* (3., überarb. und erw. Aufl.). Haupt.
- Wille, C. (2020). Räumliche Identifikationen und Identifizierungen in Grenzregionen. Das Beispiel der Großregion SaarLorLux. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 25–53). Springer. DOI:10.1007/978-3-658-30950-3
- Wrobel, E., & IBA Thüringen GmbH (Hg.) (2023). *StadtLand Projekte: für eine neue Raumpraxis*. M BOOKS.

Rechtliche und politische Chancen und Herausforderungen in europäischen Grenzregionen

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa aus einer Mehrebenenperspektive: Das Beispiel des Aachener Vertrags

Georg Wenzelburger & Stefanie Thurm

Abstract

Der deutsch-französische Vertrag von Aachen, der 2019 von Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet wurde, wird weithin als wichtiger Schritt für die Grenzregionen auf dem Weg zu mehr politischer Anerkennung angesehen. Bisher beschränken sich wissenschaftliche Analysen jedoch primär auf Diskussionen um die Bedeutung des Vertrags für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und um die (bisher) zurückhaltende Nutzung der neuen Möglichkeiten. Erstaunlich wenig wissen wir hingegen darüber, wie das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Kapitel 4 überhaupt Teil des Vertrags wurde. In diesem Beitrag zeichnen wir anhand von Policy-Dokumenten und Interviews mit Expert*innen nach, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Thema auf die Agenda derjenigen politischen Akteur*innen gelangte, die wesentliche Inhalte des Aachener Vertrags verhandelten. Wir zeigen, dass Akteur*innen aus den französischen und deutschen Grenzregionen maßgeblich an diesem Prozess beteiligt waren, indem sie verschiedene Kanäle im Mehrebenensystem nutzten, um die Regierungen in Paris und Berlin zur Integration der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in das Vertragswerk zu bewegen. Die Geschichte, wie es die Grenzregionen in den Aachener Vertrag geschafft haben, ist daher ein Paradebeispiel für die Dynamik des Mehrebenensystems.

1. Einleitung

Obwohl Grenzregionen rund 40 % des EU-Territoriums und 30 % der EU-Bevölkerung ausmachen (Europäische Kommission, 2017), waren sie in den meisten EU-Staaten lange Zeit nur von geringem Interesse für die nationale Politik und wurden hauptsächlich auf der Ebene der Europäischen Union (EU) und ihrer Regionalpolitik diskutiert (Christiansen &

Jørgensen, 2000; Engl & Evrard, 2020; Gänzle et al., 2018). Der Aachener Vertrag, den die Fünfte Französische Republik und die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019 schlossen, bricht jedoch mit dieser Tradition und behandelt das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einem eigenständigen Kapitel. In den Artikeln 13 bis 17 des Vertrags erkennen die beiden Regierungen nicht nur die Bedeutung der Grenzregionen als solche an, sondern weisen auch auf die Notwendigkeit hin, Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu überwinden. Konkret formulierten die Regierungen in dem Abkommen, dass Grenzregionen besondere Zuständigkeiten, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit, Energie und Verkehr erhalten könnten. Darüber hinaus wurde eine „Experimentierklausel“ in den Vertrag aufgenommen, die besagt, dass besondere rechtliche und administrative Ausnahmeregelungen getroffen werden können, um die Zusammenarbeit in Grenzregionen zu ermöglichen (Peyrony, 2020). Eine weitreichende Bestimmung, kann diese doch – zu Ende gedacht – dazu führen, dass in Grenzregionen andere Bestimmungen als das jeweils nationale Recht gelten.

Während mehrere Studien erörtert haben, was diese Bestimmungen tatsächlich für die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bedeuten (s. z. B. Seidendorf, 2020) und wie die Ideen in der Praxis umgesetzt werden können (bzw. die bisher geringe Umsetzung thematisieren), wurde eine ebenso zentrale Frage nicht behandelt: Bisher wissen wir nicht, wie das Kapitel über Grenzregionen und die damit verbundenen Bestimmungen überhaupt ihren Weg in den Vertrag gefunden haben. Angesichts der Tatsache, dass bilaterale Freundschaftsverträge meist die ‚großen Themen‘ adressieren – Friedenssicherung, Aussöhnung und Kooperation – und sich bisher nicht mit den Niederungen der lokalen oder regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befasst haben, ist dies durchaus eine relevante Frage. Vor diesem Hintergrund trägt dieser Aufsatz dazu bei, diese Lücke zu schließen, indem er der Frage nachgeht, wieso die französische und die deutsche Regierung bereit waren, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als eher unerwartetes Thema in den Vertrag von Aachen aufzunehmen. Wir untersuchen diese Frage, indem wir den politischen Prozess, der zum Vertrag von Aachen führte, nachzeichnen und vor dem Hintergrund der theoretischen Einsichten aus der Multi-Level-Governance-Literatur interpretieren.

Auf der Grundlage der durch die Analyse des politischen Prozesses gewonnenen Erkenntnisse scheint es, dass sowohl eine Gruppe von sehr engagierten und gut vernetzten Politiker*innen im deutschen und franzö-

sischen Parlament als auch die Mehrebenenstruktur wesentlich dazu beigetragen haben, dass die nationalen Regierungen bereit waren, die Bestimmungen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Vertrag aufzunehmen. Denn der Mehrebenencharakter des politischen Entscheidungsprozesses und die damit verbundenen vielfachen Möglichkeiten, um politische Akteur*innen für die Idee der Grenzregionen zu sensibilisieren, scheint für den Erfolg der Initiative entscheidend gewesen zu sein.

2. Von der Sorbonne nach Aachen: Ein kurzer Überblick

Bevor wir in Kapitel 3 theoretische Annahmen formulieren und systematisch die zentralen Mechanismen und Akteur*innen herausarbeiten, die zur Aufnahme des Grenzregionen-Kapitels beigetragen haben, beginnen wir im Folgenden mit einer deskriptiven Übersicht des politischen Prozesses des Aachener Vertrags. Aus der Vogelperspektive betrachtet (siehe die Übersicht in Tabelle 1), scheint der im Januar 2019 unterzeichnete Vertrag von Aachen, der weithin als Erneuerung des berühmten „Traité de l’Élysée“ von 1963 interpretiert wird, der Endpunkt eines Prozesses zu sein, der mit der Rede des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an der Sorbonne im September 2017 begann, nur wenige Tage nach der deutschen Bundestagswahl (Seidendorf, 2019). In dieser Rede erläuterte Macron nicht nur seine Vision von der Zukunft Europas mit besonderem Schwerpunkt auf der europäischen Souveränität (Bora & Lequesne, 2023), sondern er betonte auch die Notwendigkeit eines starken deutsch-französischen Tandems und stellte die Idee eines neuen bilateralen Kooperationsvertrags vor – allerdings ohne jegliche Erwähnung der Grenzregionen:

„Zunächst einmal mache ich Deutschland den Vorschlag für eine neue Partnerschaft. Wir werden uns nicht in allem einig sein, auch nicht sofort, aber wir werden über alles reden. [...] Dieser bahnbrechende, praktische Geist findet sich im Élysée-Vertrag. Lassen Sie uns also an die Arbeit gehen und diese gemeinsamen Verpflichtungen in einen neuen Kooperationsvertrag einbringen, den wir zum 55. Jahrestag dieses Gründungsvertrags am 22. Januar 2018 gemeinsam unterzeichnen könnten. Lassen Sie uns am 22. Januar nächsten Jahres einen neuen Élysée-Vertrag aufsetzen!“ (Macron, 2017)

Dieser Vorschlag, der wohl auch mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen zur Bildung einer neuen deutschen Regierung formuliert war, blieb

von der deutschen Exekutive lange Zeit unbeantwortet. Grund dafür waren die langwierigen und letztlich erfolglosen Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen („Jamaika-Koalition“, die Verhandlungen endeten am 19. November), die die Regierungsbildung bis Anfang 2018 verzögerten, als schließlich erneut eine „Große Koalition“ aus Christdemokraten und Sozialdemokraten ins Amt kam. Tatsächlich antwortete Bundeskanzlerin Angela Merkel erst im Juni 2018 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung auf Macrons Rede (Gutschker & Lohse, 2018) – allerdings ohne auf den eigentlichen Vorschlag eines neuen Élysée-Vertrags einzugehen.

Dieses Schweigen der Exekutive schuf jedoch Raum für andere Akteur*innen. Denn als Reaktion auf die ausbleibende Antwort der Bundesregierung übernahmen Akteur*innen aus beiden Parlamenten die Initiative und bereiteten eine Erwiderung auf Macrons Initiative vor. So meldeten sich im November 2017, nur zwei Monate nach der Sorbonne-Rede, drei deutsche Bundestagsabgeordnete der damals verhandelnden Koalitionspartner zu Wort – Franziska Brandtner (Grüne), Andreas Jung (CDU) und Michael-Georg Link (FDP) – und forderten in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die sich in der (vermeintlichen) Gründung befindliche Jamaika-Koalition auf, eine Antwort auf Macrons Vorschläge zu geben. Konkret forderten die drei Abgeordneten eine Vertiefung der Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich und nannten mehrere spezifische Elemente für gemeinsame Projekte, wie künstliche Intelligenz und eine gemeinsame Agentur für disruptive Innovationen, indem sie Ideen aufgriffen, die Macron bereits in seiner Sorbonne-Rede formuliert hatte. Darüber hinaus – und hier ging die Initiative über die bisher genannten Themen hinaus – forderten sie aber auch eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und nannten grenzüberschreitende Ausbildungsplätze und Mobilität sowie Sprachkenntnisse als wichtige Aspekte, die es zu adressieren gelte (Brandtner, Jung & Link 2017).

Auch im darauffolgenden Jahr, nach Bildung der Koalition aus Union und SPD, waren die Parlamentarier*innen wesentlich aktiver als die deutsche Regierung. Denn sowohl in dem im Januar 2018 veröffentlichten Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD als auch im endgültigen Koalitionsvertrag wird der Plan, einen „Neuen Élysée-Vertrag“ auszuarbeiten, nur kurz erwähnt. Konkrete Inhalte werden hingegen nicht genannt. Ganz anders verhielten sich die Parlamente: Sowohl der Deutsche Bundestag als auch die französische *Assemblée nationale* nahmen den 55. Jahrestag am 22. Januar 2018 – das Datum, das Macron in seiner Rede ausdrück-

lich genannt hatte – zum Anlass, das Datum mit Reden der jeweiligen Parlamentspräsidenten, Wolfgang Schäuble und François de Rugy, in den Nachbarparlamenten zu feiern. Beide Parlamente verabschiedeten zudem eine Entschließung, in der die deutsche und die französische Regierung nicht nur aufgefordert wurden, einen neuen Élysée-Vertrag vorzubereiten, sondern in der auch eine Liste möglicher Vertragsinhalte genannt wird – erneut einschließlich einer Stärkung der Grenzregionen. Wichtig ist zudem, dass in der Entschließung zum ersten Mal ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die Eurodistrikte als institutionalisierte grenzüberschreitende Einheiten mit angemessenen Befugnissen ausgestattet werden sollten, indem entsprechende Ausnahme- und Experimentierklauseln in den nationalen Rechtsrahmen aufgenommen werden. Darüber hinaus erklärten beide Kammern ihr Bestreben, die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und der französischen *Assemblée nationale* durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu verbessern und in der Arbeitsgruppe nicht nur den Ausarbeitungsprozess zum neuen Élysée-Vertrags zu überwachen, sondern auch ein Übereinkommen zwischen beiden Parlamenten als Ausgangspunkt für eine vertiefte künftige Zusammenarbeit vorzubereiten.

Im Jahr 2018 wurden mehrere weitere Schritte zur Vorbereitung des neuen Vertrags unternommen. In Frankreich wurde Sylvain Waserman, Abgeordneter aus der Grenzstadt Straßburg, beauftragt, einen Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Premierminister zu erstellen, den er im Mai 2018 vorlegte, auch um Vorschläge für den Vertragsverhandlungsprozess zu erarbeiten. Die deutsch-französische Arbeitsgruppe der Parlamente erarbeitete ebenfalls zwei „Positionspapiere“ für die Vertragsverhandlungen am 17. Mai 2018, die sich fast ausschließlich auf das Thema der Grenzregionen konzentrierten. Diese Aktivitäten verdeutlichen, dass die Arbeitsgruppe die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als einen Eckpfeiler des zukünftigen Vertrags ansah und darauf drängte, diese in die Verhandlungen zu integrieren.

Datum	Ereignis		Bezug zu Grenzregionen
	Deutschland	Frankreich	
24.9.2017	Bundestagswahl		
26.9.2017		Sorbonne-Rede Emmanuel Macron	
20.10.2017	Start Sondierungsgespräche im Jamaika-Format		
11.11.2017	Zeitungsauftrag „Brandtner et al.“		Forderung, auf die Sorbonne-Rede zu re- agieren, konkreter Vor- schlag der Aufnahme von Grenzregionen
19.11.2017	Ende Jamaika-Sondierung und in der Folge Son- dierungen und Koalitions- verhandlungen von CDU, CSU und SPD		
22.1.2018	Gemeinsame Resolution des Bundestages und der Assemblée Nationale zu einem neuen Elysée-Vertrag; Einsetzung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe beider Häuser zur Vertiefung der Zusammenar- beit und Ausarbeitung des neuen Elysée-Vertrags		Verbesserte Koopera- tionen in Grenzregionen als Teil des neuen Elysée-Vertrags ge- fordert
7.2.2018	Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD		Neuer Elysee-Vertrag als Ziel
7.5.2018		Waserman-Bericht	Mehr Kompetenzen für Grenzregionen als zentrale Forderung
17.5.2018	Erstes „Positionspapier“ der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu Grenzregionen		u. a. Forderung nach Kompetenzausweitung der Grenzregionen
6.11.2018	Zweites Arbeitspapier der deutsch-französischen Ar- beitsgruppe zu Grenzregionen		u. a. Forderung nach Kompetenzausweitung der Grenzregionen
22.1.2019		Aachener Vertrag	

Tabelle 1: Politischer Prozess des Aachener Vertrags. Quelle: Eigene Erstellung.

Die letzten Schritte auf dem Weg zum Vertrag wurden im Herbst 2018 mit der Veröffentlichung eines Vorschlags für die Einrichtung einer ständigen deutsch-französischen parlamentarischen Versammlung und weiteren Verhandlungen hinter verschlossenen Türen unternommen, in denen auf französischer Seite unter anderem die „Mission Opérationnelle Transfrontalière“ (MOT) als Netzwerk von Grenzregionen und auf deutscher Seite

auch die Bundesländer mit Grenze zu Frankreich (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland) zumindest indirekt beteiligt waren. Der endgültige Vertrag wurde am 22. Januar 2019, also am 56. Jahrestag des Élysée-Vertrags und ein Jahr nach dem ursprünglich in Macrons Sorbonne-Rede angekündigten Termin, vom französischen Präsidenten Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel in Aachen unterzeichnet. Der endgültige Vertrag besteht aus sieben Abschnitten, von denen sich fünf mit konkreten Vorschlägen in den Bereichen europäische Integration (1), Frieden, Sicherheit und Entwicklung (2), Kultur, Bildung, Forschung und Mobilität (3), regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (4) sowie Umwelt, Klima, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung (5) befassen. Während die Kapitel 1, 2 und 3 die Schwerpunkte des ursprünglichen Élysée-Vertrags widerspiegeln, der sich hauptsächlich mit Fragen der Außenpolitik, der Sicherheit und Verteidigung sowie mit Bildung und Jugend befasste, reflektieren die Abschnitte über Umwelt und Wirtschaft die wichtigsten Anliegen der nationalen Regierungen und die „großen Fragen“ der Zeit. Wie bereits erwähnt, war die Aufnahme eines Kapitels über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eher unerwartet, da dieser Teil weder in Macrons Sorbonne-Rede erwähnt wurde noch ein klassisches Thema der bilateralen Abkommen war, die normalerweise größere Fragen zu Frieden, Sicherheit oder Wirtschaft behandeln. Ausgehend von theoretischen Einsichten der Forschungen zur Mehrebenen-Governance stellt der nächste Abschnitt die zentralen politischen Entscheidungen dar, die zur Aufnahme der Grenzregionen in den Aachener Vertrag führten.

3. Prozessanalyse zur Aufnahme der Grenzregionen in den Aachener Vertrag

Der Aachener Vertrag geht rein formal als bilateraler Vertrag zwischen zwei nationalstaatlichen Regierungen zunächst auf die Entscheidungen zweier nationaler Exekutiven und der Ratifizierung durch die Legislativen zurück. Allerdings hat bereits die Beschreibung der einzelnen Schritte des politischen Prozesses hin zum Vertragsschluss gezeigt, dass unterschiedliche Akteur*innen von diversen politischen Ebenen an der Entscheidungsfindung beteiligt waren und diese maßgeblich befördert haben. Entsprechend ist es notwendig, zunächst theoretisch zu diskutieren, welche Dynamiken in einem solchen Policy-Prozess über mehrere Ebenen zu erwarten sind, um dann in einem zweiten Schritt vor diesem Hintergrund den politischen

Prozess zu interpretieren, der zum Vertrag von Aachen und insbesondere zur Aufnahme des Kapitels über die Grenzregionen geführt hat.

3.1. Theoretischer Hintergrund: Politikwandel in Mehrebenensystemen

Die Forschung zur Mehrebenen-Governance zeigt, dass politische Gestaltung in Mehrebenensystemen nicht nur, aber insbesondere in der EU durch eine gegenseitige Abhängigkeit und fortlaufende Verhandlungen zwischen Regierungen auf verschiedenen verschachtelten politischen Ebenen gekennzeichnet sind („Mehrebenen-Governance“, vgl. Marks, 1993; Hooghe & Marks, 2001). So wurden in der EU Zuständigkeiten teilweise von den Nationalstaaten auf die regionale und die europäische Ebene übertragen, wodurch subnationale Regierungen in die Lage versetzt wurden, Koalitionen mit der europäischen Ebene einzugehen und die Macht des Nationalstaats zu umgehen (Hooghe, 1996; Hooghe & Marks, 2001).

Hinsichtlich der Wirkung auf politischen Wandel („Policy-Wandel“) lassen sich aus dieser Literatur zwei Überlegungen ableiten. Einerseits könnte das Mehrebenensystem einen Policy-Wandel erschweren, weil sich für einen erfolgreichen Wandel Akteure auf mehreren Ebenen einigen müssen, oder – für erfolgreiches Agenda-Setting – zumindest einbezogen und überzeugt werden müssen. Daher wurde dem europäischen Mehrebenensystem zumindest anfangs eine starke Reformunfähigkeit unterstellt („Politikverflechtungsfalle“, vgl. Scharpf, 1985), die später jedoch zumindest nuanciert wurde (Benz, 1998). Andererseits jedoch haben politische Akteure in einem *Policy*-Prozess über mehrere Ebenen eine hohe Zahl von Zugangspunkten („policy venues“) zum politischen Prozess, die sie nutzen können, um etwa im Agenda-Setting ihre präferierten Interpretationen eines Problems in den Vordergrund zu stellen („problem brokering“, Knaggård, 2015) oder die ihnen besonders günstig erscheinende Policy als Lösung zu präsentieren („policy entrepreneurship“, Mintrom, 2009). Diese können etwa Probleme auf einer unteren, lokalen Ebene, auf die Tagesordnung einer regionalen oder nationalen Regierung setzen und lokal erprobte Lösungen für Probleme den Entscheidungsträgern auf höheren Ebenen als *Policies* nahelegen. So waren beispielsweise während der Covid-Krise die Grenzregionen von den geschlossenen Grenzen negativ betroffen (Brodowski, Nesselhauf & Weber, 2023; Weber, 2022). Eine auf nationaler Ebene beschlossene Politik führte demnach zu negativen Rückwirkungen auf die regionale Ebene. Eine Reaktion auf nationaler Ebene kann jedoch nur dann erfolgen, wenn

politische Akteur*innen der betroffenen Ebene das Problem auf die Agenda der nationalen Ebene heben und dort politisches Handeln bewirken (Herweg, 2017, 40). Ereignisse auf einer politischen Ebene können demnach politische Gelegenheitsfenster auf einer anderen Ebene öffnen (Knaggård & Hildingsson, 2023). Um solche Gelegenheiten zu nutzen sind jedoch in jedem Fall Verhandlungsgeschick und politische Verbindungen, sei es durch institutionelle Stellung oder informelle Beziehungen, noch wichtiger als bei der Arbeit auf einer einzigen politischen Ebene. Nur dann bietet die Mehrebenenstruktur den *Policy-Entrepreneur**innen einzigartige Möglichkeiten, um *Venue Shopping* (Knaggård & Hildingsson, 2023; Rietig, 2021) zu betreiben oder die nationalen Ebenen zu umgehen (Keating, Hooghe & Tatham, 2006).

3.2. Wie kam das Thema der Grenzregionen in den Aachener Vertrag?

Während wir den allgemeinen politischen Prozess, der zur Aufnahme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Vertrag von Aachen geführt hat, bereits kurz dargestellt haben, bleibt unsere wichtigste Forschungsfrage, nämlich warum und wie genau das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Vertrag aufgenommen wurde, unklar. Aufbauend auf den theoretischen Erwartungen, die im vorangegangenen Abschnitt erörtert wurden, erwarten wir, dass insbesondere solche Akteur*innen im politischen Prozess zentral sein dürften, die mit mehreren Regierungsebenen verbunden sind und die Opportunitätsstruktur des Mehrebenensystems nutzen. Im Folgenden werden wir nun eine eingehende Analyse der Dynamik vornehmen, die erklärt, warum und wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit so prominent in den Vertrag aufgenommen wurde.

Methodisch werden wir uns des *Process Tracing* (Blatter & Haverland, 2014; George & Bennett, 2005) bedienen, um herauszuarbeiten, welche Schritte zur Aufnahme des Kapitels über grenzüberschreitende Regionen geführt haben. Zu diesem Zweck haben wir öffentlich zugängliche oder in Archiven aufbewahrte Dokumente aus dem politischen Prozess analysiert (Zeitungsaufnahmen, Pressekonferenzen, Parlamentsdokumente) und teilstandardisierte Experteninterviews mit politischen Akteur*innen geführt, die an der Entwicklung des Vertrags beteiligt waren, um ihre Erinnerungen an das Agenda-Setting und den Verhandlungsprozess nachzuvollziehen (Tansey, 2007). Schließlich haben wir vor allem durch diese Interviews

Dokumente erhalten, die in direktem Zusammenhang mit dem politischen Prozess stehen, wie etwa interne Vorbereitungspapiere. Auf der Grundlage dieser Datenerhebung rekonstruieren wir im Folgenden die einzelnen Schritte des politischen Prozesses und identifizieren kausale Mechanismen, die diese Schritte miteinander verbinden.

3.3. Warum überhaupt Grenzregionen? Die Sorbonne-Rede und der ECBM als zentraler Impuls

Wichtige Hindernisse, die einer weiteren Integration der Grenzregionen im Wege stehen, sind lokalen Akteur*innen seit Jahren bekannt, und die Übertragung von Kompetenzen an grenzüberschreitende Institutionen, wie es der Vertrag von Aachen vorschlägt, ist eine langjährige Forderung von Akteur*innen aus den deutsch-französischen Grenzregionen (für den Gesundheitssektor siehe z. B. Eurodistrikt Straßburg-Ortenau, 2013). Da sich lokale Lösungen auf eng definierte Politikbereiche beschränkten – wie den Bau einer Straßenbahnverbindung zwischen Straßburg und Kehl oder die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern im Eurodistrict SaarMoselle, um nur zwei Beispiele zu nennen – forderten lokale und regionale Akteur*innen eine allgemeine Regelung, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern würde, indem sie den Grenzregionen bestimmte Kompetenzen innerhalb des Rechtsrahmens eines Landes einräumt (Toscani, 2020). Dies schien jedoch unerreichbar, da es eine gemeinsame Anstrengung der französischen und der deutschen Regierung erfordert hätte, und die lokalen Akteur*innen schienen frustriert über die fehlenden Reaktionen der nationalen Ebene auf viele Erklärungen, die auf die Beseitigung von Hindernissen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gedrängt hatten (siehe zum Beispiel PAMINA, 2018, 6–7). Die Indikatoren wiesen zwar auf eine problematische Situation auf lokaler Ebene hin, aber diese Situation erreichte die nationale oder zwischenstaatliche Ebene nicht in einer Weise, dass sie als Notwendigkeit für sofortige Maßnahmen interpretiert werden konnte. Daher stellt sich die Frage, warum ausgerechnet der Aachener Vertrag nun dieses Thema aufgreift.

Aus den Interviews und den politischen Dokumenten wird klar, dass die Sorbonne-Rede von Emmanuel Macron die Wahrnehmung der Situation durch die *Policy*-Akteur*innen drastisch verändert hat und ein *Policy*-Wandel auf nationaler Ebene möglich erschien. Da Macron zudem mit Januar 2018 ein konkretes Datum genannt hatte, war klar, dass Vorschläge

für mögliche Elemente, die in den überarbeiteten Vertrag aufgenommen werden sollten, erforderlich sein würden. Und schließlich signalisierte auch Macrons allgemeine Position zur Dezentralisierung – mit der klaren Vorstellung, den lokalen Vertreter*innen des Zentralstaates (*préfets*) und den lokalen und regionalen Akteur*innen mehr Spielraum zu geben, um effiziente politische Lösungen vor Ort zu finden – eine Offenheit der nationalen Exekutive, lokal verankerte politische Lösungen zuzulassen (Interview, 16.01.2024). Kurz: Die politischen Akteur*innen auf lokaler Ebene haben die Sorbonne-Rede eindeutig als Möglichkeit interpretiert, den deutsch-französischen Beziehungen eine neue Dynamik zu verleihen. So veröffentlichte der Eurodistrikt PAMINA 2018 ein Dokument, in dem er sich verpflichtet fühlt, „zur Überarbeitung des Elysée-Vertrags und insbesondere zum Abschnitt über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beizutragen [...] und damit dem Wunsch des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in seiner Sorbonne-Rede zu entsprechen“ (PAMINA, 2018, 5). Für drei deutsche Bundestagsabgeordnete aus Grenzregionen im Südwesten Deutschlands, die gut mit den lokalen und grenzüberschreitenden Netzwerken verbunden sind, war die Rede Anlass, die Situation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervorzuheben. Sie schrieben in ihrem als „Antwort“ auf Macron gemeinten Zeitungsartikel:

„Eine besondere Chance sehen wir darin, deutsch-französischen Grenzregionen einen festen institutionellen Rahmen zu geben. Sie müssen echte Kompetenzen erhalten, damit ihnen im ‚kleinen Grenzverkehr‘ der oft mühsame Umweg über die fernen Hauptstädte erspart wird. Vom Kitabesuch im anderen Land bis zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen – hier gibt es noch viele Möglichkeiten“ (Brandtner, Jung & Link, 2017).

Darüber hatte auch der französische Parlamentarier Christophe Arend, Präsident der „groupe d’amitié France-Allemagne“ der französischen *Assemblée nationale* und ebenfalls aus einer Grenzregion gewählt (Forbach, bei Saarbrücken), bereits am 20. Oktober mit Andreas Jung, dem Leiter der deutsch-französischen Parlamentsgruppe, gesprochen, und die Notwendigkeit einer Antwort auf Macrons Rede sowie die mögliche Einbeziehung der Grenzregionen diskutiert. Der Artikel war daher keine rein deutsche Antwort, sondern wurde bereits im Vorfeld mit der französischen Seite verhandelt.

Neben der Sorbonne-Rede kann ein zweites Element dazu beitragen zu erklären, warum ein Kapitel zu Grenzregionen Teil des Aachener Vertrags

wurde: die Diskussionen um den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen European Cross-Border Mechanism (ECBM) im Mai 2018. Wie die akribische Analyse von Engl und Evrard (2020) zeigt, wurde die Idee, den ECBM zu schaffen, zeitgleich zur Debatte um den Aachener Vertrag beginnend im Jahr 2017 immer intensiver diskutiert, wobei ein konkreter Vorschlag Ende 2017 und Anfang 2018 ausgearbeitet wurde – genau zu dem Zeitpunkt, als in Berlin und Paris die Vorbereitungen zum Aachener Vertrag liefen. Tatsächlich deutet, wie eines der Interviews nahelegt, dieser parallele Prozess auf supranationaler Ebene auf eine zusätzliche Unterstützung hin, die dazu beitrug, die Idee der Einbeziehung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als wichtigen Bestandteil des Vertrags zu fördern:

„Die Tatsache, dass die Grenzregionen tatsächlich als wichtig angesehen wurden, war auch auf etwas Rückenwind von der europäischen Ebene zurückzuführen. Es gab Papiere von der EU-Kommission, die die Bedeutung der Grenzregionen betonten usw. Und das konnte eindeutig in den nationalen politischen Diskussionen genutzt werden“ (Interview, 07.02.2024).

3.4. Die Akteur*innen: Abgeordnete aus Grenzregionen als treibende Kräfte

Auch wenn die Rede Macrons und die Diskussionen um den ECBM einen fruchtbaren Boden für eine mögliche Integration der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Aachener Vertrag lieferten, so sind doch politische Akteur*innen notwendig, um das Thema in den konkreten Verhandlungen auf die Tagesordnung zu setzen. Wie oben theoretisch diskutiert, ist bei dem hier betrachteten Mehrebenen-Prozess, bei dem über die Policy final nationalstaatlich entschieden wird, dabei der Zugang zu den jeweiligen nationalen politischen Arenen zentral.

Betrachtet man die politischen Dynamiken auf nationaler Ebene, so bestimmen zwei Regierungswechsel im Jahr 2017 (im Mai/Juni in Frankreich und im September 2017 in Deutschland) eindeutig das Bild. Macron, der die Präsidentschaft mit einem stark proeuropäischen Programm gewonnen hatte, war bestrebt, das französisch-deutsche „Tandem“ in vollem Umfang zu beschleunigen, um seine Vorstellungen zur europäischen Integration einzubringen (Interview, 16.01.2024). Darauf konnte die deutsche Seite aufgrund des unerwartet langsamem Regierungsbildungsprozesses für eine ziemlich lange Zeit nicht antworten. Diese Phase des „Wartens auf die Antwort“ war eine Chance für Parlamentarier*innen aus deutsch-französi-

schen Grenzregionen, um das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf die Tagesordnung zu setzen. Und auch nach der Bildung der neuen „Großen Koalition“ in Deutschland war die Regierungsreaktion eher zögerlich, während die einmal etablierte gemeinsame Gruppe von Parlamentarier*innen den Ton angab (Interview, 05.04.2023).

Dabei nutzten die Parlamentarier*innen diverse Zugangspunkte und politische Foren des Mehrebenensystems, um Vorschläge in den politischen Prozess einzubringen. Erstens näherten sich die Gruppe der Abgeordneten wichtigen Akteur*innen in den nationalen Exekutiven, um ihre Idee zur Einbeziehung der Grenzregionen in die Vertragsverhandlungen zu fördern. In Frankreich, wo die Vorbereitung hauptsächlich im Élysée erfolgte (Interview, 02.11.2023), traf Philippe Étienne, Macrons Sherpa zu dieser Zeit und Hauptverhandler der französischen Seite für den Vertrag, direkt mit Vertreter*innen der Grenzregion zusammen (Interview, 05.04.2023). Darüber hinaus erleichterte die allgemeine Bereitschaft des französischen Präsidenten, mehr Kompetenzen an lokale und regionale Akteur*innen zu übertragen – eine Position, die er bereits in seinem Wahlkampf erklärt hatte –, eindeutig diese Schritte (Interview, 16.01.2024). Eine direkt am Prozess beteiligte Person erinnert sich wie folgt:

„Tatsächlich waren Präsident Macron und seine Leute im Élysée darauf bedacht, mehr Möglichkeiten [für die Regionen, Anmerk. der Autoren] zu geben, die öffentlichen Politiken viel stärker zu differenzieren, insbesondere in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ (Interview, 02.11.2023).

Diese allgemeine Offenheit der französischen Regierung, mehr Differenzierung auf regionaler Ebene zuzulassen, war auch in den direkten Verhandlungen mit Deutschland sichtbar. Während eine mögliche Verfassungsänderung, die damals diskutiert wurde, aufgrund von Widerständen, insbesondere im Senat (Interview, 02.11.2023), nicht zustande kam, akzeptierte die französische Seite dennoch Vorschläge der deutschen Verhandler*innen (zum Beispiel zur Möglichkeit, Sonderbestimmungen für Grenzregionen zuzulassen) und versuchte, so weit zu gehen, wie es der verfassungsrechtliche Rahmen erlaubte.¹

1 Eine knifflige Frage war zum Beispiel die Formulierung der „Experimentierklausel“ in Artikel 13 des vierten Kapitels. Tatsächlich wurde der Begriff „Ausnahmen“ als problematisch angesehen, während „Abweichungen“ im Einklang mit den französischen verfassungsrechtlichen Grundsätzen standen (Interview, 02.11.2023 & Policy-Dokumente).

In Deutschland nutzten regionale Akteur*innen die Tatsache, dass Personen mit Affinität zu deutsch-französischer Zusammenarbeit zentrale Positionen in und nahe der Regierung innehatten – etwa Wolfgang Schäuble (dann als neuer Parlamentspräsident) oder Vertreter des Saarlandes auf nationaler Ebene (mit Peter Altmaier als Leiter des Kanzleramts, bis die neue Koalition gebildet wurde, Annegret Kramp-Karrenbauer, die stark in die Koalitionsverhandlungen involviert war und Kanzlerin Merkel nahestand, sowie Heiko Maas, der 2018 neuer Außenminister wurde und zuvor Justizminister war) (Interview, 06.04.2023). Und schließlich nutzten auch die Landesregierungen ihre Zugangspunkte im deutschen Mehrebenensystem. Tatsächlich taten sich die Regierungen der drei deutschen Länder mit einer Grenze zu Frankreich – Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland – zusammen, um die Interessen der Länder in die Vorbereitung der Verhandlungen über den Vertrag einzubringen. Da der deutsche Föderalismus entlang des Lindauer Abkommens den Ländern das Recht einräumt, an der Vorbereitung internationaler Verträge teilzunehmen, wenn ihre Interessen betroffen sind, brachten die drei Regionen das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf den Tisch.

„Ein solcher Vertrag wird immer von der Bundesregierung verhandelt. Aber es gibt das Lindauer Abkommen. Nichts kann ohne Einholung der Länder getan werden. Und dann wusste die Bundesregierung, dass es besser wäre, die Länder direkt einzubeziehen. [...] Und die Tatsache, dass die Grenzregionen eine so wichtige Rolle im Vertrag spielen, ist sicherlich auf das Eingreifen der Länder zurückzuführen. Insbesondere Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland. [...] Wir haben unsere Interessen gebündelt [...] und synchronisiert, was wir wollen“ (Interview, 07.02.2023).

Vor allem erreichten die deutschen Regionen auch ihre französischen Kolleg*innen, die nicht systematisch von ihrer eigenen Zentralregierung über die Verhandlungen zum Vertrag informiert worden waren. Aber da die deutschen Länder Arbeitsbeziehungen zu ihren Partner*innen aus Frankreich aufgebaut hatten, informierten sie diese und trafen sich sogar – in Brüssel –, um über Aspekte zu sprechen, die in den Vertrag aufgenommen werden sollten. Auf diese Weise umgingen die französischen Regionen effektiv ihre eigenen Regierungen und schafften es, über ihre deutschen

In der deutsch-französischen Übersetzung wurde das deutsche Wort „Ausnahmeregelung“ daher mit „dérogaⁿtion“ ins Französische übersetzt.

Partner*innen zumindest indirekt an den Verhandlungen teilzunehmen (Interview, 07.02.2023).

3.5. Das Mehrebenensystem als Chance für Politikwandel

Wie oben erläutert können Mehrebenensysteme politische Veränderungen sowohl erschweren als auch befördern. Letzteres, so unsere theoretischen Vorüberlegungen, ist insbesondere dann möglich, wenn gut vernetzte politische Akteur*innen die vielen Zugangspunkte eines Mehrebenen-Politikprozesses nutzen, um Politikwandel anzustoßen, wenn sich die Gelegenheit bietet. Der Politikprozess zum Aachener Vertrag zeigt tatsächlich, dass solche über die Ebenen hinweg vernetzten Politikakteur*innen entscheidend dazu beitrugen, die lokalen und regionalen Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in das Bewusstsein der nationalen Politiker zu bringen, die für die Vertragsverhandlungen verantwortlich waren. Ohne diese Akteur*innen wären lokale Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit höchstwahrscheinlich von den Personen in den entfernten Hauptstädten Paris und Berlin unbemerkt geblieben. Dazu gehörten deutsche und französische Parlamentarier*innen, die alle aus Grenzregionen stammten und von der unklaren politischen Situation auf Exekutivebene profitierten. Sie hatten Zugang zu hochrangigen Politikern auf föderaler Ebene, wie Wolfgang Schäuble (Präsident des Bundestages) oder Philippe Étienne (als politischer Berater von Emmanuel Macron). Darüber hinaus scheint auf deutscher Seite auch die Tatsache, dass mehrere saarländische Politiker*innen der Kanzlerin nahestanden (Peter Altmaier, Annegret Kramp-Karrenbauer) oder wichtige Ministerien innehatten (Heiko Maas im Außenministerium), unterstützend gewirkt zu haben. Zudem spielte auf französischer Seite auch die „Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT)“ eine wichtige Rolle. Sie war eng mit lokalen Akteur*innen vernetzt (etwa aus der Region Strasbourg) und wurde direkt in den Verhandlungsprozess des Vertrags involviert. Vertreter*innen der MOT nahmen an mehreren Vorbereitungstreffen im Élysée teil und brachten die Perspektive der lokalen und regionalen Ebenen in den Verhandlungsprozess ein. Zudem nutzte die MOT zusätzliche Kanäle, z. B. über wichtige lokale Akteur*innen, um Entscheidungsträger*innen in Paris auf die Grenzregionen aufmerksam zu machen (Interview, 02.11.2023). Schließlich bot die mehrstufige Struktur des Politikprozesses auch die Möglichkeit des „Bypassing“, d. h. der Umgehung bestimmter Akteur*innen. Ein Beispiel hierfür ist, wie

sich die französischen Regionen mit den deutschen Ländern, die verfassungsmäßig über das „Lindauer Abkommen“ in den politischen Prozess einbezogen waren, abstimmten, um die Verhandlungen zu beeinflussen.

4. Fazit

Wenn nationale Regierungen ihre Freundschaft festigen wollen, verweisen sie normalerweise auf die großen gemeinsamen Ziele ihrer Länder – wie die Sicherung des Friedens, den Aufbau von Freundschaften oder die wirtschaftliche Zusammenarbeit (siehe zum Beispiel den Original-Élysée-Vertrag oder den deutsch-polnischen „Nachbarschaftsvertrag“). Daher ist es überraschend, dass ein eher spezifisches Thema wie die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als konkreter Aspekt der deutsch-französischen Zusammenarbeit seinen Weg in den Vertrag von Aachen gefunden hat.

In diesem Beitrag haben wir analysiert, warum und wie das Kapitel über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Vertrag integriert wurde. Gestützt auf verschiedene Datenquellen aus dem Politikprozess und auf Informationen aus Experteninterviews haben wir gezeigt, dass zentrale politische Akteur*innen das Mehrebensystem nutzten, um die grenzregionale Thematik in den politischen Prozess des Aachener Vertrags miteinzubringen. Dabei waren es hauptsächlich Parlamentarier*innen, welche das Politikfenster, das sich durch Macrons Sorbonne-Rede geöffnet hatte, genutzt haben, um das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf die intergouvernementale politische Agenda zu setzen. Ihre Verbindungen zu den nationalen Regierungen halfen zusätzlich dabei, das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als eine sehr konkrete Idee der deutsch-französischen Zusammenarbeit in die Verhandlungen des Vertrags einzubeziehen.

Ob der Vertrag selbst den hohen Erwartungen gerecht wird, die er durch die Einführung der Möglichkeit für Grenzregionen, sich vom nationalen Rechtssystem abzuweichen, geweckt hat, bleibt abzuwarten. Nach fünf Jahren scheint die „Experimentierklausel“ bisher nicht genutzt worden zu sein (Koepf & Koopmann, 2024). Daher könnte der Vertrag zwar als fokussierendes Ereignis selbst fungiert haben, aber die Sterne schienen möglicherweise nicht richtig ausgerichtet zu sein, um die neu gewonnenen Optionen für Grenzregionen umzusetzen. Dies unterstreicht die Bedeutung, auch die

Politikumsetzung zu untersuchen, die zusätzliche Hindernisse aufwerfen kann (Zahariadis & Petridou, 2023).

Eine neue Dynamik könnte von der Außenwirkung des Aachener Vertrags ausgehen: So haben der Vertrag und sein Kapitel über Grenzregionen tatsächlich mindestens zwei neue bilaterale Verträge inspiriert, nämlich den Vertrag von Quirinal zwischen Frankreich und Italien von 2021 und den Vertrag von Barcelona zwischen Frankreich und Spanien von 2023. Laut einem Interviewpartner sind diese bilateralen Verträge außerdem nicht dazu gedacht, für sich allein zu stehen, sondern können als Grundlage für Politikänderungen auf europäischer Ebene dienen:

„Die Idee, dass – es ist alles sehr schön, dass es einen deutsch-französischen Vertrag geben soll, dann einen deutsch-italienischen Vertrag, dann einen deutsch-spanischen Vertrag, um bilaterale Ausschüsse zu schaffen, – aber, dass das alles einen Prozess auf europäischer Ebene vorwegnimmt, wo an jeder Grenze Ausschüsse dieser Art sein werden... dass all dies Teil eines europäischen Rahmens sein sollte, war bereits vorhanden“ (Interview, 02.11.2023).

Daher könnte die mehrstufige Anstrengung, die zur Einbeziehung der Grenzregionen in den Vertrag von Aachen führte, die Politikprozesse auf europäischer Ebene fördern und beispielsweise die Wiederbelebung des europäischen grenzüberschreitenden Mechanismus ab 2023 (Europäische Kommission, 2023) unterstützen. Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen des Aachener Vertrags und insbesondere die zögerliche Umsetzung der Experimentierklausel können dabei wertvolle Erkenntnisse liefern und die Grenzregionen in die – ihnen so häufig attestierte – Rolle der „Laboratorien der europäischen Integration“ (Jańczak 2018; Stoklosa 2015) versetzen. Aus Perspektive der Praktiker*innen, die seit Langem für erweiterte Kompetenzen kämpfen, und der Bürger*innen in den Grenzregionen, die konkret von einem zusätzlichen Abbau von Barrieren profitieren würden, wäre eine solche Entwicklung durchaus wünschenswert.

Bibliografie

- Blatter, J., & Haverland, M. (2014). Case Studies and (Causal-) Process Tracing. In I. Engeli & C. R. Allison (Hg.), *Comparative Policy Studies: Conceptual and Methodological Challenges*. (S. 59–83). Palgrave Macmillan.
- Bora, S. I., & Lequesne, C. (2023). French Presidents and the Discursive Use of European Sovereignty: More than a Metaphor. *Journal of European Integration*, 45(6), 927–944.

- Brandtner, F., Jung, A., & Link, M. G. (2017, 11. November). Macrons Vorschläge aufgreifen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 10.
- Brodowski, D., Nesselhauf, J., & Weber, F. (Hg.). (2023). *Pandemisches Virus – nationales Handeln: Covid-19 und die europäische Idee*. Springer. DOI:10.1007/978-3-658-37719-9
- Christiansen, T., & Jørgensen, K. E. (2000). Transnational Governance ‚Above‘ and ‚Below‘ the State: The Changing Nature of Borders in the New Europe. *Regional & Federal Studies*, 10(2), 62–77.
- Engl, A., & Evrard, E. (2020). Agenda-setting Dynamics in the post-2020 Cohesion Policy Reform: The Pathway Towards the European Cross-border Mechanism as Possible Policy Change. *Journal of European Integration*, 42(7), 917–935.
- Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau (2013). *Studie über die Schaffung einer Pilotregion für den Zugang zu grenzüberschreitenden medizinischen Leistungen im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau*. Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V.
- European Commission (2017). Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Boosting Growth and Cohesion in EU Border Regions, COM(2017) 534 final.
- European Commission (2023). Amended Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on a Mechanism to Resolve Legal and Administrative Obstacles in a Cross-border Context. COM(2023) 790 final.
- Gänzle, S., Stead, D., Sielker, F., & Chilla, T. (2018). Macro-regional Strategies, Cohesion Policy and Regional Cooperation in the European Union: Towards a Research Agenda. *Political Studies Review*, 17(2), 161–174.
- George, A. L., & Bennett, A. (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. MIT Press.
- Geva-May, I. (2004). Riding the Wave of Opportunity: Termination in Public Policy. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 14(3), 309–333.
- Gutschker, T., & Lohse, E. (2018, 03. Juni). Existenzfragen für Europa, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, S. 22.
- Herweg, N., Huß, C., & Zohlnhöfer, R. (2015). Straightening the Three Streams: Theorising Extensions of the Multiple Streams Framework. *European Journal of Political Research*, 54(3), 435–449.
- Herweg, N., Zahariadis, N., & Zohlnhöfer, R. (2023). The Multiple Streams Framework: Foundations, Refinements, and Empirical Applications. In C. Weible (Hg.), *Theories of the Policy Process* (5. Aufl., S. 29–64). Routledge.
- Howlett, M., McConnell, A., & Perl, A. (2015). Streams and Stages: Reconciling Kingdon and Policy Process Theory. *European Journal of Political Research*, 54(3), 419–434.
- Jańczak, J. (2018). Integration De-scaled. Symbolic Manifestations of Cross-border and European Integration in Border Twin Towns. *Journal of Borderlands Studies*, 33(3), 393–413. DOI:10.1080/08865655.2016.1226925
- Jones, M. D., et al. (2016). A River Runs Through It: A Multiple Streams Meta-Review. *Policy Studies Journal*, 44(1), 13–36.

- Kingdon, J. W. (2011). *Agendas, Alternatives, and Public Policies* (with new foreword by James A. Thurber). Longman.
- Knaggård, Å. (2015). The Multiple Streams Framework and the Problem Broke. *European Journal of Political Research*, 54(3), 450–465.
- Knaggård, Å., & Hildingsson, R. (2023). Multilevel Influence and Interaction in the Multiple Streams Framework: A Conceptual Map. In N. Zahariadis, N. Herweg, R. Zohlnhöfer, & E. Petridou (Hg.), *A Modern Guide to the Multiple Streams Framework* (S. 62–81). Edward Elgar.
- Koepf, T., & Koopmann, M. (Hg.) (2024). *5 Jahre Aachener Vertrag: Eine Zwischenbilanz. Schlussbericht der Arbeitsgruppe „5 Jahre Aachener Vertrag – Welche Fortschritte in den deutsch-französischen Beziehungen?“*. Stiftung Genshagen (Genshagener Papiere, 30).
- Macron, E. (2017). Speech on New Initiative for Europe. <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2017/09/26/president-macron-gives-speech-on-new-initiative-for-europe> [28.05.2024].
- PAMINA (2018). *Neufassung des Elysée-Vertrags. Vorschläge des EVTZ Eurodistrikt PAMINA*. EVTZ Eurodistrikt PAMINA.
- Peyrony, J. (2020). Should EGTCs Have Competences, and not Only Tasks? Underlying Visions of Cross-border Integration. In G. Ocskay (Hg.), *15 years of the EGTCs. Lessons Learnt and Future Perspectives* (S. 219–244). Central European Service for Cross-border Initiatives (CESCI).
- Seidendorf, S. (2019). Frankreich, Deutschland und die europäische Integration im Aachener Vertrag. *Integration*, 42(3), 187–204.
- Seidendorf, S. (2020). Der Aachener Vertrag und das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen. In Deutsch-Französisches Institut (Hg.), *Frankreich Jahrbuch 2019* (S. 11–19). Springer. DOI:10.1007/978-3-658-29818-0_1
- Stoklosa, K. (2015). Border Regions as Laboratories of European Integration. In E. Opiliowska & J. Roose (Hg.), *Microcosm of European Integration: The German-Polish Border Regions in Transformation* (S. 16–31), Nomos.
- Tansey, O. (2007). Process Tracing and Elite Interviewing: A Case for Non-Probability Sampling. *PS: Political Science and Politics*, 40(4), 765–772.
- Toscani, S. (2020). Der Aachener Vertrag – neue Zeit für die deutsch-französischen Beziehungen in der Grenzregion. In Deutsch-Französisches Institut (Hg.), *Frankreich Jahrbuch 2019* (S. 119–126). Springer. DOI:10.1007/978-3-658-29818-0_1
- Weber, F. (2022). Cross-border Cooperation in the Border Region of Germany, France, and Luxembourg in Times of Covid-19. *European Societies*, 24(3), 354–381. DOI:10.1080/14616696.2022.2076894
- Wenzelburger, G., & Hartmann, K. (2021). Policy Formation, Termination and the Multiple Streams Framework: The Case of Introducing and Abolishing Automated University Admission in France. *Policy Studies*, 43(5), 1075–1095.
- Zahariadis, N. (2003). *Ambiguity and Choice in Public Policy*. Georgetown University Press.

- Zahariadis, N., & Evangelia, P. (2023). Multiple Streams, Policy Implementation and the Greek Refugee Crisis. In N. Zahariadis, N. Herweg, R. Zohlnhöfer, & E. Petridou (Hg.), *A Modern Guide to the Multiple Streams Framework* (S. 144–159). Edward Elgar.
- Zohlnhöfer, R., Herweg, N., & Huß, C. (2016). Bringing Formal Political Institutions into the Multiple Streams Framework: An Analytical Proposal for Comparative Policy Analysis. *Journal of Comparative Policy Analysis*, 18(3), 243–256.

*Liste der Expert*inneninterviews*

Datum	Position
07.02.2023	Regionale Administration
17.03.2023	Regionale Administration
05.04.2023	Legislative
06.04.2023	Regionale/nationale Regierung
27.05.2023	Regionale Regierung
04.10.2023	Legislative
02.11.2023	Administration
16.01.2024	Nationale Regierung

Das Mondorfer Abkommen als ‚Labor‘ für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa?

Dominik Brodowski

Abstract

Ausweislich seiner Präambel verfolgt das 1997 zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossene Mondorfer Abkommen das Ziel, „die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen mit polizeilichen [...] Aufgaben [...] in den Grenzgebieten auszubauen“. Hierzu enthält es Regelungen zur polizeilichen Zusammenarbeit, die nicht bundes- bzw. landesweit, sondern lediglich in deutsch-französischen Grenzgebieten Anwendung finden. Dieser Beitrag untersucht, inwieweit diese grenzgebietsspezifischen Regelungen des zwischen zwei ‚Motoren‘ der europäischen Integration abgeschlossenen Mondorfer Abkommens prototypisch waren für die Fortentwicklung des europäischen Rechts der polizeilichen Zusammenarbeit. Dabei zeigt sich, dass durch das Mondorfer Abkommen Grenzgebiete zwar nur in geringem Umfang zu einem Laborraum für das Recht, aber möglicherweise weitreichend zu einem Laborraum für die polizeiliche Praxis der europäischen Zusammenarbeit wurden.

1. Einleitung

Der Blick der Strafrechtswissenschaft richtet sich für gewöhnlich auf Gesetze, die auf Bundesebene erlassen werden, wie das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung, daneben – zunehmend – auf europäische Einflüsse, etwa in Gestalt von Richtlinien und Verordnungen der EU (zusammenfassend Brodowski, 2023). Auch die grenzüberschreitende polizeiliche und strafjustizielle Zusammenarbeit im europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts basiert vorrangig auf europa- und bundesrechtlichen Rechtsgrundlagen, etwa dem Rahmenbeschluss 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl oder innerstaatlich dem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG). So ist der Geltungsbereich des IRG das gesamte Bundesgebiet, sodass es für Rechtsfragen der Auslieferung

oder der Datenübermittlung keine Rolle spielt, ob eine von Frankreich gesuchte Person in Saarbrücken oder aber in Greifswald aufgegriffen wird.

Allerdings ist in Grenzgebieten eine höhere quantitative Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zu vermuten (zu praktischen Problemen instruktiv Schober, 2017, 431–438); die Denkschrift zum Mondorfer Abkommen konstatiert daher auch ein „besonderes Bedürfnis“ für eine vertiefte polizeiliche Kooperation „in den Grenzgebieten“ (Deutscher Bundestag, 1998, 18). Zudem – und darauf fokussiert sich dieser Beitrag – bestehen in Gestalt von Polizeiverträgen wie dem Mondorfer Abkommen Rechtsgrundlagen mit einem auf Grenzgebiete begrenzten territorialen Anwendungsbereich. Das führt zu territorial divergierenden Rechtslagen, was zugleich die Kernfrage dieses Beitrags aufwirft: Inwieweit lässt sich die sowohl von der Europäischen Kommission (2021) als auch von der Grenzraumforschung (exemplarisch Bertram et al., 2023) rezipierte These, Grenzregionen seien ‚Reallabore‘ für die europäisch-transnationale Zusammenarbeit bzw. „Modellregionen für das Recht“ (skeptisch Guckelberger & Dilek, 2016, 11; instruktiv zudem Löhning, 2023), in Bezug auf das Recht der polizeilichen Zusammenarbeit bestätigen?

Zur Untersuchung dieser Forschungsfrage ordnet dieser Beitrag zunächst das Mondorfer Abkommen und seine wesentlichen Bestandteile ein (so-gleich 2.). Falls es sich bei Grenzgebieten um ‚Reallabore‘ handelt, ließe sich im Sinne territorial experimenteller Gesetzgebung (hierzu Nieto Martín, 2016, 133–137) vermuten, dass Elemente des Mondorfer Abkommens im weiteren Verlauf in europäisches Recht Eingang gefunden haben. Daher werden nachfolgend Wechselwirkungen zwischen dem Mondorfer Abkommen und weiteren bilateralen Polizeiverträgen und den Rechtsentwicklungen in der EU herausdestilliert und der Labor- oder Modellcharakter dieses Polizeivertrags analysiert (3.). Abschließend soll hieraus weiterer Forschungsbedarf abgeleitet werden (4.).

2. Das Mondorfer Abkommen (1997) nebst Ergänzungsprotokoll (2016)

Die Bezeichnung „Mondorfer Abkommen“ bezieht sich auf die luxemburgische Gemeinde (Bad) Mondorf, in der am 9. Oktober 1997 der damalige französische Innenminister, Jean-Pierre Chevènement, sowie der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Kurt Schelter, und der deutsche Botschafter in Luxemburg, Rolf Jung, das „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französi-

schen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten“ (Bundesgesetzblatt, 1998, 2480–2489; zusammenfassend hierzu Zimmer, 2012, 463) unterzeichneten. In Kraft treten konnte das Mondorfer Abkommen (nachfolgend: MA) erst am 1. April 2000, nachdem in Deutschland ein Zustimmungsgesetz im Sinne des Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG (Bundesgesetzblatt, 1998, 2479) und in Frankreich ebenfalls das Zustimmungsgesetz Nr. 99–993 (Journal officiel de la République française, 1999) erlassen worden waren. Flankiert wurde das Abkommen und insbesondere dessen Art. 23 durch eine „Gemeinsame Erklärung“, in der eine „Prüfung der Schwierigkeiten“ angekündigt wird, „die zwischen den Polizeibehörden im Bereich der Rechtshilfe aufgetreten sind, um eventuelle bilaterale Verbesserungsvorschläge ausarbeiten zu können“ (Bundesgesetzblatt, 1998, 2490).

2.1. Kernelemente des Mondorfer Abkommens

Das Abkommen dient ausweislich der zentralen Formulierung in seinem Art. 2 Abs. 1 Halbsatz 1 dem Ziel, „die Zusammenarbeit der Behörden und Dienststellen der Polizei- und Zollverwaltung bei der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten“ zu verstärken. Sein räumlicher Anwendungsbereich ist aber – und dies führt zum für diesen Sammelband elementaren Grenzraumbezug – nach Art. 1 MA im Wesentlichen auf die dort bezeichneten Gebiete eingegrenzt: auf französischer Seite auf die Grenzdepartements Oberelsass (Haut-Rhin), Unterelsass (Bas-Rhin) und Mosel (Moselle); in Deutschland auf das Saarland, die Regierungspräsidien Freiburg und Karlsruhe in Baden-Württemberg sowie Teile von Rheinland-Pfalz.

2.1.1. Zusammenarbeit auf Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens

Grundsätzlich soll diese verstärkte Zusammenarbeit „auf der Grundlage und nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und völkerrechtlicher Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien“ (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 MA) und „im Rahmen der bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten“ (Art. 3 Satz 1 MA) erfolgen. Auch wird explizit hervorgehoben, dass das Gemeinschafts- bzw. inzwischen Unionsrecht durch das Mondorfer Abkommen nicht berührt wird (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 MA). Auf dieses Bekennt-

nis zum bestehenden – und anderweitig fortentwickelten – Rechtsrahmen wird zurückzukommen sein (unten 3.1.1. und 3.3.). Besonderes Augenmerk verdienen jedoch diejenigen Bestimmungen, die eine über diesen Rahmen hinausgehende Zusammenarbeit ermöglichen.

2.1.2. Zusammenarbeit in Gemeinsamen Zentren

Zuvörderst zu nennen ist hier die in Art. 3 Satz 2 MA eingeführte und in den Art. 4 bis 8 MA konkretisierte Zusammenarbeit in gemeinsamen Zentren. Obwohl der Vertragstext die Möglichkeit der Errichtung mehrerer solcher Zentren impliziert, wurde auf dieser Grundlage lediglich ein solches Zentrum geschaffen, nämlich das „Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Kehl (Bundespolizei, o. J.); das ähnlich konstruierte Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg basiert auf einer gesonderten Rechtsgrundlage unter Einbindung Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und Deutschlands (Bundesgesetzblatt, 2011, 2015; zur Praxis instruktiv Zimmer, 2012, 464–465). Das Gemeinsame Zentrum in Kehl dient dem gegenseitigen Informationsaustausch und der auf dieser Grundlage erfolgenden Steuerung und Koordinierung polizeilicher Maßnahmen (Art. 4 Abs. 2, Art. 5 und 6 MA; hierzu Maguer, 2004, 237–270). Ein typisches Beispiel hierfür ist die Koordinierung der Nacheile, d. h. der weiteren Verfolgung von Verdächtigen, die versuchen, sich durch Flucht über die Staatsgrenze der vorläufigen Festnahme durch die Polizei zu entziehen. Ebenfalls lässt sich über das Gemeinsame Zentrum sicherstellen, dass Wohnungsdurchsuchungen bei mehreren Verdächtigen einer Bande zur gleichen Zeit erfolgen. Zusätzlich erleichtert wird dieser Informationsaustausch durch Art. 14 MA, demzufolge Polizeibehörden im Grenzgebiet eigenständig bestimmte Anfragen erledigen dürfen, welche sonst nationalen Zentralstellen wie dem Bundeskriminalamt (BKA) oder strafjustiziellen Behörden vorbehalten sind (Jacoby, 2023, Rdn. 38; Maguer, 2004, 190–192).

2.1.3. Unmittelbare Zusammenarbeit

Als eine wesentliche Form der unmittelbaren Zusammenarbeit (Art. 9 bis 11 MA) ist die Entsendung von Verbindungsbeamten*innen hervorzuheben, deren „Aufgabe [es ist], bei der Stelle im Nachbarstaat Verbindungsfunktionen wahrzunehmen, ohne dabei hoheitlich zu handeln“ (Art. 10 Abs. 1

Satz 2 und 3 MA). Bemerkenswert ist allerdings die in Art. 10 Abs. 2 MA enthaltene Asymmetrie, der zufolge „Vollzugsbeamte der französischen Polizeidienste [...] in der Bundesrepublik Deutschland [...] mit Aufgaben des polizeilichen Vollzugsdienstes [...] betraut werden“ können, ihnen also die Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt übertragen werden kann. In umgekehrter Richtung – deutsche Polizeibeamt*innen in Frankreich – ist dies hingegen im Mondorfer Abkommen nicht vorgesehen.

Hinzu tritt die Aufforderung zum unmittelbar zwischen den lokalen Polizeibehörden erfolgenden Austausch von grenzgebietsrelevanten Informationen (Art. 11 Abs. 1 Satz 2 MA), etwa über „die Personalien von Beteiligten an Straftaten“ (Art. 11 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 MA), und dessen Legitimation. Beachtenswert ist aber, dass „[i]n Fällen von herausragender oder überregionaler Bedeutung [...] die nationalen Zentralstellen“, z. B. das BKA, „umgehend zu beteiligen“ sind (Art. 11 Abs. 2 MA).

2.1.4. Allgemeine Bestimmungen für die Zusammenarbeit

Im dritten Abschnitt des Mondorfer Abkommens wird für eine Mehrzahl an Rechtsfragen – etwa den Status der Verbindungsbeamt*innen, die Verwendung personenbezogener Daten und die Durchführung grenzüberschreitender Observationen betreffend – auf das Schengener Durchführungsübereinkommen (Bundesgesetzblatt, 1993, 1013–1092; nachfolgend SDÜ abgekürzt) verwiesen. Zum Teil enthält das MA aber auch Konkretisierungen, etwa im Hinblick auf die innerstaatlich zuständigen Stellen (Art. 15 Abs. 2, Art. 16 Abs. 2 MA).

2.1.5. „Angstklausel“

In den Durchführungs- und Schlussbestimmungen (Art. 20 bis 25 MA) findet sich mit Art. 21 schließlich noch eine „Angstklausel“ im Hinblick auf die Wahrung der jeweiligen staatlichen Souveränität und Interessen: Wenn Deutschland oder Frankreich der Ansicht sind, „daß die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung einer Kooperationsmaßnahme geeignet ist, die eigenen Hoheitsrechte zu beeinträchtigen, die eigene Sicherheit oder andere wesentliche Interessen zu gefährden oder gegen das innerstaatliche Recht zu verstossen, kann [die betreffende Seite] die Zusammenarbeit insoweit ganz oder teilweise verweigern oder von bestimmten Bedingungen abhängig machen.“ Durch diese weitreichenden Vorbehalte wird den betei-

ligten Behörden zumindest theoretisch die Möglichkeit gegeben, die rechtlichen Errungenschaften des Mondorfer Abkommens – auch ohne dessen Kündigung oder Änderung – zu unterlaufen.

2.2. Ergänzungsprotokoll über den grenzüberschreitenden Einsatz von Luftfahrzeugen

In einem am 7. Juni 2016 in Metz (Frankreich) unterzeichneten, in Deutschland 2017 (Bundesgesetzblatt, 2017), in Frankreich 2018 (Journal officiel de la République française, 2018) ratifizierten und am 24. September 2018 in Kraft getretenen (Bundesgesetzblatt, 2018) Ergänzungsprotokoll zum Mondorfer Abkommen wird der grenzüberschreitende Einsatz von Luftfahrzeugen – gemeint sind hier nur Polizeihubschrauber, nicht unbemannte Drohnen – gestattet. Deren Einsatz kann z. B. die grenzüberschreitende Nacheile flankieren, aber auch Such- und Rettungsmaßnahmen dienen. Das Ergänzungsprotokoll legitimiert die – an sich in fremde Hoheitsrechte eingreifende – grenzüberschreitende Nutzung des Luftraums, auch unter Inanspruchnahme von Sonderrechten, Art. 2 Abs. 1 Satz 2 des Ergänzungsprotokolls in Verbindung mit § 30 Abs. 1a LuftVG (hierzu Deutscher Bundestag, 2016, 11), einschließlich der damit verbundenen Informationsgewinnung. Art. 8 des Ergänzungsprotokolls statuiert allerdings eine Pflicht zur möglichst frühzeitigen Benachrichtigung des Gemeinsamen Zentrums, die spätestens vor dem Überfliegen der Grenze erfolgen muss; gestützt auf die vorgenannte ‚Angstklause‘ (Art. 21 MA) könnte die jeweils andere Seite diesen Überflug verweigern.

2.3. Exkurs: Deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation

Getrennt vom Mondorfer Abkommen wurden zudem zunächst zwischen Frankreich und Deutschland (Bundesgesetzblatt, 2002; zum Inkrafttreten Bundesgesetzblatt, 2004, 1095), sodann zwischen Frankreich und Baden-Württemberg (Landtag von Baden-Württemberg, 2018, 3–27) Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schifffahrtspolizeilicher Aufgaben getroffen, die in der Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation in Kehl gemündet sind. Art. 11 des diesbezüglichen Abkommens aus dem Jahr 2022 sieht vor, für diese Zusammenarbeit eine Öffnungsklausel des EU-Rechts, nämlich

Art. 17 Beschluss 2008/615/JI (siehe unten 3.2.5.), zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben auf fremdem Hoheitsgebiet zu nutzen.

3. Das Mondorfer Abkommen als ‚Labor‘ innereuropäischer polizeilicher Zusammenarbeit?

Um dem ‚Laborcharakter‘ des Mondorfer Abkommens nachzuspüren, ist es zunächst notwendig, dieses Abkommen in den europäischen, sich dynamisch entwickelnden Rechtsrahmen der polizeilichen Zusammenarbeit einzuordnen: Das Mondorfer Abkommen ist nicht isoliert zu sehen, sondern nur ein kleiner Teil (3.1.) des sich ständig fortentwickelnden, vielschichtigen und hochkomplexen sogenannten Rechtshilferechts (3.2.). So dann lassen sich Wechselwirkungen herausarbeiten (3.3.) und auf dieser Grundlage die Validität der ‚Laborthese‘ überprüfen (3.4.).

3.1. Rang des Mondorfer Abkommens

Das Mondorfer Abkommen hat infolge des Zustimmungsgesetzes (vgl. Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG) – zumindest nach vorherrschendem deutschem Verständnis – den Rang eines Bundesgesetzes inne (statt vieler Nettesheim, 2023, Rdn. 184). Damit ist es zugleich dem deutschen verfassungsrechtlichen Rahmen unterworfen; Zweifel an der Verfassungskonformität bestehen jedoch keine.

3.1.1. Verhältnis zu sonstigem Bundesrecht

Nach den einschlägigen Kollisionsregeln gehen daher seine Regelungen, soweit sie spezieller oder neuer sind, anderen bundesgesetzlichen Regelungen vor. Sie können aber durch später erlassene Bundesgesetze, auch im Rahmen eines sogenannten *treaty override*, wieder verdrängt werden, selbst wenn sich hierdurch Deutschland in Widerspruch zu seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Frankreich setzen würde (allgemein Nettesheim, 2023, Rdn. 186–187; zum *treaty override* Bundesverfassungsgericht, 2015, Rdn. 55). Allerdings sucht das Mondorfer Abkommen derartige Kollisionen zu vermeiden, indem es in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 MA anordnet, dass es den nationalen Rechtsrahmen zugrunde legt und diesen lediglich ergänzt (siehe oben 2.1.1.). Für die Frage eines ‚Laborcharakters‘

ist diese Vorschrift zwiespältig: Einerseits reduziert der starke, dynamische Bezug zum bundesweit geltenden Rechtsrahmen die Freiräume, in diesem grenzgebietsbezogenen Abkommen grenzgebietsspezifische Sonder- oder Modellregelungen zu schaffen. Andererseits hebt die Vorschrift hervor, dass das Mondorfer Abkommen die bundesweit geltenden Regelungen auch grenzgebietsspezifisch zu ergänzen oder auch zu modifizieren vermag. Diese Ambiguität eröffnet auch Interpretationsspielräume bei Widersprüchen zwischen einer Vorschrift des Mondorfer Abkommens und z. B. dem IRG, weil dann zu klären ist, ob es sich um eine – von Art. 2 Abs. 2 Satz 1 MA vorgesehene – bloße Ergänzung des IRG handelt oder aber um einen Widerspruch zum IRG, der von dieser Vorschrift des Mondorfer Abkommens gerade vermieden werden soll.

3.1.2. Verhältnis zu Landesrecht

Als Bundesrecht geht das Mondorfer Abkommen Landesrecht vor (Art. 31 GG). Dieser Vorrang ist umfassend, gilt also nicht nur insoweit, als die darin enthaltenen Regelungen in die Kompetenz des Bundes fallen (Nettesheim, 2023, Rdn. 185). Das ist hier nämlich nur teilweise der Fall, etwa im Hinblick auf Regelungen der „internationale[n] Verbrechensbekämpfung“, für die der Bund nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz innehaltet. Soweit seine Regelungen auch die Polizeiorganisation und die allgemeine Gefahrenabwehr betreffen, liegt in Deutschland die Gesetzgebungskompetenz bei den Ländern. Um föderale Spannungen zu vermeiden, stellt Art. 4 Abs. 3 Satz 2 MA die gefahrenabwehrrechtliche Zuständigkeit des Gemeinsamen Zentrums unter den Vorbehalt der „Zustimmung der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland.“

3.1.3. Verhältnis zum Recht der Europäischen Union

Noch vorsichtiger ist das Mondorfer Abkommen in Bezug auf das Recht der Europäischen Union, das nach Art. 2 Abs. 2 Satz 2 MA von seinen Regelungen „unberührt“ bleiben soll. Die gleiche Rechtslage resultiert jedoch – zumindest in weitem Umfang – ohnehin aus der Umsetzung dieser unionsrechtlichen Regelungen in nationales Recht und daher bereits aus dem Verweis auf das nationale Rechtshilferecht (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 MA, siehe soeben 3.1.1.), ergänzend aus dem Anwendungsvorrang unmittelbar wirkender unionsrechtlicher Regelungen. Daher dient diese Regelung des Mon-

dorfer Abkommens im Wesentlichen der Klarstellung. Als vorwiegend deklaratorische Regelung kann sie zudem als politisches Signal dahingehend verstanden werden, dass durch die Bestimmungen dieses Abkommens das EU-Recht, seine Geltung und auch seine Fortentwicklung gerade nicht negativ beeinflusst, sondern lediglich vom EU-Recht eröffnete Spielräume genutzt werden sollen.

3.2. Entwicklungslinien innereuropäischer polizeilicher Zusammenarbeit

An dieser Stelle möge ein grober Holzschnitt über diejenigen Entwicklungslinien innereuropäischer polizeilicher Zusammenarbeit genügen, in die sich das Mondorfer Abkommen einfügt (Überblicke bei Brodowski, 2013, 2023; Schober, 2017, 22–628):

3.2.1. Deutsch-Französischer Polizeivertrag (1977)

An erster Stelle ist hierbei ein älterer Polizeivertrag zu nennen, an dessen Stelle das Mondorfer Abkommen getreten ist: Am 3. Februar 1977 wurde in Paris ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden im deutsch-französischen Grenzbereich geschlossen (Bundesgesetzblatt, 1978; hierzu Maguer, 2004, 107–108). Bereits dieses sah unter anderem einen unmittelbaren Informationsaustausch zwischen Polizeibehörden in Grenzgebieten „zur Durchführung unaufschiebbarer Maßnahmen“ (Art. 6) und die Entsendung von Verbindungsbeamten*innen (Art. 8) vor. Es war aber deutlich vager gehalten und sah weder Befugnisse zur grenzüberschreitenden Ausübung von Hoheitsgewalt noch die Errichtung eines Gemeinsamen Zentrums vor.

3.2.2. Saarbrücker Abkommen (1984), Schengener Übereinkommen (1985) und Schengener Durchführungsübereinkommen (1990)

An der zwischen Saarbrücken und Forbach gelegenen Grenzübergangsstelle „Goldene Bremm“ vereinbarten die Regierungen Deutschlands und Frankreichs am 13. Juli 1984 im sogenannten Saarbrücker Abkommen den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze (Bundesgesetzblatt, 1984). Bereits ein Jahr später folgte ein von den

Regierungen der Benelux-Staaten, Frankreichs und Deutschlands in der luxemburgischen Grenzstadt Schengen abgeschlossenes Schengener Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (2000). Fragen der polizeilichen oder sogar strafjustiziellen Zusammenarbeit waren jedoch weder im Saarbrücker Abkommen noch im Schengener Übereinkommen geklärt. Als eine langfristig durchzuführende Maßnahme findet sich in Art. 18 des Schengener Übereinkommens lediglich die Absprache, Gespräche über mögliche Verbesserungen in diesem Bereich einzuleiten, wobei insoweit die „Prüfung der etwaigen Einführung eines Rechts der polizeilichen Nacheile“ explizit angesprochen wurde (Art. 18 Buchstabe c Schengener Übereinkommen).

Rechtlich in vielerlei Hinsicht deutlich wirkmächtiger ist das bereits erwähnte und 1990 unterzeichnete Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ); erst dieses – und nicht bereits das Schengener Übereinkommen – wurde in Deutschland ratifiziert (Bundesgesetzblatt, 1993, 1010). Weithin bekannt ist der darin festgelegte Wegfall der Binnengrenzkontrollen bzw. positiv formuliert die Berechtigung, innerhalb des sogenannten Schengen-Raumes „[d]ie Binnengrenzen [...] an jeder Stelle ohne Personenkontrolle“ passieren zu dürfen (Art. 2 Abs. 1 SDÜ). Neben umfangreichen Bestimmungen zum Aufenthalts- und Asylrecht von Drittstaatsangehörigen enthält das SDÜ umfangreiche Bestimmungen zur polizeilichen Zusammenarbeit (Art. 39 bis 47 SDÜ) einschließlich des Informationsaustauschs (insbesondere mittels des Schengener Informationssystems SIS, Art. 92 bis 119 SDÜ) und zur Rechtshilfe in Strafsachen (sonstige Rechtshilfe: Art. 48 bis 53 SDÜ, Auslieferung: Art. 59 bis 66 SDÜ, Vollstreckungsübernahme: Art. 67 bis 69 SDÜ). Mit dem europäisch-transnationalen Doppelbestrafungsverbot (Art. 54 bis 58 SDÜ) führte das SDÜ zudem zu einer weitreichenden Ausweitung des Grundrechtsschutzes.

Die durch das SDÜ bewirkte Reform der polizeilichen und strafjustiziellen Zusammenarbeit ist zwar territorial nicht auf Grenzgebiete begrenzt. Diese Neuerungen wurden aber durch den Wegfall von Grenzkontrollen befeuert und thematisieren mit Regelungen zur grenzüberschreitenden Observation (Art. 40 SDÜ) und zur grenzüberschreitenden Nacheile (Art. 41 SDÜ) Fragestellungen, die sich in Grenzgebieten mit besonderer Dringlichkeit stellen. Zudem öffnete das SDÜ bezüglich dieser Fragestellungen einen Rahmen, der im Mondorfer Abkommen einige Jahre später aufgegriffen und konkretisiert werden konnte (oben 2.1.4.).

3.2.3. Übernahme des Schengen-Besitzstandes in das Recht der Europäischen Union (1999)

Nachdem eine Handvoll weiterer Staaten – darunter auch Nicht-EU-Mitgliedstaaten – dem SÜ und dem SDÜ beigetreten waren, wurde im Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 (genauer: in Art. 2 von dessen Protokoll zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union, 1997) und daher zeitlich parallel zum Mondorfer Abkommen vereinbart, den Schengen-Besitzstand in das Recht der EU zu überführen. Diese Rechtswirkung trat mit dem Inkrafttreten dieser Änderung des EU-Primärrechts, also zum 1. Mai 1999, ein. Seitdem gelten die Errungenschaften des SDÜ, soweit sie nicht ohnehin durch originäres EU-Recht ersetzt wurden, grundsätzlich für alle EU-Mitgliedstaaten (mit weitreichenden Ausnahmen für Irland und bis zu dessen EU-Austritt für das Vereinigte Königreich), wobei die Binnengrenzkontrollen erst auf gesonderten Beschluss der Mitgliedstaaten hin entfallen.

3.2.4. Prümer Vertrag (2005)

Erneut auf multilateraler Ebene schlossen in der grenznah gelegenen rheinland-pfälzischen Stadt Prüm Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Österreich den sogenannten Prümer Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Bundesgesetzblatt, 2006; ausführlich hierzu Schober, 2017, 822–1034).

Für die vorliegende Betrachtung ist dessen Art. 24 bedeutsam, welcher in Abs. 1 die Bildung „gemeinsame[r] Streifen sowie sonstige[r] gemeinsame[r] Einsatzformen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verhinderung von Straftaten“ vorsieht. Art. 24 Abs. 2 Satz 1 des Prümer Vertrages eröffnete die Möglichkeit, Polizeibeamt*innen anderer Staaten die grenzüberschreitende Ausübung von Hoheitsgewalt zu gestatten. Das greift eine in Art. 10 Abs. 2 MA bereits unidirektional (2.1.3.) und in Art. 6 des deutsch-österreichischen Polizeivertrags (Bundesgesetzblatt, 2005, 859–869; hierzu Kindler & Schober, 2006, 165, 169–170) umfassender angelegte Vorschrift auf und führt, bezogen auf das deutsch-französische Verhältnis, zu einer gleichen Berechtigung, aber zu keiner gleichen Verpflichtung.

Noch weiter reicht Art. 25 des Prümer Vertrages, dessen Abs. 1 und 2 zufolge Polizeibeamt*innen bei Gefahr im Verzug auch „ohne vorherige Zustimmung der anderen Vertragspartei die gemeinsame Grenze überschrei-

ten [dürfen], um im grenznahen Bereich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts des Gebietsstaats vorläufige Maßnahmen zu treffen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben erforderlich sind.“ Sie haben zwar das Recht des Territorialstaats anzuwenden und diesen zu unterrichten (Art. 25 Abs. 3 Prümer Vertrag). Gleichwohl bedeutet diese Vorschrift, die im Mondorfer Abkommen noch nicht vorgezeichnet war, für „grenznahe [...] Bereiche“ – wie weit diese reichen, ist nicht geklärt – eine beachtenswerte Öffnung der eigenen staatlichen Souveränität dahingehend, dass polizeiliche Hoheitsgewalt auch durch gebietsfremde Polizeibeamt*innen ausgeübt werden darf.

3.2.5. Teilweise Übernahme des „Prümer Vertrages“ ins EU-Recht (2008)

Durch den Beschluss 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 wurden weite Teile des Prümer Vertrages durch EU-Sekundärrecht ersetzt, das auf alle EU-Staaten räumlich anwendbar ist. Dies betrifft auch die vorgenannte Bestimmung über gemeinsame Einsatzformen und die Möglichkeit, „Beamte anderer Mitgliedstaaten [...] im Rahmen gemeinsamer Einsätze mit der Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse [zu] betrauen“ (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Beschluss 2008/615/JI).

Nicht ins EU-Recht übernommen wurde indes Art. 25 des Prümer Vertrages, der daher nur zwischen den Vertragsstaaten fortgilt (vgl. Art. 35 Abs. 1 Satz 2 Beschluss 2008/615/JI). Eine klare primärrechtliche Grundlage hierfür besteht ohnehin erst seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zum 1. Dezember 2009 mit Art. 89 AEUV, demzufolge der Rat einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments festlegen kann, „unter welchen Bedingungen und innerhalb welcher Grenzen [Polizeibehörden] der Mitgliedstaaten im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats in Verbindung und in Absprache mit dessen Behörden tätig werden dürfen.“ Diese Möglichkeit wurde indes bis heute nicht genutzt. Der Rat hat lediglich im Juni 2022 die rechtlich nicht verbindliche Empfehlung (EU) 2022/915 des Rates vom 9. Juni 2022 zur operativen Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung abgegeben.

3.3. Wechselwirkungen

Inwiefern zeigen sich somit Wechselwirkungen zwischen dem Mondorfer Abkommen als einem grenzraumbezogenen, bilateralen Polizeivertrag

und der nachfolgenden Rechtsentwicklung, welche die These eines ‚Laborraums‘ für die europäisch-transnationale Zusammenarbeit bzw. einer ‚Modellregion für das Recht‘ (zu diesen Chiffren oben 1.) stützen? Für drei zentrale Bereiche des Mondorfer Abkommens fällt der Befund unterschiedlich aus:

Am ehesten für einen ‚Laborraum‘ spricht die Rechtsentwicklung hinsichtlich der Entsendung von Beamten*innen mit Zustimmung des anderen Staates über die Grenze und deren Befugnis, dort hoheitlich tätig werden zu dürfen. Die weitreichenden Bestimmungen des multilateralen Prüm-Vertrages (siehe oben 3.2.4.) lassen sich zwar eher auf den deutsch-österreichischen Polizeivertrag zurückführen. Gleichermaßen war diese Möglichkeit im Mondorfer Abkommen zumindest für französische Vollzugsbeamten*innen in Deutschland vorgesehen (siehe oben 2.1.3.).

Hinsichtlich des Informationsaustauschs und der Koordinierung polizeilicher Maßnahmen lag der Schwerpunkt des Mondorfer Abkommens auf der Konkretisierung des Rechts – etwa durch Benennung zusätzlich für die Erledigung von Ersuchen zuständiger Stellen –, weniger auf dessen Modifizierung (siehe oben 2.1.1. und 2.1.4.). Zum – insoweit vergleichbaren – deutsch-polnischen Polizeivertrag führt daher L. Wörner (2018, 19) aus, dass dieser insbesondere Abhilfe für die Unsicherheiten schafft, die aus „föderal unterschiedliche[n] landespolizeirechtliche[n] Strukturen in Deutschland“ folgen; gleichsinnig spricht Hoc (2018, 72) von einer „Konkretisierung und Präzisierung“ „der geltenden europäischen Regelungen“.

Die wohl praktisch wirkmächtigste Innovation des Mondorfer Abkommens war die Errichtung des Gemeinsamen Zentrums in Kehl. Diese Form der polizeilichen Zusammenarbeit wurde bislang nicht ins EU-Recht übernommen, das bislang nur situationsbezogene Gemeinsame Ermittlungsgruppen (*Joint Investigation Teams*) und eine Koordination über Europol und Eurojust kennt. Die vorgenannte, rechtlich nicht verbindliche, Empfehlung (EU) 2022/915 legt den Mitgliedstaaten immerhin nahe, im Rahmen der „grenzüberschreitende[n] Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung“ „bewährte Verfahren [...], unter anderem durch gemeinsame Polizeistationen und Zentren für die Zusammenarbeit von Polizei und Zoll, zu übernehmen“ (Nr. 3 Buchstabe b Empfehlung [EU] 2022/915).

3.4. Zusammenföhrung: „Labor“ für das Recht der polizeilichen Zusammenarbeit?

Somit zeigt sich, dass das Mondorfer Abkommen für das Recht der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa allenfalls ein begrenztes Laboratorium darstellt. Hingegen waren und sind andere bilaterale Polizeiverträge innovativer und integrationsoffener; nicht ohne Grund bezeichnete die Europäische Kommission (2004, S. 33) den deutsch-österreichischen Polizeivertrag im Jahr 2004 als „ein viel versprechendes Beispiel“ dafür, wie sich die europäische polizeiliche Zusammenarbeit entwickeln solle (siehe hierzu und zu seiner Vorbildfunktion Kindler & Schober, 2006, 161). Das – möglicherweise unzureichend genutzte – Innovationspotential von grenzgebiets-spezifischen Polizeiverträgen wird gleichwohl von den Bundesländern mit der Forderung beschrieben, dass „EU-Verfahren zu zeitraubend [seien], daher bilaterale Verträge zur Fortentwicklung der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit [zu] schaffen“ seien (abgedruckt bei Schober, 2017, 1081; siehe auch Maguer, 2004, 354 zur Bevorzugung bilateraler vor trilateralen Verträgen).

Weitaus mehr Belege konnten für den Modellcharakter multilateraler Abkommen wie des SDÜ (oben 3.2.2.) und des Prämer Vertrages (3.2.4.) gefunden werden, da diese vollständig oder zumindest teilweise in das Recht der Europäischen Union integriert wurden. Noch näherer politikwissenschaftlicher Untersuchung bedarf es, ob Ursache hierfür eine größere Ausgewogenheit des Verhandlungsergebnisses oder aber schlicht eine größere Verhandlungsmacht bei nachfolgenden Rechtsetzungsprozessen in der EU ist, weil sich durch einen multilateralen Vertrag mehr als (nur) zwei Parteien gebunden haben. Jedenfalls weisen, so Schober (2017, S. 1046), multilaterale Abkommen einen „integrationspolitische[n] Hebeleffekt“ auf. Dies hat aber durchaus deutliche Kritik dahingehend auf sich gezogen, dass die spätere Übernahme der Regelungen in das EU-Recht von den vorgenommenen Regelungen geprägt ist und daher das EU-Legislativverfahren umgangen wird (vgl. Schober, 2017, 612). Streng formal betrachtet trägt dieser Einwand nicht, denn das EU-Legislativverfahren musste ordnungsgemäß auf primär- oder sekundärrechtlicher Ebene beschritten werden. Auch materiell betrachtet ist anzuerkennen, dass die an bi- und multilateralen Abkommen beteiligten Staaten einen Spielraum nutzten, der durch das EU-Primärrecht und zu zögerliches Handeln der EU-Gesetzgeber offengelassen wurde (Schober, 2017, 818–820). Die Mitgliedstaaten sind aber – und das mag ein Zugeständnis an die Kritiker*innen sein – nunmehr durch

Art. 35 Abs. 2 Buchstabe b, Abs. 5 Beschluss 2008/615/JI verpflichtet, die Kommission über zukünftig ausgehandelte Polizeiverträge in Kenntnis zu setzen.

4. Fazit und Ausblick

Das Mondorfer Abkommen, das spezifisch die grenzregionale polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland regelt, leistete somit für die Fortentwicklung des Rechts im Allgemeinen nur einen überschaubaren Beitrag. Hauptsächlich dient es der Konkretisierung und Modifizierung des bestehenden bilateralen, multinationalen und supranationalen Rechts der polizeilichen Zusammenarbeit. Indes zeigt sich nicht nur in multilateralen Abkommen wie dem SDÜ oder dem Prümer Vertrag (oben 3.2.2. und 3.2.4.) eine höhere Innovationskraft. Gleiches wird auch für andere Polizeiverträge, etwa den deutsch-österreichischen, konstatiiert (Europäische Kommission, 2004, 33). Daher dürfte es lohnenswert sein – aufbauend auf bestehenden Schriften, die einzelne bilaterale Polizeiverträge isoliert in den Blick nehmen (insbesondere Eisel, 2000; Kindler & Schober, 2006; Ligocka et al., 2018; Schober, 2017, v. a. 629–822) –, die verschiedenen von Deutschland abgeschlossenen Polizeiverträge rechtsvergleichend zu analysieren. Möglicherweise ließe sich dies auch verbinden mit einer politikwissenschaftlichen Untersuchung der Genese dieser Abkommen und der empirisch nachweisbaren Wechselwirkungen zwischen bilateralen, multilateralen und supranationalen Entwicklungen des Rechts.

Ein Bereich, der im Rahmen dieses Beitrags ebenfalls nicht geklärt werden konnte, ist die Bedeutung des Mondorfer Abkommens für die polizeiliche Praxis: „[Ü]ber Normen zu sprechen, entspricht im Polizeilichen häufig der Darstellung einer Scheinwelt“; den Schwerpunkt, so M. Wörner (2018, 81), machten die Strukturen und die praktischen Probleme aus (zum Mondorfer Abkommen instruktiv Maguer, 2004, 115–126). Hierbei können Polizeiverträge wie das Mondorfer Abkommen helfen, Strukturen – etwa in Gestalt des Gemeinsamen Zentrums in Kehl oder durch Entsendung von Verbindungsbeamten*innen – zu verbessern und die Lösungen, die das EU-Recht oder das multilaterale Recht bereits vorsehen, für die praktischen Probleme in der Grenzregion vor Ort ‚herunterzubrechen‘, zu konkretisieren und für die polizeiliche Praxis handhabbar zu machen. Es spricht manches dafür, dass das Mondorfer Abkommen einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, im deutsch-französischen Grenzgebiet die *rechtlichen*

Errungenschaften des europäischen Rechts der polizeilichen Zusammenarbeit *praktisch wirksam* werden zu lassen (zur rechtlichen Flexibilität des Mondorfer Abkommens siehe Maguer, 2004, 366). Richtete man das Brennglas nun auf diese Region, in der auch höhere Fallzahlen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu erwarten sind, ließen sich in diesem ‚Laborraum‘ die Wirkungen des EU-Rechts – und etwaige Verbesserungsbedarfe – möglicherweise besser herausarbeiten als bei einem Blick auf andere Regionen, in denen es an einer Vermittlung und Konkretisierung des ‚fernen‘ Europarechts durch einen regionenspezifischen Polizeivertrag fehlt. Insoweit steht für zukünftige Forschungen die Frage im Raum, ob das EU-Recht in Grenzgebieten und in Nicht-Grenzgebieten gleichermaßen praktisch wirksam wird und ob daher Grenzgebiete doch ein ‚Reallabor‘ sind – indes weniger des Rechts denn seiner Anwendung in der Praxis.

Bibliografie

- Bertram, D., Chilla, T., & Hippe, S. (2023). The Laboratory Dimension in Cross-Border Development: Insights from the Czech-German Border Region. *Trendy v podnikání – Business Trends*, 13(2), 4–16.
- Beschluss 2008/615/JI. *Beschluss 2008/615/JI des Rates vom 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität*. ABl. EU L 210 v. 6.8.2010, 1–11. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32008D0615> [02.04.2024].
- Brodowski, D. (2013). Innere Sicherheit in der Europäischen Union. *JURA*, 2013(5), 492–504.
- Brodowski, D. (2023). Europäische Kriminalpolitik seit dem Vertrag von Lissabon – ein Streifzug. In C. Bertheau, W. Beulke, M. Jahn, A. Müller-Jacobsen, & C. Schmitt-Leonardy (Hg.), *Strafrecht und Strafverteidigung in Geschichte, Praxis und Politik. Festschrift für Alexander Ignor zum 70. Geburtstag* (S. 375–387). C. F. Müller.
- Bundesgesetzblatt (1978, 08. Dezember). Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden im deutsch-französischen Grenzbereich. *Bundesgesetzblatt II*, 1978(54), 1402–1404.
- Bundesgesetzblatt (1984, 28. August), Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze. *Bundesgesetzblatt II*, 1984(27), 767–771.
- Bundesgesetzblatt (1993, 23. Juli). Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen. *Bundesgesetzblatt II*, 1993(23), 1010–1093.

Das Mondorfer Abkommen als ‚Labor‘ für die polizeiliche Zusammenarbeit in Europa?

Bundesgesetzblatt (1998, 22. September). Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten. *Bundesgesetzblatt II*, 1998(38), 2479–2490.

Bundesgesetzblatt (2002, 21. August). Gesetz zu dem Abkommen vom 10. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schifffahrtspolizeilicher Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt. *Bundesgesetzblatt II*, 2002(31), 1891–1896.

Bundesgesetzblatt (2004, 27. Juli). Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung schifffahrtspolizeilicher Aufgaben auf dem deutsch-französischen Rheinabschnitt. *Bundesgesetzblatt II*, 2004(24), 1095.

Bundesgesetzblatt (2005, 19. August). Gesetz zu dem Vertrag vom 10. November und 19. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur polizeilichen Gefahrenabwehr und in strafrechtlichen Angelegenheiten. *Bundesgesetzblatt II*, 2005(19), 858–869.

Bundesgesetzblatt (2006, 14. Juli). Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Mai 2005 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Republik Österreich über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration. *Bundesgesetzblatt II*, 2006(19), 626–652.

Bundesgesetzblatt (2011, 08. Februar). Gesetz zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet. *Bundesgesetzblatt II*, 2011(4), 130–144.

Bundesgesetzblatt (2015, 05. Februar). Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-belgisch-französisch-luxemburgischen Übereinkommens zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet. *Bundesgesetzblatt II*, 2015(4), 147.

Bundesgesetzblatt (2017, 10. März). Gesetz zu dem Protokoll vom 7. April 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den grenzüberschreitenden Einsatz von Luftfahrzeugen zur Ergänzung des Abkommens vom 9. Oktober 1997 über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten. *Bundesgesetzblatt II*, 2017(6), 194–198.

Bundesgesetzblatt (2018, 26. November). Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Ergänzungsprotokolls über den grenzüberschreitenden Einsatz von Luftfahrzeugen. *Bundesgesetzblatt II*, 2018(22), 567.

- Bundespolizei (o. J.) Bundespolizeidirektion Stuttgart. <https://www.bundespolizei.de/Web/DE/05Die-Bundespolizei/03Organisation/02Direktionen/Stuttgart/BundespolizeidirektionStuttgart.html> [02.04.2024].
- Bundesverfassungsgericht (2015). Beschluss des Zweiten Senates vom 15. Dezember 2015 – 2 BvL 1/12. *BVerfGE*, 141, 1–56.
- Deutscher Bundestag (1998). Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten. *Drucksache 13/10113*.
- Deutscher Bundestag (2016). Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 7. April 2016 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den grenzüberschreitenden Einsatz von Luftfahrzeugen zur Ergänzung des Abkommens vom 9. Oktober 1997 über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten. *Drucksache 18/9988*.
- Eisel, H. (2000). Der deutsch-schweizerische Polizeivertrag. Ein Vertragswerk, das ein Modell für Europa werden könnte. *Kriminalistik*, 2000, 706–710.
- EUR-Lex: Empfehlung 2022/915. *Empfehlung (EU) 2022/915 des Rates vom 9. Juni 2022 zur operativen Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung*. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32022H0915> [02.04.2024].
- Europäische Kommission (2004, 18. Mai). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ausbau der Polizeilichen und Zollbehördlichen Zusammenarbeit in der Europäischen Union* (COM/2004/0376). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2004%3A0376%3AFIN> [02.04.2024].
- Europäische Kommission (2021, 14. Juli). *Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration* (COM/2021/0393). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021DC0393> [02.04.2024].
- Guckelberger, A., & Dilek, E. (2016). Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Grenzregion – Ist das Recht schon so weit? *Die Öffentliche Verwaltung*, 2016(1), 1–12.
- Hoc, S. (2018). Einige Aspekte des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs. In A. Ligocka, M. Małolepszy, & M. Soiné (Hg.), *Die grenzüberschreitende Informationsgewinnung und -verwertung am Beispiel der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Strafverfolgungsbehörden* (S. 71–79). Logos.
- Jacoby, S. (56. Lfg. 2023). Kommentierung zu den Bilateralen Rechtsbeziehungen Frankreichs. II F 8 (Frankreich). In H. Grützner, P. Pötz, C. Kreß, N. Gazeas, & D. Brodowski (Hg.), *Internationaler Rechtshilfeverkehr in Strafsachen* (Band II). C.F. Müller.

Journal officiel de la République française (1999, 02. Dezember). Loi n° 99-993 du 1^{er} décembre 1999 autorisant l'approbation de l'accord entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la coopération dans leurs zones frontalières entre les autorités de police et les autorités douanières (ensemble une déclaration). *Journal officiel de la République française*, 1999(279), 17924.

Journal officiel de la République française (2018, 20. April). Loi no. 2018-281 du 19 avril 2018 autorisant l'approbation du protocole additionnel à l'accord du 9 octobre 1997 entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la coopération dans leurs zones frontalières entre les autorités de police et les autorités douanières concernant l'emploi transfrontalier d'aéronefs (1). *Journal Officiel de la République Française*, 2018(92), 2.

Kindler, W., & Schober, K. (2006). Der deutsch-österreichische Polizei- und Justizkooperationsvertrag. *Die Polizei*, 2006(5), 163–170.

Landtag von Baden-Württemberg (2018). Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Zustimmung des Landtags von Baden-Württemberg zum Abkommen zwischen der Regierung des Landes Baden-Württemberg und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation am Rhein. *Drucksache 16/5035*.

Ligocka, A., Małolepszy, M., & Soiné, M. (Hg.). (2018). *Die grenzüberschreitende Informationsgewinnung und -verwertung am Beispiel der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Strafverfolgungsbehörden*. Logos.

Löhning, M. (2023). *Elsass-Lothringen als juristisches Laboratorium*. Rechtskultur Wissenschaft.

Maguer, A. (2004). *Les frontières intérieures Schengen: dilemmes et stratégies de la coopération policière et douanière franco-allemande*. Ed. Iuscrim.

Nettesheim, M. (102. Lfg. 2023). Kommentierung zu Art. 59 GG. In G. Dürig, R. Scholz, & R. Herzog (Hg.), *Grundgesetz Kommentar* (Rdn. 181–187). Beck.

Nieto Martín, A. (2016). A Necessary Triangle: The Science of Legislation, the Constitutional Control of Criminal Laws and Experimental Legislation. In K. Tiedemann, U. Sieber, H. Satzger, C. Buchard, & D. Brodowski (Hg.), *Die Verfassung moderner Strafrechtspflege* (S. 97–137). Nomos.

Protokoll zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union, ABl. EG C 340 v. 10.11.1997, S. 93–96. <https://db.eurocrim.org/db/de/doc/1878.pdf> [08.04.2024].

Rahmenbeschluss 2002/584/JI. *Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten*. ABl. EU L 190 v. 18.07.2002, 1–20. https://eur-lex.europa.eu/eli/dec_framw/2002/584/oj [02.04.2024].

Schober, K. (2017). *Europäische Polizeizusammenarbeit zwischen TREVI und Prüm. Mehr Sicherheit auf Kosten von Freiheit und Recht?* C. F. Müller.

- Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (2000, 22. September). *Abl. EU* Nr. L 239 v. 22.09.2000, S.13. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2000:239:FULL> [07.04.2024].
- Wörner, L. (2018). Die Übermittlung von Informationen im Lichte des deutsch-polnischen Kooperationsvertrags und der EU-Rechtshilfsvorgaben aus deutscher Sicht. In A. Ligocka, M. Małolepszy, & M. Soiné (Hg.), *Die grenzüberschreitende Informationsgewinnung und -verwertung am Beispiel der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Strafverfolgungsbehörden* (S. 15–38). Logos.
- Wörner, M. (2018). Der grenzüberschreitende polizeiliche Informationsaustausch aus Sicht der Praxis. In: A. Ligocka, M. Małolepszy, & M. Soiné (Hg.), *Die grenzüberschreitende Informationsgewinnung und -verwertung am Beispiel der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Strafverfolgungsbehörden* (S. 81–89). Logos.
- Zimmer, C. (2012). Die Instrumentarien der grenzüberschreitenden deutsch-französischen/deutsch-luxemburgischen Zusammenarbeit und ihre Bedeutung für die (all-)tägliche Aufgabenwahrnehmung der Polizei des Saarlandes. *Kriminalistik*, 2012(7), 462–466.

Die vergessene Integration – Grenzräume als Gegenstand und Herausforderung rechtswissenschaftlicher Forschung

Nikolaus Marsch & Alexander Kratz

Abstract

Rückweise wird seit Jahrzehnten versucht, eine vertiefte Kooperation deutscher und französischer Behörden in den Grenzräumen anzuschieben – per völkerrechtlichen Verträgen und europäischen Verordnungen, selbst per Verfassungsänderung. Doch diese finden auf dem Untergrund steter Rechtsunsicherheit kaum Halt. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht steckt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fest. Zurückzuführen ist dies auf die ihr strukturell inhärente juristische Komplexitätsüberforderung. Impulsgeberin könnte und müsste daher die Verfassungsrechtswissenschaft sein, die sich bislang jedoch primär auf die Beschreibung des Phänomens beschränkt. Inspiration für den Entwurf neuer staatsrechtlicher Modelle bieten könnten französische Experimentierklauseln, das sogenannte Cross-Border Facilitation Tool, Regulatory Sandboxes und das Konzept eines öffentlichen Kollisionsrechts.

1. Einleitende Problemskizze

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration weist aus Sicht der Rechtswissenschaft einen weißen Fleck auf – nämlich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Während die supranationale Rechtsharmonisierung die EU-Mitgliedstaaten durch eine mittlerweile sehr umfangreiche zusätzliche und dem nationalen Recht übergeordnete Rechtsschicht verklammert, steckt die rechtliche Verzahnung Deutschlands mit seinen Nachbarstaaten an den jeweiligen nationalen Grenzen trotz aller Bemühungen weiterhin in den Kinderschuhen.

Dieser Beitrag soll daher eine neue rechtswissenschaftliche Perspektive für die Grenzraumforschung formulieren. Gegenstand ist dabei weniger der europäische Verwaltungsverbund als Kooperation von Behörden mehrerer, nicht notwendigerweise benachbarter EU-Mitgliedstaaten beim Vollzug

von Unionsrecht. Untersucht werden soll vielmehr die Zusammenarbeit regionaler bzw. lokaler Verwaltungsstellen benachbarter Staaten in den Grenzräumen, gerade auch in Bereichen, die nicht unionsrechtlich determiniert sind (Beck, 2015, 17). Perspektivisch könnte diese Zusammenarbeit durch gemeinsame bi- oder trinationale Behörden erfolgen, das Grundgesetz gebraucht hierfür in Art. 24 Abs. 1a – gewissermaßen als institutionalisierten Fluchtpunkt der Zusammenarbeit – den etwas eigentümlichen Begriff der „grenznachbarschaftlichen Einrichtungen“.

Zurzeit verhakt sich das europäische Projekt des Verschwindenlassens auch der gefühlten Grenzen in der juristischen Komplexität der nationalen Rechtsordnungen. Auch in der politikwissenschaftlichen Literatur wird hierauf immer wieder hingewiesen (Beck, 2015; Evrard, 2021). Dabei ist das Bewusstsein für die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf der politischen Ebene vorhanden. Dies zeigt sich in Verfassungsänderungen, EU-Verordnungen und -Verordnungsentwürfen und dem zwischen Deutschland und Frankreich 2019 geschlossenen Aachener Vertrag. Insbesondere letzterer widmet einen seiner sechs Hauptabschnitte der „regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ und begründete einen gemeinsamen Deutsch-Französischen Ausschuss für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ).

Dennoch fährt jedes grenzüberschreitende Projekt mit der angezogenen Handbremse juristischer Bedenken. Die potentiellen Rechtsverstöße sind vielfältig und schwer zu antizipieren. Allein das deutsche Verfassungsrecht stellt für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein schwer durchdringbares und bislang kaum vermessenes Spannungsfeld dar, sodass das Verdikt der Verfassungswidrigkeit stets droht. Leitlinien zu seiner Vermeidung aber fehlen und werden von der Rechtswissenschaft bislang kaum bereitgestellt. Hinzu kommt die Komplexität des deutschen und europäischen Verwaltungsrechts, das (statt mit Normmangel) mit Normdichte erschlägt, sowie die Doppelung mit dem jeweiligen Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Nachbarstaats. Diese funktionieren zwar oft im Ergebnis ähnlich, im Detail aber fast immer anders, wobei ein qualifizierter Rechtsvergleich meist fehlt.

Der Widerstand dieser immensen Komplexität ist meist geeignet, auch einen dezidierten Kooperationswillen auszubremsen, denn letztlich bleiben Grenzräume geografisch-proportional Randbereiche mit entsprechender Relevanz. Die strukturelle Benachteiligung von Grenzräumen hat folglich auch eine juristische Dimension. Gemeinsame Projekte mit Nachbarländern werden gehemmt. Der Intention des Grundgesetzes einer Freund-

schaft mit den europäischen Nachbarstaaten läuft dies zwar zuwider; verfassungsrechtliche Bedenken wegen zu geringer und blockierter grenzüberschreitender Zusammenarbeit liest man jedoch fast nie. Die deutsche Rechtswissenschaft erkennt und benennt hindernde Komplexität oft zutreffend, entwickelt jedoch kaum die eigentlich erforderliche Konstruktivität.

Dieser Beitrag soll eine Skizze für eine rechtswissenschaftliche Grenzraumforschung sein. Eine solche hat das Potential, einen Beitrag zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu leisten und die durch den Aachener Vertrag kreierte Dynamik aufzunehmen, muss hierfür jedoch verwaltungswissenschaftlich informiert und rechtsvergleichend konzipiert sein. So kann sie Erweiterungen des bisherigen Optionenraums ausloten. Dies erfordert nicht nur ein stärkeres Zusammenfinden von Verwaltungspraxis und Rechtswissenschaft, es bedarf zugleich einer rechtswissenschaftlichen Suchbewegung ins Offene.

2. Bestandsaufnahme und Konjunkturen der rechtswissenschaftlichen Befassung

Im Folgenden soll das rechtswissenschaftliche Forschungsfeld kartiert und in Form von drei Schlaglichtern eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden. Diese Bestandsaufnahme fällt – so viel sei aus dem Zwischenfazit vorweggenommen – ernüchternd aus; unsere Hoffnung wäre jedoch, dass dies nur ein Durchgangsstadium darstellt.

2.1. National: Art. 24 Abs. 1a GG und das Karlsruher Übereinkommen

Begonnen werden soll mit Art. 24 Abs. 1a GG, einer Norm, die zwar seit gut 30 Jahren Teil des Grundgesetzes ist, allerdings ein Schattendasein fristet und bisher nicht praktisch bedeutsam geworden ist (Sauer, 2019, Rn. 230). Sie lautet wie folgt: „Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.“ Diese Norm, die anlässlich der Reform der Art. 23 und 24 in das Grundgesetz eingefügt wurde, stellte nach Ansicht der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat die Antwort auf ein praktisches Bedürfnis dar, indem sie die Länder zur „Schaffung dauerhafter und fachübergreifender Verwal-

tungsstrukturen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg“ ermächtigt. Sie eröffnet den Ländern vor allem auch die ihnen zuvor verschlossene Möglichkeit, Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen zu übertragen bzw. – präziser – die Rechtsordnung für das von diesen Einrichtungen gesetzte Recht zu öffnen. Erschöpfte sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Grenzräumen zuvor auf Instrumente der Kooperation und der Konzertation, sollte Art. 24 Abs. 1a GG den Impuls für eine Vertiefung der grenznachbarschaftlichen Zusammenarbeit setzen (Kotzur, 2004, 207–211). Diesen Impuls hat beispielsweise das Karlsruher Übereinkommen aufgenommen, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den südwestdeutschen Bundesländern und ihren Gemeinden mit den angrenzenden Kantonen und Gebietskörperschaften der Schweiz, Luxemburgs und Frankreichs regelt. Das Übereinkommen ermöglicht die Schaffung grenzüberschreitender örtlicher Zweckverbände, die von deutscher Seite – soweit die Voraussetzungen des Art. 24 Abs. 1a GG erfüllt sind – mit hoheitsrechtlichen Befugnissen ausgestattet werden können.

In der Rechtswissenschaft haben die Grundgesetzänderung und das Karlsruher Übereinkommen einige Resonanz erfahren. Zu nennen ist hier in allererster Linie die emphatische Habilitationsschrift von Markus Kotzur, der in Art. 24 Abs. 1a GG einen wichtigen Beitrag zu einer Lehre vom kooperativen Verfassungs- und Verwaltungsstaat sieht (Kotzur, 2004). Frank Bräutigam hat in seiner Dissertation zum grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverband nach dem Karlsruher Übereinkommen insbesondere auch rechtsvergleichend die Möglichkeiten ausgelotet, einem solchen Zweckverband Hoheitsrechte zu übertragen (Bräutigam, 2009). Ein Punkt, in dem sich die beiden Arbeiten treffen, ist der Vorwurf bzw. die Feststellung einer gewissen Innengerichtetheit der Entwicklung (Bräutigam, 2009, 272–273). So kritisiert Kotzur – mit Blick auf das Ergebnis sicher zu Recht, aber aus unserer Sicht doch etwas an den Zwängen politischer Eigengesetzlichkeiten und vor allem deren Zeitplänen vorbei –, dass die Änderung des Grundgesetzes nicht in einen gemeinsamen Prozess mit den europäischen Nachbarstaaten eingebettet worden ist. Auch aus diesem Grund fehlen dort bis heute verfassungsrechtliche Entsprechungen zu Art. 24 Abs. 1a GG (Kotzur, 2004, 128–130).

Mit Blick auf das einfache Gesetzesrecht der Schweiz und Frankreichs konstatierte Bräutigam, dass dieses eine Übertragung von Hoheitsrechten auf grenzüberschreitende Zweckverbände nicht vorsehe. So hatte in Frankreich die loi Joxe-Marchand zwar – mit Blick auf die Interreg-Förderung – schon zu Beginn der 1990er Jahre den französischen Gebietskörperschaften

die Beteiligung an grenzüberschreitenden Einrichtungen erlaubt. Die Frage der Hoheitsübertragung wurde jedoch nie Gegenstand der französischen juristischen und politischen Diskussion; Erörterungen ihrer Zulässigkeit nach französischem Recht stammen daher allenfalls von deutschen Autoren, die auf der Suche nach Parallelnormen zu Art. 24 Abs. 1a GG waren (Bräutigam, 2009, 258).

Diese fehlende Reziprozität dürfte wenngleich nicht der alleinige, so doch ein wichtiger Grund dafür sein, dass Art. 24 Abs. 1a GG bis heute nicht praktisch geworden ist. In der Folge ließ auch das Interesse der Rechtswissenschaft nach – der Zauber, der auch jeder neuen Verfassungsnorm als kleinem Anfang innenwohnt, verflog.

2.2. Europäisch: Die EVTZ-Verordnung

Neuen Schwung in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit versuchte sodann die EU durch Erlass der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) im Jahr 2006 zu bringen. Diese Verordnung hat zum Ziel, durch die Bereitstellung eines institutionellen Rahmens die Entwicklung transnationaler Projekte auf regionaler und kommunaler Ebene zu fördern (Pechstein & Deja, 2011, 357). Zu diesem Zweck wird mit dem EVTZ eine juristische Person des Unionsrechts geschaffen, derer sich die Mitgliedstaaten bedienen können. Dabei sollen die durch die Mitgliedstaaten zu gründenden EVTZ in erster Linie dazu dienen, die durch europäische Mittel kofinanzierten Programme und Projekte der territorialen Zusammenarbeit umzusetzen. Doch auch weit darüber hinaus können EVTZ – so Art. 7 Abs. 3 der Verordnung – „sonstige spezifische Maßnahmen territorialer Zusammenarbeit“ durchführen. Unter den 89 bestehenden EVTZ finden sich daher vor allem geographisch definierte EVTZ lokaler Gebietskörperschaften wie der Eurodistrict Saar-Moselle, aber auch durch von der Geographie unbeeinflusste Interessen zusammengehaltene EVTZ wie beispielsweise ein Verband der nationalen Vereinigungen von Städten, die traditionell der Keramikkunst und -herstellung besonders verbunden sind (aeucc.eu; Ausschuss der Regionen, 2024).

Voraussetzung für die Durchführung von Maßnahmen ist jedoch, dass die jeweilige Aufgabe dem EVTZ durch die Mitglieder übertragen wurde und dass der Heimatmitgliedstaat jedes Mitglieds die Aufgabenübertragung am Maßstab des nationalen Rechts geprüft und genehmigt hat. Die EVTZ-Verordnung vermag zum einen also nicht darüber hinwegzuhelfen, dass

Aufgabenübertragungen nach dem mitgliedstaatlichen Recht möglich und mit diesem vereinbar sein müssen. Es überrascht daher nicht, dass die Bundesregierung als eine Erfahrung mit der EVTZ-Verordnung konstatiert, dass die Komplexität, die schon in der Gründungsphase damit einhergeht, dass immer mindestens zwei Rechtsordnungen zu beachten sind, die Gründung von EVTZ vielfach deutlich erschwert habe (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 2017, 29–30). Auch nach erfolgreicher Gründung stellt die Adaption an die unterschiedlichen nationalen Rechtsrahmen eine zentrale Schwierigkeit dar. Zum anderen verbietet die Verordnung in Art. 7 Abs. 4 explizit die Übertragung von hoheitlichen Befugnissen auf EVTZ (Guckelberger & Dilek, 2016, 11). Die 2013 durch eine Reform der Verordnung geschaffene Möglichkeit, von Nutzern Gebühren zu verlangen, ändert am Grundsatz des Verbots nichts.

Eine substantielle Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit brachte die EVTZ-Verordnung im Ergebnis bislang nicht. Ihr Effekt beschränkt sich darauf, bestehende und künftige Kooperationen in eine kompetenzarme, zumindest aber einheitliche Form gießen zu können. Hierin könnte überraschenderweise ein Wert an sich liegen, da die Bereitstellung einer solchen Schablone eine gewisse Rechtssicherheit suggeriert und hierdurch Kooperationen selbsterfüllend prophezeiend in sich bestärken könnte. Für ein dahingehendes praktisches Bedürfnis spricht, dass sich diverse Eurodistricts freiwillig in die Form eines EVTZ umwandeln ließen. Vielleicht wird die EVTZ-Verordnung rückblickend auch als erster Schritt eines mehrstufigen Prozesses gesehen werden, deren Innovation in der Vereinheitlichung der Kooperationsformen lag. Für eine verlässliche Verbesserung grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der gesamten EU liegt schließlich nahe, dass eine gemeinsame europäische Lösung bilateralen Lösungen bei 27 Mitgliedsstaaten und deutlich mehr unterschiedlichen Grenzräumen wegen ihrer Komplexitätsreduktion überlegen ist.

2.3. Kontext: Internationales Verwaltungsrecht

Aus rechtswissenschaftlicher Perspektive ist die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit schließlich noch im weiteren Kontext des Internationalen Verwaltungsrechts zu verorten, das als Thema die Rechtswissenschaft auch in Deutschland seit etwa zwei Jahrzehnten beschäftigt (s. grundlegend Möllers, Voßkuhle & Walter, 2007, zudem Goldmann, 2022). Während sich der Begriff in seiner ursprünglichen Verwendung auf ein öffentlich-rechtliches

Kollisionsrecht bezog (auf dieses wird noch zurückzukommen sein), greift die unter dem begrifflichen Dach eines Internationalen Verwaltungsrechts geführte Diskussion mittlerweile viel weiter aus. Den zentralen Bezugspunkt bildet dabei – so jedenfalls das rechtsquellspezifische Verständnis von Eberhard Schmidt-Aßmann – das Völkerrecht. Dies erklärt, warum die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit hier regelmäßig nicht oder bloß als Randaspekt behandelt wird. Ganz in diesem Sinne hat beispielsweise Monika Polzin in ihrem Referat auf der Staatsrechtslehrertagung 2023 in Bochum das ihr aufgegebene Thema „Supranationale und grenzüberschreitende Verwaltung – neue Formen der Ausübung von Hoheitsgewalt“ dargestalt eng geführt, dass sie sich auf das Handeln internationaler Organisationen beschränkt hat (Polzin, 2023).

In dieser Hinsicht muss abschließend die Habilitationsschrift von Martin Kment zum grenzüberschreitenden Verwaltungshandeln (Kment, 2010) Erwähnung finden. Sie leistet insofern einen wichtigen Beitrag zum hier behandelten Thema, als Kment einzelne Handlungsformen in ihrer Verwendung als Instrumente grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns untersucht. Die Arbeit stellt gewissermaßen einen Instrumentenkoffer bereit, der jedoch stark von den rechtlichen Grenzen her gedacht ist und zudem die hier besonders interessierende institutionelle Verfestigung grenzüberschreitender Zusammenarbeit dem handlungsformbezogenen Zugriff entsprechend nur am Rande in den Blick nimmt.

2.4. Zwischenfazit

Das Zwischenfazit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fällt also ernüchternd aus: Der zunächst mit großen Erwartungen verbundene Art. 24 Abs. 1a GG ist vielleicht nicht totes Recht, befindet sich aber jedenfalls in einem tiefen Dornröschenschlaf; das den Mitgliedstaaten durch die EVTZ-Verordnung unterbreitete Angebot wird zwar durchaus genutzt, ohne dass die Verordnung jedoch die erhoffte Dynamik entfacht hätte. Trifft also die kritische Bemerkung von Claus Dieter Classen in seiner Kommentierung des Art. 24 Abs. 1a GG zu, dass die Norm die Antwort auf ein bloß behauptetes Bedürfnis der Länder ist (Classen, 2024, Rn. 70)? Dies lässt sich jedenfalls bezweifeln. Zwar adressiert die Norm das zentrale Problem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nur teilweise; sie kann aber durchaus als Baustein eines größeren Lösungsarrangements dienen.

Einen wichtigen Beitrag zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit leistet Art. 24 Abs. 1a GG zunächst insoweit, als die Norm gerade die Länder ermächtigt, Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen zu übertragen. Denn ein zentraler Befund der Probleme in den Grenzräumen ist der, dass die Schwierigkeiten vielfach lokal begrenzt sind, während die Lösungsmöglichkeiten auf einer höheren, in der Regel weit entfernten Ebene liegen. Um es plastisch zu machen: Es gelingt den Grenzräumen oft nicht, den erforderlichen politischen Druck aufzubauen, um auf Bundesebene die Änderung eines Gesetzes oder gar den Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrages zu bewirken. Insofern ist die Verankerung der regionalen Integrationsgewalt auf Landes- statt Bundesebene notwendig, wenn auch nicht hinreichend.

Das Kernproblem der grenznachbarschaftlichen Zusammenarbeit wird nämlich nicht adressiert. Dieses besteht darin, dass die Länder zwar weitgehend für den Vollzug zuständig sind und insoweit auch Hoheitsrechte übertragen können, dass ihnen aber zugleich regelmäßig die Kompetenz zur Harmonisierung des rechtlichen Maßstabs fehlt. Die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit verhält sich somit gewissermaßen spiegelbildlich zur europäischen Integration im Rahmen der EU, die im Wesentlichen in einer Harmonisierung des Rechts besteht, das durch die mitgliedstaatlichen Behörden vollzogen und dessen Anwendung durch die mitgliedstaatlichen Gerichte kontrolliert wird. Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit arbeitet hingegen stets gegen den natürlichen juristischen Widerstand, parallel zwei oder mehrere Rechtsordnungen beachten zu müssen.

Diese Komplexität erstikt Kooperationsentfaltung in vielen Fällen. Schon früh hat der spätere Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Klaus Rennert, auf dieses Grundparadoxon des Art. 24 Abs. 1a GG aufmerksam gemacht (Rennert, 1995, 208). Und Claus Dieter Classen weist zu Recht darauf hin, dass auch die Fragen nach dem anwendbaren Verfahrensrecht und nach der gerichtlichen Kontrolle erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen (Classen, 2024, Rn. 75a-75b). Während bei Classen hier jedoch etwas Resignation anklingt, möchten wir aus diesem Zwischenfazit nicht – unseres Erachtens vorschnell – eine Integrationsgrenze für die grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit ableiten, sondern einen Auftrag gerade auch für die Rechtswissenschaft, Lösungswege zu entwickeln.

3. Denkansätze zum Komplexitätsdilemma grenzüberschreitender Kooperation

Im Folgenden sollen einige Ansatzpunkte präsentiert werden, die zum Teil bereits Gegenstand des politischen Prozesses und damit sehr konkret, zum Teil aber auch noch stark konkretisierungsbedürftig sind, weil sie bisher nur auf ersten rechtsvergleichenden oder rechtstheoretischen Überlegungen beruhen.

3.1. Aktuell: CBFT und Grenzraumcheck

Beginnen wir mit dem Konkreten: Auf europäischer Ebene hat die Kommission vor Kurzem einen erneuten Vorstoß zur Einführung eines sogenannten Cross-Border Facilitation Tool (CBFT, früher ECBM) unternommen (Europäische Kommission, 2023). Dieses besteht im Kern darin, dass sich ein Mitgliedstaat verpflichtet, auf dem eigenen Territorium für die Durchführung konkreter gemeinsamer Infrastruktur- oder Dienstleistungs-Projekte eine oder mehrere Rechtsvorschriften des benachbarten Mitgliedstaates anzuwenden. 2018 war ein entsprechender Verordnungsvorschlag noch abgelehnt worden, nun wurde er etwas modifiziert erneut vorgebracht. Der Vorschlag verdeutlicht, dass die Grenzräume auch auf der Unionsebene weiterhin auf der politischen Agenda stehen. Der deutsch-französische Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit hält den Vorschlag ebenfalls für zielführend und empfahl seine Verabschiedung (AGZ, 2023a).

In der Sache könnte das CBFT eine Lösung für das eben skizzierte Kernproblem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein, indem Projekte trotz ihrer räumlichen Grenzüberschreitung ausnahmsweise nur einer Rechtsordnung unterworfen werden. Zugleich handelt es sich beim CBFT jedoch um ein eher punktuelles Instrument mit sehr begrenztem Anwendungsbereich, das zudem voraussetzt, dass ein Mitgliedstaat zugunsten eines anderen Mitgliedstaates seine Souveränität zurücknimmt. Ob eine solche Souveränitätsrücknahme nach dem jeweiligen Verfassungsrecht (ohne Verfassungsänderung) möglich ist, dürfte vielmals, wenn auch denkbar, so doch heikel sein; für das deutsche Staatsrecht fehlt hierzu bislang eine umfassende Aufarbeitung. Ohnehin ist der normative Mehrwert des CBFT insofern begrenzt, als dass auch ohne ihn derartige gegenseitige Souveränitätsrücknahmen zwischen Nachbarstaaten bilateral völkerrechtlich möglich

wären. Im Gegenteil reduzieren die eher starren Schablonen des CBFT die denkbare Formenvielfalt solcher Instrumente künstlich.

Auf nationaler Ebene wird derzeit in Deutschland und Frankreich, gestützt auf Art. 14 des Aachener Vertrags, die Einführung eines Grenzraumchecks im Sinne einer Gesetzesfolgenabschätzung vorbereitet (AGZ, 2023b). Dieser soll durch den im Aachener Vertrag angelegten Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit konzipiert werden. So sinnvoll es sicher ist, bereits frühzeitig im Gesetzgebungsverfahren auf die besonderen Probleme der Grenzräume hinzuweisen, so muss sich in der praktischen Umsetzung noch erweisen, ob sich in diesem Bereich Gesetzesfolgenabschätzungen stärker gegenüber den politischen Rationalitäten zu behaupten vermögen, als dies in anderen Bereichen der Fall ist. Vor allem aber kann der Grenzraumcheck naturgemäß nur präventiv wirken; dort, wo sich bestehendes Recht als Hindernis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erweist, trägt der Grenzraumcheck nicht zur Lösung bei.

3.2. Rechtsvergleichend: Experimentierklauseln und Grenzräume als Reallabore

Vielversprechender scheinen uns Ansätze in Frankreich zu sein, die im – trotz aller Dezentralisierungszyklen fortbestehenden – Zentralstaat eine stärkere territoriale Ausdifferenzierung des Rechts ermöglichen sollen. So eröffnet Art. 72 Abs. 4 der französischen Verfassung seit einer Reform im Jahr 2003 dem Gesetz- und Verordnungsgeber die Möglichkeit, die Gebietskörperschaften zu ermächtigen, zu experimentellen Zwecken Abweichungen von nationalen Vorschriften zu beschließen (Gicquel & Gicquel, 2022, Rn. 128). Diese zunächst nur sehr selten in Anspruch genommene Norm wurde 2021 durch eine Liberalisierung der verfassungsausführenden loi organique noch einmal gestärkt. Auch die vielbeachtete loi 3DS aus dem Jahr 2022 trägt neben der Dezentralisierung und der Dekonzentration auch die Differenzierung immerhin im Titel und zielt zudem auf eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ab (Éveillard, 2022, 1397–1398). Eine detaillierte Betrachtung weckt jedoch Zweifel, ob diese juristischen Instrumente die angekündigte Schlagkraft tatsächlich entfalten können. Auch ist fraglich, ob die Betonung des Experimentiercharakters lokaler Sondernormen den Bedürfnissen dauerhafter grenzüberschreitender Zusammenarbeit gerecht wird. Eine sorgfältige rechtsvergleichende Aufarbeitung hierzu fehlt bislang. Jedenfalls wirkt Frankreich diesbezüglich

trotz zentralstaatlicher Tradition etwas offener, da die exekutivische Rechtssetzung auf der anderen Seite des Rheins verfassungsrechtlich nicht als Ausnahme konzipiert ist (Marsch, 2015, Rn. 16–21).

Mit Blick auf das deutsche Verfassungsrecht wäre daher zu überlegen, inwieweit sich die in Art. 24 Abs. 1a GG zum Ausdruck kommende Offenheit in Legitimationsmodelle übersetzen lässt, die speziell für grenzüberschreitende Einrichtungen Modifikationen der bisweilen etwas sehr exekutivkritischen Vorgaben der Wesentlichkeitslehre und der Interpretation des Art. 80 GG erlauben. Auch insoweit sehen wir Analogien zur europäischen Integration auf supranationaler Ebene. Was die binnendiföderale Dimension betrifft, müsste der Bund, soweit ihm die ausschließliche Gesetzgebungs-kompetenz zukommt oder er von einer konkurrenden Gesetzgebungs-kompetenz Gebrauch gemacht hat, die Länder in den einzelnen Fachgesetzen oder in einem allgemeinen Gesetz ermächtigen, Sonderregeln für die Tätigkeit grenzüberschreitender Einrichtungen vorzusehen oder diese zum Erlass eigener Regeln zu ermächtigen. Den Grenzräumen kann insoweit eine Funktion als Reallabore zukommen, in denen sich auch eine stärker europäisierte Verwaltungskultur entwickeln könnte.

3.3. Intradisziplinär: Öffentliches Kollisionsrecht und Regulatory Sandboxes

Weitere Denkansätze lassen sich aus rechtswissenschaftlichen Paralleldiskussionen gewinnen, deren potentieller Wert für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bislang nur in Ansätzen erkannt wurde. Zum einen wird schon seit längerem meist abstrakt die Schaffung eines öffentlichen Kollisionsrechts ins Spiel gebracht (Ohler, 2005). Ein solches nähme Anleihe am Internationalen Privatrecht, welches für das Zivilrecht in längst unstrittiger Weise fremdes Recht bei größerer Sachnähe vereinzelt auch in Deutschland zur Anwendung bringt. Ein Äquivalent für das öffentliche Recht fehlt, auch aus – nicht nur unseres Erachtens überwindbaren – verfassungsrechtlichen Bedenken (Kment, 2010, 214–241, m. w. N.). Im Grenzraum könnte dies der dogmatische Anknüpfungspunkt für die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des CBFT und verwandter Instrumente sein und eine partielle Lockerung der Abhängigkeit von mehreren Rechtsordnungen ermöglichen. Die bislang vagen Konturen der verfassungsrechtlichen Grenzen derartiger Kollisionsnormen wären hinsichtlich der Spezifika grenzüberschreitender Zusammenarbeit stärker herauszuarbeiten.

Daneben könnte sich der Blick ins öffentliche Wirtschaftsrecht rentieren. Hier richten sich zurzeit viele Hoffnungen auf die angloamerikanische Regulierungsform sog. Regulatory Sandboxes (Spindler & Büning, 2023, 799). Hintergrund ist die unter anderem im Energie- und Bankaufsichtsrecht besonders hohe Normdichte. Diese unterwirft disruptive Geschäftsmodelle traditionellen und damit fehlgehenden Regulierungstaktiken und bremst so unternehmerische und Regulierungsinnovation aus (Krönke, 2021, 435–436). Ähnlich wie bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hemmt die fehlende Anpassungsfähigkeit der Rechtsordnung. Regulatory Sandboxes sollen eine partielle Agilität ermöglichen, indem sie experimentell neue Regulierungsansätze bei zugleich befristetem Dispens von herkömmlichem Aufsichtsrecht entwickeln. Auch wenn die Interessenslage mit derjenigen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit alles andere als deckungsgleich ist, dürfte sich die Identifizierung und Teilübertragung juristischer Parallelen lohnen.

3.4. Rechtstheoretisch: Friktionen in der auf Widerspruchsfreiheit angelegten Rechtsordnung

Schließlich werfen die rechtlichen Schwierigkeiten, die eine Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit seit langem bremsen, eine Reihe allgemeiner rechtstheoretischer Fragen auf, die sich am Beispiel der grenznachbarschaftlichen Einrichtungen untersuchen lassen und die im Folgenden kurz angerissen werden sollen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist dabei zum einen, dass eine bewährte Lösungsstrategie in der Praxis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darin besteht, Umgehungen zu entwickeln oder sogar Normverstöße stillschweigend zu tolerieren. Diese vielfach brauchbare Illegalität bleibt dabei zwangsläufig latent, da die Rechtsordnung grundsätzlich auf Widerspruchsfreiheit angelegt ist.

Gerade dieses Postulat der Widerspruchsfreiheit gerät aber in manchen Rechtsgebieten immer stärker unter Druck, die wie beispielsweise das Datenrecht einer immer dichteren Regulierung durch unterschiedliche, nicht aufeinander abgestimmte Rechtsakte unterworfen werden; die bisweilen sehr punktuellen und daher nur schwer zu verarbeitenden Interventionen des EuGH tragen hierzu ihren Teil bei. Friktionen können im modernen Recht daher zunehmend – so wäre die These – nicht mehr nur als Pathologien begriffen, sondern müssen stärker als notwendige Übergangsphänomene konzeptualisiert werden.

Ohne hier zu sehr in das Fahrwasser des Rechtspluralismus geraten zu wollen, stellt sich die Frage, ob nicht die Übertragung von Hoheitsrechten auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen ein Anwendungsbeispiel dafür bilden könnte, dass Friktionen weniger als Problem und stärker als Aufgabe für Rechtsanwendung und Rechtswissenschaft begriffen werden sollten. Wenn beispielsweise Heiko Sauer – in der Sache sicherlich richtig – darauf hinweist, dass eine grenznachbarschaftliche Einrichtung, die nicht auf einem völkerrechtlichen Vertrag beruht, nie vollständig gegenüber den nationalen Rechtsordnungen „immunisiert werden“ kann (Sauer, 2019, Rn. 237), würden wir dies weniger als Problembeschreibung und stärker als Herausforderung verstehen wollen. Dahinter steht auch die Frage, ob grenzüberschreitende Einrichtungen zwingend supranational konstruiert sein müssen oder ob sie nicht auch zwischen-national konzipiert sein können. Die Möglichkeit solcher partieller Öffnungen gegenüber den Rechtsordnungen der beteiligten Staaten wirft eine Reihe neuartiger Fragen auf, die von der juristischen Grenzraumforschung zu antizipieren und behandeln wären.

4. Fazit: Politisches Momentum und konstruktive Rechtswissenschaft

Das Fazit lautet daher: Angesichts der politischen und verfassungsrechtlichen Bekenntnisse zu einer Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit muss sich die Verfassungsrechtswissenschaft stärker konstruktiv an der Diskussion beteiligen und – im Sinne des Programms der „Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft“ – eine Aufgabenerweiterung „von einer anwendungsbezogenen Interpretationswissenschaft hin zu einer rechtsetzungsorientierten Handlungs- und Entscheidungswissenschaft“ (Voßkuhle, 2022, Rn. 15) vollziehen. Sicherlich gelten auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Integrationsgrenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Entscheidend ist dabei, ob es sich tatsächlich um notwendige und in der Sache zu rechtfertigende Integrationsgrenzen handelt, denn sonst wird bzw. bleibt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein Kollateralschaden der über die Jahrzehnte verfeinerten Rechtsordnung. Offene Staatlichkeit und demokratische Rechtsstaatlichkeit sollten sich auch in puncto grenzüberschreitender Zusammenarbeit vereinbaren lassen.

Bibliografie

- Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit [AGZ] (2023, 23. Oktober) [2023a]. Stellungnahme zur Entschließung des Europäischen Parlaments zur Wiederaufnahme der Diskussionen zu einem grenzüberschreitenden europäischen Mechanismus. <https://agz-cct.diplo.de/blob/2628222/752f39a4958702e209802d3f067ad923/23-10-23-beschluss-ecbm-2-0-data.pdf> [23.07.2024].
- Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit [AGZ] (2023, 23. Oktober) [2023b]. Entschließung zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Ausschusses für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (AGZ) zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Gesetzesfolgenabschätzung in Umsetzung von Art. 14 des Vertrags von Aachen. <https://agz-cct.diplo.de/blob/2628214/d0237fbebb6a5cd59216a93ebf0165e8/23-10-23-beschluss-grenzraumcheck-data.pdf> [23.07.2024].
- Ausschuss der Regionen (2024, 19. März). Liste der Europäischen Verbünde für territoriale Zusammenarbeit. https://cor.europa.eu/en/our-work/Documents/Official_List_of_the_EGTCs.pdf [23.07.2024].
- Beck, J. (2015). Cross-Border Cooperation and the European Administrative Space Prospects from the Principle of Mutual Recognition. *International Public Administration Review*, 13, 9–36.
- Bräutigam, F. (2009). *Der „grenzüberschreitende örtliche Zweckverband“ nach dem Karlsruher Übereinkommen. Eine rechtsvergleichende Untersuchung*. Nomos.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017): Erfahrungen aus Europäischen Verbünden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). *MORO Praxis Heft 7*.
- Classen, C. D. (2024). Artikel 24 Grundgesetz. In P. Huber & A. Voßkuhle (Hg.), *Grundgesetz Kommentar. Band 2* (S. 501–554). Beck.
- Europäische Kommission (2023, 12. Dezember): *Amended Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on a Mechanism to Resolve Legal and Administrative Obstacles in a Cross-border Context*. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CONCIL:ST_16805_2023_INIT [25.09.2024].
- Éveillard, G. (2022). Le volet simplification de la loi 3DS. *Actualité juridique du droit administratif (AJDA)*, 24, 1389–1400.
- Evrard, E. (2021). Reading EUropean Borderlands under the Perspective of Legal Geography and Spatial Justice. *European Planning Studies*, 30(5), 843–859.
- Gicquel, J., & Gicquel, J.-É. (2022). *Droit constitutionnel et institutions politiques*. LGDJ, Lextenso.
- Goldmann, M. (2022). § 6 Internationales Verwaltungsrecht. In A. Voßkuhle, M. Eifert & C. Möllers (Hg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I* (S. 325–398). Beck.
- Guckelberger, A., & Dilek, E. (2016). Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Grenzregion. Ist das Recht schon so weit? *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)*, 1–12.
- Kment, M. (2010). *Grenzüberschreitendes Verwaltungshandeln. Transnationale Elemente deutschen Verwaltungsrechts*. Mohr Siebeck.

- Kotzur, M. (2004). *Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Der Beitrag von Art. 24 Abs. 1 a GG zu einer Lehre vom kooperativen Verfassungs- und Verwaltungsstaat*. Duncker & Humblot.
- Krönke, C. (2021). Sandkastenspiele – „Regulatory Sandboxes“ aus der Perspektive des Allgemeinen Verwaltungsrechts. *Juristenzzeitung (JZ)*, 76(9), 434–443.
- Marsch, N. (2015). § 5 Rechtssetzung. In N. Marsch, Y. Vilain, & M. Wendel (Hg.), *Französisches und Deutsches Verfassungsrecht. Ein Rechtsvergleich* (S. 215–273). Springer.
- Möllers, C., Voßkuhle, A., & Walter, C. (Hg.). (2007). *Internationales Verwaltungsrecht*. Mohr Siebeck.
- Ohler, C. (2005). *Die Kollisionsordnung des Allgemeinen Verwaltungsrechts. Strukturen des deutschen Internationalen Verwaltungsrechts*. Mohr Siebeck.
- Pechstein, M., & Deja, M. (2011). Was ist und wie funktioniert ein EVTZ? *Europarecht (EuR)*, 46(3), 357–384.
- Polzin, M. (2023). *Supranationale und grenzüberschreitende Verwaltung – neue Formen der Ausübung von Hoheitsgewalt*, Leitsätze des Vortrags auf der Staatsrechtslehrertagung 2023. <https://www.vdstrl.de/letzte-tagung-1/> [23.07.2024].
- Rennert, K. (1995). Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit. Fragen zum neuen Art. 24 Abs. 1a GG. In R. Grawert, B. Schlink, R. Wahl, & J. Wieland (Hg.), *Offene Staatlichkeit. Festschrift für Ernst-Wolfgang Böckenförde zum 65. Geburtstag* (S. 199–218). Duncker & Humblot.
- Sauer, H. (2019). Artikel 24 Grundgesetz. In W. Kahl, C. Waldhoff, & C. Walter (Hg.), *Bonner Kommentar zum Grundgesetz*. C.F. Müller.
- Spindler, G., & Büning, F. (2023). Einsatz von Reallaboren (Regulatory Sandboxes) – insbesondere im Recht der Künstlichen Intelligenz und der Finanzmärkte. *Juristenzzeitung (JZ)*, 78(18), 799–808.
- Voßkuhle, A. (2022). § 1 Neue Verwaltungsrechtswissenschaft. In A. Voßkuhle, M. Eifert, & C. Möllers (Hg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts. Band I* (S. 3–70). Beck.

Political parties' policy preferences on environmental issues in German border regions

Daniela Braun, Giuseppe Carteny, Alex Hartland, Djamila Jabra & Rosa M. Navarrete

Abstract

Cross-border cooperation is an increasingly important issue in the EU, but little is known about its influence on domestic politics in EU member states. Previous studies suggest that border regions can influence political attitudes and party positions, but systematic analysis of these variations is lacking. We use Local Manifestos Project texts to measure the environmental policy positions of political parties by location in Germany. By comparing the distance from the border of each locally-based party with the position expressed in their manifesto, we could identify any systematic variation in position relative to border proximity. We found minimal variation within parties regarding salience and position on environmental issues, suggesting that local branches of major parties tend to adopt similar strategies, possibly not adjusting the content of their electoral proposals to meet the specific demands of their constituents.

1. Introduction: Do border regions matter for European politics?

The European Union (EU) is the world's best-known example of regional integration. Nevertheless, there are increasing calls for more national sovereignty. The majority of British voters in favour of Brexit is the most obvious and radical manifestation of this desire 'to take back control' to date. However, there are also examples of similar sentiments in other countries and regions. Prominent cases include France's *Rassemblement National* (formerly Front National), Sweden's *Sverigedemokraterna*, Hungary's *Fidesz*, Italy's *Fratelli d'Italia* and *Lega* as well as Germany's *Alternative für Deutschland* (AfD). Unsurprisingly, political scientists have not only extensively studied the causes (e.g., Basile & Mazzoleni, 2020; Braun et al., 2019, 2020; Braun & Reinl, 2023; Conti et al., 2018; Heinisch et al.,

2020; König & Wenzelburger, 2022; Vasilopoulou, 2018) but also some of the consequences (e.g., Bergmann et al., 2021; Börzel et al., 2023; Börzel & Hartlapp, 2022; Ripoll Servent, 2022; Ripoll Servent & Panning, 2019; Wunsch & Bélanger, 2023) of Eurosceptic movements, nationalist tendencies and current disintegration phenomena.

To date, these analyses have focused on either country-specific (comparative) case studies or EU-wide, cross-national studies. The regions below the nation-state level have rarely been considered explicitly (some of the exceptions are for instance: Katsanidou & Mayne, 2024; Mayne & Katsanidou, 2022; Nicoli & Reinal, 2020). However, the available empirical evidence shows that the regions in Europe play an essential role as local representatives of interests in the course of the integration of European societies and cultures, and in the success or failure of the political project of European integration (Schakel, 2020). One reason for this can be found in the economic differences existing across the regions of Europe (Katsanidou & Mayne, 2024). Such regional inequalities have more recently been studied under the common framework of so called 'left-behind places' in Europe and from the perspective of a new geography of Euroscepticism (Dijkstra et al., 2020; Katsanidou & Mayne, 2024; Rodríguez-Pose, 2018; Schraff & Pontusson, 2024; Vasilopoulou & Talving, 2024). The general argument behind these studies is that European regions with particular characteristics (e.g., poorer vs. richer regions) of different nation states have more similarities than the regions within one and the same nation state. However, inner-European border regions do not play any significant role here. This is surprising, as such inner-European border regions may also share more characteristics with neighbouring regions of a different nation state than a faraway region within the same nation state. The two neighbouring regions Saarland (in Germany) and Lorraine (in France) might for example share more similarities than Saarland with Berlin or Lorraine with Paris.

Therefore, the main argument of our chapter is that border regions matter and should be investigated in appropriate detail. This is what scholars from border studies have pointed out for decades for a number of reasons. The main argument that inner-European border regions should be studied appropriately is that around 150 million Europeans, i.e., a third of the EU population, live in border regions within Europe. The EU itself also points out that inner-European border regions must be seen as living labs of European integration (European Commission, 2021). The European idea and

the functioning of the EU are experienced on a daily basis and sometimes put to the test in these European regions (Bürkner, 2020; Decoville, 2019; Durand et al., 2020; Favell et al., 2012; Hippe et al., 2022; Kuhn, 2011; Reitel et al., 2022; Wassenberg & Reitel, 2020). These experiences came to the fore during the coronavirus pandemic, for instance (Bläuberger et al., 2023; Brodowski et al., 2023; Gerst et al., 2021; Weber, 2022). Most recently, the fact that border regions might matter has also been noticed (again)¹ by scholars of European politics, although the empirical evidence is far from being conclusive here. Bauhr and Charron (2023) show empirically that European citizens that live close to an inner-European border have a stronger European identity, whereas two other studies provide empirical evidence for the exact contrary: Nasr and Rieger (2024) show that border region residents all over Europe are more Eurosceptic in terms of both actual voting behaviour and political attitudes. Rehm et al. (2024) illustrate for the case of Germany that living in a border region is unrelated to increased attachment to Europe.

Theoretically, however, citizens' preferences are not the only relevant factor for a political system, but also how political actors deal with particular challenges and issues – this is true for all political systems as well as for the European democracies and democracy in border regions. From the perspective of systems theory (Easton, 1975), political parties enter input into the political system in the shape of demands and thus stimulate political competition over the major issues at stake. Accordingly, one of the key actors in our representative democracies in Europe are political parties (Green-Pedersen, 2019; Grossman & Guinaudeau, 2021): They translate mass preferences into public policy (Key, 1961) and link citizens with political decision-makers assuming representative, expressive and communicative functions (Sartori, 1976). Political parties thus ideally represent the interests of their voters and are supposed to do the same for their voters in border regions. Against this backdrop, the main idea of this chapter is to investigate how political parties deal with political preferences which are of particular interest in border regions. The subsequent section describes the theoretical argument in more detail before we proceed with the empirical analyses and present the findings.

¹ So far, Kuhn (2012) was among the rare scholars studying the question how residence in border regions impacts European attitudes from an explicit political science perspective.

2. Theoretical argument: Border region's interests and their representation through political parties

Do residents in border regions have special interests which would require particular interest representation compared to non-border regions? There is vibrant interdisciplinary scholarly research on border regions – scholars mainly argue that residents of border regions share particular preferences compared to residents from non-border regions (Favell et al., 2012; Gerst et al., 2021; Lechevalier & Wielgohs, 2013; Wassenberg & Reitel, 2020; Weber, 2022). The bottom line is that 'border regions serve as culturally and politically seismographic zones' (Bürkner, 2020, 545) and thus share particular interests, preferences and challenges. Traditional examples for such interests in border regions are cross-border mobility, cross-border health care, cross-border economic and political cooperation as well as cross-border cultural exchange such as shared languages, cultural events and also tourism. In addition to these usual suspects of cross-border issue areas, environmental political issues represent an interesting case. Environmental challenges such as floods or droughts do not stop at national borders and often demand cooperation between neighbouring countries. Climate change and all related problems are certainly the most obvious examples of the fact that environmental challenges are borderless. It is a global issue that affects peace and security worldwide, and strategies to respond and adapt to it are likely to extend beyond geopolitical boundaries as well. The same is of course true for inner-European borders.

This recognition is not new; over the past three decades, reports from the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) have consistently underlined the consensus among scientists regarding the transnational impacts of natural disasters, droughts, storms, and climate-induced migration (e.g., IPCC, 2014). These challenges manifest themselves as concerns that transcend the boundaries of different nations and therefore require collaborative efforts at the international level (European Commission, 2021). Despite a common understanding of the need for transnational cooperation in tackling climate change, border regions are currently lacking detailed EU policy initiatives. While the scientific and political communities agree on the urgency of the issue, with a prevailing consensus in favour of cross-border climate action and institutional cooperation, the policy discourse at the EU level does not seem to fully embrace this imperative. Although numerous projects and frameworks are presented within the EU context, laying the groundwork for prospective model initiatives, the available literature on

this subject matter is notably sparse within the past two or three decades, beside publications highlighting exemplary projects (INTERREG, 2024). Moreover, this discourse is permeated by a discernible emphasis on models from the United States and less so from European countries.

Europe's rich tapestry of cultures, historical legacies and, in particular, intricate networks of border regions, play a central role in the landscape of European integration (European Commission, 2022). It therefore faces the challenges of promoting institutional cross-border cooperation, a dynamic that the European Commission addresses by dividing it into four clusters (European Commission, 2021):

1. Resilience through deeper institutional cooperation
2. More and better cross-border public services
3. Vibrant cross-border labour markets
4. Border regions for the European Green Deal.

These strategic clusters serve as avenues through which border regions worldwide, with a particular emphasis on Europe, can navigate the complexities of cross-border collaboration. Notably, these approaches are designed to empower border regions to experiment with innovative solutions and cultivate a cross-border exchange (European Commission, 2021). As already articulated by Blatter (2000), cross-border regions can serve as ideal platforms for harmonising the potency and dynamism inherent in diverse systems with those capable of seeking compromises and fostering integration (Blatter 2000). In his opinion, however, border regions need tailor-made solutions and policies in order to function, generate the maximum benefit, and counteract existing obstacles (Blatter, 2000). A paradigm shift in this context is epitomised by the European Green Deal, which assumes a distinctive role as an overarching strategy and the EU's response to the challenges posed by climate change and environmental issues (European Commission, 2021). These challenges include the increasingly blurred borders between different EU member states, which makes it more difficult to protect and manage their territories. As a result, the need for cross-border cooperation has become more pressing than ever.

Illustrating the practical implementation of these ideals, the German Federal Institute for Research on Building, Urban Affairs, and Spatial Development (BBSR), in its documentation on funding opportunities for transnational cooperation, underscores the significance of providing citizens with a centralised reference document that amalgamates strategies and impulses towards a sustainable Europe. This document comprehensively

outlines the interdisciplinary steps required for progress (BBSR, 2022, 11). Moreover, it emphasises the imperative of cross-sectoral collaboration. The BBSR project itself serves as a testament to these principles, engaging with numerous German communities and regions in cross-border initiatives. Furthermore, it has expanded its collaboration to include European partners in the realms of science, business, and politics. This collaborative effort aims to identify and implement solutions through cooperative endeavours. Focused on six transnational cooperation projects from 2021 to 2027 in regions such as the Danube region, Central Europe, the North Sea, North-western Europe, and the Baltic Sea, the project aligns with the overarching goal of fostering a green and climate-neutral Europe (BBSR, 2022, 7).

The borderless nature of the challenges posed by climate change calls for a collective, international response that transcends geopolitical boundaries. However, the integration of border regions into EU climate policy initiatives remains a notable gap, despite this common understanding. The urgency of cross-border climate action is recognised, but the current discourse at the EU level falls short of fully embracing this imperative. There is a lack of comprehensive coverage of the issue in the available literature, with a predominant focus on models from the United States. However, a holistic approach involving scientific, political and community efforts is required to achieve effective cross-border cooperation in the face of climate change. Political parties as one of the key actors in representative democracies in Europe are of utmost interest in this undertaking (Carter et al., 2018; Little, 2023; Lundquist, 2022). This is not only the case because political parties are part of all relevant institutions in the political decision-making procedures of representative European democracies, but also because they operate at different political levels – the subnational, national, and supranational levels of polity.

How are political parties in border regions expected to represent environmental issues in European border regions? One of the key functions of political parties is to represent the interests of their voters in general terms; and they are supposed to do this for their voters at all levels of polity. For the European multi-level system of governance, this means from the local to the EU level of polity – moreover, it includes interest representation in particular geographical areas such as inner-European border regions. Climate change and environmental challenges are borderless and often demand cooperation between neighbouring countries. Actions to effectively mitigate climate change (for instance the comprehensive installation of solar power systems, wind energy systems, etc.) and measures to prevent floods

or droughts require transnational, cross-border cooperation. Accordingly, local and regional parties in inner-European border regions in particular are expected to prioritise environmental protection more than parties in non-border regions, because they depend to a larger degree on cross-border cooperation.

Moreover, the idea that local and/or regional parties might have particular policy preferences in some regions is strengthened by the scholarly literature on party competition in different electoral contexts (Braun & Schmitt, 2020; Golder et al., 2017; Gross et al., 2024). We know that subnational party branches face incentives to tailor their programmatic positions to the specific preferences of their constituents (Müller, 2013; Navarrete, 2020). In border regions, where unique political, economic, and cultural dynamics come into play, local parties may need to deviate more from the national party line to better represent their constituents' preferences on issues such as immigration, cross-border trade, environmental challenges, and infrastructure. Moreover, the economic and cultural ties to neighbouring countries may shape local parties' stances and contribute to the construction of regional identities, although recent research shows that border societies are not necessarily overdetermined by their geography (Nasr & Rieger, 2024; Rehm et al., 2024).

To sum up, in view of the empirical fact that regional parties are more ideologically flexible, but also have an incentive to emphasise cross-border issues, we investigate whether party branches in border regions are different compared to party branches in non-border regions. We thus analyse the extent to which local party branches in border regions are different to party branches in non-border regions. More specifically, we investigate these questions with a particular eye to environmental policy preferences as a highly relevant example of a cross-border challenge.

3. Research design

The aim of this research is to analyse the extent to which parties in German border regions adapt their offer to the demands of their constituents. We already mentioned the peculiarities of these territories in which important political issues can also have a transnational nature such as environmental issues. Therefore, in order to address this study, we have to overcome some challenges that are linked to our research design. First, we have to determine the scope of our research. Germany shares borders with nine

other countries. No other country in Europe has as many neighbours. This implies that 10 out of the 16 Länder share a border with another country and the analysis of party positions on the environment must extend down to the local level, as studying it at the regional level would result in border demands being overshadowed by other proposals, especially in the case of larger states such as Bavaria, where the border experience is not uniform across all cities. Therefore, we focus on the local level, and we expect that local branches of political parties would provide more prominence to the environment the closer they are to a foreign border. We are however aware that the local level presents some difficulties, as there will be parties less willing to address environmental issues at this level of governance because the policy competences are more limited.

The second challenge relates to how to measure parties' positions on and the salience they give to the environment. For that we rely on parties' local manifestos. These electoral documents elaborated by the parties represent a reliable source to infer parties' priorities and positions (Braun, 2023). In this respect, one of the problems of using party manifestos is that some issues might not be mentioned in these electoral texts while still being relevant for voters and even for parties. In party manifestos we have information about which policies parties would like to implement if they are elected, but many times it is a statement of what issues parties want to campaign on. Thus, it could happen that parties sometimes ignore some topics in which they have a position that can be seen as electorally disadvantageous or avoid topics that could result in controversy. Therefore, while party manifestos are a reliable source of what issues and topics are relevant for parties and what their positions are, we must also take into account that they do not offer information about all policy dimensions.

In sum, our research strategy is based on analysing parties' positions on the environment, the salience they provide to this topic in their local manifestos, and whether they differ depending on the distance of their district to a foreign border.

4. Data and methods: Quantitative text analysis

To calculate parties' positions and salience of environmental issues in their local manifestos we use the texts collected by the Local Manifestos Project (Gross and Jankowski 2020). In total there are more than 900 local manifestos covering almost all NUTS 2 regions in Germany (with the

exception of the district of Gießen and Berlin). However, when considering the geographical distribution of manifestos at a lower level of aggregation, the picture is more scattered. Of 401 NUTS 3 regions in Germany, only 79 (19.7 %) are covered by at least one manifesto, and they mostly consist of regions located in the Central-Western part of the country (e.g., North Rhine-Westphalia). Nonetheless, some important clusters do also appear in other parts of the country (e.g., Lower Saxony, see Appendix 1).

The major parties each provide 120 or more manifestos to the corpus, with the exception of *Die Linke* and AfD. Over 200 manifestos are from small and local parties, which contribute one or two manifestos each. Over 60 % of the manifestos come from the 2010s, with relatively few contributions (35) from the 1990s (see Appendix 2).

From all these local manifestos we use text-as-data techniques to identify the sentences referring to environmental issues. We then code them following different procedures of quantitative text analysis in order to obtain measures of the salience of the topic and the position of the party. This analysis is based on word frequencies and modelled according to three distinct methods that vary on the level of supervision from the researcher.

4.1. Dictionary approach

The dictionary approach is often used to automatically code a large corpus of texts (Neuendorf, 2017). A dictionary is a set of words or expressions that measure a concept or domain. In doing so, each word has a score assigned. Thus, we can use a dictionary to identify the number of words associated with a specific domain in text corpora or the percentage of sentences in a document that include at least one of the terms of interest. Therefore, with this technique we can annotate, classify and filter large sets of texts, although with the limitation that a dictionary is often manually compiled and words could be used in different contexts (see Grimmer & Stewart, 2013).

As our aim here is to focus on the environment, we use a domain-specific dictionary of environmental policy in German created by Daniela Braun and Martin Gross (unpublished paper). This dictionary contains 877 tokens, some of them compounded into bigrams (such as '1,5 Grad') and allowing for prefixes, suffixes and declinations. By applying this dictionary, we can identify the share of words that refer to the environment in a document as well as the sentences that contain these words. In sum, we use

this dictionary approach to calculate the salience or prominence given to the environment in German local manifestos as we assume that those texts with a higher percentage of terms associated with the environment are also those devoting more relevance or focusing more on this topic.

To calculate parties' positions on environmental issues based on their local manifestos using a dictionary, we face the challenge that positions result from a combination of terms and, therefore, it is difficult to analyse positions through this method. In order to estimate parties' stances, we have used the above-mentioned dictionary to filter all the sentences containing words associated with the environment. After obtaining a corpus consisting only of sentences that refer to the topic of interest, we run a sentiment analysis on it using another Christian Rauh's sentiment dictionary for political language (Rauh, 2018) that allows us to scale the tone used in those sentences referring to the environment. We assume that a more positive (negative) tone is associated with a more (less) favourable position. Therefore, once we obtain the sentiment scores for each of the sentences containing environmental terms, we subtract the percentage of sentences with a negative tone to the percentage of positive sentences. This way, we have a measure that takes positive values when the number of sentences with a positive tone towards the environment is higher than the number of sentences with a negative tone. We believe that this strategy combining salience and position based on sentiment/tone could offer a broad perspective on how local parties in Germany talk about the environment.

4.2. LSS – Semi-supervised

Our second approach consists of latent semantic scaling (LSS), a semi-supervised scaling technique, available in the R package 'LSX' (Watanabe, 2024), mixing dictionary, supervised and unsupervised machine learning methods (Watanabe, 2021). The key ingredient of this method consists of predefined seed words which identify the concepts to be captured. In this regard, LSS resembles dictionary approaches, but it requires a fraction of the words usually employed by the latter. Seed words allow the algorithm to detect synonyms, and scale documents in a supervised fashion, without the need for time- and resource-consuming efforts in data annotation as for standard supervised machine learning techniques. The synonyms detection, then, is based on the use of a word-embeddings model (i.e., Latent Semantic Analysis) which allows the algorithm to produce low-dimensional

representations of words' semantics and estimate their (synonymic) proximity to the seed words. The proximity between document words and seed words allows the algorithm to scale words first, and then each document. The result at the end of this process is that documents are scaled with polarity scores distributed around a global mean equal to 0.

The nature of the documents to be analysed, as well as other needs, clearly affect how the method is applied, and in our study, we indeed make specific choices which are worth discussing. First, given the rather noisy semantic nature of manifestos deriving from the highly variable (and potentially high) number of topics mentioned in such documents, we employ the feature of the LSS model allowing us to select model terms (i.e., terms related to the topic under investigation). This produces estimations insensitive to topic differences between manifestos not related to the environment issue. Moreover, we select our seed words by relying on the earlier-mentioned environmental dictionary developed by Braun and Gross. This clearly departs from the usually limited number of seed words required by the approach, but robustness checks based on smaller subsets of the dictionary show that our choice is equivalent, if not more reliable and valid, to using smaller sets of seed words. This choice, moreover, allows us to use LSS for estimating salience rather than positions. The dictionary employed as seed words does not provide scores for the terms contained in it. As a consequence, these can solely be used to compute the distance between our seed words and model terms in one direction, which in short represents whether or not local manifestos address environment-related topics.

4.3. Wordfish

For our third method, we use the Wordfish scaling algorithm (Slapin & Proksch, 2008) from R's 'quanteda' package, an unsupervised document scaling method which estimates the position of each manifesto based on the same subset of all sentences related to the environment. Each manifesto subset is split into individual words, with endings such as '-en' and '-s' and common stop words such as 'der' and 'ein' removed. The package creates a document frequency matrix, where each row corresponds to a document subset, each column to a word or word stem, and each cell contains a number showing the frequency with which a word is used in each subset. The Wordfish algorithm is applied to each row of the matrix to calculate

the likely environmental position of each manifesto relative to each other. The calculations are based on the word frequencies, controlling for the total number of words in the document and the use of words commonly used in other documents. The method assumes that two manifestos which use similar words at similar frequencies are likely to express similar positions, particularly if these words are more often distinct from the words used in other manifestos in the corpus. Unlike the dictionary method, the positive or negative sentiment of the resulting scores is not clearly defined, but documents with similar scores can be thought of as having similar positions on the environment.

5. Results

5.1. Salience and position

Based on our threefold strategy, which utilises different methodologies to assess the salience of the environment and parties' positions on this topic using local manifestos as a data source, our analysis reveals compelling insights. Our study is restricted to the six major parties in Germany. As shown in figure 1, both the dictionary and LSS methods return similar patterns regarding the salience that parties attribute to the environment in their manifestos. Delving deeper into the details, we observe that *Die Grünen* (The Greens) emerge as the party that allocates greater prominence to environmental issues, while all the remaining ones tend to oscillate around similar median values. However, a few differences appear when considering other parties. For instance, when considering the median of the scores distribution of the AfD as estimated by LSS, this party appears as the one dedicating more salience to the topic after *Die Grünen*. However, in the dictionary approach, it appears as the party attributing less relevance to environmental matters. Despite these differences, and not surprisingly, both methods agree in attributing to the AfD the highest variance in the salience of the environment in their local manifestos, which might be attributed to local branches having more flexibility in allocating space to environmental issues or may simply be a statistical artefact resulting from a lower number of manifestos for this party. In all the remaining cases, differences between parties and methods are almost imperceptible.

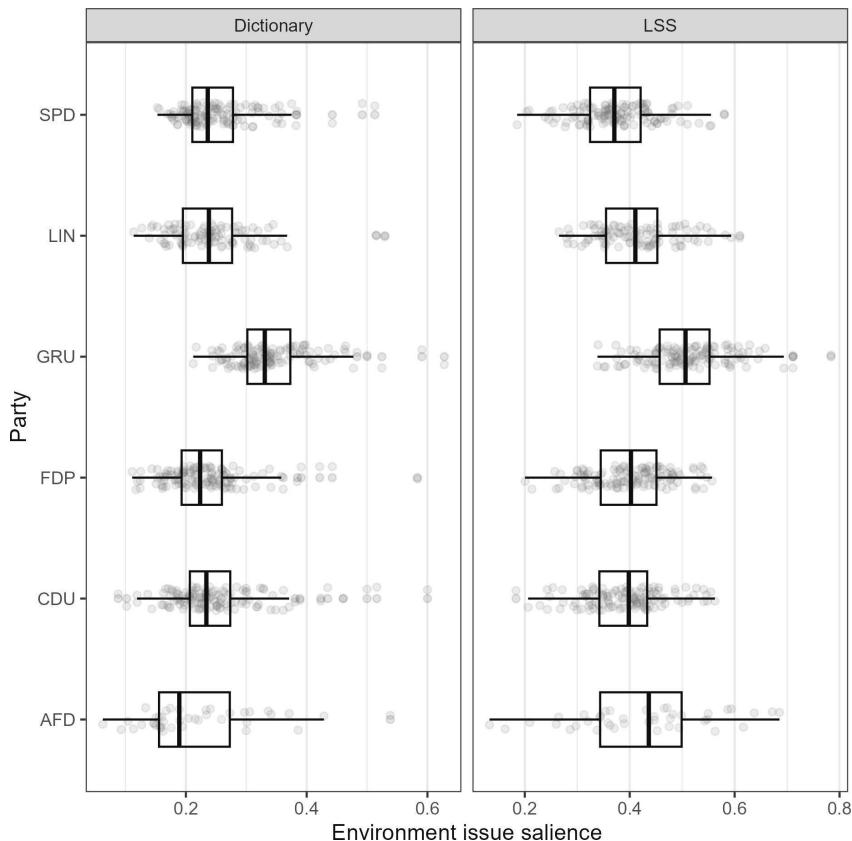


Figure 1. Environment issue salience by party

Note: Salience scores calculated using the dictionary (left) and LLS (right) methods.

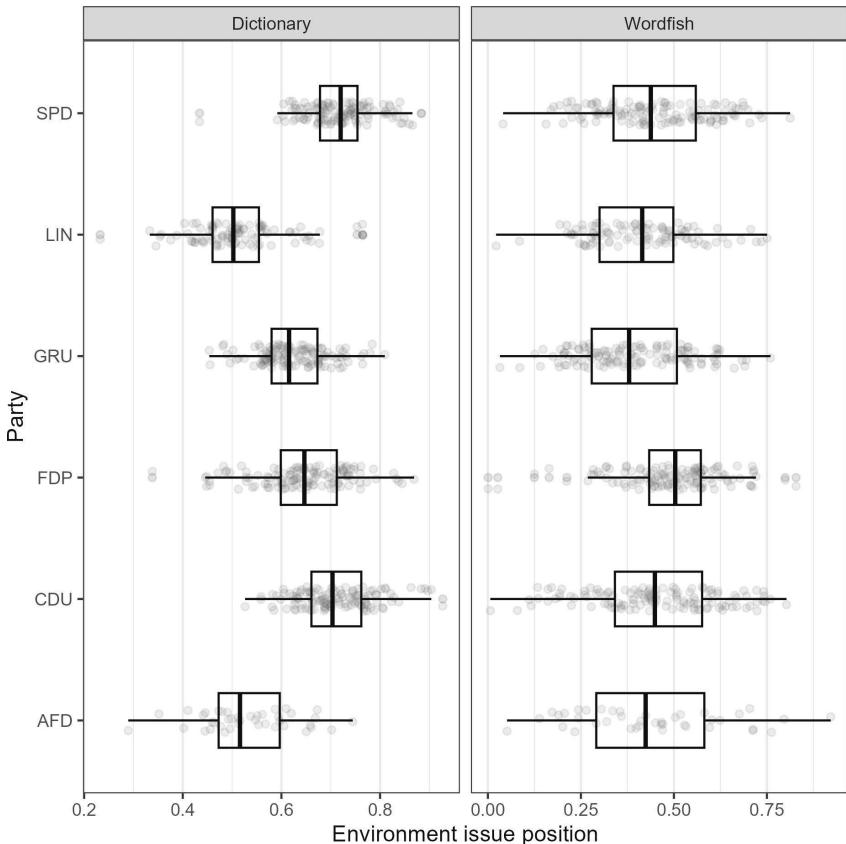


Figure 2. Environment issue position by party

Note: Position scores calculated using the dictionary (left) and Wordfish (right) methods.

Regarding parties' positions, we observe more variability than is observed with salience (see figure 2). As measured with the dictionary, we find that the parties that use a more positive tone when talking about the environment in their manifestos are the SPD and the CDU, while *Die Linke* and the AfD are the parties that use more negative language in their statements about the environment. As measured by the Wordfish algorithm, the manifesto environment positions show relatively high variability within parties and relatively low variability between parties. By this measure, the language used in *Die Grünen* manifestos is on average most different to that of the FDP

manifestos and more similar to that of *Die Linke* and, perhaps surprisingly, the AfD, CDU and SPD positions are slightly closer to the middle of the scale on average. However, all parties include a similar number of high and low scores, indicating somewhat varied framing and positioning on the issue from some manifestos regardless of party identity. Meanwhile, the majority of scores are clustered around the centre of the scale, indicating little variation between party positions overall. Though the Wordfish algorithm is intended to enable scaling from left to right or pro to anti on a given issue, the similar patterns between parties demonstrated in figure 2 mean that more precise interpretations of the Wordfish scores are not possible.

These distinct results between methods, specifically the high variability within parties, could serve as evidence of the difficulties of measuring parties' positions on the environment. First, the environment is a topic in politics that could be considered a valence issue, given that parties do not tend to present clear opposition to environmental protection. Therefore, differences in parties' positions are often based on nuances about the way in which they prioritise environmental protection over other issues or policy domains such as economic growth. Second, the methodology used here presents some limitations that were already highlighted. More precisely, in the case of the use of dictionaries and sentiment analysis, parties' positions are scaled based on the tone they used when talking about the topic in their manifesto, which does not necessarily imply a lesser commitment to environmental protection. On the contrary, sentences demanding more intervention on the environment but using a critical tone would be classified as negative. Thus, it is difficult to disentangle whether we observe differences in actual positions or whether these are just distinct ways of framing the topic.

5.2. Variations by location

How do the party manifesto scores vary by distance from the border? We theorised that parties will provide distinct prominence and have different positions on environmental issues depending on their distance to a border. More precisely, in those territories closer to a foreign country, parties are expected to devote more space in their manifestos to the environment, given that this is a transnational issue with an impact on the lives of citizens in border regions. In figure 3, we observe that within-party differences in the salience of environmental issues are mostly not associated with proximity to a border. In the case of the dictionary approach, being close

to a foreign country has either no effect or just a very negligible effect on the salience that local parties give to the environment. Specifically, only in the case of *Die Linke* do we observe that the closer to the border, the more space is devoted to the environment in the manifesto. Conversely, the opposite trend is found for the CDU, but again, the effect is very small. Local branches of these six German parties barely differ in how salient they make the environment in their electoral texts, and there seems to be no border effect on it.

The analyses based on LSS estimates mostly confirm the patterns of association seen when using measures of salience computed using dictionary methods. In one case, *Die Grünen*, the sign of the relationship between border distance and LSS-based salience differs from the relationship between border distance and dictionary-based salience. However, in both cases, if we consider the error of the estimates, the correlation between border distance and salience is negligible or substantially non-existent. In another case, the AfD, we find a strong correlation. Indeed, the LSS estimates suggest that the lower the distance of the local branch from the border, the lower the salience attached to environmental issues. While the correlation magnitude is noteworthy, caution is warranted due to the relatively limited number of observations for the AfD, and potential bias introduced by outliers in the distribution of their positions based on distance from the border. With this caveat in mind, the analyses overall suggest a fundamentally weak and inconsistent relationship between environmental salience and distance from the border for German local parties.

The patterns in figure 4 indicate relatively little effects of location on environmental position, as measured by Dictionaries and Wordfish, and again, there is little variation within parties. In the left panel of figure 4, we observe that all lines are almost completely flat based on the scores calculated using the dictionary approach. This indicates there is no intra-party variation in the way they talk about the environment that could be associated with the distance to a foreign border. Similar results can be seen in the right panel for the Wordfish method. The generally flat lines shown for the CDU, *Die Grünen*, and *Die Linke* indicate that all three parties' positions do not vary substantially depending on their proximity to the border. The plots for SPD and FDP show a positive trend as distance from the nearest border increases, although the difference is very mild. Only the AfD shows a notable trend, as Wordfish scores tend to decrease from around 0.5 to 0.3 as the distance from the border increases. This may be a sign that AfD environmental positions are closer to mainstream opinion for

local parties in border regions, but it should be noted that this is based on a comparatively small number of manifestos from this relatively new party.

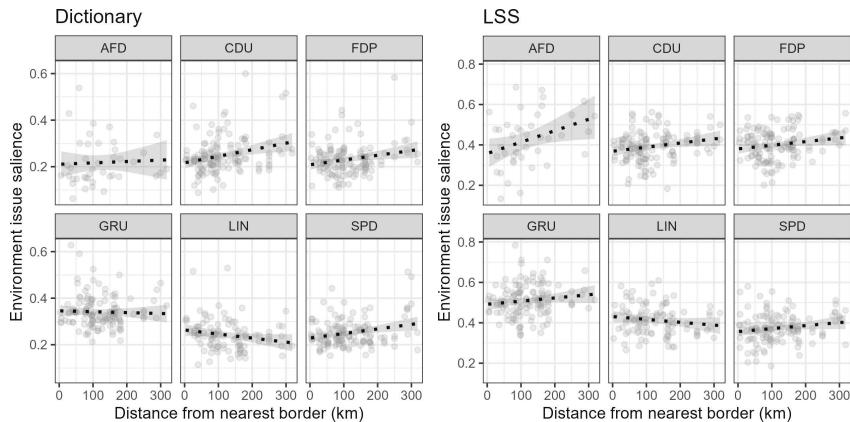


Figure 3. Environment issue salience by party and distance to a foreign border

Note: Salience scores calculated using the dictionary (left) and Wordfish (right) methods.

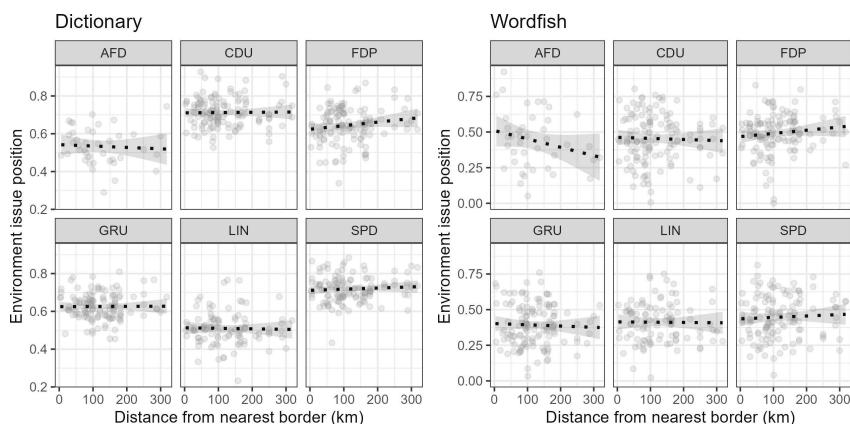


Figure 4. Position on the environment by party and distance to a foreign border

Note: Position scores calculated using the dictionary (left) and Wordfish (right) methods.

6. Conclusions

Cross-border cooperation is an increasingly important item on the EU agenda, as highlighted by the European Commission's 2021 report *EU Border Regions: Living labs of European integration* (European Commission, 2021). Though this cooperation has the potential to impact on several issues, from migration and integration to transport and the environment, little is known about how this agenda is likely to influence domestic politics in EU member states. Previous studies suggest that border regions can influence political attitudes and party positions, but systematic analysis of these variations is lacking. Our study therefore took advantage of texts collected by the Local Manifestos Project (Gross & Jankowski, 2020) and recent advances in text-as-data methods to measure the environmental policy positions of political parties by location in Germany, a country at the heart of the EU bordering several other states. By comparing the distance from the border of each local party with the position expressed in their manifesto, we could identify any systematic variation in position relative to border proximity. Our multi-method strategy did not reveal any discernible effect of border regions on the content of parties' proposals in their local manifestos. The minimal variation within parties regarding salience and position on environmental issues suggests that local branches of major parties tend to adopt very similar strategies, possibly not adjusting the content of their electoral proposals to meet the specific demands of their constituents. This observation aligns with the second-order national election nature of local elections, implying that citizens in border regions encounter greater difficulties in having their demands and concerns addressed by political parties at the local level, despite this tier of government being the closest to citizens. That said, our findings are based on a relatively small and unevenly distributed sample of manifestos, and only consider their positions on environmental issues. Future research can consider expanding the dataset either within Germany or by adding local party manifestos from other countries. Other issues such as migration and European integration may also encourage parties to adjust their positions relative to their border or non-border locations in a more predictable manner. Finally, advances in computational power mean that more precise analysis of textual content and party positions, for example to compare the framing and context of specific issues within manifestos and other political texts, should enable a more fine-grained study of the positions described here.

Bibliography

- Basile, L., & Mazzoleni, O. (2020). Sovereignist Wine in Populist Bottles? An Introduction. *European Politics and Society*, 21(2), 151–162.
- Bauhr, M., & Charron, N. (2023). Europe Around the Corner? How Border Proximity and Quality of Government Explains European Identity. *European Union Politics*, 1–20. DOI:10.1177/14651165231216882
- BBSR. (2022). Climate and Resource Protection in City and Region with Interreg B. Funding Opportunities for Transnational Cooperation 2021–2027 in the Field of Energy, Climate, and Environment. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2022/interreg-klima-ressourcenschutz.html> [15.05.2024].
- Bergmann, J., Hackenesch, C., & Stockemer, D. (2021). Populist Radical Right Parties in Europe: What Impact Do They Have on Development Policy? *Journal of Common Market Studies*, 59(1), 37–52.
- Blatter, J. (2000). Emerging Cross-border Regions as a Step towards Sustainable Development? Experiences and Considerations from Examples in Europe and North America. *International Journal of Economic Development*, 2(3), 402–439. <https://ssrn.com/abstract=3009670>
- Blauberger, M., Grabbe, C., & Ripoll Servent, A. (2023). EU Free Movement of People: Fully Recovered or Suffering from Long COVID? *Journal of European Public Policy*, 30(4), 696–720. DOI:10.1080/13501763.2022.2140818
- Börzel, T. A., Broniecki, P., Hartlapp, M., & Obholzer, L. (2023). Contesting Europe: Eurosceptic Dissent and Integration Polarization in the European Parliament. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, online first: DOI:10.1111/jcms.13448
- Börzel, T. A., & Hartlapp, M. (2022). Eurosceptic Contests and Legislative Behaviour in the European Parliament. In P. Ahrens, A. Elomäki, & J. Kantola (Eds.), *European Parliament's Political Groups in Turbulent Times*. Palgrave MacMillan.
- Braun, D. (2023). Text Analysis of Party Manifestos. In N. Carter, D. Keith, G. Sindre, & S. Vasilopoulou (Eds.), *The Routledge Handbook of Political Parties* (pp. 439–449). Routledge
- Braun, D., Popa, S. A., & Schmitt, H. (2019). Responding to the Crisis: Eurosceptic Parties of the Left and Right and Their Changing Position towards the European Union. *European Journal of Political Research*, 58(3), 797–819.
- Braun, D., Popa, S. A., & Schmitt, H. (2020). The Impact of Eurosceptic Challenger Parties of the Left and Right on Party Competition over Europe. In M. Cotta & P. Iserna (Eds.), *The EU through Multiple Crises. Representation and Cohesion Dilemmas for a 'sui generis' Polity*. Routledge.
- Braun, D., & Reinl, A.-K. (2023). Arising Calls for National Sovereignty in Times of European Crises and the Political Zeitenwende. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33, 499–506.
- Braun, D., & Schmitt, H. (2020). Different Emphases, Same Positions? The Election Manifestos of Political Parties in the EU Multilevel Electoral System Compared. *Party Politics*, 26(5), 640–650.

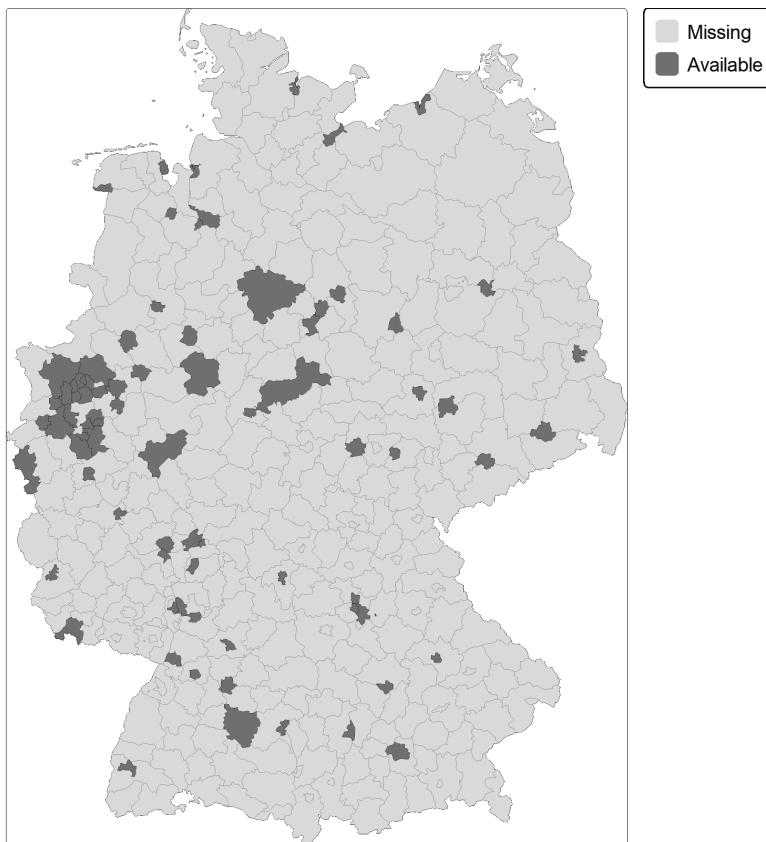
- Brodowski, D., Nesselhauf, J., & Weber, F. (2023). *Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee*. Springer VS.
- Bürkner, H.-J. (2020). Europeanisation versus Euroscepticism: Do Borders Matter? *Geopolitics*, 25(3), 545–566. DOI:10.1080/14650045.2020.1723964
- Carter, N., Ladrech, R., Conor, L., & Tsagkroni, V. (2018). Political Parties and Climate Policy: A New Approach to Measuring Parties' Climate Policy Preferences. *Party Politics*, 24(6), 731–742.
- Conti, N., Di Mauro, D., & Memoli, V. (2018). The European Union under Threat of a Trend toward National Sovereignty. *Journal of Contemporary European Research*, 14(3), 231–252.
- Decoville, A. & Durand, F. (2019). Exploring Cross-border Integration in Europe: How do Populations Cross Borders and Perceive Their Neighbours? *European Urban and Regional Studies*, 26(2), 134–157. DOI:10.1177/0969776418756934
- Dijkstra, L., Poelman, H., & Rodríguez-Pose, A. (2020). The Geography of EU Discontent. *Regional Studies*, 54(6), 737–753. DOI:10.1080/00343404.2019.1654603
- Durand, F., Decoville, A., & Knippschild, R. (2020). Everything All Right at the Internal EU Borders? The Ambivalent Effects of Cross-Border Integration and the Rise of Euroscepticism. *Geopolitics*, 25(3), 587–608. DOI:10.1080/14650045.2017.1382475
- Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435457. <http://www.jstor.org/stable/193437>
- European Commission. (2021). Report from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. EU Border Regions: Living Labs of European integration. https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/publications/reports/2021/eu-border-regions-living-labs-of-european-integration [02.10.2024].
- European Commission. (2022). *Border Regions as Laboratories of European Integration*. https://ec.europa.eu/regional_policy/whats-new/panorama/2022/07/07-06-2022-border-regions-as-laboratories-of-european-integration_de [02.10.2024].
- Favell, A., Recchi, E., Kuhn, T., Jensen, S. J., & Klein, J. (2012). The Europeanisation of Everyday Life: Cross-Border Practices and Transnational Identifications Among EU and Third-Country Citizens. *State of the Art Report, EUCROSS Working Paper #1*. <https://core.ac.uk/download/pdf/35302205.pdf> [02.10.2024].
- Gerst, D., Klessmann, M., & Krämer, H. (Eds.). (2021). *Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (1 ed., Vol. 3). Nomos. DOI:10.5771/9783845295305
- Golder, S. N., Lago, I., Blais, A., Gidengil, E., & Gschwend, T. (2017). *Multi-level Electoral Politics: Beyond the Second-order Election Model*. Oxford University Press.
- Green-Pedersen, C. (2019). *The Reshaping of West European Party Politics: Agenda-Setting and Party Competition in Comparative Perspective*. Oxford University Press.
- Grimmer, J., & Stewart, B. M. (2013). Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts. *Political Analysis*, 21(3), 267–297.
- Gross, M., & Jankowski, M. (2020). Dimensions of Political Conflict and Party Positions in Multi-level Democracies: Evidence from the Local Manifesto Project. *West European Politics*, 43(1), 74–101.

- Gross, M., Nyhuis, D., Block, S., & Velimsky, J. A. (2024). Electoral Campaigns and Parliamentary Practice: Do Parties Pursue the Issues They Campaigned On? *Swiss Political Science Review*. DOI:10.1111/spsr.12588
- Grossman, E., & Guinaudeau, I. (2021). *Do Elections (Still) Matter? Mandates, Institutions, and Policies in Western Europe*. Oxford University Press.
- Heinisch, R., Werner, A., & Habersack, F. (2020). Reclaiming National Sovereignty: The Case of the Conservatives and the Far Right in Austria. *European Politics and Society*, 21(2), 163–181.
- Hippe, S., Bertram, D., & Chilla, T. (2022). Convergence and Resilience in Border Regions. *European Planning Studies*, online first: DOI:10.1080/09654313.2023.2170214
- INTERREG. Umwelt und natürliche Ressourcen. https://www.interreg.de/INTERREG_2021/DE/Projekte/GuteBeispiele/UmweltUndNatuerlicheRessourcen/umwelt-und-natuerliche-ressourcen_node.html [15.05.2024].
- IPCC. (2014). Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. <http://www.mendeley.com/research/climate-change-2014-synthesis-report-contribution-working-groups-i-ii-iii-fifth-assessment-report-in-20> [15.05.2024].
- Katsanidou, A., & Mayne, Q. (2024). Is there a Geography of Euroscepticism Among the Winners and Losers of Globalization? *Journal of European Public Policy*, 1–26. DOI:10.1080/13501763.2024.2317361
- Key, V. O. (1961). *Public Opinion and American Democracy*. Alfred A. Knopf.
- König, P. D., & Wenzelburger, G. (2022). Right-wing Populist Parties and Their Appeal to Pro-redistribution Voters. *Politics*. DOI:10.1177/02633957221125450
- Kuhn, T. (2011). Europa ante Portas: Border Residence, Transnational Interaction and Euroscepticism in Germany and France. *European Union Politics*, 13(1), 94–117. DOI:10.1177/1465116511418016
- Lechevalier, A., & Wielgohs, J. (Eds.). (2013). *Borders and Border Regions in Europe. Changes, Challenges and Chances*. transcript.
- Little, C. (2023). Parties and Climate Change. In N. Carter, D. Keith, G. M. Sindre, & S. Vasilopoulou (Eds.), *The Routledge Handbook of Political Parties* (pp. 280–300). Routledge.
- Lundquist, S. (2022). Do Parties Matter for Environmental Policy Stringency? Exploring the Program-to-Policy Link for Environmental Issues in 28 Countries 1990–2015. *Political Studies*, online first: DOI:10.1177/00323217221132072
- Mayne, Q., & Katsanidou, A. (2022). Subnational Economic Conditions and the Changing Geography of Mass Euroscepticism: A Longitudinal Analysis. *European Journal of Political Research*, online first: DOI:10.1111/1475-6765.12528
- Müller, J. (2013). On a Short Leash? Sub-National Party Positions between Regional Context and National Party Unity. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 23(2), 177–199.
- Nasr, M., & Rieger, P. (2024). Bringing Geography Back in: Borderlands and Public Support for the European Union. *European Journal of Political Research*. DOI:10.1111/1475-6765.12652

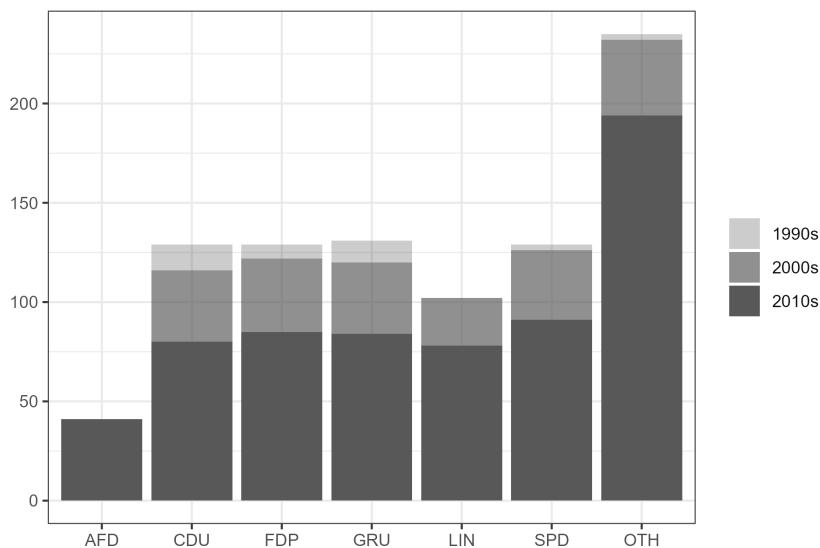
- Navarrete, R. M. (2020). Ideological Proximity and Voter Turnout in Multi-level Systems: Evidence from Spain. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 30(3), 297–316. DOI:10.1080/17457289.2020.1727485
- Neuendorf, K. A. (2017). *The Content Analysis Guidebook*. SAGE Publications. DOI:10.4135/9781071802878
- Nicoli, F., & Reinl, A.-K. (2020). A Tale of Two Crises? A Regional-level Investigation of the Joint Effect of Economic Performance and Migration on the Voting for European Disintegration. *Comp Eur Polit*, (18), 384–419.
- Rauh, C. (2018). Validating a Sentiment Dictionary for German Political Language—A Workbench Note. *Journal of Information Technology & Politics*, 15(4), 319–343.
- Rehm, M., Schröder, M., & Wenzelburger, G. (2024). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *JCMS: Journal of Common Market Studies*. DOI:10.1111/jcms.13607
- Reitel, B., Pupier, P., & Wassenberg, B. (2022). Les politiques européennes et les villes frontalières en Europe European policies and border cities. *Bulletin de l'Association de géographes français*, 99, 131–149. DOI:10.4000/bagf.9185
- Ripoll Servent, A. (2022). When Words Do Not Follow Deeds: An Analysis of Party Competition Between Centre-Right and Eurosceptic Radical-Right Parties in the European Parliament. In P. Ahrens, A. Elomäki, & J. Kantola (Eds.), *European Parliament's Political Groups in Turbulent Times*. Palgrave MacMillan.
- Ripoll Servent, A., & Panning, A. (2019). Eurosceptics in Trilogue Settings: Interest Formation and Contestation in the European Parliament. *West European Politics*, 42(4), 755–775.
- Rodríguez-Pose, A. (2018). The Revenge of the Places that Don't Matter (and What to Do About it). *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 11(1), 189–209. DOI:10.1093/cjres/rsx024
- Sartori, G. (1976). *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Cambridge University Press.
- Schakel, A. H. (2020). Multi-level Governance in a 'Europe with the Regions'. *The British Journal of Politics and International Relations*, 22(4), 767–775. DOI:10.1177/1369148120937982
- Schraff, D., & Pontusson, J. (2024). Falling Behind Whom? Economic Geographies of Right-wing Populism in Europe. *Journal of European Public Policy*, 1–29. DOI:10.1080/13501763.2023.2278647
- Slapin, J. B., & Proksch, S.-O. (2008). A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts. *American Journal of Political Science*, 52(3), 705–722. DOI:10.1111/j.1540 – 5907.2008.00338.x
- Vasilopoulou, S. (2018). *Far Right Parties and Euroscepticism: Patterns of Opposition*. ECPR Press.
- Vasilopoulou, S., & Talving, L. (2024). Euroscepticism as a Syndrome of Stagnation? Regional Inequality and Trust in the EU. *Journal of European Public Policy*, 1–22. DOI:10.1080/13501763.2023.2264891
- Wassenberg, B., & Reitel, B. (Eds.). (2020). *Critical Dictionary on Borders, Cross-Border Cooperation and European Integration*. Lang.

- Watanabe, K. (2021). Latent Semantic Scaling: A Semisupervised Text Analysis Technique for New Domains and Languages. *Communication Methods and Measures*, 15(2), 81–102. DOI:10.1080/19312458.2020.1832976
- Watanabe, K. (2024). *LSX: Semi-Supervised Algorithm for Document Scaling. R package version 1.3.2.* <https://koheiw.github.io/LSX/> [12/09/2024].
- Weber, F. (2022). Cross-border Cooperation in the Border Region of Germany, France, and Luxembourg in Times of Covid-19. *European Societies*, 24(3), 354–381.
- Wunsch, N., & Bélanger, M.-E. (2023). Radicalisation and Discursive Accommodation: Responses to Rising Euroscepticism in the European Parliament. *West European Politics*, online first: DOI:10.1080/01402382.2023.2202031

Appendix



Appendix 1: NUTS3 regions covered by at least one manifesto



Appendix 2: Local manifesto quantities by party and decade, 1990s-2010s

Geographische Faktoren und Einstellungen zur EU: Grenznähe und Ländlichkeit

Stefan Ewert & Jochen Müller

Abstract

In diesem Beitrag untersuchen wir, wie die Grenznähe eines Wohnortes und dessen Ländlichkeit die Einstellungen zur Europäischen Integration beeinflussen. Ausgehend von drei lebensweltlichen Beispielen aus ländlichen Grenzregionen und basierend auf theoretischen Überlegungen der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung entwickeln wir die Hypothese, dass die Kombination von Grenznähe und Ländlichkeit signifikante Auswirkungen auf die Unterstützung der europäischen Integration hat. Auf Basis der Vorwahlstudie der German Longitudinal Election Study (GLES) zur Bundestagswahl 2021 analysieren wir, wie diese Faktoren die Einstellungen der Bürger prägen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Grenznähe allein nicht ausreicht, um positive Einstellungen zur EU zu fördern. Erst die Berücksichtigung der Ländlichkeit offenbart, dass Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Grenzregionen signifikant kritischere Einstellungen zur europäischen Integration haben. Unsere Studie betont die Bedeutung geographischer Faktoren und liefert wichtige Einblicke für die europäische Integrationspolitik in ländlichen Grenzregionen.

1. Einleitung

Die Untersuchung der Einstellungen zur EU ist seit vielen Jahren ein wichtiger Bestandteil der Analyse des europäischen Integrationsprozesses (vgl. z. B. grundlegend Gabel & Palmer, 1995). Die Stabilität und das Vertrauen in das politische System der EU hängen stark davon ab, wie positiv der europäische Einigungsprozess grundsätzlich bewertet wird. Die Forschung ist reich an möglichen Erklärungsfaktoren für die unterschiedlichen Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern zur fortschreitenden europäischen Einigung, sowohl im Vergleich zwischen Mitgliedsstaaten der EU als auch

zwischen verschiedenen Regionen innerhalb von Nationalstaaten (z. B. Holt & De Vries, 2016; Hooghe & Marks, 2005).

In unserem Beitrag fokussieren wir auf die regionale Ebene und widmen uns den geographischen Erklärungsfaktoren, insbesondere die Nähe des Wohnortes zur Grenze und die Ländlichkeit der Region. Die Literatur hebt hervor, dass die Nähe des Wohnortes zur Grenze Auswirkungen haben kann (z. B. Rehm et al., 2024). Häufig wird dabei argumentiert, dass die Chancen, die sich durch die Grenznähe etwa auf dem Arbeitsmarkt ergeben, von individuellen Merkmalen wie dem Bildungsstand abhängen (Rehm et al., 2024, 3–4). Wir argumentieren, dass diese Chancen auch vom Charakter des Grenzgebietes beeinflusst werden. Eine grenzüberschreitende Metropolregion unterscheidet sich grundlegend von einer ländlich-peripheren Region.

Unsere zentrale These lautet, dass die Grenznähe des Wohnortes der Befragten und der Grad der Ländlichkeit bzw. Urbanität zusammenwirken und gemeinsam die Einstellungen zur europäischen Integration beeinflussen. Konkret untersuchen wir, inwieweit Ländlichkeit den positiven Einfluss der Grenznähe auf die Einstellungen zur europäischen Integration wieder aufheben kann.

Unser Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst nähern wir uns dem Thema anekdotisch und illustrieren mit Beispielen aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald, wie spezifische Themen des ländlichen Raums mit der geographischen Lage an nationalstaatlichen Grenzen verbunden sind. Der darauffolgende Abschnitt führt die theoretischen Argumente zu Grenznähe und Ländlichkeit zusammen und entwickelt daraus unsere Hypothesen. Anschließend skizzieren wir kurz die verwendeten Daten und Methoden, bevor wir die Ergebnisse unserer Regressionsanalysen präsentieren. Nach der Interpretation der Ergebnisse schließt ein kurzer Ausblick unseres Beitrag ab.

2. Ländlichkeit und Grenznähe – eine anekdotische Annäherung

Menschen aus ländlichen Räumen in Grenznähe haben oft eine andere Sicht auf das jeweilige Nachbarland als Menschen aus urbanen Grenzgebieten. Drei aktuelle Beispiele aus der regionalen Presse Vorpommern-Greifswalds geben anekdotisch Hinweise auf diese spezifische Perspektive.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald, der flächenmäßig viertgrößte Landkreis der Bundesrepublik Deutschland, ist mit ca. 60 Einwohnern

pro km² dünn besiedelt, sehr ländlich geprägt und hat eine 78 km lange Grenze zu Polen. Insofern ist er instruktiv für ländliche Perspektiven auf nationalstaatliche Grenzen.

Beispiel 1: Im Sommer 2018 berichtete der Ostsee-Anzeiger, dass die Notfallversorgung auf der Insel Usedom auf sicheren Füßen stehe, der Rettungsdienst des Landkreises jedoch auf den Abschluss des deutsch-polnischen Rahmenvertrages für die Notfallrettung hoffe (Pühler, 2018). Über diesen Vertrag sei es möglich, das gleich hinter der Grenze gelegene Krankenhaus der polnischen Stadt Świnoujście besser in die Notfallrettung der ländlich geprägten Teile der Insel einzubinden. Auch die gesundheitsökonomische Forschung betont, dass eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungswesen gerade in ländlichen Regionen nicht nur Menschenleben retten, sondern auch die schwierige ökonomische Lage ländlicher Krankenhäuser verbessern kann (Kuntosch et al., 2024).

Beispiel 2: Im Herbst 2023 berechnete der Nordkurier für seine Leserschaft vor dem Hintergrund gestiegener Spritpreise, wann sich das Tanken hinter der polnischen Grenze lohnt (Taschke, 2023). Gerade im grenznahen ländlich-peripheren Raum, wo Mobilitätsoptionen begrenzt sind und das Auto oft alternativlos ist, erlebte der „Tank-Tourismus“ nach Polen seit 2022 einen deutlichen Aufschwung. Die Relevanz des Faktors „Ländlichkeit“ wird auch in der aktuellen Mobilitätsforschung unter dem Konzept der „Car Dependence“ beschrieben (Sierra Muñoz et al., 2024).

Beispiel 3: Ebenfalls im Herbst 2023 berichtete die Ostseezeitung im Lokalteil Usedom/Peene, dass etwa 500 Meter hinter der deutsch-polnischen Grenze Kadaver von Wildschweinen gefunden wurden, die an der Afrikanischen Schweinepest (ASP) verendet waren (Riemer, 2023). Der Fund versetzte die lokale Bauernschaft in Alarmbereitschaft, da ein Auftreten der ASP massive Auswirkungen auf die schweinehaltenden Betriebe im Landkreis hätte. Aktuelle tiermedizinische Untersuchungen zeigen, dass Wildscheinkadaver als „Bio-Bomben“ einen Hauptübertragungsweg der ASP darstellen (Sehl-Ewert et al., 2022).

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die alltäglichen Erfahrungen im ländlichen Raum, insbesondere in Grenznähe, spezifische Herausforderungen und Chancen mit sich bringen, die die politischen Einstellungen der Bewohnerinnen und Bewohner prägen können.

3. Theorie und Hypothesen

In der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung haben geographische Faktoren aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen (für einen aktuellen Überblick vgl. etwa Nasr & Rieger, 2023, 3–4). Dabei werden in der Regel kontextuelle Effekte von Kompositionseffekten unterschieden (z. B. Kenny & Luca, 2021, 568–569; Maxwell, 2019; Nasr & Rieger, 2023, 3). Während kontextuelle Effekte auf die Unterschiede in den Lebensbedingungen vor Ort und den Alltagserfahrungen abzielen, nehmen Kompositionseffekte in den Blick, dass verschiedene Regionen für Menschen mit verschiedenen Ansichten und Einstellungen unterschiedlich attraktiv sind und sich diese Menschen ungleich im Raum verteilen.

In unserem Artikel führen wir zwei Perspektiven auf räumliche Faktoren zusammen und beziehen diese auf die Einstellungen von Bürginnen und Bürgern zum europäischen Einigungsprozess. Die erste Perspektive betrachtet die Grenznähe als Einflussfaktor auf politische Einstellungen. Diese bereits häufig untersuchte Annahme verbinden wir mit der zweiten Perspektive, die die Ländlichkeit als weiteren Einflussfaktor auf die Einstellungen zur EU untersucht. Nasr und Rieger (2023) zeigen, dass Stadt-Land-Unterschiede im Kern vieler aktueller Untersuchungen stehen, sodass wir hier auf eine Reihe von theoretischen Argumenten aufbauen können.

Die These, dass Grenznähe positive Einstellungen zum europäischen Einigungsprozess fördere, lässt sich auf verschiedene sozialpsychologische Theorien zurückführen, nach denen der Kontakt zwischen Personen aus unterschiedlichen Gruppen zum Abbau von Vorurteilen zwischen diesen Gruppen führe (vgl. zusammenfassend z. B. Weymar, 2010). Politikwissenschaftlich nahm Arend Lijphart diese Idee bereits 1964 auf und untersuchte das europäische Integrationspotential, das sich aus grenzüberschreitender Mobilität ergibt (Lijphart, 1964; vgl. auch Rehm et al., 2024). Gabel und Palmer (1995) entwickelten die „Proximity-Hypothese“, die besagt, dass die Nähe zu ausländischen Märkten den Bewohnern von Grenzregionen größere Chancen biete, von liberalisierten Märkten zu profitieren, während die negativen Effekte des wirtschaftlichen Wettbewerbs nicht systematisch mit der geographischen Lage variierten.

Spätere Arbeiten systematisierten die verschiedenen Stränge zur Erklärung der Einstellungen zur EU und unterteilen dabei gewöhnlich drei Argumentationsbündel: (1) theoretische Erwartungen, die sich auf utilitaristische Kosten-Nutzen-Erwägungen beziehen, (2) Überlegungen zur politi-

schen Identität und (3) Ansätze des „cue-taking“, nach denen Einstellungen zur EU vor allem über Parteien, Medien und ähnliche Vermittler geprägt werden, da die Bürger selten direkt mit europäischen Entscheidungsprozessen konfrontiert sind (z. B. Hooghe & Marks, 2005; Hobolt & De Vries, 2016).

Die für uns relevanten theoretischen Überlegungen sind vor allem dem ersten Argumentationsbündel zuzuordnen. Innerhalb dieser Argumente wird die Kosten-Nutzen-Erwartung entweder auf die ökonomische Bewertung einer bestimmten Gruppe (z. B. Land, Region) bezogen (soziotropische Betrachtung) oder individuell vorgenommen (egozentrische Perspektive, Hooghe & Marks, 2005). In der individuellen Kosten-Nutzen-Abschätzung der offenen Grenzen wird theoretisch davon ausgegangen, dass für gering qualifizierte Menschen eine Erhöhung der Arbeitsplatzunsicherheit besteht, während Hochqualifizierte entsprechend bessere Aussichten haben (vgl. Braun & Tausendpfund, 2014, 233). Letztere sind in einem ökonomisch freizügigen Europa in der Lage, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten gewinnbringend einzusetzen. Die individuelle Bewertung ist nach dieser Überlegung also insbesondere vom eigenen Bildungsstand abhängig. Mit Blick auf die Nähe des Wohnortes zur Grenznähe abstrahieren Gabel und Palmer (1995, 8) noch vom Bildungsgrad. Zu vermuten ist jedoch, dass auch dieser Effekt der Grenznähe vom Bildungsniveau moderiert wird, da die individuelle Abwägung der ökonomischen Möglichkeiten insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wiederum von den Kenntnissen und Fertigkeiten abhängt, die das Individuum hier einbringen kann.

Unser zentrales Argument ist nun, dass der Effekt der Grenznähe zusammengedacht werden muss mit der Ländlichkeit des Gebietes, in dem die Bürger wohnen. Wir vermuten, dass die Argumente, die laut der „Proximity-Hypothese“ für positivere Einstellungen zur EU bei grenznahen Wohnorten sorgen, in ländlichen Gebieten sprichwörtlich ins Leere laufen. Theoretisch kann dieser Einfluss sowohl durch Kontext- als auch durch Kompositionseffekte begründet werden.

Der Mechanismus der Kompositionseffekte basiert auf der Annahme, dass besser gebildete Menschen mit liberalen bzw. kosmopolitischen Einstellungen verstärkt in urbane Zentren zögen, was zu einer Ungleichverteilung zwischen Stadt und Land führe (z. B. Kenny & Luca, 2021, 568). Gründe dafür können sowohl ökonomisch (berufliche Verwirklichungschancen) als auch lebensstilbezogen sein (Huijsmans et al., 2021, 2). Umgekehrt ist auch die Annahme plausibel, dass konservativere Personen eher in ländliche Räume zögen, um hier einem ‚traditionelleren‘ Lebensstil folgen

zu können. Empirisch beschreibt u. a. Maxwell (2019) diese Kompositionseffekte als Grund für kosmopolitische (und somit pro-europäische) Einstellungen in europäischen Großstädten. Wir argumentieren, dass dieser Effekt vor allem in Grenznähe zu beobachten sein könnte, da unmittelbare Grenzerfahrungen die Bereitschaft erhöhen, räumliche Veränderungen für die berufliche Verwirklichung und/oder das Ausleben eines bestimmten Lebensstils vorzunehmen.

Kontextfaktoren beziehen sich auf die (wahrgenommene) ökonomische Schlechterstellung im ländlichen Raum und ein ländliches Identitätsgefühl (Kenny & Luca, 2021, 568–569). Die Schlechterstellung kann sich dabei etwa auf die Erreichbarkeit von Infrastrukturen beziehen. So nimmt etwa Stroppe (2023) an, dass eine gute Performanz Vertrauen erzeugt. Die Abwesenheit öffentlicher Infrastruktur in der näheren Umgebung ist in den Augen der Bevölkerung der Indikator für Marginalisierung und somit schlechterer Performanz, wodurch das politische Misstrauen steigt. Jennings und Stoker (2016, 373) argumentieren, dass sich die politischen Erfahrungen und (politischen) Interaktionen in Stadt und Land systematisch unterscheiden und somit zu unterschiedlichen Einstellungen führen. Empirische Analysen bestätigen das Wirken von Kontextfaktoren auf Einstellungsunterschiede im ländlichen Raum (z. B. Huijsmans et al., 2021; Kenny & Luca, 2021, 577; Stroppe, 2023). Wir nehmen an, dass diese Kontextfaktoren speziell in Grenznähe Wirkung entfalten, da die wahrgenommene Peripherisierung ländlicher Gebiete durch die Grenznähe und die dadurch erfahrene größere Distanz zum Zentrum verstärkt wird (vgl. Dünkel et al., 2019).

Ausgehend von diesen theoretischen Überlegungen ergeben sich folgende Hypothesen:

H1: Die Nähe des Wohnortes zu einer Grenze zu einem EU-Nachbarland fördert positive Einstellungen zur europäischen Integration.

H2: Die Ländlichkeit der Region eines Wohnortes führt zu negativeren Einstellungen zur europäischen Integration.

4. Daten und Methoden

Die Grundlage für die empirische Untersuchung bildet die Vorwahlstudie der German Longitudinal Election Study (GLES), die im August und September 2021 durchgeführt wurde. Befragt wurden hier – teils online, teils schriftlich – in Deutschland gemeldete Personen mit deutscher Staatsange-

hörigkeit ab 16 Jahren. Die Personen wurden über eine disproportional geschichtete Zufallsauswahl ausgewählt, was eine solide Abdeckung verschiedener Regionen gewährleistet. Der Datensatz umfasst 5220 Befragte aus 164 der 299 Bundestagswahlkreise. Im Rahmen der Befragung wurden neben Variablen, die auf die Bundestagswahl abheben, auch soziodemografische Merkmale sowie zahlreiche Einstellungen und Bewertungen erfasst, die keinen unmittelbaren Bezug zur Wahl hatten.

Die abhängige Variable in dieser Studie beschreibt die Haltung der Befragten zur europäischen Einigung. Sie basiert auf einem Item aus einer Fragebatterie zu politischen Einstellungen, bei dem die Befragten angeben, inwiefern sie der Aussage „Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“ zustimmen. Die Antwortmöglichkeiten auf einer Fünf-Punkte-Skala reichen von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“. Für die Analyse wurde die Skala so gedreht, dass höhere Werte eine größere Zustimmung zur weiteren europäischen Integration anzeigen.

Die beiden zentralen unabhängigen Variablen Ländlichkeit und Grenznähe beziehen sich aus forschungspragmatischen Gründen auf den Wahlkreis, in dem die befragte Person wohnt. Der Grad der Ländlichkeit wird anhand des Ländlichkeitsindex des Thünen-Instituts auf der Ebene der Wahlkreise erfasst. Der Index berücksichtigt unterschiedliche Informationen und gewährleistet eine mehrdimensionale Einschätzung der Ländlichkeit (Küpper, 2016). Wir verwenden Daten von Richter und John (2022), die den Index auf die Wahlkreise der Bundestagswahl umgerechnet haben.

Um die Robustheit der Modelle zu gewährleisten, werden mehrere Kontrollvariablen einbezogen. Dies ist hier von besonderer Bedeutung, da viele der Merkmale in städtischen und ländlichen bzw. peripheren oder grenznahen Regionen unterschiedlich häufig zu beobachten sind. Eine der Variablen, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, beschreibt den Wahlkreis, die anderen Variablen beziehen sich auf die Befragten. Neben dem Geschlecht und dem Alter (kontinuierlich) berücksichtigen wir eine Reihe weiterer Faktoren, die in früheren Studien als bedeutsam identifiziert wurden.

Der Bildungsstand der Befragten und damit die beruflichen Chancen und Risiken, die mit der potenziellen Grenznähe einhergehen, wird über eine binäre Variable erfasst, die Personen identifiziert, die über einen Hochschulabschluss verfügen. Für die mögliche Entfremdung vom politischen System insgesamt wird über die Berücksichtigung zweier Variablen

kontrolliert, die die wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit und die Zufriedenheit mit der Demokratie abbilden. Politische Präferenzen werden über vier weitere Variablen abgebildet. Diese Variablen zeigen an, a) wie die befragte Person zu Migrantinnen und Migranten eingestellt ist,¹ b) ob sie beabsichtigt, die AfD zu wählen, c) wie stark sie der Bundesregierung vertraut und d) wo sie sich auf einer Elf-Punkte-Skala politisch verortet. Eine letzte Kontrollvariable erfasst die wahrgenommene wirtschaftliche Lage.

Zur Untersuchung der Hypothesen wird ein Mehrebenen-Ordered-Logit-Modell verwendet. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, die hierarchische Struktur der Daten zu berücksichtigen. Die Modelle werden schrittweise aufgebaut, beginnend mit einem Basismodell, das nur die Haupteffekte der unabhängigen Variablen umfasst, gefolgt von erweiterten Modellen, die Interaktionseffekte und Kontrollvariablen einbeziehen.

5. Ergebnisse

Modell 1 analysiert zunächst den Einfluss der Grenzlage auf die Einstellungen zur europäischen Integration unter Kontrolle einer Vielzahl von individuellen Merkmalen. In Übereinstimmung mit anderen Forschungsergebnissen zeigt sich, dass soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter und Bildungsstand sowie individuelle Einstellungen, beispielsweise gegenüber Personen mit Migrationshintergrund, einen signifikanten Einfluss auf die Antwort zum weiteren Vorantreiben der europäischen Eingang haben (vgl. z. B. Braun et al., 2010). Im Hinblick auf die Grenzlage zeigt sich jedoch kein systematischer Einfluss, sodass Hypothese 1 in diesem Modell nicht bestätigt werden kann.

¹ Konkret wird hier die Antwort auf folgendes Item genutzt: „Einwanderinnen und Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.“

Geographische Faktoren und Einstellungen zur EU: Grenznähe und Ländlichkeit

Tabelle 1: Bestimmungsfaktoren der Zustimmung zur Europäischen Integration

	Modell 0	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Grenzlage		0,12 (0,09)	0,21* (0,09)	0,23** (0,08)	
Grenzlage (Ost)					0,11 (0,13)
Grenzlage (West)					0,22* (0,10)
Ostdeutschland					0,12 (0,09)
Ländlichkeit			-0,06** (0,02)	-0,05** (0,02)	-0,06** (0,02)
BIP			-0,02 (0,02)	-0,03 (0,02)	-0,05* (0,02)
Geschlecht		-0,15* (0,07)	-0,15* (0,07)	-0,25** (0,07)	-0,24** (0,07)
Alter		-0,08** (0,01)	-0,07** (0,01)	-0,07** (0,01)	-0,07** (0,01)
Alter X Alter		0,00** (0,00)	0,00** (0,00)	0,00** (0,00)	0,00** (0,00)
Hochschulabschluss		0,23** (0,08)	0,22** (0,08)	0,16* (0,08)	0,16* (0,08)
Politische Selbstwirksamkeit		0,10* (0,04)	0,09* (0,04)	0,10* (0,04)	0,10* (0,04)
Demokratiezufriedenheit		0,62** (0,04)	0,62** (0,04)	0,32** (0,05)	0,32** (0,05)
Einstellung ggü. Migrant:innen		-0,17** (0,04)	-0,17** (0,04)	-0,13** (0,04)	-0,13** (0,04)
Wahl der AfD				-1,21** (0,21)	-1,18** (0,22)
Vertrauen in Bundesregierung				0,17** (0,02)	0,17** (0,02)
Wahrgenommene wirtschaftl. Lage		0,08 (0,04)	0,08 (0,04)	0,04 (0,05)	0,04 (0,05)
Links-Rechts-Selbsteinstufung		-0,13** (0,02)	-0,13** (0,02)	-0,11** (0,02)	-0,11** (0,02)
ICC	0,024	0,013	0,010	0,008	0,007
Log-likelihood	-6739,58	-5198,57	-5193,54	-4954,04	-4953,39
N	4887	4030	4030	3938	3938

Anmerkungen: Random Intercept Modell. Ordinale Mehrebenenanalyse mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01.

In Modell 2 wird zusätzlich die Ländlichkeit des Wahlkreises einbezogen. Hier zeigt sich, dass Menschen aus ländlicheren Wahlkreisen weniger die weitere europäische Integration befürworten, während die Grenzlage einen signifikant positiven Einfluss auf die Antwort hat. Damit bestätigen sich beide Hypothesen in diesem Modell.

Die Robustheit dieser Ergebnisse wird in den Modellen 3 und 4 überprüft, indem häufig in der Literatur beschriebene Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Modell 3 integriert zunächst die Nähe zur AfD, wobei AfD-Wähler erwartungsgemäß deutlich EU-kritischere Einstellungen zeigen (z. B. Schwarzbözl & Fatke, 2016), was auch in unserem Modell bestätigt wird. Modell 4 bezieht regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ein. Insgesamt zeigt sich in der Einstellungsforschung, dass Ostdeutsche der europäischen Integration skeptischer gegenüberstehen als Westdeutsche (z. B. Belok & Faus, 2017). Modell 4 bestätigt diese Befunde: Der positive Effekt der Grenznähe auf die Einstellungen zur europäischen Integration ist nur im Westen vorhanden, während er im Osten nicht nachweisbar ist. Beide Modelle zeigen aber insbesondere auf, dass der systematische Effekt von Grenznähe und Ländlichkeit entsprechend unseren Hypothesen bestehen bleibt.

6. Interpretation

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, dass die Hypothese zum positiven Einfluss der Grenznähe ohne Berücksichtigung der Ländlichkeit nicht bestätigt werden kann. Erst durch die gemeinsame Betrachtung von Grenznähe und Ländlichkeit zeigen sich signifikante Auswirkungen beider Faktoren auf die Einstellungen zur europäischen Integration. Wir interpretieren diesen Befund als Bestätigung unserer Vermutung, dass die Ländlichkeit den Einfluss der Grenznähe auf die Einstellungen zur EU moderiert. Das Wohnen in Grenznähe allein hat keinen positiven Einfluss auf die Einstellungen zur EU (vgl. auch Rehm et al., 2024), wirkt jedoch als Faktor, wenn die Ländlichkeit der Wohnregion berücksichtigt wird. Dabei verstärkt die Grenznähe tatsächlich systematisch die positiven Einstellungen gegenüber der europäischen Integration. Entsprechend unserer Annahme wird dieser Effekt jedoch durch die signifikant negativeren Einstellungen gegenüber der EU auf dem Land in ländlichen Grenzregionen wieder abgeschwächt.

Unserer anekdotischen und theoretischen Annäherung an die Spezifika von Grenzregionen zufolge haben Grenzen für die in deren Nähe lebenden

Menschen sehr unterschiedliche Bedeutungen. Die in Modell 4 eingeführte Unterscheidung zwischen einer westlichen Grenzlage (zu langjährigen EU-Mitgliedern wie Dänemark, den Benelux-Staaten, Frankreich, Österreich sowie zur Schweiz) und einer Grenzlage im Osten (zu den immer noch relativ neuen EU-Mitgliedern Polen und Tschechien) deutet auf die Bedeutung der unterschiedlichen Erfahrungen und Einflüsse an den Grenzen hin. Wir gehen davon aus, dass die größere Tradition der offenen Grenzen im Westen für mehr Menschen in diesen Grenzgebieten die im Theorieteil aufgezeigten positiven Erfahrungen ermöglicht. Der Effekt von Ländlichkeit bleibt auch in diesem Modell bestehen, was auf die systematische Relevanz des zunächst nur anekdotisch eingeführten Arguments hinweist, dass Grenzerfahrungen in ländlichen Regionen die Menschen anders prägen als in urbanen Zentren.

7. Ausblick

Um unsere Befunde detaillierter zu überprüfen, planen wir zukünftige Analysen, die eine multidimensionale Perspektive auf die EU und die europäische Integration einnehmen. Hier können wir an die umfangreiche Diskussion zur konzeptionellen und empirischen Erfassung von EU-Einstellungen in der Literatur (z.B. Boomgaarden et al., 2011) anschließen und unser Argument entsprechend verfeinern.

Mit Blick auf die unabhängigen Variablen planen wir, zukünftig Daten zum exakten Wohnort mit in die Analyse aufzunehmen, um eine Lokalisierung vorzunehmen, die gegenüber den verwendeten Daten auf Wahlkreisebene präziser ist. Diese Verfeinerung ist insbesondere bei bevölkerungsarmen und somit entsprechend großen Wahlkreisen wichtig, da in unserem Modell Personen, deren Wohnort direkt an der Grenze liegt, in die gleiche Kategorie fallen wie Personen, die möglicherweise 70 km von der Grenze entfernt leben. Eine weitere Ergänzung scheint mit Blick auf den Charakter der Grenzregion jenseits der Grenze geboten: Nach der Logik unseres Argumentes ist es für die Einstellungen zur europäischen Integration ebenso relevant, ob sich im Nachbarland direkt hinter der Grenze ein urbanes Zentrum befindet oder sich ein peripherer ländlicher Raum ausbreitet. Um hier den Bogen zu unserer anekdotischen Annäherung zu schließen: Es macht gerade für ländliche Regionen einen Unterschied, ob die Orte hinter der Grenze die Chance auf eine umfassende medizinische Versorgung in

großen und spezialisierten Krankenhäusern liefern oder eher als Reservoir der Afrikanischen Schweinepest anzusehen sind.

Bibliografie

- Belok, F., & Faus, R. (2017). *Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland*. FES.
- Boomgaarden, H. G., Schuck, A. R., Elenbaas, M., & De Vreese, C. H. (2011). Mapping EU Attitudes: Conceptual and Empirical Dimensions of Euroscepticism and EU Support. *European Union Politics*, 12(2), 241–266.
- Braun, D., & Tausendpfund, M. (2014). The Impact of the Euro Crisis on Citizens' Support for the European Union. *Journal of European Integration*, 36(3), 231–245.
- Braun, D., Seher, N., Tausendpfund, M., & Wolsing, A. (2010). *Einstellungen gegenüber Immigranten und die Zustimmung zur Europäischen Integration: Eine Mehrebenenanalyse*. MZES.
- Dünkel, F., Ewert, S., Geng, B., & Harrendorf, S. (2019). Peripherisierung ländlicher Räume. In D. Klimke, N. Oelkers, & M. Schwer M. (Hg.), *Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum* (S. 107–140). Springer.
- Gabel, M., & Palmer, H. D. (1995). Understanding Variation in Public Support for European Integration. *European Journal of Political Research*, 27(1), 3–19.
- GLES (2021). *GLES Querschnitt 2021, Vorwahl*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA7700 Datensatz Version 1.0.0, DOI:10.4232/1.13825
- Hobolt, S. B., & De Vries, C. E. (2016). Public Support for European Integration. *Annual Review of Political Science*, 19, 413–432.
- Hooghe, L., & Marks, G. (2005). Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration. *European Union Politics*, 6(4), 419–443.
- Huijsmans, T., Harteveld, E., van der Brug, W., & Lancee, B. (2021). Are Cities Ever More Cosmopolitan? Studying Trends in Urban-rural Divergence of Cultural Attitudes. *Political Geography*, 86, 102353.
- Jennings, W., & Stoker, G. (2016). The Bifurcation of Politics: Two Englands. *The Political Quarterly*, 87(3), 372–382.
- John, S., & Richter, S. (2022). *Stadt, Land, Wahlverhalten. Die politische Geographie der Bundestagswahl 2021*. Heinrich-Böll-Stiftung.
- Kenny, M., & Luca, D. (2021). The Urban-rural Polarisation of Political Disenchantment: An Investigation of Social and Political Attitudes in 30 European Countries. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, 14(3), 565–582.
- Kuntosch, J., Ruebsam, M. L., Orsson, J., Orsson, D., Hahnenkamp, K., Hartleib, J., & Flessa, S. (2024). Health Impact of Borders: General Reflections and a Case Study from the Polish-German Border. *The European Journal of Health Economics*, 25(2), 281–292.
- Küpper, P. (2016). *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 68.
- Lijphart, A. (1964). Tourist Traffic and Integration Potential. *Journal of Common Market Studies*, 2(3), 251–261.

Geographische Faktoren und Einstellungen zur EU: Grenznähe und Ländlichkeit

- Maxwell, R. (2019). Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects? *American Political Science Review*, 113(2), 456–474.
- Nasr, M., & Rieger, P. (2023). Bringing Geography Back In: Borderlands and Public Support for the European Union. *European Journal of Political Research*, online first: DOI:10.1111/1475-6765.12652
- Pühler, D. (2018, 04. Juli). Notfallversorgung auf der Insel steht auf sicheren Füßen. *Ostsee-Anzeiger*, S. 2.
- Rehm, M., Schröder, M., & Wenzelburger, G. (2024). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *Journal of Common Market Studies*, online first: DOI:10.1111/jcms.13607
- Riemer, K. (2023, 05. Oktober): Afrikanische Schweinepest auf dem Vormarsch: Der Kreis ist alarmiert. *Ostsee-Zeitung Usedom/Peene*, S. 11.
- Schwarzbözl, T., & Fatke, M. (2016). Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahrsschrift*, 57(2), 276–299.
- Sehl-Ewert, J., Deutschmann, P., Breithaupt, A., & Blome, S. (2022). Pathology of African Swine Fever in Wild Boar Carcasses Naturally Infected with German Virus Variants. *Pathogens*, 11(11), 1386.
- Sierra Muñoz, J., Duboz, L., Pucci, P., & Ciuffo, B. (2024). Why Do We Rely on Cars? Car Dependence Assessment and Dimensions from a Systematic Literature Review. *European Transport Research Review*, 16(1), 1–16.
- Stroppe, A. K. (2023). Left Behind in a Public Services Wasteland? On the Accessibility of Public Services and Political Trust. *Political Geography*, 105, 102905.
- Taschke, M. (2023, 20. Oktober). Lohnen sich Tanken und Einkaufen in Polen noch? *Nordkurier*, S. 20.
- Tausendpfund, M. (2014). Zustimmung von Kommunalpolitikern zur weiteren europäischen Integration. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23(3), 365–391.
- Weymar, F. (2010). *Zum Zusammenhang von intergruppalen Freundschaften und der Favorisierung der Eigengruppe. Eine empirische Studie im deutsch-polnischen Schulkontext*. Universität Greifswald.

Euroskeptizismus in der deutsch-französischen Grenzregion. Eine Tageszeitungsanalyse zu den Kommunalwahlkämpfen in Saarbrücken und Forbach¹

Daniela Braun & Friederike Hommel

Abstract

Der Beitrag geht der Beobachtung nach, dass in der deutsch-französischen Grenzregion vor allem auf französischer Seite die Zustimmungsraten für die euroskeptische Partei *Rassemblement National* hoch sind. EU-Grenzregionen werden häufig als Paradebeispiele der Europäischen Integration gesehen. Dies kann sich jedoch in zwei Richtungen zeigen, da hier sowohl Vor- als auch Nachteile der grenznahen Lage deutlich zu spüren sind. Mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse wurde untersucht, ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus auf lokaler politischer Ebene in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl in den zwei Grenzstädten Forbach und Saarbrücken äußert. Die Ergebnisse zeigen, dass zumindest in den beiden ausgewählten Grenzstädten Euroskeptizismus keine bestimmende Rolle im lokalen Wahlkampf gespielt hat und Europa- und Grenzraumthemen generell nicht sonderlich sichtbar waren. Insofern bieten die Erkenntnisse der Untersuchung viele mögliche Ansatzpunkte für die weitere Forschung, um europäische Grenzregionen besser zu verstehen.

1. Einleitung und Fragestellung

Der Brexit im Jahr 2016 war eines der deutlichsten Symbole für den wachsenden Euroskeptizismus der letzten Jahre. Zusätzlich haben die

¹ Dieser Beitrag stellt eine gekürzte Form der Masterarbeit von Friederike Hommel dar, die im Rahmen des Studiengangs „Deutsch-Französische Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes“ unter Betreuung von Prof. Dr. Daniela Braun und Dr. Estelle Evrard (Universität Luxemburg) erstellt wurde. Wir bedanken uns bei Luna Kaminski und Jonathan Grobe für ihre hilfreiche und wertvolle Unterstützung bei der Finalisierung dieses Beitrags.

vergangenen drei Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) eine hohe Zustimmung der europäischen Bevölkerung für euroskeptische Parteien gezeigt. Damit kann nun von einer Konsolidierung des Euroskeptizismus gesprochen werden (Braun & Carteny, 2024; Treib, 2021). Besonders in Deutschlands Nachbar- und Mitgründungsland der Europäischen Union (EU) Frankreich gewinnt die euroskeptische Partei *Rassemblement National* (RN) immer mehr AnhängerInnen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2022 war die Zustimmung für europakritische Parteien für die angrenzende Nachbarregion *Grand Est* durchaus sehr ausgeprägt: In der ersten Runde lag dort Marine Le Pen auf dem ersten Platz und in Kommunen mit unmittelbarer Nähe zum Saarland stimmte fast jede/r Zweite für die RN-Kandidatin (Maillasson & Schülke, 2022). Und das, obwohl die deutsch-französische Freundschaft so häufig als „Motor der Europäischen Union“ und die EU-Grenzregionen als „Reallabore der europäischen Integration“ bezeichnet werden (Europäisches Parlament, 2022). In vorherigen Arbeiten wurde sich bereits mit der Annahme auseinandergesetzt, dass Akzeptanz für die Zukunft der EU und den Fortgang des Integrationsprozesses notwendig sei (für einen guten Überblick, s. Reinl & Braun, 2022) – insbesondere in Grenzregionen (Kuhn 2011a; Nasr & Rieger, 2023; Rehm et al., 2024; Schmidberger, 1997, 8). Daraus lässt sich wiederum ableiten, dass die Nicht-Akzeptanz, die sich durch euroskeptische Haltungen manifestiert, dazu führen kann, dass der Integrationsprozess verlangsamt, gestoppt oder sogar abgebrochen wird. Daher ist das Verständnis von euroskeptischen Positionen und ihren Ursachen elementar für den Fortbestand der EU. Der Blick in die Grenzregionen in Europa kann hierbei besonders aufschlussreich sein (Wassenberg, 2013).

Die Forschung beschäftigt sich nun seit circa 30 Jahren mit dem Phänomen des ‚Euroskeptizismus‘, jedoch wurde die lokale politische Ebene dabei kaum betrachtet (Taggart & Szczerbiak, 2018). So konstatiert auch Bürkner (2020, 555) eine Forschungslücke in Bezug auf den Forschungsbereich der *Border Studies* und der Bedeutung von Grenzen für politische Polarisierung. Viele Forschungsarbeiten betrachten im Besonderen die deutsch-französische Grenzregion unter dem Blickwinkel der deutsch-französischen Zusammenarbeit (Weber et al., 2021; Wille, 2015). Die Frage nach der (mangelnden) Unterstützung der EU ist hingegen sehr lange eher unterbelichtet geblieben und rückte erst in jüngster Zeit stärker in den Fokus politikwissenschaftlicher Forschung. Dass der Forschungsbereich Euroskeptizismus hohe Relevanz sowohl für die Gesellschaft als auch für die Forschung hat, zeigt sich an der zunehmenden Kritik an der EU in allen

Mitgliedstaaten (Ketelhut et al., 2016, 286). Somit bietet eine Untersuchung dieses Phänomens in einer Grenzregion der EU mögliche Erkenntnisse und Forschungsansätze, die sich auch auf Grenzregionen anderer EU-Mitglieds-länder übertragen ließen.

Um nun die Frage nach Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus zu beantworten, wird der Ansatz einer Annäherung vom Abstrakten ins Konkrete verfolgt: Vom Euroskeptizismus im Allgemeinen zu Euroskeptizismus in Frankreich und Deutschland, hin zu Euroskeptizismus in Grenzregionen, endend bei den beiden grenzregionalen Fallbeispielstädten, die als Untersuchungskontext dienen sollen. Denn die Forschungsfrage, die dem Forschungsvorhaben zu Grunde liegt, kann nur im Konkreten beantwortet werden: Sind auf lokaler Ebene euroskeptische Positionen in Bezug auf die Grenzregion zu finden und wenn ja, welche? Um die Positionen greifbar zu machen, wird als Untersuchungskontext der Kommunalwahlkampf im Saarland 2019 und in Frankreich 2020 herangezogen. Die Annahme lautet, dass im Wahlkampf Themen von den Kandidierenden angesprochen werden, die die Wählerschaft beschäftigen. Ausgesucht wurden zwei Städte in unmittelbarer Nähe zur Grenze und zueinander: Saarbrücken und Forbach. Mit Hilfe einer Inhaltsanalyse der Berichterstattung zum Kommunalwahlkampf in den regionalen Tageszeitungen werden die Artikel auf Anzeichen zu Positionierungen zur Grenzregion als Symbol der europäischen Integration untersucht. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse stellen einen ersten Baustein zur Beantwortung der Frage nach Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus dar.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst werden wir eine theoretische Eingrenzung des Konzepts Euroskeptizismus vornehmen und in einen Zusammenhang zu EU-Grenzregionen setzen. Anhand der beiden Fallbeispielstädte findet schließlich die empirische Untersuchung der Fragestellung statt, gefolgt von einer Interpretation der Ergebnisse und einem kritischen Ausblick.

2. Forschungsstand: Euroskeptizismus und europäische Grenzregionen

Szczerbiak und Taggart (2003) haben bereits recht früh die Unterscheidung zwischen „weichem“ und „hartem“ Euroskeptizismus eingeführt, die in der Forschungsliteratur auch heute immer noch stark rezipiert wird. Harter Euroskeptizismus lehnt die aktuelle Umsetzung der europäischen Idee ab und fordert einen EU-Austritt, während weicher Euroskeptizismus die europäi-

sche Integration nicht grundsätzlich ablehnt, sondern Kritik an bestimmten Politikfeldern äußert, wodurch er nur „bedingt“ und „qualifiziert“ ist. Während der weiche Euroskeptizismus keine prinzipiellen Einwände zur Abgabe von nationaler Handlungsmacht hat, kritisiert harter Euroskeptizismus grundsätzlich die Übergabe von nationaler Handlungsmacht auf die supranationale Ebene.

Euroskeptizismus spielt auf allen Ebenen des Mehrebenensystems eine Rolle, zum Beispiel thematisieren u. a. Schmidberger (1997), Tausendpfund (2013) sowie Gross und Debus (2018) die Haltung zur Europäischen Integration in den Kommunen. Weniger erforscht aber besonders deutlich zu spüren, sind die Auswirkungen der europäischen Integration auf der Ebene der Grenzregionen z. B. durch Einkaufen gehen, arbeiten und Freizeitgestaltung über die innereuropäischen Grenzen hinweg. Grenzregionen gelten als Laboratorium der europäischen Integration (Klatt, 2020, 569), wobei sie die Ideale des europäischen Projekts verkörpern können, wie Durand et al. (2017, 2) schreiben. Grenzregionen sind jedoch nicht gezwungenermaßen Vorbildregionen für erfolgreiche europäische Integration, sondern können auch Laboratorien für potentiellen Euroskeptizismus sein (Wassenberg, 2010, 302–303). Denn die Koordination der nationalen Politiken in diesen Räumen verläuft nicht immer reibungslos (Ulrich, 2020, 169–170), sodass Grenzregionen sogar einen Gefahrenfaktor für Europa darstellen können (Wassenberg, 2013, 39–40). Eine Grenzregion kann das Scheitern der europäischen Integration aufzeigen und Desillusionierung gegenüber interkultureller Zusammenarbeit auslösen. Sie können also, so Durand et al. (2017, 3), sowohl den Fortschritt als auch die Herausforderungen widerspiegeln, mit denen die EU konfrontiert ist – so wie Euroskeptizismus (Durand et al., 2017, 18).

Aufgrund dieses Potentials von Grenzregionen und der Tatsache, dass EU-Grenzregionen 40 Prozent des EU-Gebietes ausmachen, wie seitens der Europäischen Kommission (EURES, o. J.) immer wieder Erwähnung findet, wird mit der Forschung zu Grenzregionen vor allem die Hoffnung verbunden „im Kleinen“ [die Integrationseffekte] messbar und stellvertretend auch für den gesamten EU-Raum vorzeigbar“ zu machen (Wassenberg, 2013, 38). Ein Überblick über die weiteren Studien, die es zu Euroskeptizismus in EU-Grenzregionen bereits gibt, soll im Folgenden gegeben werden. Dazu wird zuerst auf die allgemeinen Erkenntnisse zu EU-Grenzregionen eingegangen und anschließend auf einzelne Grenzregionsbeispiele. Im Kontext von EU-Einstellungen in Grenzregionen werden häufig die Studien

von Schmidberger (1997), Gabel (1998) und Díez Medrano (2003) herangezogen, die alle zu dem Schluss kommen, dass Menschen, die in Grenzregionen leben, etwas weniger anfällig für Euroskeptizismus sind als diejenigen in Kernregionen. Diese Ergebnisse, die für eine EU-positive Wirkung von Grenzregion sprechen, werden vor allem mit dem utilitaristischen sowie mit dem identitären Argument erklärt. Dabei lassen sich gleichermaßen positive wie negative Reaktionen auf die europäische Integration mit diesen beiden Argumenten erklären, wie Durand et al. bereits (2017) ganz konkret für Grenzregionen² aufzeigen können. Das *utilitaristische* Argument betrachtet die Kosten-Nutzen-Rechnung der europäischen Integration in Grenzregionen: Wenn diese zu einer verbesserten Lebensqualität führt, indem beispielsweise mehr und bessere Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten entstehen, führt dies zu einem positiven, europhilen Blick auf die EU. Wenn umgekehrt die Integration Nachteile induziert, wie verstärkten Wettbewerb oder höhere Preise, kann das zu einem Anstieg des Euroskeptizismus führen. Ob die Grenzlage zu vor- oder nachteiligen Effekten der europäischen Integration führt, kann einen Einfluss auf den Euroskeptizismus haben. Das *identitäre* Argument konzentriert sich hingegen auf die Auswirkungen der räumlichen Nähe aus europhiler und euroskeptischer Sicht: Sie kann durch Austausch sowohl zu einem Abbau von Vorurteilen und einer grenzüberschreitenden Identität führen, als auch unterschiedliche Positionen und Ungleichheiten sehr viel wahrnehmbarer machen als sie es in Orten des Kerngebietes sind.

Eine weitere aufschlussreiche Studie legte Kuhn (2011a) vor.³ Bei ihrer Untersuchung der lokalen Einstellungen in Deutschland und Frankreich verfolgte Kuhn die Annahme von Deutsch (1957), dass ein hoher Austausch zwischen den Bevölkerungen der EU-Mitgliedsländer zu einem Gemeinschaftsgefühl führen würde, was sich parallel zum identitären Argument lesen lässt. Dies kann sie mit ihrer Studie bestätigen: Menschen, die transnational sind, neigen weniger dazu, euroskeptisch zu sein (Kuhn, 2011b). Unter Transnationalismus versteht Kuhn

- (1) einen transnationalen Hintergrund, also z. B. eine doppelte Staatsbürgerschaft,

2 Diese theoretischen Argumente sind jedoch auch in der breiteren *EU-politics*-Literatur weit verbreitet.

3 Kuhn nutzte hier die Antworten des Eurobarometers 65.1 2006, die nicht frei einsehbar sind. Dadurch hatte sie Zugriff auf die Antworten aus circa 400 deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie auf 94 französische Départements (Kuhn, 2011, 100).

- (2) Praktiken, wie Auslandsaufenthalte, Beziehungen mit Menschen einer anderen Nationalität oder grenzüberschreitendes Arbeiten und
- (3) Humankapital, definiert als begünstigende Eigenschaften für einen transnationalen Umgang (z.B. Fremdsprachenkenntnisse) (Kuhn, 2011a, 100–101).

Menschen in Grenzregionen neigen weniger zu Euroskeptizismus, insbesondere wenn sie transnational sind, wie die Auswertung der deutschen Daten zeigte (Kuhn, 2011a, 105). Bei den französischen Grenzregionen ist dies nicht feststellbar. Dies begründet Kuhn damit, dass deutsche GrenzbewohnerInnen eher transnational tätig sind als die Französischen und somit der Euroskeptizismus vermindernde Effekt nicht einsetzen kann. Kuhn stellt jedoch fest, dass die Wohnnähe zu einer Grenze die BewohnerInnen signifikant transnationaler macht (Kuhn, 2011a, 113), jedoch ist der individuelle Transnationalismus entscheidend für die Einstellung zur EU und sei dabei kein „Mainstream-Phänomen“, sondern orientiere sich vor allem an Faktoren wie Bildung, Alter und Beruf (Kuhn, 2011b, 828). Für die deutsch-französische Grenzregion stellt sich hierbei die Frage, inwiefern die Bevölkerung individuellen Transnationalismus lebt und dementsprechend weniger wahrscheinlich zu Euroskeptizismus tendiert. Denn selbst häufiges Grenzüberqueren ist nicht mit grenzüberschreitenden Beziehungen gleichzusetzen (Klatt, 2020, 576).

Schmidberger (1998) untersuchte anhand des Eurobarometers 1991 bis 1995 die EU-Akzeptanz und die europäischen Identitäten in der deutsch-französischen Grenzregion und führte seine These – dass dort die Einstellungen der BürgerInnen besonders positiv gegenüber der europäischen Integration ausfallen – zurück auf die direkte ökonomische, kulturelle und soziale Betroffenheit. Dies folgt sowohl dem europhilen utilitaristischen als auch dem kulturell-identitären Argument. Er kann die These im Vergleich zu den nationalen Durchschnitten der beiden Länder als bestätigt sehen, was er auf die Grenzlage zurückführt. Jedoch kann das Ergebnis nicht uneingeschränkt auf EU-Grenzregionen im Allgemeinen übertragen werden. Kohli (2000, 132) verweist im Kontext der deutsch-französischen Grenzregion darauf, dass Straßburg als Sitz großer europäischer Institutionen die Identifikation mit der EU in der Region fördern könnte.

Während diese Ergebnisse einen sehr positiven Einfluss auf die Wahrnehmung der EU zeichnen, zeigen die Wahlergebnisse der französischen Präsidentschaftswahl 2017 ein gegenteiliges Resultat auf (Durand et al., 2017, 14): WählerInnen im nördlichen Teil von Lothringen unterstützten

massiv die Kandidatin des rechtsextremen und euroskeptischen RN und lagen damit auch über dem nationalen Durchschnitt – obwohl sie sich für die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen eingesetzt hat, betonen Durand et al. (2017, 14).

Dass Euroskeptizismus in Grenzregionen ein aufschlussreicher Forschungsbereich sein könnte, fand in jüngster Zeit auch wieder verstärkt in politikwissenschaftlichen Studien Berücksichtigung. Allerdings ist die empirische Evidenz bislang weiterhin alles andere als schlüssig: Bauhr und Charron (2024) zeigen empirisch, dass europäische BürgerInnen, die in der Nähe einer innereuropäischen Grenze leben, eine stärkere europäische Identität haben, während zwei andere Studien empirische Belege für das genaue Gegenteil liefern: Nasr und Rieger (2024) zeigen, dass BewohnerInnen von Grenzregionen in ganz Europa euroskeptischer sind, sowohl was das tatsächliche Wahlverhalten als auch die politischen Einstellungen betrifft. Rehm et al. (2024) zeigen für Deutschland, dass das Leben in einer Grenzregion nicht mit einer stärkeren Bindung an Europa verbunden ist.

3. Forschungsdesign

EU-Grenzregionen werden somit häufig als Paradebeispiele der europäischen Integration herangezogen. Dies kann sich jedoch in zwei Richtungen zeigen, da hier sowohl Vor- als auch Nachteile der grenznahen Lage deutlich zu spüren sind. Mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse wollen wir deshalb untersuchen, ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus auf lokaler politischer Ebene in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl in den zwei Grenzstädten Forbach und Saarbrücken äußert.

Die deutsch-französische Grenzregion stellt einen besonders vielversprechenden Untersuchungsrahmen dar, da in ihr zwei EU-Gründungsländer aufeinandertreffen. Die Nachbarländer haben eine bewegte Geschichte, die vor allem entlang dieser Grenze auch heute noch zu spüren ist. Die heutige administrative, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit steht somit sinnbildlich für die Idee der europäischen Einigung. Daher schließt sich diese Arbeit den Studien von Schmidberger (1997; 1998) sowie Kuhn (2011a) an und zieht einen Ausschnitt der deutsch-französischen innereuropäischen Grenzregion als Untersuchungsgegenstand heran und beschäftigt sich mit den beiden Städten Forbach und Saarbrücken. Beide Städte werben dafür bzw. legen besonderen Wert auf grenzüberschreitende Kooperationen sowie die Idee

der europäischen Einigung. Aus diesem Grund werfen wir einen systematischen Blick in die Wahlkampfdynamiken in diesen beiden Städten. Unser Ziel ist es dabei, zu erforschen ob und in welcher Form sich Euroskeptizismus hier in der Berichterstattung zur Bürgermeisterwahl manifestiert.

Zur Untersuchung von Wahlkämpfen ist auf nationaler und regionaler Ebene die Analyse von Parteiprogrammen in der politikwissenschaftlichen Forschung weit verbreitet. Auf lokaler Ebene hingegen finden sich bisher weniger Studien, wie Gross und Jankowski (2017, 2–3) feststellen. Alternativ gewähren Zeitungsartikel ebenfalls einen wertvollen Einblick in die öffentliche Positionierung, aber noch viel mehr in die öffentliche Wahrnehmung von Kandidierenden. Daher dienen in der vorliegenden Studie als Analysegrundlage Zeitungsartikel aus den jeweiligen lokalen Zeitungen im Zeitraum des Wahlkampfes. So soll festgestellt werden, ob die Grenzlage im Wahlkampf eine Rolle gespielt hat und wenn ja, inwiefern eine Positionierung zur europäischen Integration und somit zu einer möglichen euroskeptischen Einstellung herausgearbeitet werden kann.

Für Saarbrücken diente die *Saarbrücker Zeitung* als Untersuchungsmaterial. Da es sich hierbei um eine lokale Tageszeitung handelt, kann davon ausgegangen werden, dass der Oberbürgermeisterwahlkampf von den LokaljournalistInnen begleitet wurde. Zur Gewinnung des Materials diente die WISO-Suchmaschine (<https://www.wiso-net.de/dosearch>, zuletzt abgerufen: 26.07.2024). Der Untersuchungszeitraum belief sich auf den 01.04.2019 bis zum 10.06.2019, da der 01.04.2019 acht Wochen vor dem ersten Wahltermin, dem 26.05.2019, lag und der zweite Wahltermin der 09.06.2019 war. Zur Wahl aufgestellt waren acht Kandidierende. Während bei manchen Kandidierenden der Nachname reichte, um die passenden Ergebnisse zu erhalten, musste bei anderen der Vorname hinzugenommen werden, um relevante Beiträge angezeigt zu bekommen.

Für Forbach wurde die regionale Tageszeitung *Le Républicain Lorrain* herangezogen. Da sie auch eine eigene Rubrik für die Stadt Forbach hat, war auch hier davon auszugehen, dass der Wahlkampf von den JournalistInnen vor Ort verfolgt wurde. Auf die Zeitung wurde über die Suchmaschine Lexis Nexis (<https://www.lexisnexis.com/de-de>, zuletzt abgerufen: 26.07.2024) zugegriffen. Wie auch schon zuvor für die Saarbrücker Zeitung wurde auch hier der Beginn des Zeitraumes auf acht Wochen vor dem ersten Wahltermin, der am 15.03.2020 war, und das Ende auf den Tag nach der zweiten Runde, dem 28.06.2020, gesetzt. Somit entsteht der Zeitraum vom 20.01.2020 bis zum 29.06.2020. Dieser Zeitraum ist erheblich länger als der zu vergleichende in Saarbrücken, da im Frühjahr 2020 die Corona-Pan-

demie ausbrach und somit nicht wie sonst üblich eine Woche nach dem ersten Wahltermin der zweite stattfand, sondern erst 15 Wochen danach. In Forbach stellten sich acht KandidatInnen zur Wahl.

4. Ergebnisse

Insgesamt konnten für die beiden Kommunalwahlkämpfe im Jahr 2019 und 2020 in der *Saarbrücker Zeitung* und im *Républicain Lorrain* insgesamt 276 Artikel erhoben werden. Die Auswertung des Materials erbringt fünf bzw. sechs Artikel,⁴ in denen ein Bezug zur deutsch-französischen Grenzregion zu erkennen ist. Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Inhaltsanalyse im Einzelnen für Saarbrücken und Forbach vorgestellt werden.

4.1. Saarbrücken

Tabelle 1: Anzahl der Artikel in der Saarbrücker Zeitung (eigene Darstellung)

Stichwörter	Anzahl der Artikel
Conradt	30
Charlotte Britz	89
Meyer-Gluche	28
Markus Lein	16
Hadjimohamadvali	9
Gerald Kallenborn	19
Otfried Best	12
Michael Franke	9
Total	212
Total nach Bereinigung der Duplikate	137

Quelle: WISO-Datenbank mit den Parametern Saarbrücker Zeitung, 01.04.2019 – 10.06.2019, Name KandidatIn

Die Anzahl der Artikel pro KandidatIn kann Tabelle 1 entnommen werden. Die gewonnenen Artikel wurden miteinander abgeglichen und Dopplun-

4 Bei fünf Artikeln konnte ein eindeutiger EU- bzw. Grenzregion-Bezug identifiziert werden. Der sechste Artikel zeigt indirekt einen Grenzregion- bzw. EU-Integrationsbezug.

gen eliminiert. Dies kam beispielsweise in Artikeln vor, in denen alle Kandidierenden vorgestellt wurden. In diesem Fall wurde dann aus acht Ergebnissen eines einbezogen. Die Größe der dadurch erlangten Stichprobe liegt bei 137 Artikeln.

Die Anzahl der Artikel ist nicht zu verwechseln mit der Anzahl an Artikeln, in denen tatsächlich inhaltliche Positionen der Kandidierenden zu finden sind. Der Wahlkampf in Saarbrücken wurde medial von der lokalen Tageszeitung relativ schwach begleitet, d.h. es fanden sich generell nicht sehr viele Artikel zu Wahlkampfthemen. Entsprechend dem Nachrichtenfaktor Prominenz wurden die meisten Artikel über die damalige Amtsinhaberin Charlotte Britz (SPD) und den damaligen Direktor der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) sowie Geschäftsführer der Gesellschaft zur Medienförderung Saarland – Saarland Medien mbH Uwe Conradt (CDU) veröffentlicht. Artikel mit explizitem Bezug zum Wahlkampf finden sich nur wenige. Am 08.05.2019 wurde über eine Podiumsdiskussion der acht Kandidierenden berichtet, wobei auf die unterschiedlichen Positionen der Kandidierenden eingegangen wurde. Auch fünf Tage später, erschien in der Saarbrücker Zeitung ein längerer Artikel über die acht Kandidierenden und ihre Positionen für die Zukunft der Stadt. Neben diesen zwei Übersichtsartikeln hat die Saarbrücker Zeitung außerdem Porträts zu den einzelnen Kandidierenden veröffentlicht. Zusätzlich lassen sich in anderen Kontexten noch vereinzelte inhaltliche Positionierungen der Kandidierenden finden, wie zum Beispiel in einem Artikel, in dem der CDU-Kandidat Uwe Conradt die „Randständigen“-Situation an einer zentralen Bushaltestelle kritisiert. Kurz vor der zweiten Wahlrunde veröffentlichte die Saarbrücker Zeitung einen Artikel mit den Positionen der beiden FinalistInnen, der SPD-Kandidatin Britz und des CDU-Kandidaten Conradt. Neben dieser sehr geringen inhaltlichen Darstellung des Wahlkampfes in der lokalen Tageszeitung zeigt sich auch in Bezug auf die Themen, dass die Grenzregion in der durch die lokale Presse dargestellten öffentlichen Debatte bei der letzten Kommunalwahl kaum eine Rolle gespielt hat, denn in keinem Artikel werden die Grenzregion, Frankreich oder die europäische Integration mit ihren Folgen für die StadtbewohnerInnen explizit angesprochen. Stattdessen standen folgende Themen ohne Grenzraum- oder Europabezug im Mittelpunkt des Wahlkampfes:

- Sozialer und bezahlbarer Wohnungsraum und -bau
- Kita-Gebühren
- Klimaschutz

- Ausbau und Preissenkung des öffentlichen Personennahverkehrs
- Südumfahrung, Schaffung eines Autobahnringes um die Stadt
- Parkhaus- und Parkplatzsituation

Ein kurzer Abschnitt in einem Porträt zum CDU-Kandidaten lässt sich ansatzweise in das Thema europäische Integration bzw. Grenzregion eingliedern. Die folgende Textstelle stellt den sechsten Artikel, der lediglich einen indirekten Themenbezug hat, dar:

Conradt will Saarbrücken zum „Zentrum zwischen Paris und Frankfurt“, zur „Pionierstadt“ machen. Wie andere kleinere Städte zuvor habe auch Saarbrücken das Potenzial, *Kulturhauptstadt Europas* zu werden. (Rols hausen, 2019, Hervorhebung durch die AutorInnen)

Hierbei lassen sich in schwacher Form Einstellungen zur EU und zur europäischen Integration ablesen. So positioniert sich der CDU-Kandidat positiv gegenüber der französischen Nachbarregion, da er den Wunsch äußert, als Zentrum zwischen den beiden Standorten Paris und Frankfurt wahrgenommen zu werden. Mit diesem Dasein als „Zentrum“ wäre auch ein erhöhtes Aufkommen von Französinnen und Franzosen in Saarbrücken zu vermuten. Die damit verbundene Bewegungsfreiheit ist eines der elementaren Rechte, das die europäische Integration den EU-BürgerInnen gebracht hat. Somit spricht diese Aussage für eine europhile Sichtweise, die sich durch die Grenzlage zwischen Deutschland und Frankreich ergibt. Es lässt sich die Hypothese aufstellen, dass diese Aussage durch eine utilitaristische Perspektive geprägt ist, da Paris und Frankfurt als Wirtschaftsstandorte bekannt sind und somit Saarbrücken durch die vermutlich finanziestarken PendlerInnen finanziell von diesen profitieren könnte. Und auch die Vision der Kulturhauptstadt Europas lässt sich einer gewissen Europhilie zuordnen, die durch die Grenzregion ausgelöst sein könnte. Wenn dem so wäre, dann könnte hierbei das identitäre Argument zu finden sein: Die Grenzlage zwischen Deutschland und Frankreich könnte als Argument bei der Bewerbung für den Status der Kulturhauptstadt Europas angeführt werden, da diese die kulturelle Vielfalt und Besonderheit einer europäischen Grenzregionsstadt darstellt. Es wird jedoch betont, dass diese Interpretationen aufgrund fehlender Kontexte und kurzer Zitate aus der *Saarbrücker Zeitung* vorsichtig betrachtet werden sollten.

4.2. Forbach

Die Anzahl der Artikel pro Kandidaten in Forbach kann Tabelle 2 entnommen werden. Genauso wie im Falle der *Saarbrücker Zeitung* kam es aus den gleichen Gründen (Artikel mit Nennung aller KandidatInnen) auch beim *Républicain Lorrain* zu Dopplungen. Ohne Duplikate liegt eine Gesamtheit von 139 Artikeln vor.

Tabelle 2: Anzahl der Artikel im *Républicain Lorrain* (eigene Darstellung)

Stichwörter	Anzahl der Artikel
Forbach AND Cassaro	79
Forbach AND Diligent	74
Forbach AND Homberg	68
Forbach AND Peyron	70
Forbach AND Philippot	60
Forbach AND Bendaouadji	36
Forbach AND Thiel	47
Forbach AND Terragnolo	17
Total	451
Total nach Bereinigung der Duplikate	139

Quelle: LexisNexis-Datenbank; Parameter: Le *Républicain Lorrain*, 20.01.2020 – 29.06.2020, Name KandidatIn, und „Forbach“

Auch hier fällt wieder auf, dass die Kandidaten, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind, häufiger in der lokalen Tageszeitung erwähnt wurden. Am häufigsten wurde Alexandre Cassaros Name gedruckt, der zum damaligen Zeitpunkt bereits Regionalrat der Region *Grand Est*, Delegierter für die Gleichstellung von Frauen und Männern und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten war. Zusätzlich ist auch Thierry Homberg den BürgerInnen bereits bekannt gewesen, da er zuvor stellvertretender Bürgermeister Forbachs war. Außerdem traten Cassaro, Diligent und Philippot bereits bei der letzten Kommunalwahl 2014 an. Die vier Kandidaten, über die die meisten Artikel (> 60 Artikel) veröffentlicht wurden, standen alle erneut in der zweiten Runde zur Wahl: Cassaro, Diligent, Homberg und Peyron. Auch wenn sich auf französischer Seite mehr Artikel mit Bezug zur Kommunalwahl finden lassen, so spielt auch auf der französischen Seite der Grenze die Grenzraumthematik kaum eine Rolle. Positionierungen finden sich einerseits, wie auch schon auf deutscher

Seite zu beobachten, in Porträts der Listen und deren Anführer, als auch andererseits in Themenblöcken, bei denen sich die Kandidaten in kurzen Statements zu bestimmten Themen positionieren sollten (Management der Gesundheitskrise und Stärkung des kulturellen Angebots). Die Wahlkampfthemen waren unter anderem die folgenden:

1. Wahlrunde

- Zustand der Straßen: Instandsetzung von Straßen und Bürgersteigen
- Gestaltung der Innenstadt (Handel in der *Rue Nationale*)
- Förderung der Wirtschaft/des Handels vor Ort (Unterstützung von Arbeitsplätzen)
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs
- Sicherheit (Steigerung der Mittel für Stadtpolizei, Videoüberwachung)
- Unterbringung von MigrantInnen
- Umwelt
- Einführung einer lokalen Währung (Lucien Terragnolo, RN)
- Einbahnstraße in Marienau
- Wiedereinführung der Sperrmüllabfuhr
- Bekämpfung illegaler Müllkippen

2. Wahlrunde

- Gesundheitssystem
- Wirtschaft
- Müllabfuhrgebühr
- Umweltschutz

Lokale Themen haben somit definitiv den Wahlkampf bestimmt. Bei einem der acht Kandidaten finden sich vereinzelt Positionen, die sich in den Kontext der Grenzregion und der Auswirkungen der europäischen Integration auf das Leben der ForbacherInnen beziehen. So berichtet der *Républicain Lorrain* über die Schwerpunkte der Wahlprogramme der Kandidierenden und nennt in diesem Rahmen die drei Schwerpunkte des ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Alexandre Cassaro: „l'économie, l'éducation et l'Europe“. Von den fünf Artikeln, in denen Positionen zur EU, zur Grenzregion oder zu Auswirkungen der europäischen Integration erkannt werden konnten, beziehen sich vier auf Aussagen Cassaros und zwei auf Aussagen Diligents. Da es sich um sehr

wenige und ausreichend kurze Textpassagen handelt, können diese hier vorgestellt werden:

Alexandre Cassaro [...] dévoile une longue liste de 119 propositions dans tous les domaines, avec *une large place pour l'économie, l'éducation et l'Europe*. Sans surprise, il préconise de *renforcer les relations avec la Sarre*. Mais le trentenaire voit plus loin et voudrait aussi rapprocher Forbach d'une autre ville de la Grande Région : *Luxembourg*. Il réclame ainsi une *liaison ferroviaire quotidienne directe entre Forbach et la capitale du Grand-Duché*. Il voudrait aussi accentuer la *promotion de Forbach auprès des Luxembourgeois* pour les inciter à venir découvrir les sites touristiques (musée de la mine), l'offre culturelle (Le Carreau) et les animations (meeting international d'athlétisme, etc.) de Forbach. Alexandre Cassaro voit plus loin que la Sarre et aimeraît rapprocher Forbach de Luxembourg-ville. (Moreau, 2020, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁵

Diese Textstelle zeigt, dass die Grenzlage für den Forbacher Kandidaten im Mittelpunkt seines politischen Programmes steht. Sie gliedert sich ein in das europhile utilitaristische Argument, das die Vorteile der Grenzregion auf Grundlage einer positiven Kosten-Nutzen-Rechnung sieht. So möchte Cassaro sowohl die Beziehungen zum deutschen Nachbarn (Saarland) als auch zum luxemburgischen Nachbarn nutzen, um BesucherInnen nach Forbach zu bringen, wo sie wiederum Geld in die lokalen Kassen (touristische Attraktionen, kulturelle Angebote und Veranstaltungen jeder Art) bringen würden. Dafür möchte der Kandidat den öffentlichen Personennahverkehr zwischen Forbach und Luxemburg ausbauen.

Alexandre Cassaro: „La présence d'une Scène Nationale à Forbach constitue un atout pour rayonner au-delà de notre territoire. *Les specta-*

5 Deutsch: „Alexandre Cassaro [...] stellt eine lange Liste von 119 Maßnahmen auf allen Feldern mit einem starken Fokus auf Wirtschaft, Bildung und Europa vor. Wenig überraschend befürwortet er eine Stärkung der Beziehungen zum Saarland. Der Dreißigjährige will aber seinen Blick weiten und Forbach auch einer anderen Stadt in der Großregion annähern: Luxembourg. So fordert er eine direkte tägliche Bahnverbindung zwischen Forbach und der Hauptstadt des Großherzogtums. Er will auch Forbach bei den Luxemburgern bekannter machen und sie dazu bringen, die touristischen Stätten (Grubenmuseum), das kulturelle Angebot (Theater Le Carreau) und Veranstaltungen (internationales Leichtathletiktreffen etc.) in Forbach zu entdecken. Alexandre Cassaro blickt über das Saarland hinaus und möchte Forbach näher an Luxemburg bringen.“ (Übersetzung Florian Lisson).

teurs sont issus de Sarre et du Grand Est et donc autant de consommateurs potentiels pour nos commerces et restaurants.“ (Stifter, 2020a, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁶

Dass den Kandidaten der Republikaner vor allem die wirtschaftliche Seite der Auswirkungen der europäischen Integration interessiert, lässt sich auch an der zweiten Textstelle erkennen. In einem Beitrag, in dem alle Kandidaten Position zum kulturellen Angebot in Forbach einnehmen sollen, betont Cassaro die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen ZuschauerInnen, die nach Forbach kommen, um sich ein Theaterstück im Theater *Le Carreau* anzuschauen. Denn jeder und jede ZuschauerIn ist potentiell auch ein oder eine KonsumentIn, der oder die Gelder in den lokalen Handel und die lokalen Restaurants bringt. Cassaro arbeitet also auch hier den wirtschaftlichen Vorteil der Grenznähe heraus.

Alexandre Cassaro: „Il faudra une action forte pour réclamer la pérennisation des lits de réa à Forbach. Il faut maintenir et même renforcer nos établissements de santé. Développer la coopération transfrontalière entre hôpitaux aussi“ [...]. (Stifter, 2020b, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁷

Die Kosten-Nutzen-Rechnung fällt für Cassaro aber nicht nur wirtschaftlich positiv aus, wie in der dritten Textstelle deutlich wird. Auch in Bezug auf die Corona-Pandemie sieht er einen Vorteil durch die Grenznähe, da diese die Kooperation der Krankenhäuser ermöglicht, welche weiterentwickelt werden müsse. Diametral entgegengesetzt sieht das sein Kontrahent Eric Diligent, wie in der nächsten Textstelle deutlich wird.

Éric Diligent assure qu'il a « toujours critiqué la gestion uniquement comptable de la santé ». Le conseiller municipal d'opposition sortant (19,32 % au premier tour) estime qu'il faut remettre « la préservation de l'hôpital au centre des préoccupations ». Le candidat divers droite *se méfie*, en revanche, *des partenariats avec les hôpitaux sarrois* : « Le

6 Deutsch: „Die Theaterbühne in Forbach stellt einen Pluspunkt dar, der unsere Gemeinde über ihre Grenzen bekannt macht. Die Zuschauer kommen aus dem Saarland und Grand Est und sind daher ebenso potentielle Kunden unserer Geschäfte und Restaurants.“ (Übersetzung Florian Lisson).

7 Deutsch: „Wir müssen uns für den dauerhaften Erhalt der Reha-Plätze in Forbach einsetzen. Wir müssen unsere Gesundheitseinrichtungen erhalten und weiter ausbauen. Das gilt auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Krankenhäuser.“ (Übersetzung Florian Lisson).

danger, c'est qu'on devienne dépendants des hôpitaux allemands. On ne doit pas priver notre hôpital de capacités sous prétexte de collaboration avec la Sarre. » (Stifter, 2020b, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁸

Cassaro und Diligent sind allerdings die einzigen Kandidaten, die in ihren Statements zum Krankenhaus-Management im Kontext der Corona-Pandemie die Grenzregion bzw. die Zusammenarbeit mit den deutschen Krankenhäusern thematisieren. Diligent spricht sich für ein Bremsen der Kooperation mit dem Saarland aus, da er die Gefahr einer Abhängigkeit von den deutschen Krankenhäusern sieht. Hierbei ist deutlich das typische Muster der Diskussion rund um die EU zu erkennen: Mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit führt häufig zu weniger nationaler Souveränität. Diligent sieht dementsprechend eine größere Gefahr in Bezug auf einen Souveränitätsverlust im Bereich der Gesundheitsversorgung als einen Vorteil durch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Damit lässt sich Diligents Aussage als Euroskeptizismus einordnen, der von Angst vor Souveränitätsverlust geprägt ist.

Besonders auffallend bei der Analyse der Ergebnisse ist, dass trotz der Corona-Pandemie und der dadurch spürbaren Auswirkungen auf die Grenzregion, wie zum Beispiel die Krankentransporte aber auch die geschlossenen Grenzen, sich nur zwei der acht Kandidaten zu der Krankenhaus-Kooperation und kein Kandidat zu den geschlossenen Grenzen geäußert haben. Dies lässt sich mit der fehlenden politischen Kompetenz erklären, da sie keine Verfügungsgewalt über die Grenzschließungen hatten. Jedoch äußern sich PolitikerInnen nicht immer nur zu Themen, über die sie tatsächlich verfügen können, sondern auch zu Themen, die sie beschäftigen. Angesichts der spürbaren Auswirkungen der Grenzschließungen auf PendlerInnen und den Alltag der BürgerInnen wäre eine Positionierung der Kandidierenden zu diesem Thema zu erwarten gewesen, entweder unterstützend für nationale Maßnahmen oder kritisch und im Einklang mit dem EU-Grundgedanken der gemeinsamen Problemlösung.

8 Deutsch: „Éric Diligent betont, dass er die ‚rein profitorientierte Sicht auf den Gesundheitssektor stets kritisiert‘ habe. Für das Mitglied des Gemeinderats der größten Oppositionspartei (19,32 % im ersten Wahlgang) hat der Erhalt des Krankenhauses ‚oberste Priorität‘. Der Mitte-Rechts-Kandidat sieht dagegen die Partnerschaft mit den saarländischen Krankenhäusern kritisch: ‚Die Gefahr besteht, dass wir uns von den deutschen Krankenhäusern abhängig machen. Wir dürfen keine unserer Krankenhauskapazitäten unter dem Vorwand der Zusammenarbeit mit dem Saarland aufgeben.‘“ (Übersetzung Florian Lisson).

Innover face à la crise économique [...] « Forbach ne peut *pas réussir seule*, rappelle Éric Diligent, il faut absolument *travailler avec nos voisins*, il faut se *tourner par l'Allemagne* car on voit bien que Paris n'est pas intéressé par nous. » (Stifter, 2020c, Hervorhebung durch die Autorinnen)⁹

Diligent betrachtet den deutschen Nachbarn im Kontext der Wirtschaftskrise als Chance, ohne jedoch konkrete Vorstellungen zur Zusammenarbeit zu äußern. Dennoch wird sichtbar, dass er das Nachbarland als wirtschaftlichen Vorteil und die Möglichkeit zur Zusammenarbeit – beides im Kontext der europäischen Integration zu sehen – als positiv bewertet. Obwohl er bei der Krankenhaus-Kooperation zu einem negativen Ergebnis kommt, unterstreicht er dennoch die Vorteile der Grenzregion und der europäischen Integration, insbesondere die Grundfreiheiten der EU, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Die letzte Textstelle in Bezug zu Cassaro ist die Einzige, die sich in erster Linie dem europhenen identitären Argument der europäischen Binnen-Grenzregion zuordnen lässt, da hier explizit von europäischen Werten gesprochen wird. Sie ist zwar kurz, aber die Tatsache, dass ein neu gewählter Bürgermeister in seinen ersten Worten im Amt sich auf die europäischen Werte als eines der Leitmotive für seine Amtszeit bezieht, zeigt, dass das Thema für ihn einen hohen Stellenwert besitzt.

Le trentenaire dit *vouloir s'appuyer sur « des valeurs républicaines, humanistes, progressistes mais aussi européennes »* lors de son mandat, tout en promettant de la proximité envers les Forbachois. (Stifter, 2020d, Hervorhebung durch die Autorinnen)¹⁰

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass die Ergebnisse ein Bild des Kommunalwahlkampfes zeichnen, in dem der lokale Kontext der Grenzregion in Saarbrücken nur stark implizit und in Forbach zwar häufiger und expliziter als in Saarbrücken aber trotzdem nach wie vor untergeordnet in der medialen Öffentlichkeit (hier gemessen über die Berichterstattung in den Zeitungen) thematisiert wird. Die Grenzraumthematik

9 Deutsch: „Neue Wege bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise gehen [...] ,Forbach kann *allein nicht erfolgreich sein*‘, sagt Éric Diligent. Wir müssen unbedingt *mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten*. Wir müssen uns *nach Deutschland hin orientieren*, da wir ja feststellen, dass sich Paris für uns nicht interessiert.“ (Übersetzung Florian Lissom).

10 Deutsch: „Der Dreißigjährige möchte sich während seiner Amtszeit auf ‚republikanische [= demokratische, Anm. F. L.], humanistische, fortschrittliche, aber auch europäische Werte‘ berufen und verspricht, nah bei den Menschen in Forbach zu sein.“ (Übersetzung Florian Lissom).

sowie die europäische Einigung spielen in den beiden ausgewählten Städten der deutsch-französischen Grenzregion somit eine eindeutig untergeordnete Rolle. Mit Blick auf die Spielarten des Euroskeptizismus ließ sich am häufigsten eine utilitaristische Europhilie in fünf der sechs Textstellen identifizieren. Deutlich seltener, aber trotzdem auftretend war die identitäre Europhilie mit einer Textstelle in einem französischen und einer in einem deutschen Artikel. Eine angedeutete Form von utilitaristischer Europhobie wiederum zeigte sich nur in einem der französischen Artikel. Identitäre Europhobie konnte in den lokalen Zeitungsartikeln zu den untersuchten Kommunalwahlkämpfen in Saarbrücken und Forbach nicht gefunden werden.

5. Fazit

Die lokale mediale Beschäftigung in den beiden ausgewählten Zeitungen zum Thema europäische Grenzregion ist im Wahlkampf in Saarbrücken und Forbach eher gering ausgefallen. Der Wahlkampf wurde in beiden Städten vornehmlich durch klassische kommunale Themen wie Parkplätze und Müllabfuhrgebühren geprägt. Die Grenzregion hat im lokalen Kontext in Forbach eine kleine und in Saarbrücken keine direkte Präsenz in der lokalen Berichterstattung gefunden. Die Fälle, die insgesamt herausgearbeitet werden konnten, sind mit einer deutlichen Mehrheit der europhilen utilitaristischen Sichtweise auf die Grenzregion zuzuordnen. In weniger Fällen konnte eine identitäre Europhilie gezeigt werden. Exemplarisch für die utilitaristische Europhobie ist einerseits die kritische Einstellung gegenüber der deutsch-französischen Kooperation auf Krankenhaus-Ebene, die im Kleinen die großen Linien des Euroskeptizismus nachzeichnet: Die Ablehnung von Souveränitätsabgabe zu Gunsten einer fortschreitenden europäischen Integration, die sich in Richtung der Supranationalität bewegt.

Welche Rolle spielt nun Euroskeptizismus in der deutsch-französischen Grenzregion auf lokaler politischer Ebene? Mit Blick auf die Daten, die in Rahmen der zugrundeliegenden Masterarbeit gesammelt und ausgewertet wurden: kaum eine. Die Inhaltsanalyse der Berichterstattung der lokalen Tageszeitungen konnte zeigen, dass die europäische Integration nicht thematisiert wurde. Somit scheint Euroskeptizismus im lokalen Wahlkampf in Saarbrücken 2019 und in Forbach 2020 keine Rolle gespielt zu haben.

Dieses Ergebnis liefert erste Hinweise auf das Phänomen des parteibasierten Euroskeptizismus in Grenzregionen. Jedoch muss es durchaus mit

Vorsicht interpretiert werden. Denn nur weil keine eindeutigen Anzeichen für Euroskeptizismus in der lokalen Berichterstattung zu den Kommunalwahlen identifiziert werden konnten, ist dies nicht mit der Abwesenheit von Grenzregion-induziertem Euroskeptizismus gleichzusetzen. So kann es während des Wahlkampfes zu Haustürgesprächen zwischen Kandidierenden und WählerInnen gekommen sein, in denen Themen in Bezug auf die Grenzregion eine Rolle gespielt haben. Daher könnten euroskeptische Positionen durchaus den nicht medial dargestellten Wahlkampf geprägt haben, ohne dass dies durch die vorliegende Arbeit erfasst werden konnte. Weiter befindet sich Lokaljournalismus häufig – wie auch in diesem Fall – unter keinem Konkurrenzdruck, weswegen eine möglichst umfangreiche und qualitativ hochwertige Berichterstattung des Kommunalwahlkampfs nicht unbedingt gegeben ist. Auch dadurch ist das Untersuchungsmaterial stark von den LokaljournalistInnen abhängig, die entscheiden, wozu sie wieviel und in welcher Form schreiben. Daher wäre ein Ansatz für zukünftige Forschungsarbeiten, sich während eines Kommunalwahlkampfes als beobachtende Person in Situationen zu bringen, in denen Kandidierende mit WählerInnen ins Gespräch kommen, wie zum Beispiel in Vorstellungsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder auch beim „Haustürwahlkampf“. Somit könnte ein wichtiger Teil der nicht medial vermittelten Realität untersucht werden.

Bibliografie

- Bauhr, M., & Charron, N. (2024). Europe Around the Corner? How Border Proximity and Quality of Government Explains European Identity. *European Union Politics*, 25(2), 376–395. DOI:10.1177/14651165231216882
- Braun, D., & Carteny, G. (2024). How Does Eurosceptic Party Consolidation Transform Party Competition Over European Issues? *Politische Vierteljahresschrift*, online first: DOI:10.1007/s11615-024-00551-0
- Bürkner, H.-J. (2020). Europeanisation versus Euroscepticism: Do Borders Matter? *Geopolitics*, 25(3), 545–566. DOI:10.1080/14650045.2020.1723964
- Deutsch, K. W. (1957). *Political Community and the North Atlantic Area: International Organization in the Light of Historical Experience*. Princeton Univ. Press.
- Díez Medrano, J. (2003). *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom*. Princeton Univ. Press.
- Durand, F., Decoville, A., & Knippschild, R. (2017). Everything All Right at the Internal EU Borders? The Ambivalent Effects of Cross-Border Integration and the Rise of Euroscepticism. *Geopolitics*, 25(3), 587–608. DOI:10.1080/14650045.2017.1382475

- Europäisches Parlament (2022, 15. September). Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. September 2022 zum Thema „Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration“ (2021/2202(INI)). https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0327_DE.html [18.10.2023].
- EUROpean Employment Services [EURES] (o. J.). EURES in Grenzregionen. https://eures.europa.eu/eures-services/eures-cross-border-regions_de [26.07.2024].
- Gabel, M. J. (1998). *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. The University of Michigan Press.
- Gross, M., & Debus, M. (2018). Does EU Regional Policy Increase Parties' Support for European Integration? *West European Politics*, 41(3), 594–614. DOI:10.1080/01402382.2017.1395249
- Gross, M., & Jankowski, M. (2017). *Analyzing Local Party Manifestos in Multi-Level Democracies*. Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises „Handlungs- und Entscheidungstheorie“.
- Ketelhut, J., Kretschmer, A., Lewandowsky, M., & Roger, L. (2016). Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(2), 285–304.
- Klatt, M. (2020). The So-Called 2015 Migration Crisis and Euroscepticism in Border Regions: Facing Re-Bordering Trends in the Danish–German Borderlands. *Geopolitics*, 25(3), 567–586. DOI:10.1080/14650045.2018.1557149
- Kohli, M. (2000). The Battlefields of European Identity. *European Societies*, 2(2), 113–137. DOI:10.1080/146166900412037
- Kuhn, T. (2011a). Europa ante Portas: Border Residence, Transnational Interaction and Euroscepticism in Germany and France. *European Union Politics*, 13(1), 94–117. DOI:10.1177/1465116511418016
- Kuhn, T. (2011b). Individual Transnationalism, Globalisation and Euroscepticism: An Empirical Test of Deutsch's Transactionalist Theory. *European Journal of Political Research*, 50(6), 811–837. DOI:10.1111/j.1475 – 6765.2011.01987.x
- Maillasson, H., & Schülke, S. (2022, 12. April). Das Saarland blickt besorgt auf den Ausgang der Wahl in Frankreich. *Saarbrücker Zeitung*, S. 1.
- Moreau, S. (2020, 12. Februar). Cassaro veut rapprocher Forbach du Luxembourg; Murmures politiques. *Le Républicain Lorrain*, S. 5.
- Nasr, M., & Rieger, P. (2023). Bringing Geography Back In: Borderlands and Public Support for the European Union. *European Journal of Political Research*, online first: DOI:10.1111/1475–6765.12652
- Rehm, M., Schröder, M., & Wenzelburger, G. (2024). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *Journal of Common Market Studies*, online first: DOI:10.1111/jcms.13607
- Reinl, A.-K., & Braun, D. (2023). Who Holds the Union Together? Citizens' Preferences for European Union Cohesion in Challenging Times. *European Union Politics*, 24(2), 390–409.
- Rolshausen, M. (2019, 24. April). „Ihr braucht keine Angst mehr zu haben“. Uwe Conradt geht für die CDU in die Saarbrücker Oberbürgermeister-Wahl. *Saarbrücker Zeitung*, S. C2.

- Schmidberger, M. (1997). *Regionen und europäische Legitimität: Der Einfluß des regionalen Umfeldes auf Bevölkerungseinstellungen zur EU*. Lang.
- Schmidberger, M. (1998). EU-Akzeptanz und europäische Identität im deutsch-französischen Grenzgebiet. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25–26, 18–25.
- Stifter, S. (2020, 10. März) [2020a]. Faut-il muscler l'offre culturelle ? Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 16.
- Stifter, S. (2020, 05. Juni) [2020b]. La défense de l'hôpital public devient la priorité des candidats. Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 26.
- Stifter, S. (2020, 17. Juni) [2020c]. Cassaro, Diligent, Homberg et Peyron débattent. Forbach élections municipales. *Le Républicain Lorrain*, S. 23.
- Stifter, S. (2020, 29. Juni) [2020d]. Alexandre Cassaro : la jeunesse s'impose. Forbach. *Le Républicain Lorrain*, S. 4.
- Szczerbiak, A., & Taggart, P. (2003). *Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality*. https://aei.pitt.edu/6562/1/001513_1.PDF [16.05.2024].
- Taggart, P., & Szczerbiak, A. (2018). Putting Brexit into Perspective: The Effect of the Eurozone and Migration Crises and Brexit on Euroscepticism in European States. *Journal of European Public Policy*, 25(8), 1194–1214. DOI:10.1080/13501763.2018.1467955
- Tausendpfund, M. (2013). *Gemeinden als Rettungsanker der EU? Individuelle und kontextuelle Faktoren der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union*. Nomos.
- Treib, O. (2021). Euroscepticism is Here to Stay: What Cleavage Theory Can Teach Us About the 2019 European Parliament Elections. *Journal of European Public Policy*, 28(2), 174–189. DOI:10.1080/13501763.2020.1737881
- Ulrich, P. (2020). Re-Figuration von Grenzen und Ordnungen im sozialen Raum. Konzeptualisierung eines Analysemodells partizipativer Governance in EU-Grenzregionen. In F. Weber, C. Wille, B. Caesar, & J. Hollstegge (Hg.), *Geographien der Grenzen: Räume – Ordnungen – Verflechtungen* (S. 167–190). Springer.
- Wassenberg, B. (2010). Can Cross-Border Corporation Provoke Opposition to Europe? The Example of the Upper Rhine Region. In B. Wassenberg, F. Clavert, & P. Hamman (Hg.), *Contre L'Europe ? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours*. Vol. 1. (S. 285–305). Steiner.
- Wassenberg, B. (2013). Einführung. In J. Beck & B. Wassenberg (Hg.), *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit leben und erforschen: Beiträge aus dem Kolloquium „Grenzen überbrücken: auf dem Weg zur territorialen Kohäsion in Europa“ 18. und 19. Oktober 2010, Straßburg* (S. 37–43). Steiner.
- Weber, F., Theis, R., & Terrolion, K. (Hg.). (2021). *Grenzerfahrungen | Expériences Transfrontalières: COVID-19 und die Deutsch-Französischen Beziehungen | Les Relations Franco-allemandes à l'heure de la COVID-19*. Springer.
- Wille, C. (2015). Zur Einleitung: Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen. In C. Wille (Hg.), *Lebenswirklichkeiten und politische Konstruktionen in Grenzregionen: Das Beispiel der Großregion SaarLorLux*. Wirtschaft – Politik – Alltag – Kultur (S. 9–16). transcript.

Autor*innenverzeichnis

Prof. Dr. **Daniela Braun** ist seit 2022 Professorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen und Clusterprofessorin im Cluster für Europaforschung (CEUS). Davor lehrte und forschte sie seit 2010 am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. In ihrer akademischen Lehre und Forschung beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit Europawahlen sowie den Parteien und der Bevölkerung im europäischen Mehrebenensystem. Ihre Forschungsarbeiten wurden u.a. in den folgenden politikwissenschaftlichen Fachzeitschriften publiziert: European Journal of Political Research, European Union Politics, German Politics, International Political Science Review, Journal for European Integration, Journal of European Public Policy, Party Politics, West European Politics sowie in deutschsprachigen Fachzeitschriften (integration, Politische Vier-
teljahresschrift, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Zeitschrift für Politikwissenschaft, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft).

Prof. Dr. **Dominik Brodowski** ist Professor für Europäisierung, Internationalisierung und Digitalisierung an der Universität des Saarlandes und Clusterprofessor im Cluster für Europaforschung (CEUS). Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Philadelphia wurde er 2016 an der Universität Tübingen promoviert und 2021 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main habilitiert. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Europäisierung, Internationalisierung und Konstitutionalisierung des Strafrechts sowie die strafrechtlichen Aspekte der Informationsgesellschaft und der Digitalisierung.

Dr. **Giuseppe Carteny** ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Seine Arbeit konzentriert sich auf das Studium politischer Einstellungen, Wahlverhalten, Parteipolitik und vergleichender Politik in Europa und Ostasien. Seine methodischen Interessen umfassen klassische quantitative Methoden für die Sozialwissenschaften, quantitative Textanalysemethoden und Umfragemethodik.

Autor*innenverzeichnis

Dr. Ulla Connor ist Postdoktorandin im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes. Sie ist Soziologin mit den Schwerpunkten Praxistheorie, Raumsoziologie, Grenz- und Europaforschung sowie qualitative Methoden und war wissenschaftliche Assistentin am UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS). 2022 promovierte sie an der Universität Luxemburg zum Thema territoriale Grenzen als Praxis am Fallbeispiel grenzüberschreitender Kartografie. Sie ist Mitglied der KWG-Sektion Kulturwissenschaftliche Border Studies sowie der Arbeitsgruppe „Raumplanung“ des UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS).

Julia Dittel, M. A. studierte Historisch orientierte Kulturwissenschaften und Angewandte Kulturwissenschaften an der Universität des Saarlandes. Seit 2021 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Europastudien in der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europafor-schung an der Universität des Saarlandes tätig. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Border Studies, Resilienz, Perspektiven nachhaltiger Regionalentwicklung sowie der Landschaftsforschung.

Dr. Stefan Ewert studierte Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in Greifswald, Hamburg und Växjö/Schweden und ist zudem Landschaftsökologe. Er arbeitete bei einem privaten Bildungsträger in Vorpommern und in verschiedenen Projekten an der Universität Greifswald. Seit 2022 leitet er den Arbeitsbereich „Ländliche Nachhaltigkeit“ am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der dortigen Universität. Neben seiner Lehre forscht er zu Nachhaltigkeitspolitik und ländlichen Räumen.

Jun.-Prof. Dr. Carola Fricke ist seit 2023 Juniorprofessorin für Humangeographie mit europäischem Schwerpunkt an der Universität des Saarlandes in der Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europaforschung und Clusterprofessorin im Cluster für Europaforschung (CEUS). Sie lehrte und forschte von 2017 bis 2023 in der Humangeographie der Universität Freiburg und von 2012 bis 2017 am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, wo sie 2018 promoviert wurde. Ihre Forschung beschäftigt sich mit geographischen Ansätzen der Stadt- und Metropolenforschung, der Geographie des Wohnens sowie dem *comparative urbanism*.

Dr. Ines Funk ist seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Fachrich-tung Gesellschaftswissenschaftliche Europaforschung der Universität des Saarlandes und am Cluster für Europaforschung (CEUS). Sie koordiniert

den grenzüberschreitenden Master Border Studies. Ihre Forschungsinteressen sind Border Studies, insbesondere grenzüberschreitende Arbeits- und Ausbildungsmärkte, sowie Gesundheitsgeographie. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Arbeit und Ausbildung“ des UniGR-Center for Border Studies (UniGR-CBS).

Prof. Dr. **Philip Hahn** ist seit 2023 Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität des Saarlandes. Er studierte in Tübingen, Oxford und Cambridge und wurde in Frankfurt am Main promoviert. Anschließend war er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Tübingen. Er arbeitet zur Stadt- und Migrationsgeschichte, zur Geschichte der sinnlichen Wahrnehmung und materiellen Kultur, Buch- und Lesegeschichte sowie zur historischen Semantik.

Dr. **Alex Hartland** ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäische Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politisches Vertrauen, Interessengruppen und vergleichende europäische Politik. Er nutzt Umfragedaten, quantitative Textanalysen, experimentelle Forschungsdesigns und qualitative Methoden, um die Rolle von Institutionen, Lobbying und öffentlicher Meinung in Politik und politischem Verhalten zu untersuchen.

Dr. **Kristina Höfer** studierte Komparatistik, Germanistik und Slavische Kulturen an der Universität des Saarlandes. Sie war Doktorandin im Graduiertenkolleg „Europäische Traumkulturen“ an der Universität des Saarlandes und wurde 2018 zu Traumdarstellungen in der deutschsprachigen Dramatik des 20. und 21. Jahrhunderts promoviert. Seit 2019 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Forschungskoordinatorin am Cluster für Europaforschung (CEUS) der Universität des Saarlandes.

Friederike Hommel studierte Crossmedia-Redaktion/Public Relations an der Hochschule der Medien in Stuttgart und absolvierte anschließend den trinationalen Master in Deutsch-Französischen Studien: Grenzüberschreitende Kommunikation und Kooperation an der Universität des Saarlandes, der Université de Lorraine und der Universität Luxemburg. Sie war Mitarbeiterin im Projekt UNTWIST von Prof. Dr. Daniela Braun der Universität des Saarlandes.

Djamila Jabra, M. A. ist seit Dezember 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Europäi-

*Autor*innenverzeichnis*

sche Integration und Internationale Beziehungen an der Universität des Saarlandes. Zuvor arbeitete sie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen. Sie studierte Sozialwissenschaften und Peace and Conflict Studies an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und war Erasmus-Stipendiatin an der Karlstad University (Schweden). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Außen- und Sicherheitspolitik, Klima- und Ressourcenkonflikte, Theorien der Internationalen Beziehungen und Terrorismusforschung.

Alexander Kratz ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. Nikolaus Marsch, D.I.A.P. (ENA) und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Er promoviert im Bereich der deutsch-französischen Verfassungs- und Verwaltungsrechtsvergleichung. Nach seinem Studium in Freiburg im Breisgau absolvierte er das Referendariat in Frankfurt am Main, unter anderem bei der Europäischen Zentralbank. Gemeinsam mit Prof. Dr. Nikolaus Marsch und David Götz wurde er 2023 mit dem Saarländischen Landespreis Hochschullehre ausgezeichnet.

Prof. Dr. **Fabian Lemmes** ist Professor für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität des Saarlandes. Er wurde am Europäischen Hochschulinstitut Florenz promoviert, war Juniorprofessor für Europäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und assoziierter Forscher am Centre Marc Bloch Berlin und hatte Fellowships am ZiF Bielefeld, am Deutschen Historischen Institut Paris und am Collegium Lyon inne. Er forscht zur vergleichenden und transnationalen Geschichte Europas und des Mittelmeerraums vom 19. bis 21. Jh., v. a. zu den Themen Arbeit, Migration und Grenzregionen, Nationalsozialismus und Besetzungen, Medien und Terrorismus und soziale Bewegungen.

Prof. Dr. **Nikolaus Marsch**, D.I.A.P. (ENA) ist Professor für Deutsches und Europäisches Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Universität des Saarlandes. Nach seinem Studium in Trier und Berlin und dem Referendariat in Berlin, Speyer und Karlsruhe wurde er 2011 in Osnabrück über die „Subjektivierung der gerichtlichen Verwaltungskontrolle in Frankreich“ promoviert. 2017 folgte die Habilitation in Freiburg („Das europäische Datenschutzgrundrecht“). Er absolvierte den cycle international long der École nationale d'administration (ENA) in Straßburg. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen das Datenschutz-, Informations- und Medienrecht sowie die deutsch-französische Rechtsvergleichung.

Dr. Birgit Metzger ist Historikerin und Kulturwissenschaftlerin. Sie wurde an der Universität Freiburg promoviert, war Postdoktorandin an den Institutes for Advanced Studies in Freiburg und Straßburg und arbeitet derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität des Saarlandes. Sie forscht und lehrt zur Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, insbesondere zu Umweltgeschichte, sozialen Bewegungen und soziokulturellen Milieus, Geschichte von Arbeit, Risiko und Ungleichheit sowie Oral History und Erinnerungskultur.

Prof. Dr. Jochen Müller ist Professor für Politische Soziologie und Methoden an der Universität Greifswald. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf parlamentarischem Verhalten, Parteien sowie politischen Einstellungen und Verhalten. Er studierte in Konstanz und an der University of Warwick (UK) und promovierte an der Universität Potsdam. Vor seinem Wechsel nach Greifswald im Jahr 2022 war er an der Universität Mannheim, der Universität Oldenburg, der University of Essex (UK) und der Humboldt-Universität zu Berlin tätig.

Dr. Rosa M. Navarrete ist Postdoktorandin und Lehrbeauftragte an der Universität des Saarlandes. Zuvor hatte sie Forschungs- und akademische Positionen an der Universität Mannheim, der Universität York und der Autonomen Universität Madrid inne. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Text-als-Daten-Methoden, vergleichende Politikwissenschaft, europäische Politik und politisches Verhalten. Ihre Arbeiten wurden in Electoral Studies, Party Politics, JEPOP, Comparative European Politics und anderen Fachzeitschriften veröffentlicht.

Prof. Dr. Claudia Polzin-Haumann wurde 1998 mit einer Arbeit zur deutsch-französischen Kontrastiven Linguistik promoviert; 2004 habilitierte sie sich zur Sprachgeschichtsschreibung des Spanischen. Seit 2006 hat sie den Lehrstuhl für Romanische Sprachwissenschaft an der Universität des Saarlandes inne. Zugleich ist die Clusterprofessorin im Cluster für Europa-forschung (CEUS). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Angewandten Sprachwissenschaft und den linguistischen Border Studies, u. a. auf den Themenkomplexen Mehrsprachigkeit, vergleichende Sprach(en)politik/Sprachpflege, Normen und Varietäten, Sprachreflexion und Sprachbewusstsein, Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation.

Dr. Christina Reissner lehrt und forscht an der Universität des Saarlandes in der Fachrichtung Romanistik. Die Juristin und Sprachwissenschaftlerin

*Autor*innenverzeichnis*

leitet die Abteilung Frühfranzösisch und das virtuelle EuroCom-Center für europäische Mehrsprachigkeit. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Angewandten und Soziolinguistik mit besonderem Fokus auf sprachwissenschaftlich-komparative Arbeiten, Sprachlehr- und Sprachlernforschung v. a. zu Mehrsprachigkeit und Interkomprehension sowie Einstellungsforschung, interdisziplinär ausgerichteten Border Studies und Sprachen- und Bildungspolitik.

Alexandra Schartner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität des Saarlandes in den Europastudien mit Schwerpunkt Westeuropa und Grenzräume und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Sie hat Architektur (M. A.) an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (htw saar) studiert. Derzeit promoviert sie kooperativ an der UdS und der htw saar zum Thema grenzüberschreitendes Placemaking im Grenzraum Saar-Moselle in der Großregion. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der räumlichen Gestaltung, Governance und Kooperation grenzüberschreitender Räume sowie der Entwicklung und Dynamik von Grenzorten im europäischen Kontext.

Stefanie Thurm ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Komparative Europaforschung an der Universität des Saarlandes und assoziiertes Mitglied im Nachwuchskolleg Europa des Clusters für Europaforschung (CEUS). Schwerpunktmäßig forscht sie zu politischer Kooperation in europäischen Grenzregionen. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit dem Policy-Making der deutschen Bundesländer zur Förderung von Nachbarsprachen.

Prof. Dr. **Florian Weber** studierte Geographie (Diplom) an der Universität Mainz und promovierte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Nach Stationen in Würzburg, Kaiserslautern, Freising und Tübingen (Habilitation an der Eberhard Karls Universität Tübingen) forscht und lehrt er seit 2019 als Juniorprofessor, seit April 2025 als Professor für Europastudien an der Universität des Saarlandes. Zudem ist er Clusterprofessor im Cluster für Europaforschung (CEUS). Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Diskursforschung, Border Studies, Energiepolitiken sowie Stadtentwicklungsprozessen im internationalen Vergleich.

Prof. Dr. **Georg Wenzelburger** ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes und Clusterprofessor im Cluster für Europafor-

schung (CEUS). Forschungsschwerpunkte liegen in der Analyse von Public Policies im europäischen Vergleich und der EU mit einem Fokus auf der Inneren Sicherheit, der Sozialpolitik und der Digitalisierungspolitik sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Jüngste Publikationen erschienen bei Oxford University Press und Zeitschriften wie dem European Journal of Political Research, dem Journal of European Public Policy oder West European Politics.